

RESPARCS Funding II Limited Partnership

St. Helier, Jersey, Kanalinseln

Verkaufsprospekt/Börsenzulassungsprospekt für

€ 500.000.000 RESPARC Securities

mit fester Verzinsung und ohne feste Laufzeit
mit bedingter Verpflichtung zur Zahlung von Zinsen und Rückzahlung abhängig vom Erhalt
von Gewinnbeteiligungen und Rückzahlung einer stillen Beteiligung am Handelsgewerbe der

Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale

Kiel

*(die rückwirkend zum 1. Januar 2003 mit der Hamburgischen Landesbank Girozentrale im Wege der
Verschmelzung zur Neugründung zur HSH Nordbank Aktiengesellschaft fusionieren wird)*

– WKN 984 254 –

Die RESPARCS Funding II Limited Partnership, eine am 17. April 2003 nach dem Recht von Jersey errichtete Kommanditgesellschaft (*Limited Partnership*) mit Sitz in St. Helier, Jersey, Kanalinseln wird den Erlös der Ausgabe Re-Engineered Silent Participation Assimilated Regulatory Capital (RESPARC) Securities dazu verwenden, sich mit einer Einlage im Nennbetrag von € 500.000.000 am Handelsgewerbe der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, Bundesrepublik Deutschland, als typisch stiller Gesellschafter zu beteiligen (die „**Stille Beteiligung**“). Die Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale wird mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2003 mit der Hamburgischen Landesbank Girozentrale zur HSH Nordbank Aktiengesellschaft mit Sitz in Hamburg und Kiel im Wege der Verschmelzung zur Neugründung verschmolzen werden (siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“).

Die Zulassung der RESPARC Securities (wie in „Allgemeine Informationen – Gegenstand des Prospekts“ definiert) zum Handel im amtlichen Markt der Frankfurter Wertpapierbörse sowie zum Official Segment der Wertpapierbörse von Euronext Amsterdam N. V. ist beantragt worden.

Die RESPARC Securities werden zunächst durch eine vorläufige, auf den Inhaber lautende Globalschuldverschreibung ohne Zinsanteilsscheine verbrieft, und voraussichtlich am 28. Mai 2003 (dem „**Ausgabetag**“) bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main („**Clearstream Frankfurt**“) hinterlegt. Die vorläufige Globalurkunde kann gegen Nachweis über das Nichtbestehen von U.S.-amerikanischem wirtschaftlichen Eigentum (*U.S. beneficial ownership*) in eine dauerhafte, auf den Inhaber lautende Globalschuldurkunde umgetauscht werden. Die RESPARC Securities können in Form von Miteigentumsanteilen nach den anwendbaren Regelungen von Clearstream Frankfurt (einschließlich seiner Teilnehmer Euroclear S.A./N.V. als Betreiber des Euroclear Systems („**Euroclear**“) und Clearstream Banking S.A. Luxemburg („**Clearstream Luxemburg**“)) übertragen werden.

Emissionspreis: 100%

Die RESPARC Securities sind nicht und werden nicht gemäß dem U.S Securities Act 1933 („Securities Act“) registriert. Dementsprechend dürfen die RESPARC Securities nicht in den Vereinigten Staaten oder US-Personen angeboten oder an diese verkauft werden, es sei denn, im Einklang mit der auf der Grundlage des Securities Act ergangenen Regulation S oder falls die Voraussetzungen einer Ausnahme von der Registrierungsverpflichtung des Securities Act vorliegen.

Joint Bookrunner

*Joint Bookrunner und
Structuring Advisor*

Joint Bookrunner

BNP PARIBAS

LEHMAN BROTHERS

UBS WARBURG

Co-Lead Manager

DEUTSCHE BANK

INHALTSVERZEICHNIS

ALLGEMEINE INFORMATIONEN	3
ZUSAMMENFASSUNG	6
AUSGEWÄHLTE FINANZANGABEN	21
RISIKOFAKTOREN	24
VERWENDUNG DES EMISSIONSERLÖSES	33
KAPITALISIERUNG, AUFSICHTSRECHTLICHES EIGENKAPITAL, BILANZGEWINN UND DIVIDENDEN	34
EMISSIONSBEDINGUNGEN DER RESPARC SECURITIES	41
BESTIMMUNGEN DES BETEILIGUNGSVERTRAGES	53
BESTIMMUNGEN DES DARLEHENSVERTRAGES	59
BESTIMMUNGEN DER PATRONATSERKLÄRUNG	68
BESCHREIBUNG DES EINZAHLUNGSVERTRAGES	73
BESCHREIBUNG DES ABTRETUNGSVERTRAGES	74
ALLGEMEINE ANGABEN ÜBER DIE LB KIEL	75
ALLGEMEINE ANGABEN ÜBER DIE EMITTENTIN	83
DIE BEVORSTEHENDE VERSCHMELZUNG DER LB KIEL UND DER HAMBURG LB ..	85
GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	89
REGULATORISCHE RAHMENBEDINGUNGEN	98
BESTEUERUNG	108
ÜBERNAHME UND VERKAUF	110
FINANZAUSWEISE	F-1
JÜNGSTER GESCHÄFTSGANG UND AUSSICHTEN	A-1

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

Verantwortlichkeit für den Prospektinhalt

Die RESPARCS Funding II Limited Partnership (die „**Emittentin**“), die Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, Bundesrepublik Deutschland („**LB Kiel**“), die mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2003 mit der Hamburgischen Landesbank Girozentrale („**Hamburg LB**“ oder „**HLB**“) zur HSH Nordbank Aktiengesellschaft („**HSH Nordbank**“) mit Sitz in Hamburg und Kiel im Wege der Verschmelzung zur Neugründung verschmolzen werden wird (die „**Verschmelzung**“; siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“) und die am Ende dieses unvollständigen Verkaufsprospekts („**Prospekt**“) genannten Kreditinstitute übernehmen gemäß § 13 des Wertpapier-Verkaufsprospektgesetzes in Verbindung mit den §§ 44 ff. des Börsengesetzes die Prospektverantwortung und erklären, dass ihres Wissens die Angaben in diesem Prospekt vom 30. Mai 2003 richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen wurden.

In Verbindung mit dieser Emission und dem Verkauf der RESPARC Securities (das „**Angebot**“) ist es niemandem gestattet worden, Angaben zu machen oder Zusicherungen abzugeben, die nicht in diesem Prospekt oder in diesem Prospekt in Bezug genommenen öffentlichen Dokumenten enthalten sind. Falls derartige Angaben gemacht oder Zusicherungen abgegeben worden sein sollten, darf nicht darauf vertraut werden, dass sie von der Emittentin, der LB Kiel oder den Konsortialbanken genehmigt wurden.

Die Übergabe dieses Prospekts bzw. das Angebot, der Verkauf oder die Lieferung der RESPARC Securities bedeutet unter keinen Umständen, dass die im Prospekt enthaltenen Angaben auch nach dem Datum zutreffend sind, an dem der Prospekt veröffentlicht wurde oder dass keine Verschlechterung der Finanzlage der Emittentin oder der LB Kiel seit dem Datum des Prospekt eingetreten ist.

Die Jersey Financial Services Commission (die „**Kommission**“) hat nach Artikel 8 der Control of Borrowing (Jersey) Order 1958 ihr Einverständnis zu der Schaffung der Kommanditanteile (*limited partnership interests*) an der Emittentin erteilt und nicht widerrufen. Eine Haftung der Kommission für die Erfüllung ihrer Aufgaben unter dem Borrowing (Control) (Jersey) Law 1947 in der jeweils gültigen Fassung ist nach diesem Gesetz ausgeschlossen. Der Inhalt dieses Prospekts sowie jedwede Angaben gegenüber Inhabern bzw. potenziellen Inhabern oder Investoren bzw. potenziellen Investoren in die RESPARC Securities stellt keine Beratung im Hinblick auf den Kauf oder die Übernahme von RESPARC Securities oder die Ausübung von Rechten aus diesen nach Maßgabe des Financial Services Law (Jersey) 1998, in seiner jeweils gültigen Fassung, dar und ist auch nicht als solch eine Beratung zu verstehen.

Gegenstand des Prospekts

Gegenstand des Prospekts sind die 500.000 auf den Inhaber lautende Teilschuldverschreibungen von 2003 zu je Euro 1.000,- mit fester Verzinsung und ohne feste Laufzeit mit bedingter Verpflichtung zur Zahlung von Zinsen und Rückzahlung abhängig vom (i) Erhalt von Gewinnbeteiligungen und Rückzahlung einer stillen Beteiligung am Handelsgewerbe der LB Kiel sowie (ii) Darlehensauszahlungen von der Luxemburger Niederlassung der LB Kiel (die „**RESPARC Securities**“).

Einsichtnahme in Unterlagen

Die in diesem Prospekt genannten, die Emittentin und die LB Kiel betreffenden Unterlagen können während der üblichen Geschäftszeiten in den Geschäftsräumen der Emittentin, 22 Grenville Street, St. Helier, Jersey, Kanalinseln, sowie in den Geschäftsräumen der LB Kiel, Martensdamm 6, 24103 Kiel, eingesehen werden.

Beschreibung der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale

Sämtliche Bezugnahmen in diesem Prospekt auf die „Emittentin“ beziehen sich auf die RESPARCS Funding II Limited Partnership. Bezugnahmen auf die „LB Kiel“ beziehen sich auf die Landesbank

Schleswig-Holstein Girozentrale und Bezugnahmen auf die „Hamburg LB“ auf die Hamburgische Landesbank Girozentrale. Sämtliche Bezugnahmen auf die „LB Kiel Gruppe“ oder die „Gruppe“ beziehen sich auf die LB Kiel und ihre konsolidierten und quotenkonsolidierten Tochtergesellschaften (wie in „Darstellung der Finanzangaben“ näher definiert). „HSH Nordbank“ bezeichnet die HSH Nordbank Aktiengesellschaft, auf die die Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2003 gemeinsam mit der Hamburgischen Landesbank Girozentrale zur HSH Nordbank im Wege der Verschmelzung zur Neugründung verschmolzen werden soll (siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“).

Darstellung der Finanzangaben

Der Einzelabschluss und der Konzernabschluss der LB Kiel sind nach den deutschen Vorschriften zur Rechnungslegung aufgestellt und von Deloitte & Touche Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, geprüft worden. Alle in diesem Prospekt enthaltenen Finanzinformationen bezüglich der LB Kiel beruhen auf den Konzern- und Einzelabschlüssen der LB Kiel zum 31. Dezember 2000, 2001 und 2002 mit den entsprechenden Erläuterungen. Die Konzernabschlüsse der LB Kiel zum 31. Dezember 2000, 2001 und 2002 umfassen die Finanzangaben der LB Kiel sowie der wirtschaftlich und betrieblich selbständigen Geschäftsbereiche Landes-Bausparkkasse („LBS“) und Investitionsbank Schleswig-Holstein (die „Investitionsbank“) sowie ihrer Tochtergesellschaften Landesbank Schleswig-Holstein International, S.A. („LI“), Gudme Raaschou Bankaktieselskab und der 49,5-prozentigen Beteiligung der LB Kiel an der Hamburg LB, die die LB Kiel nach der Quotenkonsolidierungsmethode konsolidiert (gemeinsam die „LB Kiel Gruppe“ oder die „Gruppe“). Die Konzernabschlüsse der LB Kiel zum 31. Dezember 2001 und 2002 enthalten auch Zahlen für die Spielbanken Schleswig-Holstein, die die LB Kiel erstmals für 2001 konsolidiert hat.

Der Einzelabschluss und der Konzernabschluss der Hamburg LB sind nach den deutschen Vorschriften zur Rechnungslegung aufgestellt und von der BDO Deutsche Warentreuhand Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, Deutschland, geprüft worden. Alle in diesem Prospekt enthaltenen Finanzangaben bezüglich der Hamburg LB beruhen auf den Konzern- und Einzelabschlüssen der Hamburg LB zum 31. Dezember 2000, 2001 und 2002 mit den entsprechenden Erläuterungen.

Die pro-forma Eröffnungsbilanzen der HSH Nordbank zum 1. Januar 2003 ist nach den Vorschriften des deutschen Umwandlungsgesetzes in Verbindung mit den deutschen Vorschriften zur Rechnungslegung aufgestellt und beim Handelsregister im Zusammenhang mit dem Eintragungsverfahren in Bezug auf die Verschmelzung eingereicht worden. Die Eröffnungsbilanz ist nicht geprüft worden.

Die LB Kiel und die Hamburg LB veröffentlichen ihre jeweiligen Konzern- und Einzelabschlüsse in Euro. In diesem Prospekt bezieht sich „Euro“ oder „€“ auf die einheitliche Währung, die im 1. Januar 1999 in der Bundesrepublik Deutschland und den anderen teilnehmenden Mitgliedstaaten der Europäischen Union eingeführt worden ist. „Deutsche Mark“, „DEM“ oder „DM“ bezieht sich auf die innerhalb der Europäischen Union als solche bezeichnete Untereinheit des Euro bzw. für jeglichen Zeitpunkt oder Zeitraum vor dem 1. Januar 1999 die gesetzliche Währung der Bundesrepublik Deutschland.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Neben historischen Angaben sind in diesem Prospekt zukunftsgerichtete Aussagen enthalten. Derartige Aussagen betreffen die zukünftigen Aussichten, Entwicklungen und Geschäftsstrategien der LB Kiel und insbesondere, nach der Verschmelzung, der HSH Nordbank. Sie beruhen auf der Analyse von Prognosen zukünftiger Ereignisse und Schätzungen von Beträgen, die derzeit weder bestimmbar noch vorhersehbar sind. Diese zukunftsgerichteten Aussagen sind an Begriffen wie „erwartet“, „glaubt“, „könnte“, „schätzt“, „geht davon aus“, „beabsichtigt“, „dürfte“, „plant“, „sagt voraus“, „hat vor“, „wird/werden“ sowie ähnlichen Ausdrücken, einschließlich der Bezugnahme auf Annahmen, zu erkennen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind insbesondere in den Abschnitten „Zusammenfassung“, „Risikofaktoren“, „Geschäftstätigkeit“ und „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“, aber auch in anderen Abschnitten des Prospekts, enthalten.

Diese zukunftsgerichteten Aussagen unterliegen einer Reihe von Risiken, Unwägbarkeiten und sonstigen Faktoren, die allesamt dazu führen können, dass die tatsächlichen zukünftigen Ergebnisse oder Ereignisse wesentlich von den im Prospekt nahegelegten oder dargestellten abweicht. Eine Reihe der Faktoren, die diese Ergebnisse oder Ereignisse beeinflussen können, liegen außerhalb des Einflussbereichs der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank). Zu den genannten Risiken, Unwägbarkeiten und sonstigen Faktoren zählen unter anderem: Unwägbarkeiten der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Kreditausfälle, Integrationsschwierigkeiten im Zusammenhang mit der Verschmelzung, gerichtliche und außergerichtliche Verfahren wie etwa beihilferechtliche Untersuchungen, Fähigkeit der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) eine Refinanzierung des Aktivgeschäfts zu angemessenen Konditionen zu ermöglichen sowie generell die wirtschaftlichen und geschäftlichen Rahmenbedingungen der für die Geschäftstätigkeit der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) relevanten Märkte.

Die vorstehend genannten Risiken unter Einschluss derjenigen, die im Abschnitt „Risikofaktoren“ enthalten sind, erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Von Zeit zu Zeit können neue Risiken, Unwägbarkeiten und sonstige Faktoren auftreten und es ist der LB Kiel nicht möglich, ebensowenig wie der HSH Nordbank nach der Verschmelzung, sämtliche etwaigen Risikofaktoren vorauszusehen, den Einfluss all dieser Risikofaktoren auf ihre Geschäftstätigkeit abzuschätzen oder das Ausmaß vorauszusehen, in welchem die tatsächlichen Ergebnisse aufgrund eines bestimmten Faktors oder einer Kombination von Faktoren wesentlich von den in den zukunftsgerichteten Aussagen enthaltenen Ergebnissen oder Ereignissen abweichen. Aufgrund dieser Risiken und Unwägbarkeiten sollten Anleger zukunftsgerichtete Aussagen nicht als eine verlässliche Voraussage über bzw. Garantie für den zukünftigen Eintritt von Ergebnissen oder Ereignissen betrachten.

ZUSAMMENFASSUNG

Zusammenfassung der Transaktion

*Der folgende Abschnitt enthält einen kurzen Überblick über die wichtigsten Merkmale der Transaktion, die aus der Ausgabe der RESPARC Securities durch die Emittentin und der Zahlung der Erlöse daraus an die LB Kiel nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages besteht, (die „**Transaktion**“). Dieser Überblick ist naturgemäß unvollständig. Anleger werden daher ausdrücklich darum gebeten, die gesamte Zusammenfassung und den vollständigen Text des Verkaufsprospektes sorgfältig zu lesen, um eine genauere Beschreibung der angebotenen RESPARC Securities und Informationen über (i) die Transaktion, (ii) die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung die HSH Nordbank) und die Emittentin sowie (iii) die zwischen ihnen bestehenden Vereinbarungen zu erhalten. Die nachstehende Darstellung bezieht sich auf die Gegebenheiten am Ausgabetag der RESPARC Securities. Nach Rechtswirksamkeit der Verschmelzung tritt die HSH Nordbank rechtlich an die Stelle der LB Kiel (siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“) und Bezugnahmen auf die LB Kiel sind – wie im folgenden Text gekennzeichnet – als Bezugnahmen auf die HSH Nordbank zu lesen.*

Die Emittentin beabsichtigt die Ausgabe von € 500.000.000 RESPARC Securities. Mit dem Erlös aus der Ausgabe der RESPARC Securities wird die Emittentin eine stille Beteiligung in Höhe von insgesamt € 500.000.000 an dem Handelsgewerbe der LB Kiel in Form einer *Stillen Gesellschaft* nach deutschem Recht erwerben. Als stiller Gesellschafter gemäß dem Beteiligungsvertrag („**Stiller Gesellschafter**“) wird die Emittentin die Stille Einlage in Form einer Bareinlage in Höhe von € 500.000.000 als Kapital in die LB Kiel einbringen. Als Gegenleistung stehen der Emittentin als Stilem Gesellschafter Gewinnbeteiligungen („**Gewinnbeteiligungen**“) zu, die jeweils jährlich auf der Grundlage des Nennbetrages ihrer Stillen Einlage in jedem Geschäftsjahr der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) ermittelt und jährlich nachträglich ausgeschüttet werden („**Gewinnbeteiligungszahlungen**“). Gewinnbeteiligungen fallen nicht an, wenn (jedoch nur in dem Maße wie) ihr Anfallen zu einem Jahresbilanzverlust, der nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages gemäß den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung der Bundesrepublik Deutschland ermittelt wird, („**Jahresbilanzverlust**“) führen oder diesen erhöhen würde. Ein Jahresbilanzverlust liegt dann vor, wenn die nicht konsolidierte Jahresbilanz der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) keinen Bilanzgewinn, der nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung der Bundesrepublik Deutschland ermittelt wird, ausweist. Nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung wird der Bilanzgewinn aus dem Jahresüberschuss ermittelt, berichtigt um Gewinn- und Verlustvorträge aus Vorjahren sowie Entnahmen aus und Einstellungen in Kapital und Gewinnrücklagen. Nach der Änderung der Rechtsform der LB Kiel in eine Aktiengesellschaft im Zusammenhang mit der geplanten Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB (siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“) fallen Gewinnbeteiligungen in dem Maße nicht an, in dem sie den Jahresüberschuss, berichtigt um Verlustvorträge aus Vorjahren, Einstellungen in Kapital- und Gewinnrücklagen und Entnahmen ausschließlich aus anderen Gewinnrücklagen, welche während der Laufzeit des Beteiligungsvertrages angefallen sind, übersteigen. Falls die Gewinne der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) für die Zahlung der Gewinnbeteiligungen in voller Höhe nicht ausreichen, können Gewinnbeteiligungen teilweise anfallen. Ferner nimmt der Stille Gesellschafter an einem Jahresbilanzverlust im Verhältnis des Buchwerts der Stillen Einlage zum Gesamtbuchwert aller am Verlust teilnehmenden Haftkapitalanteile der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) teil. In diesem Fall wird der Buchwert der Stillen Einlage um den Betrag des auf ihn entfallenden Anteils an dem betreffenden Jahresbilanzverlust herabgesetzt („**Herabsetzung**“). Nach einer Herabsetzung werden zukünftige Jahresbilanzgewinne solange für eine Erhöhung des Buchwerts der Stillen Einlage verwendet, bis der Wert von € 500.000.000 wieder erreicht ist. Zukünftige Gewinnbeteiligungen dürfen nur ausgeschüttet werden, wenn der Buchwert der Stillen Einlage vollständig bis zum Wert von € 500.000.000 aufgefüllt wurde. Sollte der Buchwert der Stillen Einlage zu dem Zeitpunkt, zu dem die Stille Einlage zur Rückzahlung fällig wird, noch nicht vollständig aufgefüllt worden sein, wird der nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages zurückgezahlte Betrag (der „**Rückzahlungsbetrag**“) entsprechend gekürzt. **Eventuelle Kürzungen von Gewinnbeteiligungszahlungen in bestimmten Jahren werden nicht durch höhere Gewinnbeteiligungszahlungen in Folgejahren ausgeglichen.**

Gewinnbeteiligungszahlungen und Auffüllungen der Stillen Einlage nach einer Herabsetzung unterliegen der deutschen Kapitalertragsteuer („**deutsche Kapitalertragsteuer**“) zuzüglich Solidaritätszuschlag, die von

der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) einbehalten und an die deutschen Finanzbehörden abgeführt werden. Soweit solche von der Emittentin erhaltene Gewinnbeteiligungszahlungen und derartige Auffüllungen den Gesellschaftern der Emittentin nach deutschem Steuerrecht als steuerpflichtiger Gewinn zuzurechnen sind, gelten die Einbehalte als Vorauszahlung auf die von den Gesellschaftern der Emittentin geschuldete Einkommensteuer in Deutschland. Den Gesellschaftern der Emittentin stehen Erstattungsansprüche gegen die deutschen Finanzbehörden („**Steuererstattungsansprüche**“) in Höhe der Beträge zu, um die die Vorauszahlungen in Form der Einbehalte deren jeweilige tatsächliche deutsche Einkommensteuerschuld überschreiten. Der *Limited Partner* der Emittentin hat sich in einem ergänzenden Vertrag vom 26. Mai 2003 mit dem *General Partner* der Emittentin (der „**Einzahlungsvertrag**“) verpflichtet, immer dann, wenn er von den deutschen Finanzbehörden Beträge in Bezug auf seine Steuererstattungsansprüche erhält, diese an die Emittentin zu zahlen (jeweils eine „**Kapitaleinzahlung**“). Da Steuererstattungsansprüche erst nach der steuerlichen Veranlagung für jedes Steuerjahr fällig werden, hat die Emittentin am 26. Mai 2003 mit der Luxemburger Zweigniederlassung der LB Kiel („**LB Kiel Luxemburg**“) einen Darlehensvertrag (der „**Darlehensvertrag**“) abgeschlossen. Danach erhält die Emittentin Darlehensauszahlungen (jeweils eine „**Darlehens-Auszahlung**“) zur Finanzierung ihrer Verpflichtungen zur Zahlung von Zinsen auf die RESPARC Securities und zur Auffüllung der Stillen Einlage nach einer Herabsetzung. Die Emittentin rechnet damit, die Darlehens-Auszahlungen mit den von ihr als Kapitaleinzahlungen erhaltenen Geldern zurückzuzahlen.

Zahlungen von Kapital und Zinsen in Bezug auf die RESPARC Securities stehen unter der aufschiebenden Bedingung, dass die Emittentin (i) die Gewinnbeteiligungen und den Rückzahlungsbetrag von der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) gemäß dem Beteiligungsvertrag und (ii) Darlehens-Auszahlungen von der LB Kiel Luxemburg erhalten hat. Zahlungen in Bezug auf die RESPARC Securities sind somit von den Gewinnbeteiligungszahlungen und der Zahlung des Rückzahlungsbetrages abhängig, die ihrerseits von der Ertragsfähigkeit der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) abhängen. Daher hängen die Verpflichtungen der Emittentin zur Zahlung von Zinsen („**Zinszahlungen**“) und Kapital („**Kapitalzahlungen**“) auf die RESPARC Securities von der Finanzlage und dem Betriebsergebnis der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) ab. **Sollte die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung die HSH Nordbank) in einem Geschäftsjahr einen Jahresbilanzverlust verzeichnen, erhalten die Inhaber der RESPARC Securities (die „Emissionsgläubiger“) keine Zinszahlungen auf die RESPARC Securities. Sollte bei Fälligkeit der Rückzahlung der Stillen Einlage, nach einer Herabsetzung des Buchwertes der Stillen Einlage der Buchwert nicht auf € 500.000.000 aufgefüllt worden sein, wird die Kapitalzahlung geringer sein als der Nennbetrag der RESPARC Securities. Folglich kann bei einem Jahresbilanzverlust der LB Kiel (d.h. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) der Rückzahlungsbetrag nach Maßgabe des Beteiligungsvertrags geringer sein als € 500.000.000, was bei den Emissionsgläubigern zu einem Verlust bei Rückzahlung der RESPARC Securities führen würde.**

Die RESPARC Securities haben eine unbestimmte Laufzeit und werden nur zurückgezahlt, falls der Beteiligungsvertrag gekündigt und die Stille Einlage an die Emittentin zurückgezahlt wird oder falls die Emittentin von ihrem vorzeitigen Kündigungsrecht in Bezug auf die RESPARC Securities Gebrauch macht. Der Beteiligungsvertrag hat eine unbestimmte Laufzeit. Nach seinen Bestimmungen kann der Beteiligungsvertrag nur von der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) und nicht von dem Stillen Gesellschafter gekündigt werden. Vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen, die in diesem Verkaufsprospekt beschrieben sind, kann eine Kündigung des Beteiligungsvertrages durch die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) nur am oder nach dem 31. Dezember 2013 wirksam werden und nur, sofern der Solvabilitätskoeffizient der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) dauerhaft neun Prozent übersteigt. Ferner sieht der Beteiligungsvertrag eine Kündigungsfrist von zwei Jahren vor und legt fest, dass keine Kündigung ohne Zustimmung der Aufsichtsbehörde erfolgen darf. **Daher sollten sich Emissionsgläubiger darüber im Klaren sein, dass sie die finanziellen Risiken einer Anlage in die RESPARC Securities gegebenenfalls über einen Zeitraum von unbestimmter Dauer tragen müssen.**

In der Patronatserklärung verpflichtet sich die Landesbank Schleswig-Holstein International, S.A., ein Luxemburger Finanzinstitut und eine hundertprozentige Tochter der LB Kiel („**LB Kiel International**“), gegenüber der Emittentin und zu Gunsten der Emissionsgläubiger sicherzustellen, dass die Emittentin jederzeit in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen in Bezug auf die RESPARC Securities zu erfüllen. Die Patronatserklärung ist keine Garantie oder Verpflichtung dahingehend, dass die Emittentin jederzeit ausreichende Mittel zur Verfügung hat, um ihren Zahlungsverpflichtungen gemäß den Anleihebedingun-

gen der RESPARC Securities nachzukommen. Zahlungen gemäß der Patronatserklärung sind nachrangig und mit allen Zahlungen der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) gemäß dem Beteiligungsvertrag gleichrangig.

Gemäß einem fiduziarischen Sicherheitenabtretungsvertrag vom 26. Mai 2003 („**Abtretungsvertrag**“) zwischen der Emittentin, den Gesellschaftern der Emittentin, der LB Kiel, der LB Kiel Luxemburg und HSBC Trustee (C.I.) Limited als Sicherheitentreuhänder zu Gunsten der Emissionsgläubiger („**Sicherheitentreuhänder**“) hat die Emittentin alle gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsansprüche aus dem Beteiligungsvertrag, dem Darlehensvertrag und dem Einzahlungsvertrag zu Gunsten der Emissionsgläubiger an den Sicherheitentreuhänder abgetreten.

Die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) beabsichtigt, die Erlöse, die sie als Stille Einlage aus dem Beteiligungsvertrag vereinnahmt, für die Zwecke der Ermittlung der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften zur Kapitalausstattung auf Einzelinstitutsebene zu behandeln. Für weitere Informationen über die für die LB Kiel und die LB Kiel Gruppe geltenden aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Kapitalausstattung siehe „Regulatorische Rahmenbedingungen – Angemessene Eigenmittelausstattung“.

Zusammenfassung des Angebots

Der folgende Überblick beschreibt die wichtigsten Elemente des Angebots und der Transaktion. Er ist naturgemäß unvollständig. Anleger werden daher ausdrücklich darum gebeten, die gesamte Zusammenfassung und den vollständigen Text des Verkaufsprospektes sorgfältig zu lesen, um eine genauere Beschreibung der angebotenen RESPARC Securities und Informationen über (i) die Transaktion, (ii) die LB Kiel bzw. die HSH Nordbank, die Emittentin und die Gesellschafter der Emittentin sowie (iii) die zwischen ihnen abgeschlossenen Vereinbarungen zu erhalten. Die nachstehende Darstellung bezieht sich auf die Gegebenheiten am Ausgabetag der RESPARC Securities. Nach Rechtswirksamkeit der Verschmelzung tritt die HSH Nordbank rechtlich an die Stelle der LB Kiel (siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“) und Bezugnahmen auf die LB Kiel sind – wie im folgenden Text gekennzeichnet – als Bezugnahmen auf die HSH Nordbank zu lesen.

Angebotene Wertpapiere	€ 500.000.000 Re-Engineered Silent Participation Assimilated Regulatory Capital (RESPARC) Securities (siehe „Zusammenfassung der Bedingungen der RESPARC Securities“).
Emittentin	RESPARCS Funding II Limited Partnership, eine in Jersey nach Maßgabe des Limited Partnership (Jersey) Law 1994 am 17. April 2003 auf unbestimmte Zeit errichtete und bei der Jersey Financial Services Commission registrierte Kommanditgesellschaft (<i>limited partnership</i>). Die Emittentin ist keine juristische Person und hat in der Vergangenheit keine Geschäftstätigkeit ausgeübt.
Gesellschafter der Emittentin	<p>Der <i>General Partner</i> der Emittentin (mit einem Anteil von weniger als 0,01 % am Eigenkapital der Emittentin) ist die European Capital Investment Opportunities Limited, eine nach dem Recht Jerseys errichtete Gesellschaft mit beschränkter Haftung (die „Emittenten-Komplementärin“). Die Gesellschafter der Emittenten-Komplementärin sind die LB Kiel International (Anteil von 51 %) und Maurant & Co. Trustees Limited als Treuhänder des European Capital Investment Charitable Trust (Anteil von 49 %).</p> <p>Der <i>Limited Partner</i> der Emittentin (mit einem Anteil von mehr als 99,9 % am Eigenkapital der Emittentin) ist die European Equity Participation Management GmbH, eine nach deutschem Recht errichtete Gesellschaft mit beschränkter Haftung (die „Emittenten-Kommanditistin“). Der alleinige wirtschaftliche Anteilseigner der Emittenten-Kommanditistin ist Maurant & Co. Trustees Limited als Treuhänder des European Funding Charitable Trust.</p> <p>Die RESPARC Securities vermitteln deren Inhabern keine Gesellschafterstellung in der Emittentin.</p>
Begrenzter Zweck der Emittentin	Die Emittenten-Komplementärin hat sich gegenüber der Emittenten-Kommanditistin verpflichtet, dass die Emittentin außer dem Abschluss des Beteiligungsvertrages (siehe „Zusammenfassung der Bestimmungen des Beteiligungsvertrages“), dem Abschluss anderer Vereinbarungen im Zusammenhang mit der Transaktion und der Ausgabe der RESPARC Securities keine weiteren Verbindlichkeiten eingehen wird, mit Ausnahme derjenigen Verbindlichkeiten, die für die Fortführung ihres Betriebes absolut erforderlich sind. Siehe „Allgemeine Angaben über die Emittentin – Gründung, Sitz, Dauer und Gegenstand“.
LB Kiel	Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, ein nach dem Recht des Bundeslandes Schleswig-Holstein errichtetes öffentlich-rechtliches Kreditinstitut, welches mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2003 mit der Hamburgischen Landesbank Girozentrale zur HSH Nordbank Aktiengesellschaft mit Sitz in Hamburg und Kiel im Wege der Verschmelzung zur Neugründung verschmolzen werden wird. Siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“.

Stille Beteiligung	Mit dem Erlös aus der Emission wird die Emittentin die Stille Beteiligung gemäß dem Beteiligungsvertrag erwerben; siehe „Zusammenfassung der Bestimmungen des Beteiligungsvertrages“.
Einzahlungsvertrag	Im Einzahlungsvertrag zwischen der Emittenten-Kommanditistin und der Emittenten-Komplementärin hat sich die Emittenten-Kommanditistin zu Gunsten der Emittentin verpflichtet, Beträge, die sie von den deutschen Finanzbehörden in Bezug auf ihre Steuererstattungsansprüche erhält, an die Emittentin zu zahlen. Siehe „Beschreibung des Einzahlungsvertrages“.
Darlehensvertrag	Nach dem Darlehensvertrag erhält die Emittentin Darlehens-Auszahlungen in Höhe der jeweiligen Einbehalte deutscher Kapitalertragsteuer von den Gewinnbeteiligungszahlungen und den Auffüllungen der Stillen Einlage nach einer Herabsetzung. Die Emittentin wird die Darlehens-Auszahlungen zur Finanzierung ihrer Verpflichtung zur Leistung von Zinszahlungen auf die RESPARC Securities und zur vollständigen Auffüllung der Stillen Einlage nach einer Herabsetzung verwenden. Siehe „Zusammenfassung der Bestimmungen des Darlehensvertrages“.
Abtretungsvertrag	Nach dem Abtretungsvertrag hat die Emittentin alle gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsansprüche aus dem Beteiligungsvertrag, dem Darlehensvertrag und dem Einzahlungsvertrag zu Gunsten der Emissionsgläubiger an den Sicherheiten-treuhänder abgetreten. Siehe „Beschreibung des Abtretungsvertrages“.
Patronatserklärung	Die LB Kiel International hat sich in der Patronatserklärung gegenüber der Emittentin verpflichtet sicherzustellen, dass die Emittentin jederzeit in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen in Bezug auf die RESPARC Securities zu erfüllen. Die Patronatserklärung ist keine Garantie oder Verpflichtung dahingehend, dass die Emittentin jederzeit ausreichende Mittel zur Verfügung hat, um ihren Zahlungsverpflichtungen gemäß den Anleihebedingungen der RESPARC Securities nachzukommen. Zahlungsverpflichtungen der LB Kiel International gemäß der Patronatserklärung sind nachrangig und mit allen Zahlungsverpflichtungen der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) gemäß dem Beteiligungsvertrag gleichrangig. Siehe „Zusammenfassung der Bestimmungen der Patronatserklärung“.
Hauptzahlstelle	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Niederländische Zahlstelle	Deutsche Bank AG, Zweigniederlassung Amsterdam
Sicherheiten-treuhänder	HSBC Trustee (C.I.) Limited, St. Helier, Jersey
Notierung	Die Zulassung der RESPARC Securities zum Handel im amtlichen Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse sowie zum Official Segment der Wertpapierbörse von Euronext Amsterdam N.V. ist beantragt worden.
Wertpapier-kennnummern	ISIN: DE0009842542 Common Code: 016891819 WKN: 984 254

Zusammenfassung der Bedingungen der RESPARC Securities

Die folgende Zusammenfassung bezieht sich auf bestimmte Bedingungen der RESPARC Securities. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und unterliegt und beruht in ihrer Gesamtheit auf den Emissionsbedingungen der RESPARC Securities, die unter „Emissionsbedingungen der RESPARC Securities“ aufgeführt sind. Die nachstehende Darstellung bezieht sich auf die Gegebenheiten am Ausgabetag der RESPARC Securities. Nach Rechtswirksamkeit der Verschmelzung tritt die HSH Nordbank rechtlich an die Stelle der LB Kiel (siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“) und Bezugnahmen auf die LB Kiel sind – wie im folgenden Text gekennzeichnet – als Bezugnahmen auf die HSH Nordbank zu lesen.

Emittentin	RESPARCS Funding II Limited Partnership, eine nach dem Recht Jerseys am 17. April 2003 errichtete Kommanditgesellschaft (<i>limited partnership</i>).
Nennbetrag	€ 1.000 je RESPARC Security.
Gesamtnennbetrag	€ 500.000.000
Ausgabepreis	100% des Nennbetrages.
Form	Die RESPARC Securities werden zunächst durch eine vorläufige, auf den Inhaber lautende Globalschuldverschreibung ohne Zinsscheine (die „ Vorläufige RESPARCS-Globalurkunde “) verbrieft, die gegen Nachweis über das Nichtbestehen von U.S.-amerikanischem wirtschaftlichen Eigentum (<i>U.S. beneficial ownership</i>) in eine dauerhafte, auf den Inhaber lautende Globalschuldverschreibung ohne Zinsscheine („ Dauer-RESPARCS-Globalurkunde “) umtauschbar ist. Wirtschaftliche Rechte an der Dauer-RESPARCS-Globalurkunde sind unter begrenzten Umständen in effektive, auf den Inhaber lautende RESPARC Securities umtauschbar.
Ausgabetag	28. Mai 2003
Status	Die RESPARC Securities begründen unmittelbare, nicht nachrangige und (mit Ausnahme von Sicherheiten, die gemäß dem Abtretungsvertrag gewährt werden) nicht besicherte bedingte Verbindlichkeiten der Emittentin und stehen im gleichen Rang untereinander und mit allen anderen nicht besicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, soweit zwingendes Gesetzesrecht nichts anderes vorschreibt.
Laufzeitende	Die RESPARC Securities sind „ewige“ Wertpapiere und haben keine feste Laufzeit. Die Emittentin darf die RESPARC Securities nur nach Eintritt bestimmter Ereignisse zurückzahlen (siehe „– Rückzahlungstag und Rückzahlungsbetrag“ und „– Vorzeitige Kündigung und Rückzahlung“).
Zinszahlungen	Zinszahlungen erfolgen zu einem Satz von 7,5% p. a. und stehen unter der aufschiebenden Bedingung, dass die Emittentin Gewinnbeteiligungszahlungen (nach Abzug der deutschen Kapitalertragsteuer) gemäß dem Beteiligungsvertrag von der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) (siehe „Zusammenfassung der Bestimmungen des Beteiligungsvertrags-Gewinnbeteiligungszahlungen und -tage“ und „– Zusammenfassung der Bestimmungen des Beteiligungsvertrages – Ausschluss von Gewinnbeteiligungen“) und Darlehens-Auszahlungen gemäß dem Darlehensvertrag von der LB Kiel Luxemburg tatsächlich erhalten hat (siehe „Zusammenfassung der Bestimmungen des Darlehensvertrages – Darlehens-Auszahlungen“).
Zinszahltag	Zinszahlungen auf die RESPARC Securities erfolgen an den Tagen, an denen Gewinnbeteiligungszahlungen gemäß dem Beteiligungsvertrag an die Emittentin zahlbar sind. Der Fälligkeitstag für Gewinnbeteiligungszahlungen gemäß dem

	<p>Beteiligungsvertrag („Gewinnbeteiligungszahltag“) ist der 30. Juni jedes Jahres, erstmals der 30. Juni 2004. Gewinnbeteiligungszahltag werden verschoben, wenn die Feststellung des Jahresabschlusses für das betreffende Geschäftsjahr in irgendeinem Jahr nach dem 29. Juni erfolgt. Siehe „Zusammenfassung der Bestimmungen des Beteiligungsvertrages – Gewinnbeteiligungszahlungen und -tage“.</p>
Stichtage für alle Zahlungen außer Kapital	<p>Zinszahlungen erfolgen an diejenigen Personen, die die RESPARC Securities am 29. Juni des jeweiligen Jahres halten, unabhängig davon, wann die Zahlung tatsächlich erfolgt und ob die somit zum Empfang der Zahlung berechnete Person zu diesem Zeitpunkt nicht mehr Inhaber der RESPARC Securities ist, auf die sich die Zahlung bezieht.</p>
Rückzahlungstag und Rückzahlungsbetrag	<p>Die RESPARC Securities werden zurückgezahlt, nachdem der Beteiligungsvertrag durch die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) nach ihrer Wahl (vorbehaltlich bestimmter, im Beteiligungsvertrag beschriebener Beschränkungen) gekündigt wurde. In diesem Fall werden die RESPARC Securities an dem Tag zurückgezahlt, an dem die Stille Einlage gemäß dem Beteiligungsvertrag zurückgezahlt wird. Siehe „Zusammenfassung der Bestimmungen des Beteiligungsvertrages – Rückzahlungstag“. Falls die RESPARC Securities an diesem Tag zurückgezahlt werden, entspricht der zurückzuzahlende Betrag dem Rückzahlungsbetrag (vorbehaltlich dessen tatsächlichen Erhalt durch die Emittentin), der von der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) gemäß dem Beteiligungsvertrag zu zahlen ist (siehe „Zusammenfassung der Bestimmungen des Beteiligungsvertrages – Rückzahlung“). Sollte bei Fälligkeit der Rückzahlung der Stillen Einlage, nach einer Herabsetzung des Buchwertes der Stillen Einlage der Buchwert nicht auf € 500.000.000 aufgefüllt worden sein, wird die Kapitalzahlung geringer sein als der Nennbetrag der RESPARC Securities. Folglich kann bei einem Jahresbilanzverlust der LB Kiel (d.h. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) der Rückzahlungsbetrag nach Maßgabe des Beteiligungsvertrags geringer sein als € 500.000.000, was bei den Emissionsgläubigern zu einem Verlust bei Rückzahlung der RESPARC Securities führen würde.</p>
Vorzeitige Kündigung und Rückzahlung	<p>Die Emittentin kann die RESPARC Securities insgesamt, jedoch nicht teilweise, zum 30. Juni eines jeden Jahres kündigen (wobei jedoch eine solche Kündigung mit Ausnahme einer Kündigung aus Steuergründen nicht vor dem 30. Juni 2009 wirksam wird) und zum Nennbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen zurückzahlen. Eine solche vorzeitige Kündigung ist nur zulässig, sofern die Finanzierung der Rückzahlung der RESPARC Securities zum Nennbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen durch Ausgabe vergleichbarer Schuldverschreibungen oder auf andere Weise gesichert ist. Aufgelaufene Zinsen werden in diesem Fall auf der Grundlage der tatsächlichen Anzahl von Tagen berechnet, die seit dem letzten Rückzahlungstag verstrichen sind.</p>
Zahlung Zusätzlicher Beträge	<p>Sollte die Emittentin im Hinblick auf Steuern zu einem Einbehalt oder Abzug von Beträgen, die in Bezug auf die RESPARC Securities zahlbar sind, verpflichtet sein, wird sie die betreffenden Beträge nur dann ausgleichen (so dass die Emissionsgläubiger die zahlbaren Beträge in voller Höhe erhalten, als ob keine Verpflichtung zu einem Einbehalt oder Abzug bestanden hätte), wenn sie die entsprechenden Mittel hierfür von der LB Kiel International erhält. Nach Maßgabe der Patronatserklärung ist die LB Kiel International, vorbehaltlich bestimmter Bedingungen, verpflichtet, der Emittentin die Beträge zur Verfügung zu stellen, die zum Ausgleich von Zahlungen auf die RESPARC Securities erforderlich sind, damit die Emissionsgläubiger die zahlbaren Beträge in voller Höhe erhalten, als ob keine Verpflichtung zu einem Einbehalt oder Abzug bestanden hätte.</p>

Kontrollrechte der Emissionsgläubiger	Jeder Emissionsgläubiger ist berechtigt, eine Abschrift des Jahresabschlusses der Emittentin zu verlangen und dessen Richtigkeit durch Überprüfung des Prüfungsberichts auf eigene Kosten durch einen von dem betreffenden Emissionsgläubiger beauftragten Wirtschaftsprüfer oder vereidigten Buchprüfer feststellen zu lassen. Ferner erhält jeder Emissionsgläubiger auf Verlangen eine Aufstellung über die Gewinn- bzw. Verlustbeteiligung der Emittentin nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages sowie weitere Auskünfte hierzu.
Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften	Nach Maßgabe des deutschen Bankaufsichtsrechts muss jede Rückzahlung der Stillen Einlage, die gegen die Bestimmungen des Beteiligungsvertrages verstößt, an die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung die HSH Nordbank) zurückgezahlt werden.
Begebung weiterer RESPARC Securities	Die Emittentin ist berechtigt, bis zum 31. Dezember 2003 (einschließlich) jederzeit und ohne Zustimmung der Emissionsgläubiger weitere Wertpapiere mit gleicher Ausstattung (gegebenenfalls mit Ausnahme des Begebungstages, des Beginns der Verzinsung und/oder des Ausgabepreises) in der Weise zu begeben, dass sie mit den RESPARC Securities eine einheitliche Serie von Wertpapieren bilden.
Bekanntmachungen	Die RESPARC Securities betreffende Bekanntmachungen werden in einem Börsenpflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse (voraussichtlich der Börsen-Zeitung) veröffentlicht. Sofern das Regelwerk der Wertpapierbörse, an der die RESPARC Securities notiert sind, dies gestattet, kann diese Veröffentlichungspflicht durch die Übermittlung der betreffenden Bekanntmachung an Clearstream Frankfurt, Euroclear und/oder Clearstream Luxemburg zur Weiterleitung an die Emissionsgläubiger oder durch unmittelbare Mitteilung an die Emissionsgläubiger erfüllt werden.
Anwendbares Recht	Deutsches Recht
Rechtsverbindliche Sprache	Deutsch
Steuerfolgen	Die wesentlichen Folgen des Erwerbes, Besitzes und der Veräußerung der RESPARC Securities in Bezug auf die Besteuerung in Jersey und Deutschland sind im Abschnitt „Besteuerung“ beschrieben.

Zusammenfassung der Bestimmungen des Beteiligungsvertrages

Die folgende Zusammenfassung bezieht sich auf bestimmte Bestimmungen des Beteiligungsvertrages. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und unterliegt und beruht in ihrer Gesamtheit auf den Bestimmungen des Beteiligungsvertrages, die unter „Bestimmungen des Beteiligungsvertrages“ aufgeführt sind. Die nachstehende Darstellung bezieht sich auf die Gegebenheiten am Ausgabetag der RESPARC Securities. Nach Rechtswirksamkeit der Verschmelzung tritt die HSH Nordbank rechtlich an die Stelle der LB Kiel (siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“) und Bezugnahmen auf die LB Kiel sind – wie im folgenden Text gekennzeichnet – als Bezugnahmen auf die HSH Nordbank zu lesen.

LB Kiel	Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, ein nach dem Recht des Bundeslandes Schleswig-Holstein errichtetes öffentlich-rechtliches Kreditinstitut, welches mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2003 mit der Hamburgischen Landesbank Girozentrale zur HSH Nordbank Aktiengesellschaft mit Sitz in Hamburg und Kiel im Wege der Verschmelzung zur Neugründung verschmolzen werden wird (siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“).
Instrument	Beteiligung an dem Handelsgewerbe der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) in Form einer <i>Stillen Gesellschaft</i> nach deutschem Recht.
Nennbetrag	Der Nennbetrag der Stillen Einlage beläuft sich auf € 500.000.000.
Stückelung	Der Nennbetrag ist nicht unterteilt.
Ausgabepreis	100%
Form	Die Stille Beteiligung ist nicht durch ein Wertpapier verbrieft, sondern stellt einen Vertrag zwischen der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) und der Emittentin dar.
Ausgabetag	Der Beteiligungsvertrag legt fest, dass die Stille Einlage am 28. Mai 2003 (dem „Anfangsdatum“) an die LB Kiel gezahlt wird.
Laufzeitende	Die Stille Beteiligung ist ein Instrument ohne feste Laufzeit. Sie kann allerdings bei Eintritt bestimmter Ereignisse (siehe „– Rückzahlungstag“) zurückgezahlt werden.
Gewinnperioden	Auf die Stille Einlage fallen Gewinnbeteiligungen für Gewinnzeiträume („Gewinnperioden“) an. Gewinnperioden laufen vom 1. Januar (einschließlich) bis 31. Dezember (einschließlich) eines Jahres. Die erste Gewinnperiode („Erste Gewinnperiode“) beginnt am Anfangsdatum (einschließlich). Die letzte Gewinnperiode beginnt am 1. Januar des Jahres, in das der Tag fällt, ab dem der Stille Gesellschafter nicht mehr an den Gewinnen und Verlusten der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) teilnimmt (der „Beendigungstag“), und endet am Beendigungstag (beide Tage einschließlich).
Gewinnbeteiligungs-zahlungen und -tage	Jede Gewinnbeteiligung wird am (i) 30. Juni eines Jahres nach Ablauf der maßgeblichen Gewinnperiode oder, falls dieses kein Geschäftstag ist, am darauf folgenden Geschäftstag, oder, falls später, (ii) am Geschäftstag nach dem Tag der Feststellung des Jahresabschlusses der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) für das Geschäftsjahr der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank), auf das sich die maßgebliche Gewinnperiode bezieht, fällig. Hierbei gilt, dass für die Gewinnperiode, in die der Beendigungstag fällt, keine Gewinnbeteiligung anfällt.

	<p>„Geschäftstag“ bezeichnet jeden Tag an dem TARGET (das Trans-European Automated Real Time Groß Settlement Express Transfer System) Buchungen oder Zahlungsanweisungen im Hinblick auf Zahlungen in Euro abwickelt und Geschäftsbanken in Frankfurt im allgemeinen Geschäftsverkehr Zahlungen abwickeln.</p>
Gewinnbeteiligungs- zahlungen für die Erste Gewinnperiode	<p>Sofern nicht Gewinnbeteiligungen ganz oder teilweise ausgeschlossen sind (siehe „– Ausschluss von Gewinnbeteiligungen“), beträgt die Gewinnbeteiligung für die Erste Gewinnperiode € 41.708.219. Die Gewinnbeteiligungszahlung für die Erste Gewinnperiode wird (i) am 30. Juni 2004 oder, falls dies kein Geschäftstag ist, am darauf folgenden Geschäftstag; oder, falls später, (ii) am Geschäftstag nach dem Tag der Feststellung des Jahresabschlusses der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) für das Geschäftsjahr 2003 fällig.</p>
Gewinnbeteiligungs- satz für Gewinn- perioden mit Aus- nahme der Ersten Gewinnperiode	<p>Sofern nicht Gewinnbeteiligungen ganz oder teilweise ausgeschlossen sind (siehe „– Ausschluss von Gewinnbeteiligungen“), fallen Gewinnbeteiligungen für Gewinnperioden mit Ausnahme der Ersten Gewinnperiode zu einem Satz von 7,65 % p. a. auf den Buchwert der Stillen Einlage an.</p>
Ausschluss von Gewinn- beteiligungen	<p>Falls die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung die HSH Nordbank) in dem Geschäftsjahr, auf das sich die maßgebliche Gewinnperiode bezieht, einen Jahresbilanzverlust verzeichnet, fallen für die maßgebliche Gewinnperiode keine Gewinnbeteiligungen an. Da keine Gewinnbeteiligungen anfallen, erfolgen für das betreffende Geschäftsjahr der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) keine Ausschüttungen an die Emissionsgläubiger. Wie im Beteiligungsvertrag näher bestimmt, fallen keine Gewinnbeteiligungen an:</p> <ul style="list-style-type: none"> (i) soweit (jedoch nur in dem Maße wie) die Zahlung einer solchen Gewinnbeteiligung zu einem Jahresbilanzverlust in dem Geschäftsjahr der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank), auf das sich die maßgebliche Gewinnperiode bezieht, führen oder diesen erhöhen würde; oder (ii) falls der Nennbetrag der Stillen Einlage aufgrund von Verlusten in Vorjahren herabgesetzt und noch nicht vollständig durch in Folgejahren angefallene Gewinne aufgefüllt wurde (siehe „– Auffüllung der Stillen Einlage“); oder (iii) im Fall einer Insolvenz der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) oder Maßnahmen der Aufsichtsbehörden gegen die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung die HSH Nordbank); oder (iv) falls der Solvabilitätskoeffizient der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) auf Instituts- oder auf Gruppenbasis unter 9% liegt, soweit die Zahlung einer solchen Gewinnbeteiligung zu einem Jahresfehlbetrag gemäß den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung der Bundesrepublik Deutschland in dem Geschäftsjahr der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank), auf das sich die maßgebliche Gewinnperiode bezieht, führen oder diesen erhöhen würde; oder (v) falls der Beendigungstag in diese Gewinnperiode fällt.
Jahresbilanzverlust	<p>Ein Jahresbilanzverlust liegt dann vor, wenn die nicht konsolidierte Jahresbilanz der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) keinen Bilanzgewinn ausweist, der nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung der Bundesrepublik Deutschland ermittelt wird. Nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung wird der Bilanzgewinn aus dem Jahresüberschuss ermittelt, berichtigt um Gewinn- und Verlustvorträge aus Vorjahren sowie Entnahmen aus und Einstellungen in Kapital und Gewinnrücklagen. Nach der Änderung der Rechtsform der</p>

	<p>LB Kiel in eine Aktiengesellschaft im Zusammenhang mit der geplanten Verschmelzung mit der Hamburg LB (Siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“) fallen Gewinnbeteiligungen in dem Maße nicht an, in dem sie den Jahresüberschuss, berichtigt um Verlustvorträge aus Vorjahren, Einstellungen in Kapital- und Gewinnrücklagen und Entnahmen ausschließlich aus anderen Gewinnrücklagen, welche während der Laufzeit des Beteiligungsvertrages angefallen sind, übersteigen.</p>
Verlustbeteiligung und Herabsetzung	<p>Falls die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung die HSH Nordbank) in einem Geschäftsjahr einen Jahresbilanzverlust verzeichnet, nimmt der Stille Gesellschafter an den Verlusten der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) teil. Der Stille Gesellschafter nimmt an einem Jahresbilanzverlust im Verhältnis des Buchwerts der Stillen Einlage zum Gesamtbuchwert aller am Verlust teilnehmenden Haftkapitalanteile der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) teil. Wie im Beteiligungsvertrag näher bestimmt, umfasst das Haftkapital der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) alle Beteiligungen in Form einer Stillen Gesellschaft, alle Gewinnbeteiligungsrechte in Form von Genussscheinen gemäß dem Kreditwesengesetz und das gesamte Eigenkapital. Zum 31. Dezember 2002 hat die LB Kiel ein Haftkapital von insgesamt € 6.125 Millionen und die Hamburg LB von insgesamt € 5.521 Millionen ausgewiesen.</p> <p>Nach einem Jahresbilanzverlust erfolgt eine entsprechende Herabsetzung des Buchwerts der Stillen Einlage. Der Buchwert der Stillen Einlage wird um den Betrag des auf den Stillen Gesellschafter entfallenden Anteils an dem betreffenden Jahresbilanzverlust herabgesetzt. Der Gesamtanteil des Stillen Gesellschafters an dem Jahresbilanzverlust darf den Nennbetrag der Stillen Einlage nicht überschreiten.</p>
Auffüllung der Stillen Einlage	<p>Nach einer Herabsetzung wird der Buchwert der Stillen Einlage in nachfolgenden Geschäftsjahren der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank), in denen Bilanzgewinne gemäß den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung der Bundesrepublik Deutschland verzeichnet werden, erhöht. Die Rückführung des Buchwerts der Stillen Einlage erfolgt gleichrangig mit der Rückführung anderer stiller Beteiligungen, jedoch erst, nachdem alle Gewinnbeteiligungsrechte in Form von Genussscheinen gemäß dem Kreditwesengesetz vollständig zurückgeführt wurden. Eine Rückführung des Stammkapitals und Einstellungen in Rücklagen dürfen erst nach der vollständigen Rückführung der Stillen Einlage bis zu ihrem anfänglichen Nennbetrag erfolgen.</p> <p>Keine Erhöhung des Nennbetrages der Stillen Einlage darf dazu führen, dass der Buchwert der Stillen Einlage den Nennbetrag der Stillen Einlage zum Anfangsdatum überschreitet. Gewinnbeteiligungen, die nach einer Herabsetzung der Stillen Einlage anfallen, werden wie oben beschrieben der Gewinnbeteiligung für das laufende Geschäftsjahr zugerechnet, jedoch nicht für frühere Geschäftsjahre, in denen aufgrund eines Jahresbilanzverlustes keine Gewinnbeteiligung angefallen ist oder gezahlt wurde.</p>
Kapitalzahlungen	<p>Die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung die HSH Nordbank) nimmt außer zum Zeitpunkt der Rückzahlung der Stillen Einlage (siehe „Rückzahlungstag“), an dem der Nennbetrag der Stillen Einlage unter Berücksichtigung eventueller Herabsetzungen zurückgezahlt wird (siehe „Rückzahlung“), keine Zahlungen von Kapital vor.</p>
Kündigung	<p>Der Beteiligungsvertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und hat daher keine feste Laufzeit. Daher wird die Stille Einlage erst nach der Kündigung des Beteiligungsvertrages durch die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung die</p>

HSH Nordbank) gemäß den Vertragsbestimmungen und vorbehaltlich der darin genannten Bedingungen an den Stillen Gesellschafter zurückgezahlt.

Die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung die HSH Nordbank) ist nicht verpflichtet, den Beteiligungsvertrag an einem bestimmten Tag oder bestimmten Tagen des Jahres zu kündigen. Wie im Beteiligungsvertrag näher bestimmt, kann die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung die HSH Nordbank) den Beteiligungsvertrag nur kündigen, wenn:

- (i) eine Veränderung steuerlicher oder aufsichtsrechtlicher Vorgaben eintritt, jedoch keinesfalls vor dem 31. Dezember 2008; oder
- (ii) am oder nach dem 31. Dezember 2011 (mit Wirkung zum 31. Dezember 2013), wenn der Solvabilitätskoeffizient der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) auf Instituts- oder auf Gruppenbasis dauerhaft den Wert von 9 % übersteigt.

Die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung die HSH Nordbank) kann den Beteiligungsvertrag gegenüber dem Stillen Gesellschafter nur mit einer Kündigungsfrist von mindestens zwei Jahren kündigen. Eine Kündigungsmitteilung der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) wird erst nach Zustimmung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) wirksam.

Beendigungstag

Der Beendigungstag ist der Tag, ab dem der Stille Gesellschafter nicht mehr an den Gewinnen und Verlusten der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) als Stiller Gesellschafter teilnimmt. An diesem Tag wird die maßgebliche Kündigungsmitteilung wirksam.

Rückzahlungstag

Der „**Rückzahlungstag**“ ist der 30. Juni des Jahres, das auf das Geschäftsjahr der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) folgt, in das der Beendigungstag fällt oder, falls dieser Tag kein Geschäftstag ist, der nächstfolgende Geschäftstag. Falls am 29. Juni des maßgeblichen Jahres der Jahresabschluss der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) für das Geschäftsjahr, in das der Beendigungstag fällt, noch nicht festgestellt wurde, ist der Rückzahlungstag der auf den Tag der Feststellung folgende Geschäftstag.

Rückzahlung

Am Rückzahlungstag zahlt die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung die HSH Nordbank) den Rückzahlungsbetrag an den Stillen Gesellschafter.

Nachrangigkeit

Wie im Beteiligungsvertrag näher bestimmt, sind die Zahlungsverpflichtungen der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) aufgrund des Beteiligungsvertrages:

- (i) nachrangig gegenüber Forderungen aller bestehenden und künftigen Gläubiger der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) (einschließlich Gewinnbeteiligungsrechte in Form von Genussscheinen gemäß dem Kreditwesengesetz);
- (ii) mindestens gleichrangig mit allen Forderungen auf Rückzahlung von Kapitaleinlagen, die in Bezug auf bestehende und künftige stille Beteiligungen in die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung in die HSH Nordbank) eingebracht wurden; und
- (iii) vorrangig vor allen Forderungen von Anteilseignern der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank);

soweit diese jeweils bereits begründet wurden oder in Zukunft begründet werden.

**Geltendmachung
von Ansprüchen**

Der Beteiligungsvertrag stellt einen Vertrag zwischen der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) und der Emittentin dar. Daher kann generell nur die Emittentin Ansprüche aufgrund des Beteiligungsvertrages gegenüber der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) geltend machen. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, zur Geltendmachung ihrer Ansprüche aufgrund des Beteiligungsvertrages gerichtlich gegen die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung die HSH Nordbank) vorzugehen.

**Erfüllungsort und
Gerichtsstand**

Kiel

Anwendbares Recht

Deutsches Recht

**Rechtsverbindliche
Sprache**

Deutsch

Zusammenfassung der Bestimmungen des Darlehensvertrages

Die folgende Zusammenfassung bezieht sich auf bestimmte Bestimmungen des Darlehensvertrages. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und unterliegt und beruht in ihrer Gesamtheit auf den Bestimmungen des Darlehensvertrages, die unter „Bestimmungen des Darlehensvertrages“ aufgeführt sind. Die nachstehende Darstellung bezieht sich auf die Gegebenheiten am Ausgabetag der RESPARC Securities. Nach Rechtswirksamkeit der Verschmelzung tritt die HSH Nordbank rechtlich an die Stelle der LB Kiel (siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“) und Bezugnahmen auf die LB Kiel sind – wie im folgenden Text gekennzeichnet – als Bezugnahmen auf die HSH Nordbank zu lesen.

Parteien	<p>Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, ein nach dem Recht des Bundeslandes Schleswig-Holstein errichtetes öffentlich-rechtliches Kreditinstitut, welches mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2003 mit der Hamburgischen Landesbank Girozentrale zur HSH Nordbank Aktiengesellschaft mit Sitz in Hamburg und Kiel im Wege der Verschmelzung zur Neugründung verschmolzen werden wird (siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“), handelnd durch ihre Luxemburger Zweigniederlassung als Darlehensgeberin.</p> <p>RESPARCS Funding II Limited Partnership, St. Helier, Jersey, Kanalinseln, eine nach dem Recht Jerseys errichtete Kommanditgesellschaft (<i>limited partnership</i>) als Darlehensnehmerin.</p>
Darlehens-Auszahlungen	<p>An jedem Tag, an dem eine Gewinnbeteiligungszahlung fällig wird, zahlt die LB Kiel Luxemburg an die Emittentin eine Darlehens-Auszahlung in Höhe des Betrages, der dem von der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) vorgenommenen Einbehalt deutscher Kapitalertragsteuer von der maßgeblichen Gewinnbeteiligungszahlung entspricht.</p> <p>An jedem Tag, an dem die Stille Einlage nach einer Herabsetzung aufgefüllt wird, zahlt die LB Kiel Luxemburg an die Emittentin eine Darlehens-Auszahlung in Höhe des Betrages, der dem von der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) vorgenommenen Einbehalt deutscher Kapitalertragsteuer von der maßgeblichen Auffüllung entspricht.</p>
Rückzahlung und Vorzeitige Rückzahlung	<p>Nach Maßgabe des zwischen der Emittenten-Komplementärin und der Emittenten-Kommanditistin abgeschlossenen Einzahlungsvertrag (siehe „Beschreibung des Einzahlungsvertrages“) ist die Emittenten-Kommanditistin verpflichtet, sämtliche Beträge, die sie von den deutschen Finanzbehörden aufgrund von Steuererstattungsansprüchen erhält, an die Emittentin zu zahlen. Diese von der Emittenten-Kommanditistin erhaltenen Beträge muss die Emittentin gemäß dem Darlehensvertrag dazu verwenden, ausstehende Darlehens-Auszahlungen unverzüglich zurückzuzahlen (jede solche Zahlung eine „Vorzeitige Rückzahlung“).</p> <p>Spätestens am Endgültigen Rückzahlungstag muss die Emittentin alle ausstehenden Darlehens-Auszahlungen zurückbezahlen.</p>
Zinsen	<p>Die Emittentin wird an jedem Tag, an dem sie eine Vorzeitige Rückzahlung vornimmt, Zinsen an die LB Kiel Luxemburg zahlen. Der Zinssatz beträgt anfänglich 4% p.a. und entspricht nach dem 1. Januar 2009 dem 12-Monats-EURIBOR zuzüglich einer Marge von 0,3% p.a.</p>
Anwendbares Recht	<p>Deutsches Recht</p>
Rechtsverbindliche Sprache	<p>Deutsch</p>

Zusammenfassung der Bestimmungen der Patronatserklärung

Die folgende Zusammenfassung bezieht sich auf bestimmte Bestimmungen der Patronatserklärung. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und unterliegt und beruht in ihrer Gesamtheit auf den Bestimmungen der Patronatserklärung, die unter „Bestimmungen der Patronatserklärung“ aufgeführt sind. Die nachstehende Darstellung bezieht sich auf die Gegebenheiten am Ausgabetag der RESPARC Securities. Nach Rechtswirksamkeit der Verschmelzung tritt die HSH Nordbank rechtlich an die Stelle der LB Kiel (siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“) und Bezugnahmen auf die LB Kiel sind – wie im folgenden Text gekennzeichnet – als Bezugnahmen auf die HSH Nordbank zu lesen.

Parteien	Landesbank Schleswig-Holstein International S.A., Luxemburg, ein nach Luxemburger Recht errichtetes Kreditinstitut und eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der LB Kiel. RESPARCS Funding II Limited Partnership, St. Helier, Jersey, Kanalinseln, eine nach dem Recht Jerseys errichtete Kommanditgesellschaft (<i>limited partnership</i>), die Emittentin.
Art der Verpflichtungen aufgrund der Patronatserklärung	Die Inhaber der RESPARC Securities sind Drittbegünstigte der Patronatserklärung. Sofern die LB Kiel International ihre Verpflichtungen aufgrund der Patronatserklärung nicht erfüllt, kann jeder Inhaber von RESPARC Securities die Patronatserklärung gemäß deutschem Recht geltend machen. Verpflichtungen aufgrund der Patronatserklärung sind nachrangig (siehe „– Rang der Verpflichtungen“). Die Patronatserklärung ist keine Garantie irgendeiner Art, dass die Emittentin zu irgendeinem Zeitpunkt über ein ausreichendes Vermögen verfügt, um Zinszahlungen und Tilgungszahlungen auf die RESPARC Securities zu leisten.
Rang der Verpflichtungen	Die Zahlungsverpflichtungen der LB Kiel International aufgrund der Patronatserklärung sind gegenüber allen vorrangigen und nachrangigen schuldrechtlichen Verpflichtungen der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) genauso nachrangig wie die Zahlungsverpflichtungen der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) aufgrund des Beteiligungsvertrages (siehe „Zusammenfassung der Bestimmungen des Beteiligungsvertrages – Nachrangigkeit“).
Verpflichtung	Die LB Kiel International verpflichtet sich sicherzustellen, dass die Emittentin jederzeit in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen, einschließlich (ohne Beschränkung) der Verpflichtungen zu Zinszahlungen und Tilgungszahlungen auf die RESPARC Securities.
Unterlassungsversprechen	Die LB Kiel International verpflichtet sich, keine Garantie oder ähnliche Verpflichtung in Bezug auf mit Ansprüchen aus dem Beteiligungsvertrag gleichrangigen Ansprüchen abzugeben, oder eine Vereinbarung zur Sicherung solcher Ansprüche abzuschließen, wenn eine solche Garantie, ein solches Versprechen oder eine solche Vereinbarung in irgendeiner Hinsicht ihren Verpflichtungen aufgrund der Patronatserklärung im Rang vorgeht, sofern die Patronatserklärung nicht so geändert wird, dass sie mit einer solchen anderen Garantie oder Sicherungsvereinbarung mindestens gleichrangig ist und im Wesentlichen gleichwertige Vorrechte in Bezug auf Zahlung und irgendwelche darunter gewährte Ansprüche enthält.
Änderungsverbot	Solange RESPARC Securities ausstehen, darf die Patronatserklärung nicht ohne die Zustimmung von 100% der Inhaber der RESPARC Securities geändert oder gekündigt werden, mit Ausnahme solcher Änderungen, die für die Interessen der Inhaber der RESPARC Securities nicht nachteilig sind.
Anwendbares Recht	Deutsches Recht
Rechtsverbindliche Sprache	Deutsch

AUSGEWÄHLTE FINANZANGABEN

LB Kiel

Die folgende Tabelle enthält ausgewählte konsolidierte Finanzangaben der LB Kiel für die letzten drei Geschäftsjahre bis zum 31. Dezember 2002:

	31. Dezember ¹⁾		
	2000	2001	2002
	(€ in Millionen)		
Ausgewählte Angaben aus der Gewinn- und Verlustrechnung			
Zinsüberschuss ²⁾	751	898	1.184
Provisionsüberschuss ³⁾	142	138	158
Handelsüberschuss	27	58	71
Risikovorsorge und Bewertung ⁴⁾	– 171	– 309	– 356
Betriebsergebnis vor Steuern und Ausschüttung auf Stille Einlagen	309	363	470
Jahresüberschuss	84	174	189
Ausgewählte Bilanzdaten			
Barreserve	236	136	227
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	5	6	8
Forderungen an Kreditinstitute	32.369	32.390	33.734
Forderungen an Kunden	58.115	64.042	66.848
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	32.928	39.298	39.120
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.526	1.738	1.837
Treuhandvermögen	1.366	1.363	1.382
Summe der Aktiva	128.085	141.020	145.506
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	51.915	56.744	47.513
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	24.407	28.266	30.754
Verbriefte Verbindlichkeiten	40.541	44.133	53.455
Treuhandverbindlichkeiten	1.366	1.363	1.382
Rückstellungen	533	454	623
Summe der Verbindlichkeiten	124.393	136.738	139.909
Eigenkapital	3.692	4.282	5.597

¹⁾ Rundungsdifferenzen sind möglich.

²⁾ Beinhaltet die folgenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung der Gruppe: Zinserträge; Zinsaufwendungen; sonstige Erträge; und Erträge von Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungsverträgen und Teilgewinnabführungsverträgen.

³⁾ Beinhaltet die folgenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung der Gruppe: Provisionserträge und Provisionsaufwendungen.

⁴⁾ Beinhaltet die folgenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung der Gruppe: Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil; Aufwendungen aus Verlustübernahme; Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil; Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft; Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen an nicht verbundenen Unternehmen und auf Wertpapiere, die wie Anlagevermögen behandelt werden; Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken.

Hamburg LB

Die folgende Tabelle enthält ausgewählte konsolidierte Finanzangaben der Hamburg LB für die letzten drei Geschäftsjahre bis zum 31. Dezember 2002:

	31. Dezember ¹⁾		
	2000	2001	2002
	(€ in Millionen)		
Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung			
Zinsüberschuss ²⁾	704	813	961
Provisionsüberschuss ³⁾	103	103	111
Handelsüberschuss	8	18	22
Risikovorsorge und Bewertung ⁴⁾	– 143	– 277	– 297
Betriebsergebnis vor Steuern und Ausschüttung auf			
Stille Einlagen	281	271	315
Jahresüberschuss	59	98	113
Ausgewählte Bilanzdaten			
Barreserve	65	80	260
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur			
Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	2	4	3
Forderungen an Kreditinstitute	19.331	19.267	22.120
Forderungen an Kunden	38.170	41.372	42.811
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche			
Wertpapiere	23.443	27.166	23.021
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.674	1.654	942
Treuhandvermögen	256	297	321
Summe der Aktiva	85.635	92.667	92.659
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	31.919	31.630	24.333
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	23.497	30.468	31.093
Verbriefte Verbindlichkeiten	21.140	21.343	27.350
Treuhandverbindlichkeiten	256	297	321
Rückstellungen	387	270	376
Summe der Verbindlichkeiten	81.961	88.897	88.562
Eigenkapital	3.674	3.770	4.097

¹⁾ Rundungsdifferenzen sind möglich.

²⁾ Beinhaltet die folgenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns: Zinserträge; Zinsaufwendungen; sonstige Erträge; und Erträge von Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungsverträgen und Teilgewinnabführungsverträgen.

³⁾ Beinhaltet die folgenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns: Provisionserträge und Provisionsaufwendungen.

⁴⁾ Beinhaltet die folgenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung der Gruppe: Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil; Aufwendungen aus Verlustübernahme; Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil; Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft; Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere; Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken.

HSH Nordbank ¹⁾

Die folgende Tabelle enthält ausgewählte konsolidierte Finanzangaben aus der ungeprüften pro-forma Konzernöffnungsbilanz der HSH Nordbank zum 1. Januar 2003:

1. Januar 2003 ²⁾

(ungeprüft)

(€ in Millionen)

Ausgewählte Bilanzdaten

Barreserve	358
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	10
Forderungen an Kreditinstitute	46.097
Forderungen an Kunden	78.876
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	50.482
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.444
Treuhandvermögen	340
Summe der Aktiva	181.592
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	55.374
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	45.395
Verbriefte Verbindlichkeiten	67.267
Treuhandverbindlichkeiten	340
Rückstellungen	723
Summe der Verbindlichkeiten	175.814
Eigenkapital	5.778

¹⁾ Siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“.

²⁾ Rundungsdifferenzen sind möglich.

RISIKOFAKTOREN

Die folgenden Anlageerwägungen sind eine Zusammenfassung bestimmter Risikofaktoren der Geschäftstätigkeit der LB Kiel (und nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) und der RESPARC Securities, die potentielle Anleger beachten sollten. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Potentielle Anleger sollten die folgenden Angaben sorgfältig in Verbindung mit den anderen Informationen, die in diesem Verkaufsprospekt enthalten sind, lesen.

Eine Investition in die RESPARC Securities ist nur für im Finanzwesen erfahrene Investoren geeignet, welche die mit einer solchen Investition zusammenhängenden Risiken vollständig einschätzen können und die über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, um einen eventuellen Verlust durch eine solche Investition erleiden zu können.

Risiken, die mit der Geschäftstätigkeit der LB Kiel (und nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) verbunden sind

Risiken im Zusammenhang mit der finanziellen Verfassung der LB Kiel (und nach der Verschmelzung der HSH Nordbank)

Die LB Kiel und die Hamburg LB fusionieren wirtschaftlich rückwirkend zum 1. Januar 2003 im Wege der Verschmelzung zur Neugründung zu einer Aktiengesellschaft, die unter HSH Nordbank AG firmieren wird (die „**Verschmelzung**“); siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“. Falls nach der Verschmelzung für die HSH Nordbank ein Jahresbilanzverlust anfällt, gibt es nach dem Beteiligungsvertrag keinen an die Emittentin ausschüttungsfähigen Gewinn der HSH Nordbank und es werden entsprechend keine Ausschüttungen an die Inhaber der RESPARC Securities erfolgen (siehe „Zusammenfassung – Zusammenfassung der Bestimmungen des Beteiligungsvertrages – Ausschluss von Gewinnbeteiligungen“). Da noch keine Erfahrungen zu den Geschäftsergebnissen der neugegründeten HSH Nordbank vorliegen, die als Grundlage für die Einschätzung ihrer zukünftigen Geschäftsergebnisse dienen könnten, kann nicht sicher davon ausgegangen werden, dass die HSH Nordbank in Zukunft einen Jahresbilanzgewinn erzielen kann, um somit Zahlungen auf Grundlage des Beteiligungsvertrags zu leisten.

Risiken im Zusammenhang mit der Verschmelzung

Die Verschmelzung erfordert die Integration von zwei eigenständigen Unternehmen, die zuvor unabhängig voneinander auf Grundlage ihrer jeweiligen Unternehmensstruktur und etablierten Geschäftsabläufe im Markt operiert haben. Auch wenn die LB Kiel und die Hamburg LB davon überzeugt sind, dass sich ihre Geschäftsstrategien, ihre Geschäftsfelder und ihre Standorte gut ergänzen und die der Fusion vorausgegangen Jahre einer erfolgreichen Kooperation beider Banken eine gute Ausgangslage für die Integration der Unternehmen darstellen, kann nicht sicher davon ausgegangen werden, dass die Integration ohne signifikante Schwierigkeiten gelingen wird. Insbesondere bestehen Risiken durch

- einen möglichen Verlust von Mitarbeitern, die bisher zentrale Schlüsselpositionen inne hatten, sowie ein möglicher Verlust wesentlicher Kunden,
- die mögliche Störung oder Unterbrechung von laufenden geschäftlichen Aktivitäten,
- potenzielle Schwierigkeiten bei der Übertragung und Zusammenführung der verschiedenen Informationstechnologiesysteme der LB Kiel und der Hamburg LB sowie
- die mögliche Unvereinbarkeit von Standards, Kontrollmechanismen, Verfahrensabläufen und Strategien.

Jede dieser möglichen Schwierigkeiten kann erheblich nachteilige Folgen für die Geschäftstätigkeit der HSH Nordbank, ihr Geschäftsergebnis und ihre finanzielle Situation nach sich ziehen. Hierdurch könnte es zu einem Jahresbilanzverlust kommen. In diesem Fall würden keine Ausschüttungen an die Inhaber der RESPARC Securities vorgenommen, und zwar möglicherweise fortdauernd bis der Buchwert der Stillen Einlage nach einer Herabsetzung vollständig wieder aufgefüllt wurde.

Verluste aufgrund von Kreditausfällen und steigender Risikovorsorge

Der Geschäftsgegenstand der LB Kiel ist grundsätzlich dem Risiko ausgesetzt, dass Kreditnehmer und andere Vertragspartner außer Stande geraten, ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber der LB Kiel einzuhalten. Dies gilt auch in Zukunft für die HSH Nordbank. Obwohl sowohl die LB Kiel als auch die Hamburg LB ihre Kreditrisiken hinsichtlich bestimmter Kreditnehmer, seiner Branchen und Länder regelmäßig geprüft haben und die HSH Nordbank dies auch in Zukunft tun wird, können unvorhersehbare oder unabwendbare Risiken oder in der Vergangenheit nicht erkannte Risiken eintreten, die zu Kreditausfällen führen. Darüber hinaus können sich Kreditsicherheiten, die zur Absicherung des Kreditausfallrisikos gegeben wurden, infolge eines Marktpreisverfalls als nicht ausreichend zur Deckung des ausgefallenen Betrags erweisen. Insbesondere Kreditausfälle von Großkunden können substanzielle nachteilige Folgen für die Geschäftstätigkeit der LB Kiel und, nach der Verschmelzung, der HSH Nordbank haben, deren Geschäftsergebnis und finanzielle Situation nach sich ziehen. Hierdurch könnte es zu einem Jahresbilanzverlust kommen. In diesem Fall würden keine Ausschüttungen an die Inhaber der RESPARC Securities vorgenommen, und zwar möglicherweise fortdauernd bis der Buchwert der Stillen Einlage nach einer Herabsetzung wieder vollständig aufgefüllt wurde.

Um die Kreditausfallrisiken aufzufangen, haben die LB Kiel und die Hamburg LB in der Vergangenheit Einzelwertberichtigungen vorgenommen und Rückstellungen gebildet, und die HSH Nordbank wird dies auch in Zukunft tun. Obwohl die LB Kiel und die Hamburg LB Rückstellungen in nach ihrem jeweiligen besten Wissen angemessenem Umfang gebildet haben, kann nicht ausgeschlossen werden, dass die HSH Nordbank die Risikovorsorge in der Zukunft als Folge eines Anstiegs der Anzahl oder des Betrags ausfallender Kredite oder der Anwendung einheitlicher Richtlinien für Rückstellungen auf das gesamte Kreditportfolio der LB Kiel und der Hamburg LB erhöhen muss. Eine solche Erhöhung der Rückstellungen kann nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, Geschäftsergebnisse und die finanzielle Situation der LB Kiel, bzw. nach der Verschmelzung, der HSH Nordbank haben. Hierdurch könnte es zu einem Jahresbilanzverlust kommen. In diesem Fall würden keine Ausschüttungen an die Inhaber der RESPARC Securities vorgenommen, und zwar möglicherweise fortdauernd bis der Buchwert der Stillen Einlage nach einer Herabsetzung wieder vollständig aufgefüllt wurde.

Risiken im Zusammenhang mit dem Risikomanagement und der Integration der Risikomanagementsysteme

Bei der Übertragung und Zusammenführung der bestehenden und neuen Richtlinien, Verfahren und Bewertungsmethoden des Risikomanagements im Zuge der Fusion könnte die HSH Nordbank mit Schwierigkeiten konfrontiert werden. Dies gilt insbesondere für die Übertragung und Zusammenführung der Informationstechnologien der LB Kiel und der Hamburg LB, auf deren Basis die Richtlinien, Verfahren und Bewertungsmethoden durchgeführt werden. Folge solcher Probleme oder schon vor der Fusion bestehender unentdeckter Unzulänglichkeiten der Risikomanagementsysteme von LB Kiel und Hamburg LB könnte sein, dass sich die Risikomanagementrichtlinien, -verfahren und Bewertungsmethoden der HSH Nordbank als unzulänglich für die Absicherung gegen verschiedenste Risiken (einschließlich solcher Risiken, welche die LB Kiel oder die Hamburg LB in der Vergangenheit nicht erkannt oder erwartet haben oder in Zukunft nicht erkennen oder erwarten werden) erweisen. Zwar haben die LB Kiel und die Hamburg LB schon im Vorgriff auf die Verschmelzung umfangreiche Maßnahmen zur Abstimmung ihrer Risikomanagementrichtlinien, -verfahren und Bewertungsmethoden ergriffen, insbesondere im Hinblick auf die künftigen Anforderungen der Basel II Eigenkapitalübereinkunft. Dennoch kann nicht sicher davon ausgegangen werden, dass sich die Methoden der HSH Nordbank zur Erkennung, Überwachung und Beherrschung von Risiken in Zukunft als genügend und angemessen erweisen werden. Sollten sich diese Methoden als ungenügend oder unangemessen herausstellen, könnte die HSH Nordbank erhebliche unerwartete Verluste erleiden, die wesentlich nachteilige Folgen für die Geschäftstätigkeit der HSH Nordbank, ihr Geschäftsergebnis und ihre finanzielle Situation nach sich ziehen können. Hierdurch könnte es zu einem Jahresbilanzverlust kommen. In diesem Fall würden keine Ausschüttungen an die Inhaber der RESPARC Securities vorgenommen, und zwar möglicherweise fortdauernd bis der Buchwert der Stillen Einlage nach einer Herabsetzung wieder vollständig aufgefüllt wurde.

Erhöhte Marktpreisrisiken

Die LB Kiel und, nach der Verschmelzung, die HSH Nordbank, könnten erhebliche Verluste in ihren Handels- und Investitionsaktivitäten infolge von Marktschwankungen oder einer Fehleinschätzung von Marktentwicklungen erleiden. Als Folge ihrer strategische Entscheidung, den Umfang der Kapitalmarktaktivitäten substanziell zu vergrößern, hat sich die LB Kiel bereits in der Vergangenheit signifikant im Renten-, Devisen- und Aktienmarkt engagiert und entsprechende Handelsbestände und Anlagepositionen aufgebaut. Den jeweiligen Investitionsentscheidungen liegen Einschätzungen und Prognosen über künftige Entwicklungen der Finanzmärkte zugrunde, da der Erfolg solcher Geschäfte überwiegend von Marktbewegungen und Kursverläufen abhängt. Insbesondere komplexe Kapitalmarktprodukte sind darauf angelegt, aus Marktpreisbewegungen und Marktpreisdifferenzen Erträge zu generieren. Sollten sich Marktpreise anders entwickeln als von der LB Kiel oder, nach der Fusion, der HSH Nordbank erwartet bzw. prognostiziert, könnte dies erheblich nachteilige Auswirkungen auf deren Geschäftstätigkeit, Geschäftsergebnisse und finanzielle Situation haben. Hierdurch könnte es zu einem Jahresbilanzverlust kommen. In diesem Fall würden keine Ausschüttungen an die Inhaber der RESPARC Securities vorgenommen, und zwar möglicherweise fortdauernd bis der Buchwert der Stillen Einlage nach einer Herabsetzung wieder vollständig aufgefüllt wurde.

Ausstattung mit aufsichtsrechtlichem Eigenkapital

In der Vergangenheit haben die LB Kiel und die Hamburg LB jeweils eigenständig gemäß der geltenden Vorschriften ihre Ausstattung mit aufsichtsrechtlichem Eigenkapital ausgewiesen. Zur Darstellung der Vorschriften zur Eigenkapitalausstattung siehe „Regulatorische Rahmenbedingungen – Angemessene Eigenmittelausstattung – Haftendes Eigenkapital“. Nach der Verschmelzung muss die HSH Nordbank als Mutterunternehmen einer Bankengruppe den Anforderungen der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelvorschriften auf Einzelbankebene und auf Gruppenebene genügen. Darüber hinaus werden die LB Kiel und die Hamburg LB bestimmte Unternehmensbestandteile im Zuge der Verschmelzung ausgliedern (siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“), wodurch die Eigenkapitalausstattung der HSH Nordbank reduziert wird. Die LB Kiel ist jedoch der Überzeugung, dass die Eigenkapitalausstattung der HSH Nordbank ausreichend sein wird, und strebt durch die Begebung der RESPARC Securities eine weitere Stärkung der Eigenmittelposition an. Gleichwohl kann nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden, dass die HSH Nordbank in ihrer Geschäftstätigkeit oder ihrem geschäftlichen Wachstum durch eine ungenügende Eigenkapitalausstattung auf Einzelbank- oder Gruppenebene eingeschränkt werden könnte. Jede Unzulänglichkeit der Eigenkapitalausstattung der HSH Nordbank hätte substanziell nachteilige Folgen für ihre Geschäftstätigkeit sowie ihre Geschäftsergebnisse und finanzielle Situation. Hierdurch könnte es zu einem Jahresbilanzverlust kommen. In diesem Fall würden keine Ausschüttungen an die Inhaber der RESPARC Securities vorgenommen, und zwar möglicherweise fortdauernd bis der Buchwert der Stillen Einlage nach einer Herabsetzung wieder vollständig aufgefüllt wurde.

Risiken im Zusammenhang mit der Übertragung von Kreditportfolios

Im Zusammenhang mit der Verschmelzung werden alle Rechte und Verpflichtungen aufgrund bestehender Verträge der LB Kiel bzw. der Hamburg LB mit ihren jeweiligen Vertragspartnern auf die neugegründete HSH Nordbank übertragen. Während diese Übertragung im Rahmen der Verschmelzung von LB Kiel und Hamburg LB zur Neugründung nicht die Zustimmung der jeweiligen Gegenpartei der beiden Banken erfordert, ist nicht ausgeschlossen, dass Gegenparteien die Übertragung zum Anlass für eine Geltendmachung außerordentlicher Kündigungsrechte gegenüber der HSH Nordbank nehmen oder Vertragsanpassungen verlangen. Auch wenn die LB Kiel der Auffassung ist, dass solche Kündigungsrechte in aller Regel nicht erfolgreich geltend gemacht werden können, könnte die mit möglichen Auseinandersetzungen über das behauptete Bestehen von Kündigungsrechten oder die behauptete Erforderlichkeit von Vertragsanpassungen verbundene Unsicherheit und Bindung von Ressourcen substanziell nachteilige Folgen für die Geschäftstätigkeit der HSH Nordbank sowie ihre Geschäftsergebnisse und finanzielle Situation nach sich ziehen. Hierdurch könnte es zu einem Jahresbilanzverlust kommen. In diesem Fall würden keine Ausschüttungen an die Inhaber der RESPARC Securities vorgenommen, und zwar möglicherweise fortdauernd, bis der Buchwert der Stillen Einlage nach einer Herabsetzung wieder vollständig aufgefüllt wurde.

Risiken aufgrund der Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung

Die bevorstehende Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung führt zu einer tiefgreifenden Veränderung der Rahmenbedingungen der Geschäftstätigkeit der LB Kiel und, nach der Fusion, der HSH Nordbank.

Zur Ersetzung der mit dem Wirksamwerden der Verschmelzung entfallenden öffentlich-rechtlichen Anstaltslast bestimmt der Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein (vgl. „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“), dass die am 31. Dezember 2001 vorhandenen Gewährträger der beiden Banken bis zum 18. Juli 2005 die Fähigkeit der HSH Nordbank zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten sicherstellen. Die Gewährträgerhaftung, also die Haftung der Gewährträger für Verbindlichkeiten öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute, gilt für einen Übergangszeitraum für von der LB Kiel und der Hamburg LB, aber auch für nach der Verschmelzung von der HSH Nordbank eingegangene Verbindlichkeiten fort. Maßgeblich für die Fortgeltung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung ist eine Vereinbarung der Bundesrepublik Deutschland mit der Europäischen Kommission vom 17. Juli 2001. Danach muß die Anstaltslast bis zum 18. Juli 2005 durch eine normale marktwirtschaftliche Eigentümerbeziehung ersetzt werden. Die Gewährträgerhaftung gilt für bis zum 18. Juli 2001 (einschließlich) eingegangene Verbindlichkeiten der Landesbanken zeitlich unbeschränkt fort. Verbindlichkeiten, die zwischen dem 19. Juli 2001 und dem 18. Juli 2005 (einschließlich) vereinbart wurden oder werden, sind von der Gewährträgerhaftung bis zum Ende ihrer Laufzeit gedeckt, soweit diese nicht über den 31. Dezember 2015 hinausreicht. Für nach dem 18. Juli 2005 begründete Verbindlichkeiten besteht keine Gewährträgerhaftung mehr.

Anstaltslast und Gewährträgerhaftung ermöglichten es der LB Kiel und der Hamburg LB in der Vergangenheit, den Kapitalmarkt praktisch jederzeit für die Refinanzierung in Anspruch zu nehmen. Das Risiko von Liquiditätsengpässen, d.h. das Risiko einer die Rückzahlung von Verbindlichkeiten gefährdenden Inkongruenz der Aktiva und Passiva der Banken oder der Nichtverfügbarkeit von Mitteln für die Gewährung von Krediten und die Investitionstätigkeit, war damit bislang für die LB Kiel und die Hamburg LB praktisch ausgeschlossen. Falls die LB Kiel und, nach der Fusion, die HSH Nordbank nicht in der Lage sein sollte, mögliche Liquiditätsrisiken zu handhaben, könnte ihre Fähigkeit zur Rückzahlung von Verbindlichkeiten, zur Gewährung von Krediten und zur Investitionstätigkeit eingeschränkt sein und dies könnte substantiell nachteilige Folgen für die Geschäftstätigkeit der HSH Nordbank, ihr Geschäftsergebnis und ihre finanzielle Situation nach sich ziehen. Hierdurch könnte es zu einem Jahresbilanzverlust kommen. In diesem Fall würden keine Ausschüttungen an die Inhaber der RESPARC Securities vorgenommen, und zwar möglicherweise fortdauernd bis der Buchwert der Stillen Einlage nach einer Herabsetzung wieder vollständig aufgefüllt wurde.

Zugleich erwartet die LB Kiel, dass die Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung dazu führen wird, dass die Refinanzierungskosten der HSH Nordbank höher ausfallen werden als die der LB Kiel und der Hamburg LB. Ein künftiger signifikanter Anstieg der Refinanzierungskosten der HSH Nordbank ohne entsprechend steigende risikobereinigte Renditen des Kreditportfolios würde die Profitabilität der HSH Nordbank substantiell nachteilig beeinflussen. Um eine solche Beeinträchtigung der Gewinnmargen zu vermeiden, haben die LB Kiel und die Hamburg LB vor der Verschmelzung den Schwerpunkt ihrer Investitionen auf höher verzinsten Anlagen umgestellt, die üblicherweise jedoch auch risikoreicher sind. Dies wird die HSH Nordbank fortsetzen. Falls die LB Kiel, und zukünftig die HSH Nordbank, diese Risiken nicht durch geeignete Maßnahmen erfassen und beherrschen kann, könnte dies nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, das Geschäftsergebnis und die finanzielle Situation der LB Kiel, bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank nach sich ziehen. Hierdurch könnte es zu einem Jahresbilanzverlust der HSH Nordbank kommen. In diesem Fall würden keine Ausschüttungen an die Inhaber der RESPARC Securities vorgenommen, und zwar möglicherweise fortdauernd bis der Buchwert der Stillen Einlage nach einer Herabsetzung wieder vollständig aufgefüllt wurde.

Risiken durch Beihilfeuntersuchungsverfahren der EU-Kommission

Die Europäische Kommission hat in den neunziger Jahren Untersuchungen eingeleitet um festzustellen, ob verschiedene deutsche Landesbanken, darunter auch die LB Kiel und die Hamburg LB, durch Transaktionen, bei denen Vermögen und Kapital in die deutschen Landesbanken eingebracht wurden, europarechts-

widrige staatliche Beihilfen erhalten haben. Hinsichtlich der LB Kiel haben sich die Untersuchungen der EU-Kommission auf die Verschmelzung verschiedener Förderinstitute des Landes Schleswig-Holstein zur Investitionsbank in 1991 und die Eingliederung der Investitionsbank als rechtlich unselbständige und wirtschaftlich sowie organisatorisch selbständige Einheit in die LB Kiel in demselben Jahr fokussiert. Bei der Hamburg LB richten sich die Untersuchungen der EU-Kommission auf die teilweise Eingliederung (zu 81,86%) der Wohnungsbaukreditanstalt in die Hamburg LB als zwar wirtschaftlich unabhängiger, jedoch rechtlich unselbständiger Unternehmensbestandteil. Im Zusammenhang mit diesen Transaktionen könnten Beihilfe Probleme entstehen, weil die LB Kiel bzw. die Hamburg LB befugt waren, auf das Eigenkapital der eingegliederten Förderinstitute zur Unterlegung risikobehafteter Anlagen und hohen Engagements in anderen Geschäftsbereichen zurückzugreifen, sofern es die Förderinstitute nicht zur Unterlegung ihres eigenen Geschäfts benötigten.

Nach verschiedenen Kommissionsentscheidungen und gerichtlichen Streitigkeiten im Zusammenhang mit einer Sacheinlage bei dem Westdeutschen Landesbank Konzern („WestLB“), hinsichtlich derer die EU-Kommission das Vorliegen einer Staatsbeihilfe feststellte und rückwirkend die Zahlung signifikanter Gegenleistungen durch die betroffene Bank forderte, leitete die EU-Kommission im November 2002 förmliche Untersuchungsverfahren im Hinblick auf fünf weitere deutsche Landesbanken, darunter die LB Kiel und die Hamburg LB, ein (siehe „Allgemeine Angaben über die LB Kiel – Rechtsstreitigkeiten“). Die LB Kiel und die Hamburg LB sind der Auffassung, dass sie dem Land Schleswig-Holstein bzw. der Freien und Hansestadt Hamburg angemessene Gegenleistungen für die eingebrachten Sachwerte gezahlt haben und dass die Vorschriften über Staatsbeihilfen entgegen der Behauptung von Kritikern, insbesondere Wettbewerbern, nicht verletzt wurden. Darüber hinaus ist die LB Kiel der Auffassung, dass das Land Schleswig-Holstein wesentliche Vorteile durch die Übertragung erzielte – wie etwa Kostensynergien und einen höheren Kaufpreis bei Veräußerung einer Beteiligung an der LB Kiel an die WestLB und die Landesbank Baden-Württemberg („LBBW“) –, und dass diese Vorteile bei einer Berechnung der Angemessenheit der Gegenleistung für die Einbringung berücksichtigt werden müssen. Allerdings ist nicht sichergestellt, dass das laufende Verfahren im Sinne der LB Kiel und der Hamburg LB, bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank, entschieden werden. Sollte dies nicht der Fall sein, könnte die HSH Nordbank eine erhebliche Verschlechterung ihrer Geschäftsergebnisse und ihrer finanziellen Situation erleiden. Hierdurch könnte es zu einem Jahresbilanzverlust kommen. In diesem Fall würden keine Ausschüttungen an die Inhaber der RESPARC Securities vorgenommen, und zwar möglicherweise fortdauernd bis der Buchwert der Stillen Einlage nach einer Herabsetzung wieder vollständig aufgefüllt wurde.

Risiken, die mit der Anlage in RESPARC Securities verbunden sind

Die nachstehende Darstellung bezieht sich auf die Gegebenheiten am Ausgabetag der RESPARC Securities. Nach Rechtswirksamkeit der Verschmelzung tritt die HSH Nordbank rechtlich an die Stelle der LB Kiel (siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“) und Bezugnahmen auf die LB Kiel sind – wie im folgenden Text gekennzeichnet – als Bezugnahmen auf die HSH Nordbank zu lesen.

Zinszahlungen auf die RESPARC Securities hängen von den Gewinnen der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) ab und davon, inwieweit der Stillen Beteiligung Gewinnbeteiligungen zugewiesen werden.

Sowohl die Beträge, die als Zinszahlungen auf die RESPARC Securities an die Emissionsgläubiger zahlbar sind, als auch die als Gewinnbeteiligungszahlungen nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages zahlbaren Beträge hängen von den zukünftigen Gewinnen und Verlusten der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) ab und davon, inwieweit eventuelle Gewinne als Gewinnbeteiligungen gemäß dem Beteiligungsvertrag zugewiesen werden. Gewinnbeteiligungen fallen nicht an, wenn (jedoch nur in dem Maße wie) ihr Anfallen zu einem Jahresbilanzverlust führen oder diesen erhöhen würde. Falls die Gewinne der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) für die Zahlung der Gewinnbeteiligungen in voller Höhe nicht ausreichen, können Gewinnbeteiligungen teilweise anfallen und in diesem Fall erfolgen auch die entsprechenden Zinszahlungen nur teilweise. Siehe „Zusammenfassung – Zusammenfassung der Transaktion“.

Selbst wenn die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung die HSH Nordbank) in einem Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss erzielt, könnte durch die Zuweisung von Gewinnen an die Stille Beteiligung ein Jahresbilanzverlust entstehen, falls die Geschäftsführung der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) beschließt, den gesamten Jahresüberschuss in die Rücklagen einzustellen. Daher besteht selbst dann, wenn die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung die HSH Nordbank) in einem Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss erzielt hat, die Möglichkeit, dass keine Gewinnbeteiligung anfällt. Sollte dies der Fall sein, erhalten die Emissionsgläubiger keine Zinszahlungen auf die RESPARC Securities.

Ferner kann die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung die HSH Nordbank) nicht garantieren, dass zukünftig Gewinne erwirtschaftet werden, und die Geschäftsführung der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) ist nicht verpflichtet vorzuschlagen, ausreichende Mittel aus den Rücklagen zu entnehmen, um sicherzustellen, dass kein Jahresbilanzverlust eintritt. Die Eigentümer der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) sind nicht verpflichtet, einem Bilanzgewinn, der von der Geschäftsführung der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) vorgeschlagen wird und zur Deckung der Gewinnbeteiligungen ausreicht, zuzustimmen.

Nach der Änderung der Rechtsform der LB Kiel in eine Aktiengesellschaft im Zusammenhang mit der geplanten Verschmelzung der LB Kiel mit der Hamburg LB (siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der Bank und der Hamburg LB“), fallen Gewinnbeteiligungen in dem Maße nicht an, in dem sie den Jahresüberschuss übersteigen, berichtigt um Verlustvorträge aus Vorjahren, Einstellungen in Kapital- und Gewinnrücklagen und Entnahmen ausschließlich aus anderen Gewinnrücklagen, welche während der Laufzeit des Beteiligungsvertrages angefallen sind (siehe „Zusammenfassung – Zusammenfassung der Transaktion“).

Kapitalzahlungen auf die RESPARC Securities sind von der Höhe des Rückzahlungsbetrags nach Maßgabe der Bestimmungen des Beteiligungsvertrags abhängig

Falls es zu einer Herabsetzung des Buchwerts der Stillen Einlage gekommen ist, weil die Stille Einlage an einem Jahresbilanzverlust der LB Kiel (d.h. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) teilgenommen hatte und der Buchwert der Stillen Einlage zum Zeitpunkt der Fälligkeit der Rückzahlung der Stillen Einlage noch nicht wieder bis zum Wert von € 500.000.000 aufgefüllt wurde, wird der nach Maßgabe des Beteiligungsvertrags zurückzuzahlende Betrag geringer als € 500.000.000 sein. In diesem Fall sind die Kapitalzahlungen auf die RESPARC Securities niedriger als deren Nennbetrag. Demzufolge können Jahresbilanzverluste der LB Kiel (d.h. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) für die Inhaber der RESPARC Securities zu einem Verlust ihrer Investition bei Rückzahlung der RESPARC Securities führen.

Zahlungen auf die RESPARC Securities sind aufschiebend bedingt

Die Zahlungsverpflichtungen der Emittentin in Bezug auf die RESPARC Securities sind dadurch aufschiebend bedingt, dass sie die erforderlichen Beträge, die von der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages und von der LB Kiel Luxemburg nach Maßgabe des Darlehensvertrages zahlbar sind, in voller Höhe erhält. In dem Maße, in dem die Emittentin diese Beträge nicht erhält, ist sie nicht zu Zahlungen in Bezug auf die RESPARC Securities verpflichtet.

Die Patronatserklärung ist keine Garantie

Die LB Kiel International, eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der LB Kiel, hat zu Gunsten der Emittentin und der Inhaber der RESPARC Securities eine Patronatserklärung abgegeben. Gleichwohl stellt die Patronatserklärung keine Garantie, weder der LB Kiel International noch der LB Kiel oder, nach der Verschmelzung, der HSH Nordbank dahingehend dar, dass die Emittentin zu jeder Zeit über ausreichendes Vermögen verfügt, um Zahlungen auf die RESPARC Securities leisten zu können. Darüber hinaus sind die Verpflichtungen aufgrund der Patronatserklärung nachrangig. Demnach sind die Rechte der Emittentin und der Inhaber der RESPARC Securities nachrangig gegenüber den Rechten aller anderen Gläubiger der LB Kiel International.

Die RESPARC Securities haben keine feste Laufzeit

Die RESPARC Securities haben eine unbestimmte Laufzeit und werden nur zurückgezahlt, falls der Beteiligungsvertrag gekündigt und die Stille Einlage an die Emittentin zurückgezahlt wird oder falls die Emittentin von ihrem vorzeitigen Kündigungsrecht Gebrauch macht. Der Beteiligungsvertrag hat eine unbestimmte Laufzeit. Nach seinen Bestimmungen kann der Beteiligungsvertrag nur von der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) und nicht von dem Stillen Gesellschafter gekündigt werden. Vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen, die in diesem Verkaufsprospekt beschrieben sind, kann eine Kündigung des Beteiligungsvertrages durch die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung durch die HSH Nordbank) nur am oder nach dem 31. Dezember 2013 wirksam werden und nur, sofern der Solvabilitätskoeffizient der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) dauerhaft neun Prozent übersteigt. Ferner sieht der Beteiligungsvertrag eine Kündigungsfrist von zwei Jahren vor und legt fest, dass keine Kündigung ohne Zustimmung der Aufsichtsbehörde erfolgen darf. Daher sollten sich Emissionsgläubiger darüber im Klaren sein, dass sie die finanziellen Risiken einer Anlage in die RESPARC Securities gegebenenfalls über einen Zeitraum von unbestimmter Dauer tragen müssen.

Gewinnbeteiligungen nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages und Zinszahlungen auf die RESPARC Securities sind nicht kumulativ

Zinszahlungen auf die RESPARC Securities und Gewinnbeteiligungszahlungen nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages sind nicht kumulativ. Der Beteiligungsvertrag sieht vor, dass in einer Gewinnperiode keine Gewinnbeteiligungen anfallen oder zahlbar sind,

- (i) soweit die Zahlung einer solchen Gewinnbeteiligung zu einem Jahresbilanzverlust in dem Geschäftsjahr der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank), auf das sich die maßgebliche Gewinnperiode bezieht, führen oder diesen erhöhen würde;
- (ii) falls eine Herabsetzung erfolgt ist und die Stille Einlage noch nicht vollständig aufgefüllt wurde;
- (iii) wenn zu irgendeinem Zeitpunkt vor Auszahlung der Gewinnbeteiligung ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) aus Gründen der drohenden oder bestehenden Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung gestellt wurde oder die BaFin die ihr verliehenen Befugnisse gemäß §§ 45, 46 und 47 KWG bzw. entsprechender Nachfolgebestimmungen ausgeübt hat; oder
- (iv) falls der Solvabilitätskoeffizient der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) auf Instituts- oder auf Gruppenbasis unter 9% liegt, soweit die Zahlung einer solchen Gewinnbeteiligung zu einem Jahresfehlbetrag (nach HGB) in dem Geschäftsjahr der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank), auf das sich die maßgebliche Gewinnperiode bezieht, führen oder diesen erhöhen würde (siehe „Bestimmungen des Beteiligungsvertrages“).

Zinszahlungen auf die RESPARC Securities erfolgen nur, wenn Gewinnbeteiligungszahlungen erfolgen. Siehe „Emissionsbedingungen der RESPARC Securities“. Eventuelle Kürzungen von Gewinnbeteiligungs- und Zinszahlungen in bestimmten Jahren werden nicht durch höhere Gewinnbeteiligungs- bzw. Zinszahlungen in Folgejahren ausgeglichen.

Ansprüche aufgrund des Beteiligungsvertrages und der Patronatserklärung sind nachrangig

Die Zahlungsverpflichtungen der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) aufgrund des Beteiligungsvertrages und die Zahlungsverpflichtungen der LB Kiel International aufgrund der Patronatserklärung stellen Verpflichtungen dar, die gegenüber der vorhergehenden vollständigen Bezahlung aller jeweils bestehenden und zukünftigen Verbindlichkeiten der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) bzw. der LB Kiel International nachrangig sind. Daher sind die Rechte der Emittentin aus dem Beteiligungsvertrag und die Rechte der Emissionsgläubiger aus der Patronatserklärung im Fall der Liquidation oder Auflösung gegenüber den Rechten aller jeweiligen Gläubiger der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) und der LB Kiel International nachrangig, und nur vorrangig vor den Rechten der jeweiligen Anteilseigner. Die Zahlungsverpflichtungen der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) aufgrund des Beteiligungsvertrages sind untereinander, mit allen

Ansprüchen in Bezug auf gegenwärtige und künftige Beteiligungen an der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) in Form einer Stillen Gesellschaft und anderen damit gleichrangigen Kernkapitalinstrumenten sowie mit der darunter erfolgenden Zahlung von Gewinnbeteiligungen gleichrangig. Die LB Kiel hat sich im Beteiligungsvertrag verpflichtet, keine weiteren Beteiligungen an der LB Kiel in Form einer Stillen Gesellschaft zu akzeptieren, die gegenüber der Stillen Beteiligung (hinsichtlich der Teilhabe am Vermögen der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) im Fall der Liquidation oder anderweitig) vorrangig wären. Abgesehen davon hat die LB Kiel in Zusammenhang mit dem Beteiligungsvertrag keine Zusicherungen abgegeben, die ihre Möglichkeit beschränken würden, weitere Verbindlichkeiten einzugehen, die mit der Stillen Beteiligung gleichrangig oder vor ihr vorrangig wären.

Die an der Transaktion beteiligten Gesellschaften können weitere Verbindlichkeiten eingehen

Die Aktivitäten der Emittentin, der Emittenten-Komplementärin und der Emittenten-Kommanditistin sind vertraglich auf die Wahrnehmung ihrer jeweiligen Funktionen in der Transaktion beschränkt. Es kann allerdings nicht garantiert werden, dass die Geschäftsführung der Emittentin, der Minderheitsanteilinhaber und die Geschäftsführung der Emittenten-Komplementärin oder die Geschäftsführung und der Anteilinhaber der Emittenten-Kommanditistin ihre jeweiligen geschäftlichen Aktivitäten auf die Transaktion beschränken werden, was weitere Verbindlichkeiten begründen kann. Solche weiteren Verbindlichkeiten der Emittenten, der Emittenten-Komplementärin oder der Emittenten-Kommanditistin können negative Folgen auf ihre jeweilige Fähigkeit zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen und Aufgaben in Zusammenhang mit der Transaktion haben. Jede solche Folge hätte erheblich negative Auswirkungen auf die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen in Bezug auf die RESPARC Securities.

Die Vereinbarungen zwischen der LB Kiel, der Emittentin, der Emittenten-Komplementärin und der Emittenten-Kommanditistin können zu Bedingungen abgeschlossen sein, die keinem Drittvergleich standhalten

Die Gesellschafter der Emittentin sind die Emittenten-Komplementärin, deren Anteile von der LB Kiel International (51%) und einem auf gemeinnütziger Basis tätigen Charitable Trust gehalten werden, und die Emittenten-Kommanditistin, deren Anteile von einem auf gemeinnütziger Basis tätigen Charitable Trust gehalten werden. Es ist die Absicht der LB Kiel (bzw. nach der Fusion der HSH Nordbank), der Emittentin, der Emittenten-Komplementärin und der Emittenten-Kommanditistin, dass die Bestimmungen aller Vereinbarungen und Transaktionen, einschließlich des Beteiligungsvertrages, der Emissionsbedingungen der RESPARC Securities, der Patronatserklärung, des Einzahlungsvertrages und des Darlehensvertrages, die u. a. von und zwischen der LB Kiel, der Emittentin, der Emittenten-Komplementärin und der Emittenten-Kommanditistin abgeschlossen wurden, allen Parteien gerecht werden und den Marktbedingungen entsprechen. Es besteht jedoch keine Gewähr, dass diese Vereinbarungen oder Transaktionen zu Bedingungen abgeschlossen wurden, die für die Emittentin, die Emittenten-Komplementärin oder die Emittenten-Kommanditistin genauso vorteilhaft sind wie Bedingungen, die mit Parteien hätten vereinbart werden können, die nicht mit der LB Kiel verbunden sind oder ihre Geschäfte auf kommerzieller Basis tätigen.

Es gibt bisher keinen Markt für die RESPARC Securities

Die RESPARC Securities, die Gegenstand dieses Angebots sind, sind neu emittierte Wertpapiere. Vor ihrer Ausgabe gab es für die RESPARC Securities keinen öffentlichen Markt. Obwohl die Notierung der RESPARC Securities an der Frankfurter Wertpapierbörse und im Official Segment der Wertpapierbörse von Euronext Amsterdam beantragt wurde, kann nicht garantiert werden, dass sich ein aktiver Markt in den RESPARC Securities entwickeln wird. Sollte sich ein derartiger Markt entwickeln, sind weder die Konsortialbanken (wie in „Übernahme und Verkauf“ definiert) noch irgendeine andere Person zu dessen Aufrechterhaltung verpflichtet. Es ist zu erwarten, dass die Liquidität und der Markt für die RESPARC Securities infolge von Veränderungen des Wertpapiermarktes und der Wirtschaftslage, der Finanzlage und der Aussichten der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) und der Emittentin und anderer Faktoren, die im Allgemeinen die Marktpreise von Wertpapieren beeinflussen, Schwankungen

unterworfen sein werden. Diese Schwankungen können erhebliche Auswirkungen auf die Liquidität und die Marktpreise der RESPARC Securities haben.

Änderungen steuerlicher oder aufsichtsrechtlicher Vorgaben und andere Änderungen können erheblich negative Auswirkungen auf die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung die HSH Nordbank), die Emittentin, die Emittenten-Komplementärin, die Emittenten-Kommanditistin oder die Emissionsgläubiger haben

Der Beteiligungsvertrag sieht vor, dass die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung die HSH Nordbank) und die Emittentin im Falle wesentlicher Änderungen in der steuerlichen oder aufsichtsrechtlichen Behandlung der Einlagen und ihrer Gewinn und Verlustbeteiligung nach Maßgabe des Vertrages in einvernehmliche Verhandlungen zum Zweck einer Änderung des Beteiligungsvertrages eintreten. Es kann nicht garantiert werden, dass in Zukunft keine derartigen wesentlichen Änderungen eintreten werden. Alle derartigen Änderungen können erheblich negative Auswirkungen auf die steuerliche und/oder aufsichtsrechtliche Behandlung der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank), der Emittentin, der Emittenten-Komplementärin, der Emittenten-Kommanditistin oder der Emissionsgläubiger in Bezug auf den Vertrag haben.

Verträge nach deutschem Recht können unabdingbaren Kündigungsrechten unterliegen

Die RESPARC Securities, der Beteiligungsvertrag, der Darlehensvertrag, der Abtretungsvertrag, der Einzahlungsvertrag und die Patronatserklärung unterliegen deutschem Recht. Nach deutschem Recht kann das Kündigungsrecht aus wichtigem Grund bei Dauerschuldverhältnissen nicht ausgeschlossen werden. Auch wenn die Umstände, unter denen ein solches Kündigungsrecht besteht, begrenzt sind, kann nicht garantiert werden, dass in Zukunft nicht eine Partei einer der Verträge das Bestehen eines solchen Kündigungsrechts geltend machen wird.

VERWENDUNG DES EMISSIONSERLÖSES

Der Reinerlös der Emission der RESPARC Securities wird € 500.000.000 betragen und wird von der Emittentin zum Erwerb einer stillen Beteiligung am Handelsgewerbe der LB Kiel in Form der Stillen Gesellschaft nach deutschem Recht entsprechend des Beteiligungsvertrages verwendet, der einen Vermögensbeitrag durch die Emittentin an die LB Kiel in Form der Stillen Beteiligung vorsieht. LB Kiel erwartet, dass die, neben den an die Konsortialbanken zu zahlende Kommission (siehe „Übernahme und Verkauf“), anfallenden und mit dem Angebot der RESPARC Securities im Zusammenhang stehenden Kosten ca. € 500.000 betragen werden.

KAPITALISIERUNG, AUFSICHTSRECHTLICHES EIGENKAPITAL, BILANZGEWINN UND DIVIDENDEN

Kapitalisierung

Die folgenden Tabellen enthalten Angaben über die Kapitalisierung der LB Kiel, der LB Kiel Gruppe, der Hamburg LB, der Hamburg LB Gruppe sowie der HSH Nordbank:

LB Kiel

Die folgende Tabelle enthält Angaben zur Kapitalisierung der LB Kiel und der LB Kiel Gruppe zu den angegebenen Zeitpunkten:

	31. Dezember 2000 ¹⁾ (geprüft)	31. Dezember 2001 ¹⁾ (geprüft)	31. Dezember 2002 ¹⁾ (geprüft)
	(€ in Millionen)		
<i>Haftendes Eigenkapital der Bank nach § 10 KWG</i>			
Gezeichnetes Kapital	220	220	220
Stille Einlagen	789	1.157	2.193
Kapitalrücklagen	925	927	926
Gewinnrücklagen	412	504	612
Fonds für allgemeine Bankrisiken	65	89	142
Immaterielle Anlagewerte	– 16	– 13	– 10
Kernkapital	2.396	2.883	4.082
Ergänzungskapital	1.594	1.759	2.049
Beteiligungen nach § 10 Abs. 6a Satz 1 Nr. 4a KWG . . .	– 2	– 4	– 6
Drittangemittel	–	–	–
Haftendes Eigenkapital der Bank	3.988	4.638	6.125
<i>Haftendes Eigenkapital der Konzernunternehmen nach § 10a KWG</i>			
Kernkapital	1.304	1.323	1.484
Ergänzungskapital	1.169	1.207	1.212
Abzugsposten vom Eigenkapital	– 16	– 16	– 16
Haftendes Eigenkapital der Konzernunternehmen	2.457	2.514	2.680
<i>Nicht anrechenbare Drittangemittel</i>	<i>–</i>	<i>–</i>	<i>–</i>
Haftendes Eigenkapital der LB Kiel Gruppe	6.445	7.152	8.805

Soweit sich dies auf der vorstehenden Darstellung nicht ergibt, sind seit 31. Dezember 2002 keine wesentlichen Veränderungen in der Kapitalisierung der LB Kiel und der LB Kiel Gruppe erfolgt.

¹⁾ Rundungsdifferenzen sind möglich.

Hamburg LB

Die folgende Tabelle enthält Angaben zur Kapitalisierung der Hamburg LB und der Hamburg LB Gruppe zu den angegebenen Zeitpunkten:

	31. Dezember 2000 ¹⁾ (geprüft)	31. Dezember 2001 ¹⁾ (geprüft)	31. Dezember 2002 ¹⁾ (geprüft)
	(€ in Millionen)		
<i>Haftendes Eigenkapital der Bank nach § 10 KWG</i>			
Gezeichnetes Kapital	250	250	255
Stille Einlagen	1.634	1.634	1.913
Kapitalrücklagen	446	446	446
Gewinnrücklagen	292	358	424
Fonds für allgemeine Bankrisiken	90	110	110
Immaterielle Anlagewerte	0	0	0
Kernkapital	2.712	2.798	3.148
Ergänzungskapital	2.222	2.320	2.376
Beteiligungen nach § 10 Abs. 6a Satz 1 Nr. 4a KWG . . .	– 3	– 3	– 3
Drittangmittel	–	–	–
Haftendes Eigenkapital der Bank	4.931	5.115	5.521
<i>Haftendes Eigenkapital der Konzernunternehmen nach § 10a KWG</i>			
Kernkapital	726	721	719
Ergänzungskapital	0	0	0
Abzugsposten vom Eigenkapital	0	0	0
Haftendes Eigenkapital der Konzernunternehmen	726	721	719
<i>Nicht anrechenbare Drittangmittel</i>	<i>–</i>	<i>–</i>	<i>–</i>
Haftendes Eigenkapital des Konzerns	5.657	5.836	6.240

¹⁾ Rundungsdifferenzen sind möglich.

HSH Nordbank ¹⁾

Die folgende Tabelle zeigt die Pro-forma-Kapitalisierung der HSH Nordbank auf unkonsolidierter und auf konsolidierter Basis auf Grundlage der in der ungeprüften pro-forma Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2003 enthaltenen Angaben:

	<u>1. Januar 2003 ²⁾</u> (ungeprüft)
	<i>(€ in Millionen)</i>
<i>Haftendes Eigenkapital der Bank nach § 10 KWG</i>	
Gezeichnetes Kapital	450
Stille Einlagen	4.106
Kapitalrücklagen	1.164
Gewinnrücklagen	0
Fonds für allgemeine Bankrisiken	252
Immaterielle Anlagewerte	– 10
Kernkapital	<u>5.962</u>
Ergänzungskapital	4.383
Beteiligungen nach § 10 Abs. 6a Satz 1 Nr. 4a KWG	– 9
Drittrangmittel	<u>–</u>
<i>Haftendes Eigenkapital der Bank</i>	<u>10.336</u>
<i>Haftendes Eigenkapital der Konzernunternehmen nach § 10a KWG</i>	
Kernkapital ³⁾	– 43
Ergänzungskapital	79
Abzugsposten vom Eigenkapital	<u>– 29</u>
<i>Haftendes Eigenkapital der Konzernunternehmen</i>	<u>7</u>
<i>Nicht anrechenbare Drittrangmittel</i>	<u>–</u>
<i>Haftendes Eigenkapital des Konzerns</i>	<u>10.342</u>

¹⁾ Siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“.

²⁾ Rundungsdifferenzen sind möglich.

³⁾ Kernkapital abzüglich des Buchwerts der Beteiligung.

Aufsichtsrechtliches Kapital

LB Kiel

Die folgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals der LB Kiel auf Einzelbank- und Gruppenebene jeweils zum 31. Dezember 2000, 2001 und 2002:

	31. Dezember 2000 ¹⁾ (geprüft)	31. Dezember 2001 ¹⁾ (geprüft)	31. Dezember 2002 ¹⁾ (geprüft)
	(€ in Millionen)		
Bank ²⁾			
Kernkapital	2.396	2.883	4.082
davon:			
Stille Einlagen	789	1.157	2.193
Gewinnrücklagen	412	504	612
Ergänzungskapital	1.594	1.759	2.049
Abzugsposten ³⁾	- 2	- 4	- 6
Drittangsmittel	0	0	0
Gesamt	3.988	4.638	6.125
Konzern ⁴⁾			
Kernkapital	3.699	4.206	5.566
davon:			
Stille Einlagen	1.628	1.995	3.168
Gewinnrücklagen	761	886	1.048
Ergänzungskapital	2.764	2.967	3.260
Abzugsposten ⁵⁾	- 18	- 20	- 22
Gesamt	6.445	7.152	8.805

¹⁾ Rundungsdifferenzen sind möglich. Für Zwecke dieser Tabelle wurde das aufsichtsrechtliche Kapital, d. h. das Kernkapital und das Ergänzungskapital, nach Einstellung der Rücklagen am Ende des Jahres und anderer Veränderungen des Kapitals der LB Kiel berechnet, die im Zusammenhang mit der Aufstellung des Jahresabschlusses durch ihre Inhaber vorgenommen wurden.

²⁾ Nicht konsolidierte Daten.

³⁾ Abzüge gemäß § 10 KWG.

⁴⁾ Konsolidierte Daten.

⁵⁾ Abzüge gemäß § 10a KWG.

Hamburg LB

Die folgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals der Hamburg LB auf Einzelbank- und Gruppenebene jeweils zum 31. Dezember 2000, 2001 und 2002:

	31. Dezember 2000 ¹⁾ (geprüft)	31. Dezember 2001 ¹⁾ (geprüft)	31. Dezember 2002 ¹⁾ (geprüft)
	(€ in Millionen)		
Hamburg LB ²⁾			
Kernkapital	2.712	2.798	3.148
davon:			
Stille Einlagen	1.634	1.634	1.913
Gewinnrücklagen	292	358	424
Ergänzungskapital	2.222	2.320	2.376
Abzugsposten ³⁾	– 3	– 3	– 3
Drittangmittel	–	–	–
Gesamt	4.931	5.115	5.521
Konzern ⁴⁾			
Kernkapital	3.439	3.519	3.867
davon:			
Stille Einlagen	1.634	1.634	1.913
Gewinnrücklagen	298	359	424
Ergänzungskapital	2.221	2.320	2.376
Abzugsposten ⁵⁾	– 3	– 3	– 3
Drittangmittel	0	0	0
Gesamt	5.657	5.836	6.240

¹⁾ Rundungsdifferenzen sind möglich. Für Zwecke dieser Tabelle wurde das aufsichtsrechtliche Kapital, d. h. das Kernkapital und das Ergänzungskapital, nach Einstellung der Rücklagen am Ende des Jahres und anderer Veränderungen des Kapitals der Hamburg LB berechnet, die im Zusammenhang mit der Aufstellung des Jahresabschlusses durch ihre Inhaber vorgenommen wurden.

²⁾ Nicht konsolidierte Daten.

³⁾ Abzüge gemäß § 10 KWG.

⁴⁾ Konsolidierte Daten.

⁵⁾ Abzüge gemäß § 10a KWG.

HSH Nordbank

Die folgende Tabelle zeigt die Pro-forma-Zusammensetzung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals der HSH Nordbank auf Einzelbank- und Gruppenebene zum 1. Januar 2003 auf Grundlage der in der ungeprüften pro-forma Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2003 enthaltenen Angaben:

	1. Januar 2003 ¹⁾ (ungeprüft)
	(€ in Millionen)
HSH Nordbank ^{2) 3)}	
Kernkapital	5.962
davon:	
Stille Einlagen	4.106
Gewinnrücklagen	0
Ergänzungskapital	4.383
Abzugsposten ⁴⁾	– 9
Drittrangmittel	0
Gesamt	<u>10.336</u>
Konzern ⁵⁾	
Kernkapital	5.919
davon:	
Stille Einlagen	4.135
Gewinnrücklagen	193
Ergänzungskapital	4.461
Abzugsposten ⁶⁾	– 38
Drittrangmittel	0
Gesamt	<u>10.342</u>

¹⁾ Rundungsdifferenzen sind möglich. Für Zwecke dieser Tabelle wurde das aufsichtsrechtliche Kapital, d.h. das Kernkapital und das Ergänzungskapital, nach Einstellung der Rücklagen am Ende des Jahres und anderer Veränderungen des Kapitals der HSH Nordbank berechnet, die im Zusammenhang mit der Aufstellung des Jahresabschlusses durch ihre Inhaber vorgenommen wurden.

²⁾ Nicht konsolidierte Daten.

³⁾ Siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“.

⁴⁾ Abzüge gemäß § 10 KWG.

⁵⁾ Konsolidierte Daten.

⁶⁾ Abzüge gemäß § 10a KWG.

Bilanzgewinn und Dividenden

Zinszahlungen auf die RESPARC Securities sind unter anderem vom Bilanzgewinn der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) für das vorangegangene Geschäftsjahr abhängig (siehe „Zusammenfassung – Zusammenfassung der Bedingungen der RESPARC Securities“).

Der „**Bilanzgewinn**“ eines Geschäftsjahres entspricht dem Bilanzgewinn zum Ende des Geschäftsjahres, wie er in der geprüften, nicht konsolidierten Bilanz der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) für das Ende eines solchen Geschäftsjahres ausgewiesen wird. Dieser Bilanzgewinn besteht aus dem Jahresüberschuss/-fehlbetrag, zuzüglich der Gewinnvorträge aus vergangenen Jahren, abzüglich der Verlustvorträge aus vergangenen Jahren, zuzüglich aufgelöster Kapital- und Gewinnrücklagen, abzüglich neu gebildeter Gewinnrücklagen, jeweils unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Aktiengesetzes und der deutschen Rechnungsgrundsätze des Handelsgesetzbuches und anderer anwendbarer deutscher Gesetze.

Nach der Änderung der Rechtsform der LB Kiel in eine Aktiengesellschaft im Zusammenhang mit der geplanten Verschmelzung von LB Kiel und Hamburg LB (siehe „Die bevorstehende Verschmelzung von LB Kiel und Hamburg LB“) fallen Gewinnbeteiligungen in dem Maße nicht an, in dem sie den Jahresüber-

schuss, berichtigt um Verlustvorträge aus Vorjahren, Einstellungen in Kapital- und Gewinnrücklagen und Entnahmen ausschließlich aus anderen Gewinnrücklagen, welche während der Laufzeit des Beteiligungsvertrages angefallen sind, übersteigen.

Jahresüberschuss, Bilanzgewinn und Dividenden der LB Kiel

Die nachfolgende Tabelle zeigt die aus den geprüften, nicht konsolidierten Bilanzen der LB Kiel zum 31. Dezember 2000, 2001 und 2002 entnommenen Angaben zu Jahresüberschüssen und Bilanzgewinn:

	<u>2000</u>	<u>2001</u>	<u>2002</u>
		(€ in 1.000)	
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	44.049	123.846	128.387
Bilanzgewinn	29.980	41.877	26.167

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Dividenden der LB Kiel für jedes der dem 31. Dezember 2002 vorangegangenen fünf Jahre in Euro. Im Jahr 1998 wurden die Dividenden in Deutsche Mark gezahlt. Beträge in Euro wurden unter Zugrundelegung des offiziellen Umtauschkurses von € 1,00 = DM 1,95583 umgerechnet.

Am 31. Dezember abgeschlossenes Jahr	<u>Dividende</u>
	€
1998	15.390.000
1999	15.390.000
2000	15.390.000
2001	15.390.000
2002	15.390.000

Jahresüberschuss, Bilanzgewinn und Dividenden der Hamburg LB

Die nachfolgende Tabelle zeigt die aus den geprüften, nicht konsolidierten Bilanzen der Hamburg LB zum 31. Dezember 2000, 2001 und 2002 entnommenen Angaben zu Jahresüberschüssen und Bilanzgewinn:

	<u>2000</u>	<u>2001</u>	<u>2002</u>
		(€ in 1.000)	
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	54.450	99.000	113.850
Bilanzgewinn	54.450	69.300	109.850

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Dividenden der Hamburg LB für jedes der dem 31. Dezember 2002 vorangegangenen fünf Jahre in Euro. Im Jahr 1998 wurden die Dividenden in Deutsche Mark gezahlt. Beträge in Euro wurden unter Zugrundelegung des offiziellen Umtauschkurses von € 1,00 = DM 1,95583 umgerechnet.

Am 31. Dezember abgeschlossenes Jahr	<u>Dividende</u>
	€
1998	26.827.485
1999	30.370.725
2000	31.680.000
2001	33.660.000
2002	44.550.000

EMISSIONSBEDINGUNGEN DER RESPARC SECURITIES

Nachstehend ist der vollständige Text der Anleihebedingungen der RESPARC Securities abgedruckt. Da die Zahlungsverpflichtungen der Emittentin durch den Erhalt von Gewinnbeteiligungszahlungen bzw. des Rückzahlungsbetrags von der LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages und Darlehens-Auszahlungen von der LB Kiel Luxemburg nach Maßgabe des Darlehensvertrages aufschiebend bedingt sind, sollten potenzielle Anleger unbedingt die Bestimmungen des Beteiligungsvertrages (die unter „Bestimmungen des Beteiligungsvertrages“ abgedruckt sind) sowie des Darlehensvertrages (die unter „Bestimmungen des Darlehensvertrages“ abgedruckt sind) lesen und bei ihrer Investitionsentscheidung berücksichtigen.

Emissionsbedingungen der € 500.000.000 Re-Engineered Silent Participation Assimilated Regulatory Capital (RESPARC) Securities

der

RESPARCS Funding II Limited Partnership
(nachstehend als *Emittentin* bezeichnet)

§ 1

Definitionen und Auslegung

Definitionen: Sofern aus dem Zusammenhang nicht etwas anderes hervorgeht, haben die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

Ausgabetag	bezeichnet den 28. Mai 2003.
BAFin	bezeichnet die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht oder eine etwaige Nachfolgebehörde, die an deren Stelle tritt.
Bank	bezeichnet die Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, eine nach dem Recht des Landes Schleswig-Holstein errichtete Landesbank mit Sitz Martensdamm 6, 24103 Kiel, Deutschland, die mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2003 mit der Hamburgischen Landesbank Girozentrale zur HSH Nordbank Aktiengesellschaft mit Sitz in Hamburg und Kiel im Wege der Verschmelzung zur Neugründung verschmolzen werden soll.
Beendigungstag	bezeichnet den Tag, ab dem die Emittentin aufgrund einer wirksamen Kündigung des Beteiligungsvertrages nicht mehr am Handelsgewerbe der Bank als typischer stiller Gesellschafter beteiligt ist.
Beteiligungsvertrag	hat die in § 4(1) festgelegte Bedeutung.
Buchwert der Stillen Einlage	bezeichnet den handelsrechtlichen Buchwert der Stillen Einlage, so wie dieser in der Bilanz der Bank für das Geschäftsjahr der Bank festgestellt wurde, in das der Beendigungstag fällt. Wenn sich bei Aufstellung der Bilanz der Bank für dieses Geschäftsjahr die Entstehung eines Jahresbilanzverlusts abzeichnet, so wird dieser Jahresbilanzverlust anteilig nach Maßgabe des Beteiligungsvertrags vom Buchwert abgezogen.
Clearing-System	bezeichnet Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, einschließlich seiner Teilnehmer Clearstream Luxemburg und Euroclear.
Clearstream Luxemburg	bezeichnet Clearstream Banking S. A., Luxemburg.
Darlehens-Auszahlung	hat die in § 4(3) festgelegte Bedeutung.

<i>Darlehensvertrag</i>	hat die in § 4(3) festgelegte Bedeutung.
<i>Depotbank</i>	bezeichnet ein Bank oder sonstiges Finanzinstitut, das zum Betreiben des Wertpapierdepotgeschäfts berechtigt ist und bei dem der betreffende Emissionsgläubiger RESPARC Securities in einem Wertpapierdepot verwahren lässt und das ein Konto bei dem Clearing-System unterhält, einschließlich des Clearing-Systems.
<i>Einzahlungsvertrag</i>	hat die in § 4(2) festgelegte Bedeutung.
<i>Emissionsbedingungen</i>	bezeichnet diese Bedingungen der RESPARC Securities.
<i>Emissionsgläubiger</i>	bezeichnet die Inhaber eines Miteigentumsanteils oder -rechts an den Globalurkunden oder, nach der Ausgabe effektiver RESPARC Securities, die Inhaber solcher effektiver RESPARC Securities.
<i>Emittenten-Gesellschafter</i>	bezeichnet die Emittenten-Kommanditistin und die Emittenten-Komplementärin.
<i>Emittenten-Kommanditistin</i>	bezeichnet European Equity Participation Management GmbH, eine nach deutschem Recht errichtete Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Hamburg, Deutschland, die der <i>Limited Partner</i> der Emittentin nach Maßgabe des Limited Partnerships (Jersey) Law 1994 in der jeweils gültigen Fassung ist.
<i>Emittenten-Komplementärin</i>	bezeichnet European Capital Investment Opportunities Limited, eine nach dem Recht von Jersey errichtete Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Jersey, Kanalinseln, die der <i>General Partner</i> der Emittentin nach Maßgabe des Limited Partnerships (Jersey) Law 1994 in der jeweils gültigen Fassung ist.
<i>Emittentin</i>	hat die in § 2(1) festgelegte Bedeutung.
<i>Erste Gewinnperiode</i>	hat die in § 4(1)(b) festgelegte Bedeutung.
<i>Euroclear</i>	bezeichnet Euroclear Bank S.A./N.V. als Betreiber des Euroclear-Systems.
<i>Fälligkeitstag</i>	hat die in § 4(1)(c) festgelegte Bedeutung.
<i>Geschäftstag</i>	bezeichnet jeden Tag an dem TARGET (das Trans-European Automated Real Time Gross Settlement Express Transfer System) Buchungen oder Zahlungsanweisungen im Hinblick auf Zahlungen in Euro abwickelt und Geschäftsbanken in Frankfurt im allgemeinen Geschäftsverkehr Zahlungen abwickeln.
<i>Gewinnbeteiligung</i>	hat die in § 4(1)(a) festgelegte Bedeutung
<i>Gewinnbeteiligungszahlung</i>	hat die in § 4(1)(a) festgelegte Bedeutung.
<i>Gewinnperiode</i>	hat die in § 4(1)(b) festgelegte Bedeutung.
<i>Globalurkunde</i>	hat die in § 2(2) festgelegte Bedeutung.
<i>Globalurkunden</i>	hat die in § 2(2) festgelegte Bedeutung.
<i>Hauptzahlstelle</i>	hat die in § 13(1) festgelegte Bedeutung.
<i>Kapitaleinzahlung</i>	hat die in § 4(2) festgelegte Bedeutung.
<i>Kapitalertragsteuer</i>	bezeichnet die nach Maßgabe von § 43 EStG einbehaltene Kapitalertragsteuer zuzüglich des Solidaritätszuschlags
<i>KWG</i>	bezeichnet das Kreditwesengesetz.

LB Kiel International	bezeichnet Landesbank Schleswig-Holstein International S.A., Luxemburg, ein Luxemburger Finanzinstitut und eine Tochtergesellschaft der Bank.
LB Kiel Luxemburg	bezeichnet die Bank, handelnd durch ihre Luxemburger Zweigniederlassung.
Nachfolgerin	hat die in § 14(1) festgelegte Bedeutung.
Permanente Globalurkunde	hat die in § 2(2) festgelegte Bedeutung.
RESPARC Securities	hat die in § 2(1) festgelegte Bedeutung.
Rückzahlungsbetrag	bezeichnet den Buchwert der Stillen Einlage.
Rückzahlungstag	bezeichnet (i) den 30. Juni des Jahres, das auf das Geschäftsjahr der Bank folgt, in das der Beendigungstag fällt oder, falls dieser Tag kein Geschäftstag ist, den nächstfolgenden Geschäftstag oder, falls später, (ii) den ersten Geschäftstag nach Feststellung des Jahresabschlusses der Bank für das Geschäftsjahr der Bank, in das der Beendigungstag fällt.
Sperrfrist	hat die in § 2(2) festgelegte Bedeutung.
Stille Einlage	hat die in § 4(1) festgelegte Bedeutung.
Support Undertaking	bezeichnet die nachrangige Patronatserklärung der LB Kiel International gegenüber der Emittentin und zugunsten der Emissionsgläubiger vom 26. Mai 2003.
Tilgungszahlung	hat die in § 7(1) festgelegte Bedeutung.
U.S.Person bezeichnet	eine <i>U. S. person</i> im Sinne des US-amerikanischen Internal Revenue Code von 1986 in seiner jeweils gültigen Fassung.
Vorläufige Globalurkunde	hat die in § 2(2) festgelegte Bedeutung.
Zahlstelle und Zahlstellen	hat die in § 13(2) festgelegte Bedeutung.
Zinszahlung	hat die in § 6(1) festgelegte Bedeutung.
Zusätzliche Beträge	hat die in § 10 festgelegte Bedeutung.

§ 2

Stückelung; Verbriefung und Verwahrung; Übertragbarkeit

- (1) **Stückelung:** Die Emission der Re-Engineered Silent Participation Assimilated Regulatory Capital (RESPARC) Securities im Gesamtnennbetrag von € 500.000.000 (in Worten: Euro fünfhundert Millionen) der RESPARCS Funding II Limited Partnership (**Emittentin**) ist eingeteilt in 500.000 untereinander gleichrangige Teilschuldverschreibungen mit einem Nennbetrag von jeweils € 1.000 (die **RESPARC Securities**).
- (2) **Verbriefung:** Die RESPARC Securities werden zunächst durch eine vorläufige auf den Inhaber lautende Globalschuldverschreibung (die **Vorläufige Globalurkunde**) ohne Zinsscheine verbrieft; die Vorläufige Globalurkunde wird nicht früher als 40 Tage (dieser Zeitraum nachfolgend die **Sperrfrist**) und nicht später als 180 Tage nach dem Ausgabetag in eine permanente auf den Inhaber lautende Globalschuldverschreibung (**Permanente Globalurkunde**, und die Vorläufige Globalurkunde gemeinsam mit der Permanenten Globalurkunde die **Globalurkunden** und jede für sich eine **Globalurkunde**) ohne

Zinsscheine ausgetauscht, und zwar gegen Nachweis über das Nichtbestehen U.S.-amerikanischen wirtschaftlichen Eigentums (*U. S. beneficial ownership*) an den RESPARC Securities, der nach Inhalt und Form den Anforderungen des Rechts der Vereinigten Staaten von Amerika und den dann bestehenden Usancen des Clearing-Systems entspricht.

- (3) **Vorgaben des U.S.-amerikanischen Steuerrechts:** Im Einklang mit den Steuergesetzen und -vorschriften der Vereinigten Staaten dürfen auf den Inhaber lautende Wertpapiere nur in Transaktionen, die nach U.S.-Steuergesetzen zulässig sind, in den Vereinigten Staaten oder U.S.-Personen angeboten, verkauft oder geliefert werden.
- (a) **Zusicherungen der Konsortialbanken:** Jede Konsortialbank hat zugesichert, (i) dass sie weder (x) zu irgendeinem Zeitpunkt im Zusammenhang mit der ursprünglichen Ausgabe der RESPARC Securities noch (y) innerhalb der Sperrfrist RESPARC Securities einer sich in den Vereinigten Staaten befindenden Person oder einer U.S.-Person anbietet oder verkauft, es sei denn, dies ist nach den U.S.-Steuergesetzen zulässig, und (ii) dass sie keine während der Sperrfrist verkauften RESPARC Securities in effektiven Urkunden in die Vereinigten Staaten ausliefert.
- (b) **Eigentumsbestätigung:** Die RESPARC Securities dürfen (mit Ausnahme der Vorläufigen Globalurkunde) nicht ausgeliefert werden, und es dürfen keine Zinsen gezahlt werden, solange die Person, die einen Anspruch auf die RESPARC Securities oder die Zinsen hat, nicht die oben beschriebene schriftliche Bestätigung des NichtBestehens U.S.-amerikanischem wirtschaftlichen Eigentums (*non-U. S. beneficial ownership*) vorlegt.
- (c) **Legende:** Auf den Globalurkunden und etwaigen effektiven RESPARC Securities und Zinsscheinen wird folgende Legende aufgedruckt: „*Any United States person who holds this obligation will be subject to limitations under the United States income tax laws, including the limitations provided in Sections 165(j) and 1287(a) of the Internal Revenue Code.*“ Die in der Legende genannten Vorschriften sehen abgesehen von bestimmten Ausnahmen vor, dass eine U.S.-Person in Bezug auf Erträge aus einem Verkauf oder einer Rückzahlung der RESPARC Securities bzw. des Zinsscheines keine Verlustabzüge vornehmen darf und diese Erträge auch nicht der Behandlung als Kursgewinn (*capital gain treatment*) unterliegen.
- (4) **Effektive RESPARC Securities:** Falls die Emittentin (aus welchem Grund auch immer) rechtlich verpflichtet sein sollte, effektive RESPARC Securities auszugeben oder falls Clearstream Frankfurt, Clearstream Luxemburg oder Euroclear für einen Zeitraum von 21 aufeinanderfolgenden Geschäftstagen für Geschäfte geschlossen bleiben oder die Absicht bekannt geben sollte, den Geschäftsverkehr auf Dauer aufzugeben und kein Ersatz-Clearing-System zur Verfügung stehen sollte, wird die Globalurkunde in effektive RESPARC Securities ausgetauscht. In diesem Fall werden RESPARC Securities in effektiven Inhaberkunden ausgegeben, die entweder mit Zinsscheinen versehen sind, oder bei denen der Nachweis der Zinszahlung auf einem Abschnitt der Urkunde vermerkt wird. Mit Ausnahme von den in den vorangegangenen Sätzen beschriebenen Fällen haben die Emissionsgläubiger kein Recht, die Ausgabe von effektiven Urkunden über einzelne RESPARC Securities und über Zinsscheine zu verlangen.
- (5) **Ausgabe und Verwahrung:** Die Vorläufige Globalurkunde und die Permanente Globalurkunde sind jeweils nur wirksam, wenn sie die eigenhändigen Unterschriften von mindestens einer durch die Emittentin bevollmächtigen Person sowie die Unterschrift eines Kontrollbeauftragten der Hauptzahlstelle tragen. Die Globalurkunden werden bei dem Clearing-System hinterlegt, bis sämtliche Verpflichtungen der Emittentin aus den RESPARC Securities erfüllt sind.
- (6) **Übertragbarkeit:** Den Emissionsgläubigern stehen Miteigentumsanteile oder -rechte an den Globalurkunden zu, die nach Maßgabe des anwendbaren Rechts und der jeweils geltenden Usancen des Clearing-Systems übertragen werden können.

§ 3

Status der RESPARC Securities

Die RESPARC Securities begründen unmittelbare, nicht nachrangige und (mit Ausnahme einer Sicherungsabtretung von Zahlungsansprüchen der Emittentin an einen zugunsten der Emissionsgläubiger handelnden Sicherheitentreuhänder) nicht besicherte bedingte Verbindlichkeiten der Emittentin und stehen im gleichen

Rang untereinander und mindestens im gleichen Rang mit allen anderen gegenwärtigen und zukünftigen nicht besicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, soweit zwingendes Gesetzesrecht nichts anderes vorschreibt.

§ 4

Beteiligungsvertrag; Einzahlungsvertrag; Darlehensvertrag

- (1) **Beteiligungsvertrag:** Den Erlös aus der Ausgabe der RESPARC Securities wird die Emittentin ausschließlich zu dem Zweck verwenden, auf Grundlage eines zwischen ihr und der Bank am 23. Mai 2003 abgeschlossenen Vertrages (*Beteiligungsvertrag*), der eine Vermögenseinlage der Emittentin bei der Bank in Höhe von € 500.000.000 (*Stille Einlage*) vorsieht, eine stille Beteiligung an dem Handelsgewerbe der Bank nach deutschem Recht zu begründen.
- (a) **Gewinnbeteiligungszahlungen:** Nach Maßgabe des Beteiligungsvertrags wird die Emittentin die Stille Einlage in Höhe von € 500.000.000 als Bareinlage an die Bank erbringen. Als Gegenleistung stehen der Emittentin Gewinnbeteiligungen (*Gewinnbeteiligungen*) zu, die jeweils jährlich nach Maßgabe des Beteiligungsvertrags auf Grundlage des Nennbetrages der Stillen Einlage in jedem Geschäftsjahr der Bank ermittelt und jährlich nachträglich ausgeschüttet werden (jeweils eine *Gewinnbeteiligungszahlung*).
- (b) **Gewinnperioden; Erste Gewinnperiode:** Nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages fallen auf die Stille Einlage Gewinnbeteiligungen für Gewinnzeiträume (jeweils eine *Gewinnperiode*) an. Gewinnperioden laufen jeweils vom 1. Januar (einschließlich) bis 31. Dezember (einschließlich) eines Jahres. Die erste Gewinnperiode (*Erste Gewinnperiode*), beginnt am Ausgabetag (einschließlich). Die letzte Gewinnperiode läuft vom 1. Januar des Jahres, in das der Beendigungstag fällt, bis zum Beendigungstag (beide Tage einschließlich).
- (c) **Fälligkeitstage der Gewinnbeteiligungszahlungen:** Jeder Tag, an dem nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages Gewinnbeteiligungszahlungen fällig werden, ist ein *Fälligkeitstag*. Nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages ist jede Gewinnbeteiligung am 30. Juni eines Jahres nach Ablauf der maßgeblichen Gewinnperiode oder, falls dies kein Geschäftstag ist, am darauf folgenden Geschäftstag fällig; oder, falls später, am Geschäftstag nach dem Tag der Feststellung des Jahresabschlusses der Bank für das Geschäftsjahr, auf das sich die maßgebliche Gewinnperiode bezieht, fällig.
- (d) **Rückzahlungsbetrag und -tag:** Nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages zahlt die Bank der Emittentin am Rückzahlungstag den Rückzahlungsbetrag.
- (e) **Hinweis gemäß § 10(4) S. 1 Ziff. 6 KWG:** Entsprechend den Vorgaben des KWG sieht der Beteiligungsvertrag folgendes vor:
- (i) **Verbot nachträglicher Änderungen zum Nachteil der Bank:** nach seinem Abschluss (A) die Verlustbeteiligung der Emittentin nicht zum Nachteil der Bank verändert werden kann, (B) die Nachrangigkeit nicht eingeschränkt werden kann und (C) Laufzeit sowie Kündigungsfrist nicht verkürzt werden können; und
- (ii) **Rückzahlungsverpflichtung:** ungeachtet anderweitiger Vereinbarungen Vorauszahlungen auf die Stille Einlage an die Bank zurückzuzahlen sind, es sei denn, (A) das Kapital wurde durch anderes mindestens gleichwertiges Eigenkapital ersetzt oder (B) die BAFin hatte der vorzeitigen Rückzahlung der Stillen Einlage zugestimmt.
- (f) **Vollständiger Beteiligungsvertrag:** Die Bestimmungen des Beteiligungsvertrags werden diesen Emissionsbedingungen sowie der Globalurkunde als Anlage beigefügt und bilden mit diesen jeweils eine Einheit. Eine Kopie des Beteiligungsvertrags in seiner jeweils gültigen Fassung liegt zur Einsichtnahme in den Geschäftsstellen der Zahlstellen aus.
- (2) **Einzahlungsvertrag:** Bei Zahlung von Gewinnbeteiligungszahlungen an die Emittentin und Wiederauffüllungen der Stillen Einlage nach einer Herabsetzung des Buchwerts der Stillen Einlage nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages ist die Bank verpflichtet, Kapitalertragsteuer auf die ausgeschütteten bzw. zur Auffüllung verwendeten Beträge einzubehalten. Soweit diese Einbehalte nach deutschem Steuerrecht der Emittenten-Kommanditistin zuzurechnen sind, gelten sie als Vorauszah-

lungen auf die von der Emittenten-Kommanditistin geschuldete deutsche Einkommensteuer. In Bezug auf diese Vorauszahlungen geht die Emittenten-Kommanditistin davon aus, dass ihr gegenüber den deutschen Finanzbehörden Steuererstattungsansprüche zustehen. In diesem Zusammenhang haben die Emittenten-Gesellschafter am 26. Mai 2003 einen ergänzenden Gesellschaftervertrag (**Einzahlungsvertrag**) geschlossen, nach dem die Emittenten-Kommanditistin verpflichtet ist, der Emittentin sämtliche Beträge zu zahlen, die sie von den deutschen Steuerbehörden in Bezug auf solche Steuererstattungsansprüche erhält (jede solche Zahlung jeweils eine **Kapitaleinzahlung**).

- (3) **Darlehensvertrag:** Steuererstattungsansprüche werden erst nach der steuerlichen Veranlagung der Emittenten-Kommanditistin für jedes einzelne Steuerjahr fällig. Demgemäß hat die Emittentin am 26. Mai 2003 mit der LB Kiel Luxemburg einen Darlehensvertrag abgeschlossen (**Darlehensvertrag**), nach dem die Emittentin Auszahlungen (jeweils eine **Darlehens-Auszahlung**) erhält, um ihre Verpflichtung zur Zahlung von Zinszahlungen an den jeweiligen Fälligkeitstagen nachzukommen und die Stille Einlage nach einer Herabsetzung des Buchwerts der Stillen Einlage nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages wieder aufzufüllen. Die Emittentin erwartet, die Darlehens-Auszahlungen mit den von der Emittenten-Kommanditistin als Kapitaleinzahlungen erhaltenen Geldern zurückzuführen. Die Bestimmungen des Darlehensvertrages werden diesen Emissionsbedingungen sowie der Globalurkunde als Anlage beigefügt und bilden mit diesen jeweils eine Einheit. Eine Kopie des Darlehensvertrages in seiner jeweils gültigen Fassung liegt zur Einsichtnahme in den Geschäftsstellen der Zahlstellen aus.

§ 5

Bindung der Emittentin; Rechtsverhältnisse

- (1) **Bindung der Emittentin:** Die RESPARC Securities verbriefen die Verpflichtung der Emittentin, den Erlös aus der Ausgabe der RESPARC Securities zur Zahlung der Stillen Einlage zu verwenden und (i) die Gewinnbeteiligungszahlungen, (ii) den Rückzahlungsbetrag und eventuell darauf aufgelaufene Zinsen sowie (iii) die Darlehens-Auszahlungen zu verwenden, um ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Emissionsgläubigern nach Maßgabe dieser Emissionsbedingungen zu erfüllen. Vorbehaltlich § 6 ist die Emittentin unter keinen Umständen verpflichtet, Zahlungen an die Emissionsgläubiger zu leisten, wenn sie nicht zuvor die ihr nach Maßgabe des Beteiligungsvertrags oder des Darlehensvertrages zustehenden Beträge tatsächlich erhalten hat.
- (2) **Kein Rechtsverhältnis zwischen Emissionsgläubigern und Bank:** Durch den Beteiligungsvertrag und den Darlehensvertrag werden keine Rechte der Emissionsgläubiger gegenüber der Bank begründet.
- (3) **Kein Rechtsverhältnis zwischen Emissionsgläubigern und Emittenten-Kommanditistin:** Durch den Einzahlungsvertrag werden keine Rechte der Emissionsgläubiger gegenüber der Emittenten-Kommanditistin begründet.

§ 6

Zinszahlungen

- (1) **Fälligkeit:** An jedem Fälligkeitstag wird die Emittentin aus der jeweiligen Gewinnbeteiligungszahlung und Darlehens-Auszahlung, die die Emittentin jeweils tatsächlich von der Bank erhalten hat, Zinsen auf die RESPARC Securities in Höhe von 7,5% p. a. des Nennbetrags der RESPARC Securities an die Emissionsgläubiger zahlen (jeweils eine **Zinszahlung**). Falls die von der Bank geschuldete Gewinnbeteiligungszahlung geringer ist als die nach dem Beteiligungsvertrag an dem betreffenden Fälligkeitstag maximal fällig werdende Gewinnbeteiligungszahlung, reduziert sich der Zinssatz von 7,5% p. a. des Nennbetrags der RESPARC Securities auf einen Zinssatz, der sich aus der Multiplikation von 7,5% mit der tatsächlich geschuldeten niedrigeren Gewinnbeteiligungszahlung dividiert durch diese maximale Gewinnbeteiligungszahlung ergibt. Auf die einzelnen RESPARC Securities entfällt ein jeweils verhältnismäßiger Anteil aller vorstehend genannten zahlbaren Beträge (auf den nächsten vollen Cent abgerundet). Zinszahlungen, die an einem Fälligkeitstag zu leisten sind, sind an diejenigen Personen zu leisten, die am 29. Juni des betreffenden Jahres Inhaber der maßgeblichen RESPARC Securities waren, und zwar unabhängig davon ob die so berechnete Person zum Zeitpunkt der tatsächlichen Zahlung nicht mehr Inhaber derjenigen RESPARC Securities ist auf die sich die betreffende Zahlung bezieht.

- (2) **Keine Nachzahlungsverpflichtung in Bezug auf Zinszahlungen:** Die Emittentin ist nicht verpflichtet, Zinszahlungen, die aufgrund von § 5(1) oder § 6(1) ausfallen oder weniger als 7,5% p. a. ausmachen, nachzuholen.

§ 7

Rückzahlung

- (1) **Rückzahlung:** Am Rückzahlungstag wird die Emittentin (a) den Rückzahlungsbetrag, (b) ihr nach Maßgabe des Beteiligungsvertrags noch zustehende Gewinnbeteiligungszahlungen und (c) die Mittel aus diesbezüglichen Darlehens-Auszahlungen, die sie jeweils tatsächlich von der Bank bzw. der LB Kiel Luxemburg erhalten hat, zur Rückzahlung der RESPARC Securities bzw. zur Zahlung aufgelaufener Zinsen auf die RESPARC Securities an die Emissionsgläubiger verwenden (**Tilgungszahlung**). Reichen die von der Bank als Rückzahlungsbetrag und Gewinnbeteiligungszahlung sowie die von LB Kiel Luxemburg als Darlehens-Auszahlung tatsächlich gezahlten Beträge nicht aus, um eine Zahlung in Höhe des Nennbetrags der RESPARC Securities sowie Zinsen in Höhe von 7,6% p. a. des Nennbetrags der RESPARC Securities (oder dem ggf. nach Maßgabe von § 6(1) anwendbaren niedrigeren Zinssatz) zu leisten, vermindern sich Rück- und Zinszahlung auf die RESPARC Securities entsprechend. Auf die einzelnen RESPARC Securities entfällt ein jeweils verhältnismäßiger Anteil aller vorstehend genannten zahlbaren Beträge (auf den nächsten vollen Cent abgerundet).
- (2) **Erlöschen der Zahlungspflichten:** Durch die Zahlung nach Maßgabe von § 7(1) an die Emissionsgläubiger gilt das Kapital der RESPARC Securities als vollständig zurückgezahlt und alle Ansprüche der Investoren gegenüber der Emittentin als erloschen.
- (3) **Bekanntmachung:** Die Emittentin wird den Beendigungstag und den Rückzahlungstag nach Maßgabe von § 15 gegenüber den Emissionsgläubigern mit einer Frist von nicht weniger als 30 und nicht mehr als 60 Tagen bekannt machen.

§ 8

Vorzeitige Kündigung und Rückzahlung

- (1) **Vorzeitige Kündigung und Rückzahlung nach Wahl der Emittentin:** Die RESPARC Securities können von der Emittentin insgesamt, jedoch nicht teilweise, durch Mitteilung nach Maßgabe des § 15 gegenüber den Emissionsgläubigern mit einer Frist von nicht weniger als 30 und nicht mehr als 60 Tagen zum 30. Juni eines jeden Jahres, erstmalig zum 30. Juni 2009, vorzeitig gekündigt und zum Nennbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen zurückgezahlt werden.
- (2) **Vorzeitige Kündigung und Rückzahlung aus Steuergründen:** Die RESPARC Securities können insgesamt, jedoch nicht teilweise, nach Wahl der Emittentin mit einer Kündigungsfrist von nicht weniger als 30 und nicht mehr als 60 Tagen durch Erklärung gegenüber der Hauptzahlstelle und Mitteilung nach Maßgabe des § 15 gegenüber den Emissionsgläubigern vorzeitig gekündigt und zum Nennbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen zurückgezahlt werden, falls die Emittentin als Folge einer Änderung oder Ergänzung der Steuer oder Abgabengesetze und Vorschriften Jerseys oder des Vereinigten Königreichs oder dessen politischen Untergliederungen oder Steuerbehörden oder als Folge einer Änderung oder Ergänzung der Anwendung oder der offiziellen Auslegung dieser Gesetze und Vorschriften (vorausgesetzt, diese Änderung oder Ergänzung wird am oder nach dem Ausgabetag wirksam) am nächstfolgenden Fälligkeitstag zur Zahlung Zusätzlicher Beträge verpflichtet sein wird und diese Verpflichtung nicht durch das Ergreifen zumutbarer, der Emittentin zur Verfügung stehender Maßnahmen vermieden werden kann. Eine solche Kündigung darf allerdings nicht (a) früher als 90 Tage vor dem frühestmöglichen Termin erfolgen, an dem die Emittentin verpflichtet wäre, solche Zusätzlichen Beträge zu zahlen, falls eine Zahlung auf die RESPARC Securities dann fällig sein würde, oder (b) erfolgen, wenn zu dem Zeitpunkt, zu dem die Kündigung erklärt wird, die Verpflichtung zur Zahlung Zusätzlicher Beträge nicht mehr wirksam ist. Eine solche Kündigung ist unwiderruflich, muss den für die Rückzahlung festgelegten Termin nennen und eine zusammenfassende Erklärung enthalten, welche die das Rückzahlungsrecht der Emittentin begründenden Umstände darlegt. Aufgelaufene Zinsen werden auf Grundlage der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dem maßgeblichen Zeitraum dividiert durch die tatsächliche Anzahl von Tagen in dem maßgeblichen Jahreszeitraum (365 bzw. 366).

- (3) **Eingeschränkte Zulässigkeit der vorzeitigen Kündigung:** Die vorzeitige Kündigung der RESPARC Securities durch die Emittentin nach Maßgabe dieses § 8 ist nur zulässig, sofern die Finanzierung der Rückzahlung der RESPARC Securities zum Nennbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen durch Ausgabe vergleichbarer Schuldverschreibungen oder auf andere Weise gesichert ist.

§ 9 Zahlungen

- (1) **Befreiende Zahlung an das Clearing-System:** Die Emittentin verpflichtet sich, Zahlungen auf die RESPARC Securities bei Fälligkeit in Euro an die Hauptzahlstelle zur Weiterleitung an das Clearing-System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber bei dem Clearing-System zu zahlen. Vorbehaltlich § 9(3) wird die Emittentin durch Leistung der Zahlung an das Clearing-System oder dessen Order in Höhe der geleisteten Zahlung von ihrer Zahlungspflicht befreit.
- (2) **Zahlung an Geschäftstagen:** Falls eine Zahlung auf RESPARC Securities an einem Tag zu leisten ist, der kein Geschäftstag ist, so erfolgt die Zahlung am nächstfolgenden Geschäftstag. In diesem Fall steht den Emissionsgläubigern weder ein Zahlungsanspruch noch ein Anspruch auf Zinszahlungen oder eine andere Entschädigung wegen dieser Verzögerung zu.
- (3) **Zahlung bei effektiven Urkunden:** Für den Fall, dass effektive Urkunden über einzelne RESPARC Securities ausgegeben worden sind, erfolgen Zahlungen auf die RESPARC Securities gegen Vorlage und Aushändigung der betreffenden effektiven Urkunde (oder, allein im Falle von Teilzahlungen, durch Indossament), außer im Fall von Zinszahlungen, die gegen Vorlage und Aushändigung des betreffenden Zinsscheins (oder, allein im Falle von Teilzahlungen, durch Indossament) erfolgen, jeweils bei der Geschäftsstelle einer Zahlstelle.

§ 10 Steuern

Sämtliche auf die RESPARC Securities zu zahlenden Beträge sind ohne Einbehalt oder Abzug von oder aufgrund von gegenwärtigen oder zukünftigen Steuern oder sonstigen Abgaben gleich welcher Art zu leisten, die von oder in Jersey oder dem Vereinigten Königreich für deren jeweilige Rechnung oder von oder für Rechnung einer politischen Untergliederung oder Steuerbehörde von oder in Jersey oder dem Vereinigten Königreich auferlegt oder erhoben werden, es sei denn, ein solcher Einbehalt oder Abzug ist gesetzlich vorgeschrieben. In diesem Fall wird die Emittentin, soweit sie die dafür erforderlichen Beträge tatsächlich von der LB Kiel International unter dem Support Undertaking erhalten hat, diejenigen zusätzlichen Beträge (**Zusätzlichen Beträge**) zahlen, die erforderlich sind, damit die den Emissionsgläubigern zufließenden Nettobeträge nach diesem Einbehalt oder Abzug jeweils den Beträgen entsprechen, die ohne einen solchen Einbehalt oder Abzug von den Emissionsgläubigern empfangen worden wären; die Verpflichtung zur Zahlung solcher zusätzlicher Beträge besteht jedoch nicht im Hinblick auf Steuern und Abgaben, die:

- (1) auf andere Weise als durch Einbehalt oder Abzug von zahlbaren Beträgen zu entrichten sind; oder
- (2) wegen einer gegenwärtigen oder früheren persönlichen oder geschäftlichen Beziehung des Emissionsgläubigers zu Jersey oder dem Vereinigten Königreich zu zahlen sind, und nicht allein deshalb, weil Zahlungen auf die RESPARC Securities aus Quellen in Jersey stammen (oder für Zwecke der Besteuerung so behandelt werden) oder dort besichert sind; oder
- (3) aufgrund einer Richtlinie der Europäischen Union betreffend die Besteuerung von Zinserträgen, die die Schlussfolgerungen des Treffens des ECOFIN-Rates vom 26./27. November 2000 umsetzt, oder aufgrund einer gesetzlichen Vorschrift, die diese Richtlinie umsetzt oder befolgt oder deshalb erlassen wurde, um der Richtlinie zu entsprechen, von Zahlungen an eine natürliche Person einzubehalten oder abzuziehen sind; oder
- (4) aufgrund einer Rechtsänderung zu zahlen sind, welche später als 30 Tage nach Fälligkeit der betreffenden Zahlung von Kapital oder Zinsen oder, wenn dies später erfolgt, ordnungsgemäßer Bereitstel-

lung aller fälligen Beträge und einer diesbezüglichen Bekanntmachung nach Maßgabe von § 15 wirksam wird; oder

- (5) von einer Zahlstelle abgezogen oder einbehalten werden, wenn eine andere Zahlstelle in einem EU-Mitgliedstaat die Zahlung ohne einen solchen Abzug oder Einbehalt hätte leisten können.

§ 11

Kündigung durch Emissionsgläubiger

- (1) **Kündigungsgründe:** Jeder Emissionsgläubiger ist berechtigt, seine RESPARC Securities durch Erklärung gegenüber der Hauptzahlstelle zu kündigen und deren Rückzahlung zum Nennbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen auf seine RESPARC Securities bis zum Tag der tatsächlichen Rückzahlung zu verlangen, falls:
- (a) Kapital oder Zinsen nicht innerhalb von 15 Tagen nach dem betreffenden Fälligkeitstag gemäß § 6 und § 7 weitergeleitet wurden; oder
 - (b) die Emittentin die ordnungsgemäße Erfüllung einer sonstigen Verpflichtung aus den RESPARC Securities unterlässt und diese Unterlassung länger als 30 Tage andauert, nachdem die Hauptzahlstelle hierüber eine Benachrichtigung von einem Emissionsgläubiger erhalten hat; oder
 - (c) die Emittentin ihre Zahlungen einstellt; oder
 - (d) die Emittentin ihre Zahlungsunfähigkeit bekannt gibt; oder
 - (e) die Emittentin aufgelöst wird, es sei denn, dies geschieht im Zusammenhang mit einer Verschmelzung, Konsolidierung oder einer anderen Form des Zusammenschlusses mit einer anderen Gesellschaft oder Kommanditgesellschaft oder im Zusammenhang mit einer Umwandlung, und diese andere oder neue Gesellschaft oder Kommanditgesellschaft übernimmt alle Verpflichtungen, die die Emittentin im Zusammenhang mit den RESPARC Securities eingegangen ist; oder
 - (f) ein Gericht die Auflösung der Emittentin anordnet oder ein Insolvenzverfahren oder ein Vergleichsverfahren zur Abwendung der Insolvenz oder des Konkurses oder es wird ein vergleichbares Verfahren über das Vermögen der Emittentin eröffnet, und ein solches Verfahren nicht innerhalb von 60 Tagen aufgehoben oder ausgesetzt wird, oder die Emittentin die Eröffnung eines solchen Verfahrens beantragt oder einleitet oder eine allgemeine Schuldenregelung zugunsten ihrer Gläubiger anbietet oder trifft oder ein Dritter ein Insolvenzverfahren gegen die Emittentin beantragt und eine solche Anordnung oder ein solches Verfahren nicht innerhalb einer Frist von 60 Tagen aufgehoben oder ausgesetzt wird.

Das Kündigungsrecht erlischt, falls der Kündigungsgrund vor Ausübung des Rechts geheilt wurde.

- (2) **Quorum:** In den Fällen des § 11(1)(b) und/oder (c), wird eine Kündigung, sofern nicht bei deren Eingang zugleich einer der in § 11(1)(a), (d), (e) oder (f) bezeichneten Kündigungsgründe vorliegt, erst wirksam, wenn bei der Hauptzahlstelle Kündigungserklärungen von Emissionsgläubigern im Gesamtnennbetrag von mindestens einem Zehntel des Gesamtnennbetrags der ausstehenden RESPARC Securities eingegangen sind.
- (3) **Benachrichtigung:** Eine Benachrichtigung oder Kündigung gemäß § 11(1) hat in der Weise zu erfolgen, dass der Emissionsgläubiger der Hauptzahlstelle eine schriftliche Erklärung per Bote oder durch eingeschriebenen Brief übersendet und dabei wie in § 17(3) vorgesehen nachweist, dass er im Zeitpunkt der Erklärung Inhaber der betreffenden RESPARC Securities ist.

§ 12

Vorlegungsfrist; Verjährung

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 (1) Satz 1 BGB für die RESPARC Securities wird auf zehn Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus den RESPARC Securities, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt wurden, beträgt zwei Jahre von dem Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

§ 13 Zahlstellen

- (1) **Hauptzahlstelle:** Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, ist die anfängliche Hauptzahlstelle (*Hauptzahlstelle*).
- (2) **Niederländische Zahlstelle:** Die Deutsche Bank Niederlassung Amsterdam, ist als weitere Zahlstelle (gemeinsam mit der Hauptzahlstelle, die *Zahlstellen*, und jede eine *Zahlstelle*) bestellt. Die Emittentin wird dafür sorgen, dass solange RESPARC Securities an der Frankfurter Wertpapierbörse und der Wertpapierbörse von Euronext Amsterdam N.V. notiert sind, immer eine Zahlstelle in Deutschland und in den Niederlanden bestellt ist. In keinem Fall darf die Adresse einer von der Emittentin benannten Zahlstelle innerhalb der Vereinigten Staaten oder ihrer Besitzungen liegen.
- (3) **Ersetzung von Zahlstellen:** Die Emittentin wird dafür sorgen, dass stets eine Hauptzahlstelle vorhanden ist. Die Emittentin ist berechtigt, Banken von internationalem Ansehen als Hauptzahlstelle zu bestellen. Die Emittentin ist weiterhin berechtigt, die Bestellung einer Bank zur Hauptzahlstelle zu widerrufen. Im Falle einer solchen Abberufung oder, falls die bestellte Bank nicht mehr als Hauptzahlstelle tätig werden kann oder will, bestellt die Emittentin eine andere Bank von internationalem Ansehen als Hauptzahlstelle. Die Emittentin wird sich, soweit möglich, darum bemühen, dass stets eine Zahlstelle mit Geschäftsstelle in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union vorhanden ist, die nicht verpflichtet ist, Steuern einzubehalten oder abzuziehen, die aufgrund einer Richtlinie der Europäischen Union betreffend die Besteuerung von Zinserträgen, die die Schlussfolgerungen des Treffens des ECOFIN-Rates vom 26. 27. November 2000 umsetzt, oder aufgrund einer gesetzlichen Vorschrift, die diese Richtlinie umsetzt oder befolgt oder deshalb erlassen wurde, um der Richtlinie zu entsprechen, einzubehalten oder abzuziehen sind. Jede solche Bestellung oder ein solcher Widerruf der Bestellung ist unverzüglich gemäß § 15 oder, falls dies nicht möglich sein sollte, in sonstiger Weise öffentlich bekannt zu machen.
- (4) **Haftung der Zahlstellen:** Jede Zahlstelle haftet dafür, dass sie Erklärungen abgibt, nicht abgibt oder entgegennimmt oder Handlungen vornimmt oder unterlässt, nur, wenn und soweit sie die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns verletzt hat.
- (5) **Rechtsverhältnisse der Zahlstellen:** Die Zahlstellen sind in ihrer jeweiligen Funktion ausschließlich Beauftragte der Emittentin. Zwischen den Zahlstellen einerseits und den Emissionsgläubigern andererseits besteht kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis. Die Zahlstellen sind von den Beschränkungen des § 181 BGB und etwaigen gleichartigen Beschränkungen des anwendbaren Rechts anderer Rechtsordnungen befreit.

§ 14 Ersetzung

- (1) **Ersetzung:** Die Emittentin ist jederzeit berechtigt, ohne Zustimmung der Emissionsgläubiger eine andere Gesellschaft an ihrer Stelle als Hauptschuldnerin und Hauptgläubigerin (*Nachfolgerin*) für alle Verpflichtungen und Rechte aus und im Zusammenhang mit den RESPARC Securities, dem Beteiligungsvertrag und dem Einzahlungsvertrag sowie sonstigen, mit diesen Verträgen zusammenhängenden Verträge einzusetzen; allerdings nur sofern:
 - (a) sie sich nicht mit einer Zahlung auf die RESPARC Securities in Verzug befindet;
 - (b) die Nachfolgerin alle Rechte und Verpflichtungen der Emittentin in Bezug auf die RESPARC Securities übernimmt;
 - (c) die Emittentin und die Nachfolgerin alle erforderlichen Genehmigungen erhalten haben und berechtigt sind, die zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen aus den RESPARC Securities zahlbaren Beträge in Euro zu zahlen, ohne verpflichtet zu sein, in dem Land, in dem die Nachfolgerin oder die Emittentin ihren jeweiligen Sitz oder Steuersitz haben, erhobene Steuern oder andere Abgaben jeder Art abzuziehen oder einzubehalten;
 - (d) die Nachfolgerin sich verpflichtet hat, die Investoren hinsichtlich solcher Steuern, Abgaben oder behördlichen Lasten freizustellen, die den Emissionsgläubigern bezüglich der Ersetzung auferlegt werden; und

- (e) die Ersetzung nicht zu einer erhöhten Belastung der (i) Nachfolgerin oder (ii) ihrer Anteilseigner (für den Fall einer Kapitalgesellschaft) bzw. Gesellschafter (für den Fall einer Personengesellschaft) mit Kapitalertrag oder sonstiger Abzugssteuer, etwaiger Vermögensteuer oder der Gewerbeertrag oder sonstiger Ertragsteuer führt.
- (2) **Bekanntmachung der Ersetzung:** Jedwede Ersetzung gemäß diesem § 14 ist den Emissionsgläubigern unverzüglich nach Maßgabe von § 15 bekannt zu machen.
- (3) **Änderung von Bezugnahmen:** Im Fall einer Ersetzung gilt jedwede Bezugnahme in diesen Emissionsbedingungen auf die Emittentin ab dem Zeitpunkt der Ersetzung als Bezugnahme auf die Nachfolgerin und jedwede Bezugnahme auf das Land, in dem die Emittentin ihren Sitz oder Steuersitz hat, als Bezugnahme auf das Land, in dem die Nachfolgerin ihren Sitz oder Steuersitz hat.

§ 15 Bekanntmachungen

- (1) **Mitteilungen über die Presse:** Die RESPARC Securities betreffende Bekanntmachungen werden in einem Börsenpflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse veröffentlicht. Eine Mitteilung gilt mit dem Tag ihrer Veröffentlichung (oder bei mehreren Mitteilungen mit dem Tage der ersten Veröffentlichung) als erfolgt.
- (2) **Unmittelbare Mitteilungen:** Sofern die Regularien der Börse, an der die RESPARC Securities notiert sind, dies zulassen, ist die Emittentin berechtigt, Bekanntmachungen auch durch eine Mitteilung an das Clearing-System zur Weiterleitung an die Emissionsgläubiger oder direkt an die Emissionsgläubiger zu bewirken. Bekanntmachungen über das Clearing-System gelten sieben Tage nach der Mitteilung an das Clearing-System, direkte Mitteilungen an die Emissionsgläubiger mit ihrem Zugang als bewirkt.
- (3) **Auslegung bei den Zahlstellen:** Die Texte sämtlicher Veröffentlichungen gemäß diesem § 15 sind außerdem in den Geschäftsräumen der Zahlstellen zugänglich zu machen.

§ 16 Kontrollrechte der Emissionsgläubiger

- (1) **Jahresabschluss:** Jeder Emissionsgläubiger ist berechtigt, (a) eine Abschrift des Jahresabschlusses der Emittentin (Bilanz mit Gewinn und Verlustrechnung sowie Anmerkungen) zu verlangen und (b) die Richtigkeit des Jahresabschlusses durch Überprüfung des Prüfungsberichtes durch einen von dem betreffenden Emissionsgläubiger beauftragten Wirtschaftsprüfer oder vereidigten Buchprüfer feststellen zu lassen.
- (2) **Auskunftsrecht:** Auf Verlangen erhält jeder Emissionsgläubiger zusammen mit dem Jahresabschluss eine Aufstellung über die Gewinn- bzw. Verlustbeteiligung der Emittentin nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages. Auf Anfrage von Emissionsgläubigern hat die Emittentin hierzu weitere Auskunft zu erteilen.

§ 17 Begebung weiterer RESPARC Securities

Die Emittentin ist berechtigt, bis zum 31. Dezember 2003 (einschließlich) jederzeit und ohne Zustimmung der Emissionsgläubiger weitere Wertpapiere mit gleicher Ausstattung (gegebenenfalls mit Ausnahme des Begebungstages, des Beginns der Verzinsung und/oder des Ausgabepreises) in der Weise zu begeben, dass sie mit den RESPARC Securities eine einheitliche Serie von Wertpapieren bilden.

§ 18 Schlussbestimmungen

- (1) **Anwendbares Recht:** Form und Inhalt der RESPARC Securities sowie die Rechte und Pflichten der Emissionsgläubiger, der Emittentin und der Zahlstellen bestimmen sich in jeder Hinsicht nach deutschem Recht und werden in Übereinstimmung damit ausgelegt.
- (2) **Gerichtsstand:** Jegliche aus oder im Zusammenhang mit den RESPARC Securities entstehenden Klagen oder Verfahren unterliegen der nichtausschließlichen Zuständigkeit des Landgerichts Frankfurt am Main.
- (3) **Geltendmachung von Ansprüchen:** Jeder Emissionsgläubiger kann in Rechtsstreitigkeiten gegen die Emittentin oder in Rechtsstreitigkeiten, an denen der Emissionsgläubiger und die Emittentin beteiligt sind, im eigenen Namen seine Rechte aus den ihm zustehenden RESPARC Securities unter Vorlage der folgenden Dokumente geltend machen:
 - (a) einer Bescheinigung seiner Depotbank, die (i) den vollen Namen und die volle Anschrift des Emissionsgläubiger bezeichnet (ii) den Gesamtnennbetrag von RESPARC Securities angibt, die am Ausstellungstag dieser Bescheinigung dem bei dieser Depotbank bestehenden Wertpapierdepot dieses Emissionsgläubigers gutgeschrieben sind und (iii) bestätigt, dass die Depotbank dem Clearing-System und der Hauptzahlstelle eine schriftliche Mitteilung gemacht hat, die die Angaben gemäß (i) und (ii) enthält und Bestätigungsvermerke des Clearing-Systems trägt; und
 - (b) einer von einem Vertretungsberechtigten des Clearing-Systems oder der Zahlstelle beglaubigten Ablichtung der Globalurkunde.
- (4) **Ersetzung von RESPARC Securities:** Falls eine Globalurkunde oder effektive Urkunden über einzelne RESPARC Securities oder Zinsscheine verloren gehen, gestohlen, verstümmelt, beschädigt oder zerstört werden, können sie bei den Geschäftsstellen der Zahlstellen ersetzt werden, vorbehaltlich anwendbaren Rechts und Anforderungen der Börsen. Der Anspruchsteller erstattet diejenigen Kosten, die mit dem Austausch verbunden sind und die aus von der Emittentin zumutbarerweise geforderten Beweis, Sicherheits und Freistellungsgründen angefallen sind.
- (5) **Teilunwirksamkeit:** Sollte eine der Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen ganz oder teilweise unwirksam und undurchführbar sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit oder die Durchführbarkeit der übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung soll, soweit rechtlich möglich, eine dem Sinn und wirtschaftlichen Zweck dieser Emissionsbedingungen zum Zeitpunkt der Begebung der RESPARC Securities entsprechende Regelung gelten. Unter Umständen, unter denen sich diese Emissionsbedingungen als unvollständig erweisen, soll eine ergänzende Auslegung, die dem Sinn und Zweck dieser Emissionsbedingungen entspricht, unter angemessener Berücksichtigung der berechtigten Interessen der beteiligten Parteien erfolgen.
- (6) **Bindende Fassung:** Die deutsche Fassung dieser Emissionsbedingungen ist bindend.

BESTIMMUNGEN DES BETEILIGUNGSVERTRAGES

Vertrag über die Errichtung einer Stillen Gesellschaft

zwischen

RESPARCS Funding II Limited Partnership
(nachstehend als *Stiller Gesellschafter* bezeichnet)

und

Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel
(nachstehend als *Bank* bezeichnet)

Präambel

Der Stille Gesellschafter und die Bank beabsichtigen die Errichtung einer stillen Gesellschaft mit dem Ziel, dass die Einlage des Stillen Gesellschafters in der Bank auf Dauer als haftendes Eigenkapital (Kernkapital) dient.

Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Parteien folgendes:

§ 1

Definitionen und Auslegung

Definitionen: Sofern aus dem Zusammenhang nicht etwas anderes hervorgeht, haben die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

Anfangsdatum	bezeichnet den 28. Mai 2003;
BAFin	bezeichnet die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht oder eine etwaige Nachfolgebehörde, die an deren Stelle tritt;
Bank	bezeichnet die Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, eine nach dem Recht des Landes Schleswig-Holstein errichtete Landesbank mit Sitz Martensdamm 6, 24103 Kiel, Deutschland, die mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2003 mit der Hamburgischen Landesbank Girozentrale zur HSH Nordbank Aktiengesellschaft mit Sitz in Hamburg und Kiel im Wege der Verschmelzung zur Neugründung verschmolzen werden soll.
Beendigungstag	bezeichnet den Tag, ab dem der Stille Gesellschafter aufgrund einer wirksamen Kündigung des Beteiligungsvertrages nicht mehr am Handelsgewerbe der Bank als typischer stiller Gesellschafter beteiligt ist.
Buchwert	bezeichnet den handelsrechtlichen Buchwert der Stillen Einlage, so wie dieser in der Bilanz der Bank für das Geschäftsjahr der Bank festgestellt wurde, in das der Beendigungstag fällt. Wenn sich bei Aufstellung der Bilanz der Bank die Entstehung eines Jahresbilanzverlusts ergibt, so wird dieser Jahresbilanzverlust anteilig nach Maßgabe des § 6 vom Buchwert abgezogen;
Einlagennennbetrag	bezeichnet den Betrag von € 500.000.000 (Euro fünfhundert Millionen);
Erste Gewinnbeteiligung	bezeichnet die für die Erste Gewinnperiode aufgelaufene Gewinnbeteiligung;

Erste Gewinnperiode	bezeichnet den Zeitraum vom Anfangsdatum (einschließlich) bis zum 31. Dezember 2003 (einschließlich);
Geschäftstag	bezeichnet jeden Tag an dem TARGET (das Trans-European Automated Real Time Gross Settlement Express Transfer System) Buchungen oder Zahlungsanweisungen im Hinblick auf Zahlungen in Euro abwickelt und Geschäftsbanken in Frankfurt im allgemeinen Geschäftsverkehr Zahlungen abwickeln;
Gewinnbeteiligung	bezeichnet die in der jeweiligen Gewinnperiode aufgelaufene Gewinnbeteiligung;
Gewinnbeteiligungszahlung	hat die in § 4(1) und § 4(2) festgelegte Bedeutung;
Gewinnperiode	bezeichnet jeweils den Zeitraum vom 1. Januar (einschließlich) bis 31. Dezember (einschließlich) eines Jahres, wobei die erste Gewinnperiode am Anfangsdatum (einschließlich) beginnt und die letzte Gewinnperiode vom 1. Januar (einschließlich) bis zum Beendigungstag (einschließlich) läuft;
Herabsetzung	bezeichnet jede Herabsetzung der Stillen Einlage nach § 6(1);
Ein Jahresbilanzverlust	liegt dann vor, wenn die nicht konsolidierte Jahresbilanz der Bank nach Prüfung durch eine international und von der BAFin anerkannte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft keinen Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr in Bezug auf die maßgebliche Gewinnbeteiligung ausweist. Der Bilanzgewinn schließt den Jahresüberschuss oder -fehlbetrag ein, <i>zuzüglich</i> des Gewinnvortrags aus den Vorjahren, <i>abzüglich</i> des Verlustvortrags aus den Vorjahren, <i>zuzüglich</i> der Entnahmen aus Kapital- und Gewinnrücklagen, <i>abzüglich</i> Einstellungen in Gewinnrücklagen, und zwar jeweils nach Maßgabe und in Übereinstimmung mit dem Aktiengesetz und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung der Bundesrepublik Deutschland im Einklang mit dem Handelsgesetzbuch sowie sonstigem zum maßgeblichen Zeitpunkt anwendbaren deutschen Recht getroffenen Feststellungen;
KWG	bezeichnet das Kreditwesengesetz;
Rückzahlungsbetrag	bezeichnet entweder den Buchwert oder den Einlagennennbetrag, je nachdem welcher niedriger ist;
Rückzahlungstag	bezeichnet (i) den 30. Juni des Jahres, das auf das Geschäftsjahr der Bank folgt, in das der Beendigungstag fällt oder, falls dieser Tag kein Geschäftstag ist, den nächstfolgenden Geschäftstag oder, falls später, (ii) den ersten Geschäftstag nach Feststellung des Jahresabschlusses der Bank für das Geschäftsjahr, in das der Beendigungstag fällt;
Stille Einlage	hat die in § 2(1) festgelegte Bedeutung; und
Stiller Gesellschafter	bezeichnet RESPARCS Funding II Limited Partnership, St. Helier, Jersey, Kanalinseln.

§ 2

Vertragsgegenstand

- (1) **Stille Einlage:** Der Stille Gesellschafter ist ab dem Anfangsdatum am Handelsgewerbe der Bank als typischer stiller Gesellschafter mit einer Vermögenseinlage (*Stille Einlage*) in Höhe des Einlagennennbetrags beteiligt.
- (2) **Einzahlung der Stillen Einlage:** Die Stille Einlage wird in bar erbracht. Sie wird am Tag des Vertragsabschlusses fällig und ist spätestens am Anfangsdatum vollständig zu leisten. Die Stille Einlage geht in das Vermögen der Bank über.

§ 3 Gewinnbeteiligung

- (1) **Allgemeines:** Als Gegenleistung für die Stille Einlage stehen dem Stillen Gesellschafter vom Anfangsdatum bis zum Beendigungstag Gewinnbeteiligungen zu, deren Höhe sich nach Maßgabe dieses § 3 bestimmt.
- (2) **Gewinnbeteiligung:** Dem Stillen Gesellschafter stehen Gewinnbeteiligungen in Höhe von 7,65% p. a. in Bezug auf den Einlagennennbetrag zu, wobei die Erste Gewinnbeteiligung € 41.708.219 beträgt.
- (3) **Ausschluss der Gewinnbeteiligung:** Eine Gewinnbeteiligung für eine Gewinnperiode (einschließlich der Ersten Gewinnperiode) ist ausgeschlossen:
 - (a) wenn eine Herabsetzung erfolgt ist und die Stille Einlage noch nicht wieder vollständig gemäß § 6(3) gutgeschrieben wurde; oder
 - (b) soweit die Zahlung einer solchen Gewinnbeteiligung zu einem Jahresbilanzverlust in dem Geschäftsjahr der Bank, auf das sich die maßgebliche Gewinnperiode bezieht, führen oder diesen erhöhen würde; oder
 - (c) wenn zu irgendeinem Zeitpunkt vor Auszahlung der Gewinnbeteiligung ein Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Bank aus Gründen der drohenden oder bestehenden Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung gestellt wurde oder die BAFin die ihr verliehenen Befugnisse gemäß §§ 45, 46a und 47 KWG bzw. entsprechender Nachfolgebestimmungen ausgeübt hat; oder
 - (d) falls der Solvabilitätskoeffizient der Bank auf Instituts- oder auf Gruppenbasis unter 9% liegt, soweit die Zahlung einer solchen Gewinnbeteiligung zu einem Jahresfehlbetrag (nach Maßgabe des Handelsgesetzbuches) in dem Geschäftsjahr der Bank, auf das sich die maßgebliche Gewinnperiode bezieht, führen oder diesen erhöhen würde; oder
 - (e) falls der Beendigungstag in diese Gewinnperiode fällt.

§ 4 Zahlung der Gewinnbeteiligung

- (1) **Fälligkeit von Gewinnbeteiligungen:** Jede Gewinnbeteiligung wird am (i) 30. Juni eines Jahres nach Ablauf der maßgeblichen Gewinnperiode oder, falls dies kein Geschäftstag ist, am darauf folgenden Geschäftstag oder, falls später, (ii) am Geschäftstag nach dem Tag der Feststellung des Jahresabschlusses der Bank für das Geschäftsjahr, auf das sich die maßgebliche Gewinnperiode bezieht, fällig (jeweils eine *Gewinnbeteiligungszahlung*).
- (2) **Kein Ausgleich bei verspäteter Zahlung:** Falls der Tag der Zahlung der Gewinnbeteiligungszahlung nach Maßgabe des § 4(1) verschoben wird, erfolgt auf den insoweit nicht gezahlten Betrag der Gewinnbeteiligungszahlung keine Zahlung von Zinsen und keine Zahlung von weiteren Beträgen an Gewinnbeteiligung.

§ 5 Rangstellung des Beteiligungsvertrages

Die Zahlungsverpflichtungen der Bank aufgrund dieses Beteiligungsvertrages:

- (1) sind nachrangig gegenüber Forderungen aller bestehenden und künftigen Gläubiger der Bank (einschließlich in Bezug auf das Anrecht auf Gewinnbeteiligung in Form von Genussrechten oder Genussscheinen und ggf. andere Kapitalinstrumente des Ergänzungskapitals, sowie sonstige nachrangige Verbindlichkeiten gemäß § 10(5) und (5a) KWG);
 - (2) sind (prozentual zum fälligen Betrag) mindestens gleichrangig mit allen Forderungen auf Rückzahlung von Kapitaleinlagen, die in Bezug auf bestehende und künftige Gewinnbeteiligungen in Form von stillen Gesellschaften in die Bank eingebracht wurden, sowie mit anderen Kapitalinstrumenten des Kernkapitals, die gleichrangig mit Gewinnbeteiligungen in Form von stillen Gesellschaften sind; und
 - (3) sind vorrangig vor allen Forderungen von Anteilseignern der Bank;
- soweit diese jeweils bereits begründet wurden oder in Zukunft begründet werden.

§ 6

Verlustbeteiligung, stille Reserven

- (1) **Verlustbeteiligung des Stillen Gesellschafters:** An einem Jahresbilanzverlust nimmt der Stille Gesellschafter im Verhältnis des Buchwerts der Stillen Einlage zum Gesamtbuchwert aller am Verlust teilnehmenden Haftkapitalanteile der Bank teil. Nachrangiges Haftkapital gemäß § 10(5a) KWG ist nicht am Jahresbilanzverlust beteiligt.

Somit nehmen alle stillen Gesellschafter, alle Inhaber von Genussrechten oder Genussscheinen und alle Anteilseigner der Bank am Jahresbilanzverlust mit dem gleichen Prozentsatz des Buchwertes ihrer Einlagen bzw. ihrer Rückzahlungsansprüche oder des sonstigen ausgewiesenen Eigenkapitals teil.

- (2) **Begrenzung der Verlustbeteiligung auf Vermögenseinlage:** Die Gesamtverlustbeteiligung des Stillen Gesellschafters am Jahresbilanzverlust ist auf seine Vermögenseinlage beschränkt.
- (3) **Gutschrift nach Verlustbeteiligung:** Nach einer Herabsetzung wird die Stille Einlage in jedem der Herabsetzung nachfolgenden Geschäftsjahr der Bank bis zur vollständigen Höhe des Einlagennennbetrages wieder gutgeschrieben, soweit hierdurch kein Jahresbilanzverlust entsteht oder erhöht würde.

Die Rückführung der Stillen Einlage nach einer Herabsetzung geht der Rückführung des Stammkapitals und Einstellungen in Rücklagen vor. Im Verhältnis zu anderen Kapitalgebern nach § 10(4) (Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter) und (5) KWG (Genussrechte) erfolgt die Rückführung gemäß diesem § 6(3) in der gleichen Reihenfolge und im gleichen Verhältnis wie die Verlustbeteiligung.

- (4) **Stille Reserven:** Auf die vor oder während der Laufzeit der stillen Gesellschaft gebildeten stillen Reserven hat der Stille Gesellschafter kein Anrecht.
- (5) **Kein Pflicht zur Aufdeckung stiller Reserven:** Die Bank ist nicht verpflichtet, zur Vermeidung eines Jahresbilanzverlustes stille Reserven aufzudecken.

§ 7

Dauer der stillen Gesellschaft, Kündigung

- (1) **Unbestimmte Laufzeit:** Dieser Beteiligungsvertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen.
- (2) **Kündigung durch den Stillen Gesellschafter:** Der Stille Gesellschafter kann diesen Beteiligungsvertrag nicht kündigen.
- (3) **Kündigung durch die Bank:** Die Bank kann diesen Beteiligungsvertrag gegenüber dem Stillen Gesellschafter mit einer Kündigungsfrist von mindestens zwei Jahren zum 31. Dezember eines jeden Jahres kündigen, wobei eine Kündigung keinesfalls vor dem 31. Dezember 2013 wirksam wird.

Darüber hinaus kann die Bank diesen Beteiligungsvertrag nur kündigen, sofern der Solvabilitätskoeffizient auf Instituts- oder auf Gruppenbasis dauerhaft den Wert von 9% übersteigt.

- (4) **Außerordentliche Kündigung durch die Bank aus aufsichtsrechtlichen oder steuerlichen Gründen:** Wenn eine Veränderung steuerlicher oder aufsichtsrechtlicher Vorgaben gemäß § 12 eintritt, kann die Bank diesen Beteiligungsvertrag unbeschadet § 7(3) jederzeit unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens zwei Jahren gegenüber dem Stillen Gesellschafter kündigen mit der Maßgabe, dass eine Kündigung vor dem 31. Dezember 2008 ausgeschlossen ist.
- (5) **Schriftliche Kündigung:** Jede Kündigung bedarf der Schriftform.
- (6) **Zustimmung der BAFin zu Kündigungen:** Kündigungen dieses Beteiligungsvertrages werden erst wirksam, wenn die BAFin der Kündigung zugestimmt hat.
- (7) **Rückzahlungsbetrag und -tag:** Am Rückzahlungstag zahlt die Bank an den Stillen Gesellschafter den Rückzahlungsbetrag.

- (8) **Ausschluss der Kündigung aufgrund bestimmter Ereignisse:** Von Fusionen, (Teil-) Vermögensübertragungen, Änderungen der Rechtsform oder des Stammkapitals der Bank bleibt die Stille Gesellschaft unberührt.
- (9) **Insolvenz/Liquidation:** Im Falle der Insolvenz oder Liquidation der Bank wird eine Barabfindung für die Stille Einlage erst nach Befriedigung aller Gläubiger der Bank einschließlich der Inhaber von Genussrechten oder Genussscheinen sowie der Gläubiger von nachrangigem Haftkapital gemäß § 10(5a) KWG, jedoch vor der Rückzahlung von Stammkapital zugunsten der Anteilseigner gezahlt.
- (10) **Ausschluss des Kündigungsrechts des Stillen Gesellschafters:** Falls der Ausschluss des Kündigungsrechts des Stillen Gesellschafters gemäß § 7(2) unwirksam sein sollte, ist die Kündigung dieses Beteiligungsvertrages durch den Stillen Gesellschafter und/oder die Rückzahlung der Stillen Einlage nur nach Zustimmung der BAFin zulässig, mit der Maßgabe, dass eine solche Kündigung nicht vor dem 31. Dezember 2033 wirksam wird.

§ 8

Gesellschafterrechte

- (1) **Jahresabschluss:** Der Stille Gesellschafter ist berechtigt, (i) eine Abschrift des Jahresabschlusses der Bank (Bilanz mit Gewinn und Verlustrechnung sowie Anmerkungen) einschließlich Lagebericht sowie Konzernabschluss und Konzernlagebericht zu verlangen und (ii) dessen Richtigkeit durch Überprüfung des Prüfungsberichtes durch einen Wirtschaftsprüfer oder vereidigten Buchprüfer feststellen zu lassen.
- (2) **Auskunftsrecht:** Zusammen mit dem Jahresabschluss erhält der Stille Gesellschafter eine Aufstellung über seine Gewinn bzw. Verlustbeteiligung. Auf Anfrage des Stillen Gesellschafters hat die Bank hierzu weitere Auskunft zu erteilen.
- (3) **Ausschluss anderweitiger Rechte:** Weitere Gesellschafter-Rechte stehen dem Stillen Gesellschafter nicht zu.

§ 9

Hinweis gemäß § 10(4) S. 1 Ziff. 6 KWG

- (1) **Verbot nachträglicher Änderungen zum Nachteil der Bank:** Nach Abschluss dieses Vertrages dürfen (i) weder die Verlustbeteiligung zum Nachteil der Bank verändert, (ii) noch die Nachrangigkeit eingeschränkt noch (iii) die Laufzeit oder Kündigungsfrist verkürzt werden.
- (2) **Rückzahlungsverpflichtung:** Ungeachtet anderweitiger Vereinbarungen sind Vorauszahlungen auf die Stille Einlage an die Bank zurückzuzahlen, es sei denn, (i) das Kapital wurde durch anderes mindestens gleichwertiges Eigenkapital ersetzt oder (ii) die BAFin stimmt der vorzeitigen Rückzahlung der Stillen Einlage zu.

§ 10

Begebung weiteren Haftkapitals

Die Bank behält sich das Recht vor, Verträge über weitere stille Gesellschaften zu gleichen oder anderen Bedingungen, insbesondere mit einer anderen Gewinnbeteiligung, oder Verträge über Genussrechte oder Genussscheine oder nachrangiges Haftkapital gemäß § 10(5a) KWG abzuschließen. Forderungen künftiger stiller Gesellschafter dürfen den Forderungen des Stillen Gesellschafters aus diesem Beteiligungsvertrag nicht im Rang vorgehen.

§ 11

Übertragungsrechte des Stillen Gesellschafters

Die Abtretung oder anderweitige Verfügung (z. B. durch Verpfändung) über Forderungen des Stillen Gesellschafters aus diesem Beteiligungsvertrag bedarf der Zustimmung der Bank.

§ 12

Änderungen steuerlicher oder aufsichtsrechtlicher Vorgaben

Im Falle wesentlicher Änderungen in der steuerlichen oder aufsichtsrechtlichen Behandlung der Einlagen und ihrer Gewinn- und Verlustbeteiligung werden die Parteien dieses Beteiligungsvertrages in einvernehmliche Verhandlungen zum Zweck einer Anpassung dieses Beteiligungsvertrages an die veränderte Rechtslage eintreten. Die Stille Einlage behält bis zum Wirksamwerden einer Kündigung ihre vollen Rechte unter diesem Beteiligungsvertrag.

§ 13

Besteuerung

Alle aufgrund dieses Vertrages fälligen Zahlungen werden ohne Einbehaltung oder Abzug aufgrund derzeitiger oder künftiger Steuern oder Abgaben gleich welcher Art geleistet, die durch Einbehaltung oder Abzug durch die oder im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland, ihrer politischen Untergliederungen oder der zur Erhebung von Steuern befugten Behörden auferlegt oder erhoben werden, es sei denn, die Einbehaltung oder der Abzug sind gesetzlich vorgeschrieben.

§ 14

Anwendbares Recht, Erfüllungsort und Gerichtsstand, Fassungen

- (1) **Anwendbares Recht:** Das Gesellschaftsverhältnis und alle sich aus diesem Beteiligungsvertrag ergebenden Rechte und Pflichten unterliegen ausschließlich dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (2) **Erfüllungsort und Gerichtsstand:** Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Kiel.
- (3) **Exemplare:** Dieser Beteiligungsvertrag kann in unterschiedlichen Exemplaren und von den Parteien auf verschiedenen Exemplaren ausgefertigt werden; sämtliche dieser Exemplare sind ein Originalvertrag und begründen ein- und denselben Vertrag.

§ 15

Teilunwirksamkeit

Sollte eine Vertragsbestimmung ganz oder teilweise unwirksam oder unvollständig sein oder werden, so wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder unvollständigen Bestimmung tritt eine Regelung, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung in rechtlich zulässiger Weise am nächsten kommt bzw. die Bestimmung in Übereinstimmung mit dem mutmaßlichen Parteiwillen so gut wie möglich ergänzt.

BESTIMMUNGEN DES DARLEHENSVERTRAGES

DIESER VERTRAG wird am 26. Mai 2003 abgeschlossen zwischen:

- (1) **RESPARCS FUNDING II LIMITED PARTNERSHIP**, einer nach dem Recht Jerseys errichteten Kommanditgesellschaft (*Limited Partnership*) mit eingetragenem Sitz in 22 Grenville Street, St. Helier, Jersey JE4 8PX, Kanalinseln, (die **Darlehensnehmerin**), handelnd durch ihre Komplementärin (*General Partner*) European Capital Investment Opportunities Limited; und
- (2) **LANDESBANK SCHLESWIG-HOLSTEIN GIROZENTRALE**, einem nach dem Recht des Bundeslandes Schleswig-Holstein errichteten öffentlich-rechtlichen Kreditinstitut mit eingetragenem Sitz in Martensdamm 6, 24103 Kiel, die mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2003 mit der Hamburgischen Landesbank Girozentrale zur HSH Nordbank Aktiengesellschaft mit Sitz in Hamburg und Kiel im Wege der Verschmelzung zur Neugründung verschmolzen werden soll, handelnd durch ihre Luxemburger Zweigniederlassung mit eingetragenem Sitz in 2, rue Jean Monnet, 2180 Luxemburg, Luxemburg (die **Darlehensgeberin**).

PRÄAMBEL

- (A) Die Darlehensnehmerin wurde am 17. April 2003 bei der Financial Services Commission Jersey registriert und als Kommanditgesellschaft (*limited partnership*) nach dem Recht von Jersey errichtet. Die alleinigen Gesellschafter der Darlehensnehmerin sind die Komplementärin und die Kommanditistin.
- (B) Die Darlehensgeberin ist mit der Kommanditistin nicht verbunden.
- (C) Die Darlehensnehmerin beabsichtigt die RESPARC Securities zu begeben, deren Erlös sie für den Erwerb einer stillen Beteiligung an dem Handelsgewerbe der Bank in Form einer Stillen Gesellschaft nach deutschem Recht nach Maßgabe eines Vertrages vom 23. Mai 2003 (der **Beteiligungsvertrag**) verwenden wird, der vorsieht, dass die Darlehensnehmerin eine Vermögenseinlage in Höhe von € 500.000.000 in die Bank einbringt (die **Stille Einlage**).
- (D) Als Gegenleistung für die Stille Einlage erhält die Darlehensnehmerin Gewinnbeteiligungen, die jeweils jährlich auf der Grundlage des Nennbetrages der Stillen Einlage der Darlehensnehmerin für jedes Geschäftsjahr der Bank ermittelt und nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages jährlich nachträglich ausgeschüttet werden (**Gewinnbeteiligungszahlungen**).
- (E) Gemäß den Emissionsbedingungen der RESPARC Securities sind die Inhaber der RESPARC Securities (**Emissionsgläubiger**) berechtigt, jährlich Zinszahlungen auf die RESPARC Securities (**Zinszahlungen**) zu erhalten.
- (F) Wenn Gewinnbeteiligungszahlungen an die Darlehensnehmerin ausgeschüttet werden oder die Stille Einlage nach einer Herabsetzung ihres Buchwerts gemäß § 6(3) des Beteiligungsvertrages wieder gutgeschrieben wird (eine **Wiedergutschrift**), ist die Bank verpflichtet, von den ausgeschütteten Beträgen oder dem Betrag der Wiedergutschrift Kapitalertragsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag einzubehalten (jeweils ein **Einbehalt**), sofern nicht die Finanzbehörden Zahlungen an die Darlehensnehmerin befreit haben. Soweit die Einbehalte nach deutschem Steuerrecht der Kommanditistin zuzurechnen sind, gelten sie als Vorauszahlung auf die von der Kommanditistin geschuldete Einkommensteuer in Deutschland.
- (G) Die Kommanditistin rechnet in ihrer Eigenschaft als *limited partner* der Darlehensnehmerin in jedem Jahr mit Steuererstattungsansprüchen gegenüber den deutschen Finanzbehörden (jeweils ein **Kommanditisten-Steuererstattungsanspruch**) in Höhe der Beträge, um die die Vorauszahlungen in Form der Einbehalte die jeweilige tatsächliche Einkommensteuerschuld der Emittenten-Kommanditistin in Deutschland überschreiten.
- (H) In einem Vertrag zwischen der Komplementärin und der Kommanditistin, der das gleiche Datum wie dieser Vertrag trägt (**Einzahlungsvertrag**), verpflichtet sich die Kommanditistin zugunsten der Darlehensnehmerin, sämtliche Beträge, die sie von den deutschen Finanzbehörden in Bezug auf die Kommanditisten-Steuererstattungsansprüche erhält, an die Darlehensnehmerin zu zahlen (jeweils eine **Kapitaleinzahlung**).

- (I) Die Darlehensnehmerin hat die Darlehensgeberin gebeten, ihr ein Darlehen einzuräumen, um damit ihre Verpflichtungen zu Zinszahlungen auf die RESPARC Securities und zur vollständigen Wiedergutschrift der Stillen Einlage nach einer Herabsetzung ihres Buchwertes gemäß dem Beteiligungsvertrag zu finanzieren.

AUF DIESER GRUNDLAGE WIRD FOLGENDES VEREINBART:

§ 1 Definitionen

Auszahlungszahltag	bezeichnet jeden Tag, an dem eine Darlehens-Auszahlung gemäß § 2.2 fällig wird.
Bank	bezeichnet die Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, ein nach dem Recht des Bundeslandes Schleswig-Holstein errichtetes öffentlich-rechtliches Kreditinstitut mit eingetragenem Sitz in Martensdamm 6, 24103 Kiel, das mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2003 mit der Hamburgischen Landesbank Girozentrale zur HSH Nordbank Aktiengesellschaft mit Sitz in Hamburg und Kiel im Wege der Verschmelzung zur Neugründung verschmolzen werden soll.
Beteiligungsvertrag	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung; eine Abschrift des Beteiligungsvertrages ist diesem Vertrag als <u>Anlage I</u> beigelegt.
Darlehen	bezeichnet die ausstehenden Darlehens-Auszahlungen, die die Darlehensgeberin der Darlehensnehmerin nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrages gewährt.
Darlehens-Auszahlung	bezeichnet jeden Betrag, den die Darlehensgeberin der Darlehensnehmerin gemäß § 2 gewährt.
Darlehensgeberin	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung.
Darlehensnehmerin	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung.
Darlehensnehmer-Steuerereignis	bezeichnet ein Ereignis, das zur Folge hat, dass aufgrund der Verpflichtung der Darlehensnehmerin, gemäß § 6 Zahlungen aufgrund von Steuern zu leisten, der Gesamtbetrag der gemäß § 6 geleisteten Steuerzahlungen € 100.000 überschreitet.
Ein Darlehens- Ungezetlichkeits- ereignis	tritt ein, wenn es für die Darlehensgeberin oder -nehmerin in Deutschland, Jersey oder Luxemburg ungesetlich wird, irgendeine ihrer in diesem Vertrag vorgesehenen Verpflichtungen zu erfüllen oder den Fortbestand des Darlehens zu ermöglichen.
Einbehalt	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung.
Einzahlungsvertrag	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung.
Emissionsgläubiger	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung.
Endgültiger Rückzahlungstag	bezeichnet den Rückzahlungstag gemäß der Definition in den RESPARC Bedingungen.
Euro	bezeichnet die einheitliche europäische Währung, die am 1. Januar 1999 in Deutschland und den anderen teilnehmenden Mitgliedstaaten der Europäischen Union eingeführt wurde.

Fälligkeitstag	bezeichnet jeden Tag, an dem die Emissionsgläubiger zum Erhalt von Zinszahlungen auf die RESPARC Securities berechtigt sind.
Feste Periode	bezeichnet den Zeitraum vom Datum dieses Vertrages bis zum 31. Dezember 2008 (jeweils einschließlich).
Freiwilliges Vorzeitiges Rückzahlungsereignis	bezeichnet ein Darlehensnehmer-Steuerereignis oder ein Darlehens-Unge-setzlichkeitereignis.
Genehmigung	bezeichnet eine Genehmigung, Zustimmung, Billigung, einen Beschluss, eine Zulassung, Befreiung, Einreichung oder Registrierung.
Geschäftstag	bezeichnet jeden Tag an dem TARGET (das Trans-European Automated Real Time Gross Settlement Express Transfer System) Buchungen oder Zahlungsanweisungen im Hinblick auf Zahlungen in Euro abwickelt und Geschäftsbanken in Frankfurt im allgemeinen Geschäftsverkehr Zahlungen abwickeln.
Gewinnbeteiligungs-zahlungen	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung.
Kapitaleinzahlung	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung.
Kommanditisten-Steuererstattungs-anspruch	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung.
Kommanditistin	bezeichnet die European Equity Participation Management GmbH, eine nach dem Recht Deutschlands errichtete Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz Luruper Chaussee 125, 22761 Hamburg, Deutschland, die der <i>Limited Partner</i> der Emittentin im Sinne des Limited Partnership (Jersey) Law 1994 in der jeweils aktuellen Fassung ist.
Komplementärin	bezeichnet die European Capital Investment Opportunities Limited, eine nach dem Recht Jerseys errichtete Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz 22 Grenville Street, St. Helier, Jersey, Kanalinseln, die der <i>General Partner</i> der Emittentin im Sinne des Limited Partnership (Jersey) Law 1994 in der jeweils aktuellen Fassung ist.
Kündigungsgrund	bezeichnet jedes Ereignis bzw. jeden Umstand, der in § 9 genannt ist.
Referenzzinssatz	bedeutet den 12-Monats-EURIBOR für Euro-Einlagen, der auf Seite 248 von Telerate Monitor (oder derjenigen anderen Bildschirmseite von Telerate oder des-jenigen anderen Informationsdienstes, der als Nachfolger von Telerate Seite 248 für die Zwecke der Anzeige dieser Zinssätze festgelegt wird) am maßgeblichen Zins-festlegungstag um oder etwa um 11.00 Uhr (Brüsseler Zeit) als Angebotssatz am Europäischen Interbankenmarkt für 12-Monats-Einlagen in Euro angezeigt wird.
RESPARC Bedingungen	bezeichnet die Emissionsbedingungen der RESPARC Securities, von denen eine Abschrift diesem Vertrag als <u>Anlage II</u> beigelegt wurde.
RESPARC Securities	bezeichnet die € 500.000.000 Re-Engineered Silent Participation Assimilated Regu-latory Capital (RESPARC) Securities mit einem Nennbetrag von jeweils € 1.000, die die Darlehensnehmerin am 28. Mai 2003 auszugeben beabsichtigt.
Steuerabzug	bezeichnet einen Abzug oder Einbehalt von einer Zahlung nach Maßgabe dieses Vertrages, der für oder aufgrund von Steuern erfolgt.

Steuergutschrift	bezeichnet eine Gutschrift auf, eine Ermäßigung, einen Erlass oder die Rückerstattung von Steuern.
Steuern	bezeichnet sämtliche Steuern, Abgaben, Erhebungen, Gebühren oder andere Belastungen oder Einbehalte ähnlicher Art (einschließlich aller Strafen oder Zinsen, die im Zusammenhang mit einer Nichtzahlung oder einem Zahlungsverzug derselben erhoben werden).
Stille Einlage	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung.
Variable Periode	bezeichnet jeden Zeitraum vom 1. Januar (einschließlich) (beginnend mit dem 1. Januar 2009) bis zum darauf folgenden 1. Januar (ausschließlich).
Variabler Zinssatz	bezeichnet für jede Variable Periode einen Zinssatz p.a. in Höhe des Referenzzinssatzes, der am Zinsfestlegungstag, der der Variablen Periode unmittelbar vorausgeht, festgelegt wird, zuzüglich einer Marge von 0,3%.
Vorzeitige Rückzahlung	hat die in § 4.1 festgelegte Bedeutung.
Vorzeitiger Rückzahlungstag	bezeichnet jeden Tag, an dem die Darlehensnehmerin ausstehende Darlehens-Auszahlungen gemäß § 4.1 vorzeitig zurückzahlt.
Wiedergutschrift	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung.
Zinsfestlegungstag	bezeichnet den 28. Dezember eines jeden Jahres, beginnend mit dem 28. Dezember 2008 (einschließlich), oder, falls dieser Tag kein Geschäftstag ist, den unmittelbar vorhergehenden Geschäftstag.
Zinssatz	bedeutet (i) für die Feste Periode, einen Zinssatz von 4% p.a., und (ii) für jede Variable Periode den Variablen Zinssatz.
Zinszahlungen	hat die in der Präambel genannte Bedeutung.
Zinszahlungsverpflichtungen	bezeichnet die Verpflichtung der Darlehensnehmerin als Emittentin der RESPARC Securities, an jedem Fälligkeitstag Zinszahlungen an die Emissionsgläubiger zu leisten.

§ 2

Vertragsgegenstand

- 2.1** Die Darlehensgeberin verpflichtet sich, nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrages, an jedem Zinszahltag und in Bezug auf jede Wiedergutschrift, sobald diese erfolgt, an den in § 2.2 genannten Tagen und in der in § 2.3 genannten Höhe Darlehens-Auszahlungen an die Darlehensnehmerin vorzunehmen.
- 2.2** Darlehens-Auszahlungen werden fällig an
 - (a)** jedem Tag, an dem eine Gewinnbeteiligungszahlung nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages fällig wird; und
 - (b)** jedem Tag, an dem eine Wiedergutschrift tatsächlich erfolgt.
- 2.3** Darlehens-Auszahlungen sind in der in diesem § 2 festgesetzten Höhe an die Darlehensnehmerin zahlbar und von dieser zurückzuzahlen.
 - (a)** Falls Darlehens-Auszahlungen gemäß § 2.2(a) fällig werden, sind diese in Höhe des Betrages, der dem Einbehalt von der Gewinnbeteiligungszahlung, die an dem betreffenden Auszahlungszahltag fällig wird, entspricht, an die Darlehensnehmerin in Euro zu zahlen und zurückzuzahlen.

- (b) Falls Darlehens-Auszahlungen gemäß § 2.2(b) fällig werden, sind diese in Höhe des Betrages, der dem Einbehalt von der Wiedergutschrift, die an dem betreffenden Auszahlungstag tatsächlich erfolgt, entspricht, an die Darlehensnehmerin in Euro zu zahlen und zurückzuzahlen.
- 2.4 Die Darlehensnehmerin wird die Erlöse aus jeder gemäß diesem Vertrag erhaltenen Darlehens-Auszahlung wie folgt verwenden:
- (a) im Fall von Darlehens-Auszahlungen, die gemäß § 2.2(a) fällig sind, zur Finanzierung ihrer Zinszahlungsverpflichtungen; und
 - (b) im Fall von Darlehens-Auszahlungen, die gemäß § 2.2(b) fällig sind, zur weiteren Wiedergutschrift der Stillen Einlage.

§ 3 Rückzahlung

Die Darlehensnehmerin wird das Darlehen am Endgültigen Rückzahlungstag vollständig zurückzahlen. Sämtliche Rückzahlungen müssen nach Maßgabe von § 2.3 erfolgen.

§ 4 Vorzeitige Rückzahlung

- 4.1 Die Darlehensnehmerin ist verpflichtet, das Darlehen in Höhe des vollen Betrages aller Kapitaleinzahlungen, die sie von der Kommanditistin erhält, unverzüglich nach Erhalt der jeweiligen Kapitaleinzahlung zurückzuzahlen (jede solche Zahlung eine *Vorzeitige Rückzahlung*).
- 4.2 Die Darlehensnehmerin kann das Darlehen nach Eintritt eines Freiwilligen Vorzeitigen Rückzahlungsereignisses vorzeitig zurückzahlen, wenn sie die Darlehensgeberin mit einer Frist von mindestens fünf Geschäftstagen (oder derjenigen kürzeren Frist, der die Darlehensgeberin zustimmt) vorher benachrichtigt.

§ 5 Zinsen

- 5.1 Die Darlehensnehmerin zahlt Zinsen an die Darlehensgeberin, die gemäß diesem § 5 an jedem Vorzeitigen Rückzahlungstag und an dem Endgültigen Rückzahlungstag berechnet werden.
- 5.2 Zinsen fallen zum Zinssatz auf den Betrag des Darlehens an, der (klarstellungshalber) nicht die an dem unmittelbar vorhergehenden Vorzeitigen Rückzahlungstag geleistete Vorzeitige Rückzahlung umfasst.
- 5.3 Falls der Zeitraum zwischen dem unmittelbar vorhergehenden Vorzeitigen Rückzahlungstag (oder dem 28. Mai 2003 im Fall des ersten Vorzeitigen Rückzahlungstages) (einschließlich) und dem Vorzeitigen Rückzahlungstag (oder ggf. dem Endgültigen Rückzahlungstag) (ausschließlich), an dem eine Zinszahlung gemäß § 5.1 erfolgen soll, keinem vollen Jahr entspricht, wird der Zinssatz mit der tatsächlichen Anzahl von Tagen, die in diesem Zeitraum verstrichen sind, multipliziert und durch die tatsächliche Anzahl von Tagen in dem maßgeblichen Jahreszeitraum (365 bzw. 366) dividiert.

§ 6 Steuerausgleich

- 6.1 In Bezug auf Steuern und Steuerabzüge:
- (a) wird die Darlehensnehmerin alle Zahlungen, die von ihr zu leisten sind, ohne Steuerabzug leisten, sofern nicht ein Steuerabzug gesetzlich vorgeschrieben ist;
 - (b) werden sich die Darlehensnehmerin und die Darlehensgeberin jeweils gegenseitig unverzüglich benachrichtigen, wenn eine von ihnen Kenntnis darüber erlangt, dass die Darlehensnehmerin zu einem Steuerabzug verpflichtet ist;

- (c) wird die Darlehensnehmerin, falls sie zu einem Steuerabzug gesetzlich verpflichtet ist, den Betrag der von ihr zu leistenden Zahlung auf einen Betrag erhöhen, der so hoch ist, dass nach dem Steuerabzug ein Betrag übrig bleibt, der der Zahlung entspricht, die fällig gewesen wäre, wenn keine Verpflichtung zu einem Steuerabzug bestanden hätte;
 - (d) wird die Darlehensnehmerin, falls sie zu einem Steuerabzug verpflichtet ist, den Steuerabzug und jede im Zusammenhang mit dem Steuerabzug erforderliche Zahlung in der Frist und in dem Mindestbetrag, die/der gesetzlich vorgeschrieben sind, vornehmen; und
 - (e) wird die Darlehensnehmerin der Darlehensgeberin innerhalb von dreißig Tagen nach Vornahme eines Steuerabzugs oder einer im Zusammenhang mit einem Steuerabzug erforderlichen Zahlung einen Nachweis übermitteln, dass der Steuerabzug oder ggf. eine angemessene Zahlung an die maßgeblichen Finanzbehörde erfolgt ist.
- 6.2** Die Darlehensnehmerin wird der Darlehensgeberin (innerhalb von drei Geschäftstagen nach Verlangen der Darlehensgeberin) einen Betrag zahlen, der dem Verlust, den Verbindlichkeiten oder den Kosten entspricht, die der Darlehensgeberin aufgrund der Steuern, die zu ihren Lasten erhoben wurden, entstanden sind, allerdings nach der Maßgabe, dass dieser § 6.2 nicht für Steuern gilt, die zu Lasten der Darlehensgeberin nach Luxemburger Gesetzen erhoben wurden, falls diese Steuern auf das von der Darlehensgeberin vereinnahmte oder ausstehende Nettoeinkommen (jedoch nicht Beträge, die als zu vereinnahmend oder ausstehend gelten) erhoben oder unter Bezugnahme darauf berechnet wurden.
- 6.3** Die Darlehensgeberin wird die Darlehensnehmerin in dem Fall, in dem sie eine Forderung gemäß § 6.2 stellt oder zu stellen beabsichtigt, über das Ereignis, das zum Entstehen der Forderung führen wird bzw. geführt hat, benachrichtigen.
- 6.4** Falls die Darlehensnehmerin eine Steuerzahlung leistet und die Darlehensgeberin feststellt, dass (a) dieser Steuerzahlung eine Steuergutschrift zugerechnet werden kann, und (b) die Darlehensgeberin diese Steuergutschrift erhalten, verwendet und einbehalten hat, wird die Darlehensgeberin der Darlehensnehmerin einen Betrag zahlen, der nach Feststellung der Darlehensgeberin diese (nach Zahlung) in dieselbe Lage nach Steuern versetzt, in der sie gewesen wäre, wenn keine Steuerzahlung durch die Darlehensnehmerin erfolgt wäre.
- 6.5** Die Darlehensnehmerin wird der Darlehensgeberin alle Kosten, Verluste oder Verbindlichkeiten, die der Darlehensgeberin aufgrund jeglicher Stempelsteuern, Registrierungs- und ähnlicher in Bezug auf diesen Vertrag zahlbarer Steuern entstanden sind, erstatten und sie innerhalb von drei Geschäftstagen nach Verlangen dafür entschädigen.

§ 7

Kosten und Auslagen

- 7.1** Die Darlehensnehmerin ist verpflichtet, der Darlehensgeberin sämtliche anfängliche Kosten und Auslagen, einschließlich Rechtsberatungsgebühren, die der Darlehensgeberin in Zusammenhang mit der Erstellung dieses Vertrages entstehen, sowie sämtliche mit der Wahrung oder Geltendmachung von Rechten der Darlehensgeberin aus diesem Vertrag verbundenen Kosten zu erstatten.
- 7.2** Die Darlehensnehmerin ist verpflichtet, die Darlehensgeberin für sämtliche Verluste (einschließlich entgangener Gewinne) und Verbindlichkeiten zu entschädigen, die dieser dadurch, dass eine Zahlung nicht am Tag ihrer Fälligkeit geleistet wird, entstehen.

§ 8

Zusicherungen und Gewährleistungen

Die Darlehensnehmerin gibt der Darlehensgeberin gegenüber die in diesem § 8 aufgeführten Zusicherungen und Gewährleistungen zum Datum dieses Vertrages ab.

- 8.1** Die Darlehensnehmerin ist eine nach dem Recht Jerseys ordnungsgemäß errichtete und wirksam bestehende *Limited Partnership*.

- 8.2** Die Darlehensnehmerin ist befugt, ihr eigenes Vermögen zu besitzen und ihre Geschäfte, so wie sie geführt werden, weiterzuführen.
- 8.3** Die Verpflichtungen, die die Darlehensnehmerin nach Maßgabe dieses Vertrages übernimmt, sind wirksame, rechtsverbindliche und durchsetzbare Verpflichtungen.
- 8.4** Der Abschluss dieses Vertrages und die Durchführung der hierin vorgesehenen Transaktionen durch die Darlehensnehmerin stehen gegenwärtig und künftig nicht im Widerspruch zu:
- (a)** einem Gesetz oder einer Vorschrift, das bzw. die darauf anwendbar ist bzw. sind;
 - (b)** einer Vereinbarung oder einem Instrument, durch das sie oder ihr Vermögen gebunden wird.
- 8.5** Die Darlehensnehmerin ist befugt, diesen Vertrag und die darin vorgesehenen Transaktionen abzuschließen, zu vollziehen und zu erfüllen und hat alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um diese Befugnis zu erhalten.
- 8.6** Sämtliche Genehmigungen, die erforderlich oder wünschenswert sind,
- (a)** damit die Darlehensnehmerin diesen Vertrag rechtmäßig abschließen, ihre Rechte daraus ausüben und ihre Verpflichtungen danach erfüllen kann; und
 - (b)** um diesen Vertrag in Deutschland, Jersey und Luxemburg als Beweismittel zulässig zu machen, wurden eingeholt oder in Kraft gesetzt und sind uneingeschränkt wirksam.
- 8.7** Ihre Zahlungsverpflichtungen aufgrund dieses Vertrages sind mindestens gleichrangig mit allen anderen unbesicherten und nicht nachrangigen Forderungen ihrer anderen Gläubiger, mit Ausnahme von Verpflichtungen, die aufgrund zwingenden Gesetzesrechts vorrangig sind.

§ 9

Allgemeine Verpflichtungen

Die Verpflichtungen in diesem § 9 bleiben vom Datum dieses Vertrages an solange in Kraft, wie Darlehensauszahlungen gemäß diesem Vertrag ausstehen.

- 9.1** Die Darlehensnehmerin wird sämtliche Genehmigungen, die gemäß irgendeinem Gesetz oder einer Vorschrift erforderlich sind, um sie in die Lage zu versetzen, ihre Verpflichtungen aufgrund dieses Vertrages zu erfüllen und die Rechtmäßigkeit, Wirksamkeit, Durchsetzbarkeit und Zulässigkeit dieses Vertrages als Beweismittel in Deutschland sicherzustellen, unverzüglich einholen, einhalten und alles Erforderliche unternehmen, damit diese uneingeschränkt wirksam bleiben.
- 9.2** Die Darlehensnehmerin wird sämtliche Gesetze, denen sie gegebenenfalls unterliegt, in jeder Hinsicht einhalten soweit die Nichteinhaltung solcher Gesetze ihre Fähigkeit zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aufgrund dieses Vertrages erheblich beeinträchtigen würde.

§ 10

Begebung weiteren Haftkapitals

10.1 Jedes der in diesem § 10.1 genannten Ereignisse oder Umstände ist ein Kündigungsgrund.

- (a)** Die Darlehensnehmerin zahlt einen gemäß diesem Vertrag fälligen Betrag nicht am Fälligkeitstag an dem Ort und in der Währung, die für die Zahlung vorgesehen sind, es sei denn, dass:
 - (i)** ihre Nichtzahlung auf einem administrativen oder technischen Fehler beruht; und
 - (ii)** die Zahlung innerhalb von fünf Geschäftstagen nach dem Fälligkeitstag erfolgt.
- (b)** Die Darlehensnehmerin erfüllt irgendeine Bestimmung dieses Vertrages nicht (mit Ausnahme der in § 10.1(a) genannten), es sei denn, dass:

- (i) die Nichterfüllung geheilt werden kann und innerhalb von fünf Geschäftstagen geheilt wird, nachdem die Darlehensgeberin die Darlehensnehmerin benachrichtigt hat oder die Darlehensnehmerin von ihrer Nichterfüllung Kenntnis erlangt; oder
 - (ii) dieses Ereignis keine erheblichen Auswirkungen auf die Fähigkeit der Darlehensnehmerin zur Leistung von Zinszahlungen und Tilgungszahlungen gemäß diesem Vertrag hat.
 - (c) Eine Zusicherung oder Erklärung, die von der Darlehensnehmerin in diesem Vertrag abgegeben wurde bzw. als abgegeben gilt, ist oder erweist sich in irgendeiner wesentlichen Hinsicht als zum Zeitpunkt der Abgabe oder angenommenen Abgabe unrichtig oder irreführend, es sei denn, dass die Tatsachen und Umstände, die die falsche Darstellung verursacht haben, keine erheblichen Auswirkungen auf die Fähigkeit der Darlehensnehmerin zur Leistung von Zinszahlungen und Tilgungszahlungen gemäß diesem Vertrag haben.
- 10.2** Bei und jederzeit nach Eintritt eines Kündigungsgrundes, der fortbesteht, kann die Darlehensgeberin durch Mitteilung an die Darlehensnehmerin:
- (a) das Darlehen und alle unter diesem Vertrag angefallenen Beträge unverzüglich ganz oder teilweise fällig stellen, woraufhin diese unverzüglich fällig werden; und/oder
 - (b) das Darlehen ganz oder teilweise für auf Verlangen zahlbar erklären, woraufhin es auf Verlangen der Darlehensgeberin unverzüglich fällig wird.

§ 11 Wechsel der Parteien

Weder die Darlehensgeberin noch die Darlehensnehmerin sind berechtigt, irgendwelche ihrer jeweiligen Rechte aus diesem Vertrag, wie zutreffend, abzutreten oder zu übertragen oder irgendwelche ihrer jeweiligen Verpflichtungen aufgrund dieses Vertrages zu übertragen.

§ 12 Zahlungen

- 12.1** Die Darlehensgeberin und die Darlehensnehmerin sind nicht berechtigt, fällige Verpflichtungen, die eine von ihnen schuldet, gegen eine fällige Verpflichtung aufzurechnen, die die andere von ihnen schuldet, unabhängig vom Zahlungsort oder der Währung jeder Verpflichtung oder ob diese sich auf diesen Vertrag bezieht oder nicht.
- 12.2** Jede Zahlung, die an einem Tag fällig ist, der kein Geschäftstag ist, hat am darauf folgenden Geschäftstag zu erfolgen.

§ 13 Kommunikation

Jede Mitteilung gemäß diesem Vertrag muss schriftlich erfolgen und per Einschreiben, Kurier, bestätigter Sendung oder Fax zu Händen der nachstehend genannten Personen an die jeweiligen Anschriften der Parteien oder die in diesem Vertrag genannten eingetragenen Sitze oder, bei Sendung per Fax, an die jeweils nachstehend genannten Nummern gesendet bzw. übermittelt werden:

Lender:

Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale – Luxembourg Branch
 Attention: Mr. Wolfgang Dürr
 2 Rue Jean Monnet
 2180 Luxembourg
 Luxembourg
 Fax: +352 427040

Borrower:
RESPARCS Funding II Limited Partnership
Attention: MIFA Corporate 3
22 Grenville Street
St. Helier, Jersey JE4 8PX
Channel Islands
Fax: +44 (0) 1534 609 333

§ 14 **Teilunwirksamkeit**

Sollte irgendeine Bestimmung dieses Vertrages aus irgendeinem Grund unwirksam, ungesetzlich oder undurchsetzbar sein, gilt sie als durch diejenige wirksame, gesetzliche und durchsetzbare Bestimmung ersetzt, die der in der betreffenden Bestimmung niedergelegten Absicht der Parteien soweit wie möglich nahe kommt, und die Wirksamkeit, Gesetzlichkeit und Durchsetzbarkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages wird hierdurch in keiner Weise berührt oder beeinträchtigt.

§ 15 **Änderungen und Verzichtserklärungen**

Eine Änderung oder Verzichtserklärung in Bezug auf irgendeine Bestimmung dieses Vertrages ist nur mit schriftlicher Zustimmung der Darlehensgeberin und der Darlehensnehmerin möglich.

§ 16 **Schlussbestimmungen**

16.1 Dieser Vertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland und die Parteien unterwerfen sich unwiderruflich dem Landgericht Frankfurt am Main als nicht-ausschließlichem Gerichtsstand.

16.2 Dieser Vertrag kann in mehreren Ausfertigungen und durch die Parteien in getrennten Ausfertigungen unterzeichnet und übergeben werden, von denen jede ein Original darstellt, jedoch alle zusammen ein und dasselbe Instrument bilden.

16.3 Die deutsche Fassung dieses Vertrages ist bindend.

Anlage I – Beteiligungsvertrag

Anlage II – Emissionsbedingungen der RESPARC Securities

BESTIMMUNGEN DER PATRONATSERKLÄRUNG

DIESER VERTRAG wird am 26. Mai 2003 abgeschlossen zwischen:

- (1) **LANDESBANK SCHLESWIG-HOLSTEIN INTERNATIONAL S.A.**, einer nach dem Recht Luxemburgs errichteten *société anonyme* mit Sitz in 2, rue Jean Monnet, 2180 Luxemburg, Luxemburg (die **Patronin**); und
- (2) **RESPARCS FUNDING II LIMITED PARTNERSHIP**, einer nach dem Recht Jerseys errichteten Kommanditgesellschaft (*Limited Partnership*) mit eingetragenem Sitz in 22 Grenville Street, St. Helier, Jersey JE4 8PX, Kanalinseln, (die **Emittentin**), handelnd durch ihre Komplementärin (*General Partner*) European Capital Investment Opportunities Limited.

PRÄAMBEL

- (A) Die Emittentin wurde am 17. April 2003 bei der Financial Services Commission Jersey registriert und als Kommanditgesellschaft (*limited partnership*) nach dem Recht von Jersey errichtet. Die alleinigen Gesellschafter der Emittentin sind die Emittenten-Komplementärin und die Emittenten-Kommanditistin.
- (B) Die Patronin ist mit der Kommanditistin nicht verbunden.
- (C) Die Emittentin beabsichtigt, die RESPARC Securities zu begeben, deren Erlös sie für den Erwerb einer stillen Beteiligung an dem Handelsgewerbe der Bank in Form einer Stillen Gesellschaft nach deutschem Recht nach Maßgabe eines Vertrages vom 23. Mai 2003 (der **Beteiligungsvertrag**) verwenden wird, der vorsieht, dass die Emittentin eine Vermögenseinlage in Höhe von € 500.000.000 in die Bank einbringt (die **Stille Einlage**).
- (D) Als Gegenleistung für die Stille Einlage erhält die Emittentin Gewinnbeteiligungen, die jeweils jährlich auf der Grundlage des Nennbetrages der Stillen Einlage der Emittentin für jedes Geschäftsjahr der Bank ermittelt und nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages jährlich nachträglich ausgeschüttet werden (**Gewinnbeteiligungszahlungen**).
- (E) Gewinnbeteiligungszahlungen und Wiedergutschriften der Stillen Einlage nach einer Herabsetzung ihres Buchwerts nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages unterliegen der deutschen Kapitalertragsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag, die von der Bank einzubehalten und an die deutschen Finanzbehörden abzuführen sind. Diese Einbehalte (jeweils ein **Einbehalt**) gelten, soweit sie nach deutschem Steuerrecht der Emittenten-Kommanditistin zuzurechnen sind, als Vorauszahlung auf die von der Emittenten-Kommanditistin geschuldete deutsche Einkommensteuer.
- (F) Die Emittenten-Kommanditistin rechnet in ihrer Eigenschaft als *limited partner* der Emittentin in jedem Jahr mit Steuererstattungsansprüchen gegenüber den deutschen Finanzbehörden (jeweils ein **Kommanditisten-Steuererstattungsanspruch**) in Höhe der Beträge, um die die Vorauszahlungen in Form der Einbehalte die jeweilige tatsächliche Einkommensteuerschuld der Emittenten-Kommanditistin in Deutschland überschreiten.
- (G) Zum Datum dieses Vertrages haben die LB Kiel Luxemburg und die Emittentin einen Darlehensvertrag (**Darlehensvertrag**) abgeschlossen, gemäß dem die Emittentin berechtigt ist, Darlehens-Auszahlungen (jeweils eine **Darlehens-Auszahlung**) in Höhe des Betrages der jeweiligen Einbehalte von den Gewinnbeteiligungszahlungen und jeweiligen Wiedergutschriften der Stillen Einlage nach Herabsetzung ihres Buchwertes nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages zur Finanzierung ihrer Verpflichtungen zu Zinszahlungen auf die RESPARC Securities und zur vollständigen Wiedergutschrift der Stillen Einlage nach einer solchen Herabsetzung zu erhalten.
- (H) In einem Vertrag zwischen der Emittenten-Komplementärin und der Emittenten-Kommanditistin, der das gleiche Datum wie dieser Vertrag trägt (**Einzahlungsvertrag**), verpflichtet sich die Emittenten-Kommanditistin zugunsten der Darlehensnehmerin, sämtliche Beträge, die sie von den deutschen Finanzbehörden in Bezug auf die Kommanditisten-Steuererstattungsansprüche erhält, an die Emittentin zu zahlen (jeweils eine **Kapitaleinzahlung**).
- (I) Zinszahlungen (**Zinszahlungen**) und Kapitalzahlungen (**Kapitalzahlungen**) auf die RESPARC Securities sind davon abhängig, ob die Emittentin (i) Gewinnbeteiligungszahlungen und Rückzahlungs-

beträge gemäß dem Beteiligungsvertrag von der Bank und (ii) Darlehens-Auszahlungen gemäß dem Darlehensvertrag von der LB Kiel Luxemburg erhalten hat.

- (J) Die Patronin beabsichtigt sich zugunsten der Emittentin und der Inhaber der RESPARC Securities zu verpflichten, dass die Emittentin jederzeit in der Lage ist, ihre Verpflichtungen, einschließlich ihrer Verpflichtung zu Zinszahlungen (einschließlich ggf. darauf anfallender Zusätzlicher Beträge) und zu Kapitalzahlungen (einschließlich ggf. darauf anfallender Zusätzlicher Beträge), zu erfüllen.

AUF DIESER GRUNDLAGE WIRD FOLGENDES VEREINBART:

§ 1 Definitionen

BAFin	bezeichnet die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht oder eine etwaige Nachfolgebehörde, die an deren Stelle tritt.
Bank	bezeichnet die Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, ein nach dem Recht des Bundeslandes Schleswig-Holstein errichtetes öffentlich-rechtliches Kreditinstitut mit eingetragenem Sitz in Martensdamm 6, 24103 Kiel, das mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2003 mit der Hamburgischen Landesbank Girozentrale zur HSH Nordbank Aktiengesellschaft mit Sitz in Hamburg und Kiel im Wege der Verschmelzung zur Neugründung verschmolzen werden soll.
Beteiligungsvertrag	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung.
Darlehens-Auszahlung	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung.
Darlehensvertrag	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung.
Einbehalt	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung.
Einzahlungsvertrag	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung.
Emittenten-Kommanditistin	bezeichnet die European Equity Participation Management GmbH, eine nach deutschem Recht errichtete Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz Luruper Chaussee 125, 22761 Hamburg, Deutschland, die der <i>Limited Partner</i> der Emittentin im Sinne des Limited Partnership (Jersey) Law 1994 in der jeweils aktuellen Fassung ist.
Emittenten-Komplementärin	bezeichnet die European Capital Investment Opportunities Limited, eine nach dem Recht Jerseys errichtete Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz 22 Grenville Street, St. Helier, Jersey, Kanalinseln, die der <i>General Partner</i> der Emittentin im Sinne des Limited Partnership (Jersey) Law 1994 in der jeweils aktuellen Fassung ist.
Emittentin	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung.
Gewinnbeteiligungs-zahlungen	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung.
Kapitaleinzahlung	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung.
Kapitaleinzahlungs-ansprüche	bezeichnet die Ansprüche der Emittentin auf Leistung der Kapitaleinzahlungen nach Maßgabe des Einzahlungsvertrages.
Kapitalertragsteuer	bezeichnet nach Maßgabe von § 43 EstG einbehaltene Kapitalertragsteuer.

Kapitalzahlungen	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung.
Kommanditisten- Steuererstattungs- anspruch	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung.
LB Kiel Luxemburg	bedeutet die Bank, handelnd durch ihre Luxemburger Zweigniederlassung.
Patronin	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung.
RESPARC Bedingungen	bezeichnet die Emissionsbedingungen der RESPARC Securities, von denen eine Abschrift diesem Vertrag als <u>Anlage 1</u> beigelegt wurde.
RESPARC Securities	bezeichnet die € 500.000.000 Re-Engineered Silent Participation Assimilated Regulatory Capital (RESPARC) Securities mit einem Nennbetrag von jeweils € 1.000, die die Darlehensnehmerin am 28. Mai 2003 auszugeben beabsichtigt.
Stille Einlage	hat die in der Präambel festgelegte Bedeutung.
Zinszahlungen	hat die in der Präambel genannte Bedeutung.
Zusätzliche Beträge	hat die in § 10 der RESPARC Bedingungen festgelegte Bedeutung.

§ 2

Vertragsgegenstand

- 2.1 Die Patronin verpflichtet sich sicherzustellen, dass die Emittentin jederzeit in der Lage ist, ihre Verpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen, einschließlich ihrer Verpflichtungen zu Zinszahlungen (einschließlich Zusätzlicher Beträge in Bezug darauf) und Kapitalzahlungen (einschließlich Zusätzlicher Beträge in Bezug darauf) bei jeweiliger Fälligkeit.
- 2.2 Die Verpflichtungen der Patronin aufgrund dieses § 2 sind gegenüber allen vorrangigen und nachrangigen schuldrechtlichen Verpflichtungen der Patronin nachrangig.
- 2.3 Es bestehen keine Verpflichtungen der Patronin aufgrund dieses § 2, soweit der Bank eine solche Zahlung nicht gestattet wäre, wenn die betreffende Verpflichtung (a) eine eigene Verpflichtung der Bank und (b) mit den Verpflichtungen der Bank aufgrund des Beteiligungsvertrages gleichrangig wäre.
- 2.4 Dieser Vertrag ist keine Garantie und keine sonst wie geartete Verpflichtung, dass die Emittentin zu jeglichem Zeitpunkt über ein ausreichendes Vermögen verfügt oder gemäß den RESPARC Bedingungen die Befugnis besitzt, um Zinszahlungen (einschließlich Zusätzlicher Beträge in Bezug darauf) und Kapitalzahlungen (einschließlich Zusätzlicher Beträge in Bezug darauf) bei jeweiliger Fälligkeit zu leisten.

§ 3

Drittbegünstigte und Geltendmachung von Rechten

Die Parteien dieses Vertrages vereinbaren, dass dieser Vertrag als echter Vertrag zugunsten Dritter gemäß § 328 Abs. 2 BGB zugunsten der Emittentin und aller gegenwärtigen und zukünftigen Inhaber der RESPARC Securities abgeschlossen wird und dass die Emittentin und jeder Inhaber von RESPARC Securities die Verpflichtungen der Bank gemäß § 2 unabhängig voneinander geltend machen kann.

§ 4

Nichtausübung von Rechten

Die Patronin wird solange kein Recht auf Aufrechnung, Gegenforderung oder Subrogation, das sie gegebenenfalls gegenüber der Emittentin besitzt, ausüben, wie RESPARC Securities ausstehen.

§ 5

Anscheinsbeweis; Beweislast

- 5.1** Jedwede Nichtleistung der Emittentin von Zinszahlungen (und Zusätzlicher Beträge in Bezug darauf) oder Kapitalzahlungen (und Zusätzlicher Beträge in Bezug darauf) bei Fälligkeit gilt als Anscheinsbeweis eines Verstoßes der Patronin gegen ihre Verpflichtungen aufgrund dieses Vertrages.
- 5.2** Die Patronin trägt die Beweislast, dass der Eintritt eines solchen Verstoßes weder auf einem fahrlässigen noch vorsätzlichen Fehlverhalten ihrerseits beruht.

§ 6

Unterlassungsverpflichtung

Die Patronin verpflichtet sich, keine Garantie oder ähnliche Versprechen in Bezug auf mit Verpflichtungen aufgrund des Beteiligungsvertrages gleichrangigen Verpflichtungen der Bank abzugeben, oder eine Vereinbarung zu deren Sicherung oder Zahlung von Beträgen darauf abzuschließen, wenn eine solche Garantie, ein solches Versprechen oder eine solche Vereinbarung in irgendeiner Hinsicht in Bezug auf den Zahlungsanspruch vor ihren Verpflichtungen aufgrund dieses Vertrages vorrangig wäre, sofern nicht die Parteien diesen Vertrag so ändern, dass die Verpflichtungen der Patronin aufgrund dieses Vertrages mit einer solchen anderen Garantie oder Sicherungsvereinbarung mindestens gleichrangig sind und im wesentlichen gleichwertige Vorrechte in Bezug auf Zahlung und irgendwelche darunter gewährte Ansprüche enthalten.

§ 7

Änderung und Kündigung

Solange RESPARC Securities ausstehen, darf dieser Vertrag nicht ohne die Zustimmung von 100% der Inhaber der RESPARC Securities geändert oder gekündigt werden, mit Ausnahme solcher Änderungen, die für die Interessen der Inhaber der RESPARC Securities nicht nachteilig sind.

§ 8

Zusicherungen und Gewährleistungen

Sofern in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist, darf keine Partei ohne vorherige Zustimmung der jeweils anderen Partei sämtliche oder einzelne Rechte aus diesem Vertrag abtreten, übertragen, belasten oder anderweitig darüber verfügen oder Rechte oder Beteiligungen daran gewähren, festlegen, begründen oder veräußern.

§ 9

Allgemeine Verpflichtungen

Dieser Vertrag ist für alle Rechtsnachfolger der Parteien rechtsverbindlich und bleibt von einer Zusammenlegung, Verschmelzung oder Fusion der Patronin mit einem anderen Rechtssubjekt oder der Übertragung aller oder im wesentlichen aller Vermögenswerte der Patronin auf ein anderes Rechtssubjekt unberührt.

§ 10

Kommunikation

Jede Mitteilung gemäß diesem Vertrag muss schriftlich erfolgen und per Einschreiben, Kurier, bestätigter Sendung oder Fax zu Händen der nachstehend genannten Personen an die jeweiligen Anschriften der Parteien oder die in diesem Vertrag genannten eingetragenen Sitze oder, bei Sendung per Fax, an die jeweils nachstehend genannten Nummern gesendet bzw. übermittelt werden:

Patronin:

Landesbank Schleswig-Holstein International S. A.
Attention: Mr. Wolfgang Dürr
2 Rue Jean Monnet
2180 Luxembourg
Luxembourg
Fax: +352 427040

Emittentin:

RESPARCS Funding II Limited Partnership
Attention: MIFA Corporate 3
22 Grenville Street
St. Helier, Jersey JE4 8PX
Channel Islands
Fax: +44 (0) 1534 609 333

§ 11

Teilunwirksamkeit

Sollte irgendeine Bestimmung dieses Vertrages aus irgendeinem Grund unwirksam, ungesetzlich oder undurchsetzbar sein, gilt sie als durch diejenige wirksame, gesetzliche und durchsetzbare Bestimmung ersetzt, die der in der betreffenden Bestimmung niedergelegten Absicht der Parteien soweit wie möglich nahe kommt, und die Wirksamkeit, Gesetzlichkeit und Durchsetzbarkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages wird hierdurch in keiner Weise berührt oder beeinträchtigt.

§ 12

Schlussbestimmungen

- 12.1** Dieser Vertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland und die Parteien unterwerfen sich unwiderruflich dem Landgericht Frankfurt am Main als nicht-ausschließlichem Gerichtsstand.
- 12.2** Dieser Vertrag kann in mehreren Ausfertigungen und durch die Parteien in getrennten Ausfertigungen unterzeichnet und übergeben werden, von denen jede ein Original darstellt, jedoch alle zusammen ein und dasselbe Instrument bilden.
- 12.3** Die deutsche Fassung dieses Vertrages ist bindend.

Anlage 1 – Emissionsbedingungen der RESPARC Securities

BESCHREIBUNG DES EINZAHLUNGSVERTRAGES

Nach der Ausschüttung von Gewinnbeteiligungszahlungen an die Emittentin oder der Auffüllung der Stillen Einlage nach einer Herabsetzung ist die Bank verpflichtet, Beträge aufgrund deutscher Kapitalertragsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag, die auf die Ausschüttungsbeträge und/oder den Auffüllungsbetrag gemäß § 43(1) Nr. 3 EStG erhoben werden, einzubehalten, sofern nicht die Finanzbehörden eine Steuerbefreiung für diese Zahlungen gewährt haben.

Der Einbehalt solcher Beträge gilt als Vorauszahlung auf die Körperschaftsteuer, der die der Emittenten-Kommanditistin nach deutschem Steuerrecht zurechenbaren Gewinne der Emittentin unterliegt. Soweit eine solche Vorauszahlung die endgültigen Beträge der von der Emittenten-Kommanditistin zahlbaren Körperschaftsteuer überschreitet, hat die Emittenten-Kommanditistin einen Steuererstattungsanspruch gegenüber den deutschen Finanzbehörden.

Am 26. Mai 2003 haben die Emittenten-Komplementärin und die Emittenten-Kommanditistin einen Einzahlungsvertrag abgeschlossen, gemäß dem die Emittenten-Kommanditistin verpflichtet ist, sämtliche Beträge, die sie von den deutschen Finanzbehörden aufgrund von Steuererstattungsansprüchen erhält, an die Emittentin zu zahlen. Gemäß dem Einzahlungsvertrag ist die Emittentin verpflichtet, die als Kapitaleinzahlungen erhaltenen Gelder für Vorzeitige Rückzahlungen nach Maßgabe des Darlehensvertrages zu verwenden.

Der Einzahlungsvertrag unterliegt deutschem Recht.

BESCHREIBUNG DES ABTRETUNGSVERTRAGES

Am 26. Mai 2003 haben die Bank, die LB Kiel Luxemburg, die Emittentin, die Emittenten-Komplementärin, die Emittenten-Kommanditistin und HSBC Trustee (C.I.) Limited als Sicherheitentreuhänder zugunsten der Emissionsgläubiger einen Abtretungsvertrag abgeschlossen.

Gemäß dem Abtretungsvertrag hat die Emittentin sämtliche ihrer (gegenwärtigen und zukünftigen, bedingten und unbedingten) Zahlungsansprüche gegen die LB Kiel nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages an den Sicherheitentreuhänder abgetreten. Ferner hat die Emittentin alle ihre (gegenwärtigen und zukünftigen, bedingten und unbedingten) Zahlungsansprüche gegen die LB Kiel Luxemburg nach Maßgabe des Darlehensvertrages und gegen die Emittenten-Kommanditistin nach Maßgabe des Einzahlungsvertrages an den Sicherheitentreuhänder abgetreten. Die auf diese Weise gemäß dem Abtretungsvertrag abgetretenen Zahlungsansprüche sind die „**Abgetretenen Ansprüche**“. Der Abtretungsvertrag sieht vor, dass alle bestehenden Zahlungsansprüche nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages, Einzahlungsvertrages und Darlehensvertrages unverzüglich auf den Sicherheitentreuhänder übergehen und alle künftigen Zahlungsansprüche nach Maßgabe des Beteiligungsvertrages, Einzahlungsvertrages und Darlehensvertrages bei Entstehen auf den Sicherheitentreuhänder übergehen.

Der Zweck der Abtretung der Zahlungsansprüche gemäß dem Abtretungsvertrag besteht darin, eine Sicherheit zugunsten der Emissionsgläubiger zu begründen, um die Ansprüche der Emissionsgläubiger auf Zinszahlungen und Kapitalzahlungen in Bezug auf die RESPARC Securities zu sichern.

Gemäß dem Abtretungsvertrag verwaltet der Sicherheitentreuhänder die Abgetretenen Ansprüche treuhänderisch zugunsten der Emissionsgläubiger, um die Zahlungen an die Emissionsgläubiger in Bezug auf die RESPARC Securities zu sichern. Der Sicherheitentreuhänder darf die Abgetretenen Ansprüche nicht ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Inhaber von 100% der RESPARC Securities und nicht im Rahmen von Geschäften, die für die Interessen der Inhaber der RESPARC Securities nachteilig sind, veräußern.

Ferner ist der Sicherheitentreuhänder verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Zahlungen, die in Bezug auf die Abgetretenen Ansprüche zu leisten sind, gemäß den RESPARC Bedingungen ordnungsgemäß geleistet und an die Emissionsgläubiger weitergeleitet werden. Falls die in Bezug auf die betreffenden Abgetretenen Ansprüche fälligen Zahlungen bei Fälligkeit nicht erfolgen, ist der Sicherheitentreuhänder berechtigt, diese Abgetretenen Ansprüche unverzüglich gegenüber dem jeweiligen Schuldner geltend zu machen.

Der Abtretungsvertrag sieht außerdem vor, dass die Emittentin die Abgetretenen Ansprüche nicht veräußern darf und dass die Emittenten-Kommanditistin ihre Steuererstattungsansprüche nicht veräußern darf. Insbesondere ist es der Emittentin und der Emittenten-Kommanditistin nicht gestattet, die Abgetretenen Ansprüche und die Steuererstattungsansprüche mit Rechten irgendwelcher Dritter zu belasten oder irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen, die sich nachteilig auf die Abgetretenen Ansprüche und Steuererstattungsansprüche auswirken oder diese gefährden könnten.

Der Abtretungsvertrag unterliegt deutschem Recht.

ALLGEMEINE ANGABEN ÜBER DIE LB KIEL

Geschichte

Die LB Kiel ist eine durch Gesetz des Landes Schleswig-Holstein errichtete Anstalt öffentlichen Rechts. Sie nahm ihre Geschäftstätigkeit als Landesbank der Provinz Schleswig-Holstein am 1. April 1917 auf. Ursprünglich war Aufgabe der LB Kiel die Vergabe von Darlehen an die Provinz und an Bezirke und Gemeinden in Schleswig-Holstein sowie an Sparkassen, Verwaltungseinheiten, kirchliche und schulische Träger, öffentliche Körperschaften und Genossenschaften, private gemeinnützige Vereine und ländliche und städtische Grundbesitzer. 1940, nach der Fusion mit der Girozentrale der Sparkassen in Schleswig-Holstein übernahm die LB Kiel auch Korrespondenzbankdienstleistungen für die örtlichen Sparkassen. Gleichzeitig begann die LB Kiel, langfristige Darlehen an Unternehmen mit Sitz in Schleswig-Holstein zu gewähren. 1949 gründete die LB Kiel zusammen mit der Regierung des Landes Schleswig-Holstein und der Stadt Lübeck die Schiffshypothekenbank zu Lübeck AG, die auf die Finanzierung von Schiffshypotheken spezialisiert war. Nach der Veräußerung ihres Anteils an dieser Bank im Jahr 1989 blieb die LB Kiel auf dem Gebiet der Schiffsfinanzierung aktiv. Das Jahr 1952 markiert den Schritt der LB Kiel zu einer Universalbank, die ein umfassendes Angebot an Bankprodukten und Dienstleistungen für Wholesale- und Retailbedürfnisse bereithält. 1966 erhielt die LB Kiel die Erlaubnis, ihr Kreditgeschäft über die Grenzen von Schleswig-Holstein hinaus zu erweitern und auch international tätig zu werden. 1977 gründete sie eine luxemburgische Tochtergesellschaft unter der Bezeichnung Hansebank S. A., mit dem Ziel, ihre internationale Geschäftstätigkeit zu erweitern. 1983 wurde diese Tochtergesellschaft in Landesbank Schleswig-Holstein International S. A. („LI“) umbenannt. 1985 gab die LB Kiel erstmals auf ausländische Währung lautende Schuldverschreibungen in Kombination mit Zins- und Währungsswaps aus. 1994 verkauften das Land Schleswig-Holstein sowie der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein, die bis dahin 100 % der Anteile an der LB Kiel hielten, einen Anteil von 39,9 % an den Westdeutsche Landesbank Konzern und einen weiteren Anteil von 10 % an die Landesbank Baden-Württemberg. 1997 erwarb die LB Kiel einen Anteil in Höhe von 49,5 % an der Hamburg LB.

Überblick über die Unternehmensverfassung

Die Rechte und Pflichten der Vorstands- sowie der Verwaltungsratsmitglieder der LB Kiel und der Mitglieder ihrer Gewährträgerversammlung werden durch das Sparkassengesetz für das Land Schleswig-Holstein und die Satzung der LB Kiel geregelt. Anders als bei Gesellschaften in privater Rechtsform haben öffentlich rechtliche Kreditinstitute keine Gesellschafter. Stattdessen stehen sie im Eigentum von Anstaltsträgern und Gewährträgern. Im Fall der LB Kiel sind die Anstaltsträger identisch mit den Gewährträgern. In ihrer Eigenschaft als Anstaltsträger tragen die Eigentümer die Anstaltslast, welche sie verpflichtet, die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der LB Kiel zu erhalten und sie durch Zuführung liquider Mittel oder auf andere Weise in die Lage zu versetzen, die Aufgaben der LB Kiel auszuführen und die Verbindlichkeiten der LB Kiel bei Fälligkeit zu begleichen. In ihrer Eigenschaft als Gewährträger trifft die Eigentümer die Gewährträgerhaftung. Gewährträgerhaftung bedeutet, dass die Eigentümer der LB Kiel gesamtschuldnerisch für deren Verbindlichkeiten haften, soweit das Vermögen der LB Kiel nicht zur Begleichung der Verbindlichkeiten ausreicht. Am 17. Juli 2001 vereinbarte die Bundesrepublik Deutschland mit der Europäischen Kommission eine Änderung des auf Landesbanken anwendbaren Regelwerks durch (i) Ersetzung der Anstaltslast durch ein normales Eigentümerverhältnis zwischen den Bankeigentümern und der Bank zum 18. Juli 2005; und (ii) Abschaffung der Gewährträgerhaftung zum 18. Juli 2005 vorbehaltlich bestimmter Übergangsregelungen. Die Regelungen betreffend die Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sind unter „Regulatorische Rahmenbedingungen – Die wichtigsten Gesetze und Aufsichtsbehörden – Das Sparkassengesetz für das Land Schleswig-Holstein“ näher beschrieben; siehe auch „Risikofaktoren-Risiken, die mit der Geschäftstätigkeit der LB Kiel (und nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) verbunden sind – Risiken aufgrund der Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung“.

Die LB Kiel hat drei Organe:

- die Gewährträgerversammlung;
- den Verwaltungsrat; und
- den Vorstand.

Die Corporate Governance-Struktur der LB Kiel folgt dem dualen System des deutschen Gesellschaftsrecht, in dem die Geschäftsführung der LB Kiel von der Funktion, das Management der LB Kiel zu über-

wachen und zu beaufsichtigen, getrennt wird. Während der Vorstand der LB Kiel allein verantwortlich für das Management der Bank innerhalb der Grenzen ist, die von dem Verwaltungsrat durch Richtlinien vorgegeben sind, ist der Verwaltungsrat verantwortlich für die Überwachung der Geschäftstätigkeiten des Vorstandes. Der Vorstand vertritt die LB Kiel in Geschäften mit Dritten.

Organe

Vorstand

Gemäß der Satzung der LB Kiel besteht der Vorstand aus mindestens drei Mitgliedern, die vom Aufsichtsrat mit Zustimmung der Gewährträgersversammlung bestellt werden. Der Verwaltungsrat der LB Kiel hat weiterhin die Aufgabe, den Vorstandsvorsitzenden sowie den Vertreter des Vorstandsvorsitzenden mit Zustimmung der Gewährträgersversammlung zu bestellen. Der Vorstand der LB Kiel fasst Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Falls eines oder mehrere Mitglieder des Vorstandes sich der Stimme enthält, ist die Zustimmung mindestens der Hälfte der Mitglieder des Vorstandes notwendig. Der Vorstand der LB Kiel ist verpflichtet, den Verwaltungsrat über sämtliche wichtigen Entwicklungen im Geschäftsbetrieb der LB Kiel auf dem laufenden zu halten und dem Verwaltungsrat auf Nachfrage Informationen zukommen zu lassen.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die derzeitigen Mitglieder des Vorstandes der LB Kiel, ihres Alters am 31. Dezember 2002, dem Jahr, in welchem ihre derzeitige Amtszeit, ihre Ämter in der LB Kiel sowie Organangehörigkeiten außerhalb der Vorstandsmitgliedschaft:

Name	Alter	Ende der Amtszeit	Amt	Organangehörigkeit außerhalb der Vorstandsmitgliedschaft
Hans Berger	53	2006	Vorstandsvorsitzender	Mitglied des Aufsichtsrats der Deko Investment GmbH, Frankfurt/Main; der dvG Hannover Finanz IT GmbH, Hannover; der eBS eBanking Services Nord GmbH, Kiel; der Hamburg LB, Hamburg; der Nordex AG, Norderstedt; der S-Online Schleswig-Holstein GbR, Kiel; der SIZ Informatik – Zentrum der Sparkassenorganisation GmbH, Bonn; der S-Netline GmbH, Kiel; der LBS Immobilien GmbH Kiel; der Landesbank Schleswig-Holstein International S.A., Luxembourg; der Deko-Bank Deutsche Girozentrale, Frankfurt/Main und der PLUS BANK AG, Hamburg; der schleswig-holstein.de GmbH & Co. KG, Kiel
Ulrich W. Ellerbeck	50	2007	Vorstandsmitglied	Mitglied des Aufsichtsrats der Gudme Raaschou Bankaktieselskab, Copenhagen; der PCA Corporate Finance Oy, Helsinki und der HAW Hamburger Aluminium Werke GmbH, Hamburg
Dieter Pfisterer	63	2003	Vorstandsmitglied	Mitglied des Aufsichtsrats der eBS eBanking Services Nord GmbH, Kiel; der Gesellschaften für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH – MBG –, Kiel; der IKB-Leasing GmbH, Hamburg; der ORGA Kartensysteme GmbH, Flintbek; der Wankendorfer Baugenossenschaft eG, Wankendorf; der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein, Kiel; der Deko Immobilien Investment GmbH, Frankfurt/Main; der LBS-Immobilien GmbH, Kiel; der AGV Anlagen- und Grundstücksvermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Wiesbaden; AGV Anlagen-

Name	Alter	Ende der Amtszeit	Amt	Organangehörigkeit außerhalb der Vorstandsmitgliedschaft
				Grundstücksvermietungs- und Geschäftsführungsgesellschaft mbH, Wiesbaden; der BIG Bau-Investitionsgesellschaft, Kronshagen; der BIG Heimbau AG, Kronshagen und der Hamburg LB, Hamburg
Frank S. Waas	42	2005	Vorstandsmitglied	Mitglied des Aufsichtsrats der Gudme Raaschou Bankaktieselskab, Copenhagen; der Landesbank Schleswig-Holstein International S.A., Luxemburg; der s-NetLine GmbH, Kiel; der S-Online Schleswig-Holstein GbR, Kiel; der Hanseatische Wertpapierbörse, Hamburg und der PCA Corporate Finance Oy, Helsinki

Hans Berger begann seinen Berufsweg in der Sparkassenorganisation, in der er sich zum Diplom-Sparkassenbetriebswirt fortbildete. Er war bei der Sparkasse Kiel viele Jahre in verschiedenen verantwortungsvollen Funktionen tätig. Bevor er 1986 in den Vorstand berufen wurde, leitete er drei Jahre lang das Vorstandssekretariat. 1996 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden und 2003 zum Vorsitzenden des Vorstandes der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale berufen.

Dieter Pfisterer ist seit 1993 Vorstandsmitglied. Herr Pfisterer hat seine gesamte Bankkarriere bei der LB Kiel verbracht, wobei er eine Reihe von verschiedenen Positionen bekleidete. 1975 wurde er Leiter der allgemeinen Kreditabteilung und Leiter der Abteilung für nationale Firmenkunden und Finanzinstitutionen.

Franz S. Waas, Ph.D., ist seit 2001 Mitglied des Vorstandes. Herr Waas begann seine Laufbahn bei der Bayerische Vereinsbank AG, jetzt Bayerische Hypo- und Vereinsbank, wo er verschiedene nationale und internationale Positionen bekleidete. 1999 kam Herr Waas als Hauptgeschäftsführer der Filialen New York und Cayman Island zur Landesbank Baden-Württemberg.

Ulrich W. Ellerbeck trat nach Abschluss des Volkswirtschaftsstudiums 1980 in die Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale ein. Dort war er an verschiedenen Stellen des Hauses in leitender Position tätig, ab 1996 verantwortlich für den Aufbau der nordischen Aktivitäten. Anfang 2001 wechselte er als Generalbevollmächtigter mit der Zuständigkeit für das Firmen- und Bankengeschäft zur Hamburgische Landesbank-Girozentrale. 2003 wurde Ulrich W. Ellerbeck in den Vorstand der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale berufen.

Die Vorstandsmitglieder sind unter der Geschäftsadresse der LB Kiel, Martensdamm 6, D-24103 Kiel, Deutschland, erreichbar.

Verwaltungsrat

Gemäß der Satzung der LB Kiel besteht ihr Verwaltungsrat aus dem Ministerpräsidenten oder einem anderen vom Kabinett bestimmten Mitglied der Landesregierung von Schleswig-Holstein, dem Vorstandsvorsitzenden des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein und aus 18 weiteren Mitgliedern, welche durch die Gewährträger der LB Kiel, sowie 10 Mitgliedern, die durch die Belegschaft der LB Kiel gewählt werden. Die Amtszeit der Verwaltungsratsmitglieder beträgt vier Jahre und endet am 30. Juli des vierten Jahres nach ihrer Bestellung. Mitglieder können wiedergewählt werden. Der Verwaltungsrat fasst Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorstandsvorsitzenden entscheidet.

Der Verwaltungsrat wird von seiner Vorsitzenden oder seinem Vorsitzenden in der Regel vier Mal, mindestens jedoch zwei Mal im Jahr einberufen. Zu seinen Aufgaben gehört:

- die Verabschiedung von Geschäftsordnungen;
- abhängig von der Zustimmung der Gewährträgersammlung der LB Kiel, die Bestellung und die Entlassung von Mitgliedern des Vorstands und die Bestellung des Vorstandsvorsitzenden;

- die Verabschiedung von Direktiven für den Vorstand und von Richtlinien für die Darlehensgewährung; und
- die Zustimmung zu Geschäften von grundsätzlicher Bedeutung.

Die Satzung der LB Kiel sieht die Bildung verschiedener Ausschüsse durch den Verwaltungsrat vor, einschließlich eines Präsidialausschusses, eines Prüfungsausschusses und eines Kreditausschusses. Der Präsidialausschuss ist insbesondere zuständig für Entscheidungen in dringenden Fällen, in denen der Verwaltungsrat keine Sitzungen abhalten kann, für die Beratung der Gewährträgerversammlung und des Verwaltungsrats bezüglich Fragen, für deren Beantwortung es einer Auslegung der Satzung der LB Kiel bedarf und für die Zustimmung zur Gewährung von bestimmten Darlehen an die Mitglieder des Vorstands, an Angestellte der LB Kiel und an andere beteiligte Parteien. Der Prüfungsausschuss ist insbesondere zuständig für die Überprüfung des Berichts der Abschlussprüfer der LB Kiel. Der Kreditausschuss ist insbesondere zuständig für die Zustimmung zur Darlehensgewährung an Mitglieder des Vorstands der LB Kiel und an Angestellte der LB Kiel, soweit die Zustimmung zur Gewährung solcher Darlehen nicht in den Kompetenzbereich des Exekutivkomitees fällt.

Die nachfolgende Tabelle enthält – mit Stand 15. April 2003 – die Namen und Funktion von Mitgliedern des Verwaltungsrats der LB Kiel, ihr Alter, das Jahr, in welchem ihre derzeitige Amtszeit ausläuft und ihre Haupttätigkeit außerhalb der LB Kiel:

Name	Alter	Ende der Amtszeit	Hauptgeschäftstätigkeit außerhalb der LB Kiel
<i>Vorsitzender und stellvertretende Vorsitzende:</i>			
Heide Simonis <i>Vorsitzende</i>	59	2006	Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein
Jürgen Sengera <i>1. Vertreter der Vorsitzenden</i>	60	2006	Vorstandsvorsitzender der WestLB AG, Düsseldorf
Olaf Cord Dielewicz <i>2. Vertreter der Vorsitzenden</i>	61	2006	Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes Schleswig-Holstein, Kiel
Heinrich Haasis <i>3. Vertreter der Vorsitzenden</i>	57	2006	Präsident des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg, Stuttgart
<i>Entsandte der Gewährträger</i>			
Günter Anders	62	2006	Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Schleswig Flensburg, Schleswig
Peter Deutschland	57	2006	Vorstand des DGB Nord, Hamburg
Uwe Döring	55	2006	Staatssekretär im Ministerium für Finanzen des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
Theo Dräger	64	2006	Vorstandsvorsitzender der Drägerwerk AG, Lübeck
Norbert Gansel	61	2006	Oberbürgermeister der Stadt Kiel, Kiel
Jörg-Dietrich Kamischke	54	2006	Landrat des Kreises Schleswig-Flensburg, Schleswig
Hans-Peter Krämer	61	2006	Vorstandsvorsitzender der Kreisparkasse Köln, Köln
Dr. Hans Lukas	62	2006	Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Stormarn, Bad Oldesloe
Dr. Wolfgang Peiner	59	2006	Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg

Name	Alter	Ende der Amtszeit	Hauptgeschäftstätigkeit außerhalb der LB Kiel
Dr. Wolf-Albrecht Prautzsch	62	2006	WestLB AG, Münster
Michael Rocca	54	2006	Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Transport des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
Erwin Rückemann	60	2006	Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse Neumünster, Neumünster
Hans Dietmar Sauer	60	2006	Vorstandsvorsitzender der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart
Dr. Ralf Stegner	42	2006	Minister für Finanzen des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
Dr. Fritz Süverküp	61	2006	Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Kiel, Kiel
Jorma Juhani Vaajoki	52	2006	Kauniaien, Finnland

Vertreter der Betriebsangehörigen

Astrid Balduin	39	2006
Helmut Gründel	45	2006
Ditmar Höret	55	2006
Dr. Elisabeth Keßböhrer	37	2006
Knuth Lausen	45	2006
Karl-Heinz Ravn	52	2006
Wolfgang Sander	61	2006
Rieka Meetz-Schawaller	41	2006
Michael Schmalz	50	2006
Gaby Woelk	39	2006

Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind an der Geschäftsadresse der LB Kiel, Martensdamm 6, D-24103 Kiel, Deutschland, erreichbar.

Vergütung

2002 zahlte die LB Kiel an die Mitglieder des Vorstandes Gesamtbezüge von insgesamt € 2,5 Mio. Frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene erhielten insgesamt € 1,3 Mio. Zum 31. Dezember 2002 sind für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis Rückstellungen in Höhe von € 12,6 Mio. gebildet worden. In 2002 betrug die Vergütung, die insgesamt von der LB Kiel an die Mitglieder des Verwaltungsrats der Bank gezahlt wurde, € 0,3 Mio.

Mitarbeiter

Am 31. Dezember 2002 hatte die LB Kiel Gruppe – ausgenommen Hamburg LB – 2.568 Mitarbeiter, verglichen mit 2.457 Mitarbeitern am 31. Dezember 2001 und 2.189 Mitarbeitern am 31. Dezember 2000.

Aufgrund ihrer Eigenschaft als Anstalt des öffentlichen Rechts unterliegt die LB Kiel, anders als private Geschäftsbanken, weder der unternehmerischen Mitbestimmung nach dem Mitbestimmungsgesetz noch dem Betriebsverfassungsgesetz. Vielmehr unterliegt die LB Kiel den gleichen Gesetzen und Bestimmun-

gen, welche die Mitarbeitervertretung in Verwaltung, Gerichten und anderen öffentlich-rechtlichen Einrichtungen regeln. Gemäß dem Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein hat die LB Kiel einen Betriebsrat, der die Interessen der Bankangestellten vertritt. Die LB Kiel hat den Betriebsrat im Voraus über geplante Kündigungen und Versetzungen von Mitarbeitern sowie über andere Angelegenheiten zu informieren, welche die Belegschaft der LB Kiel insgesamt oder einzelne Angestellte betreffen. Der Betriebsrat der LB Kiel kann zu diesen Maßnahmen seine Einschätzung abgeben. Weiterhin stehen dem Betriebsrat Mitbestimmungsrechte bezüglich einer Vielzahl sozialer Angelegenheiten zu, wie z. B. Arbeitszeiten- und Verhaltensregelungen. Der Vorstand hält sein Verhältnis zum Betriebsrat für gut. Konstruktive Beziehungen zu den Angestellten und ihren Vertretern sind von zentraler Bedeutung für die LB Kiel. Während der letzten drei Jahre hat es innerhalb der LB Kiel keine wesentlichen Auseinandersetzungen gegeben, die zu einer Arbeitsniederlegung geführt hätten.

Nahezu alle deutschen Angestellten der LB Kiel werden von dem *Tarifvertrag für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken* erfasst oder profitieren in anderer Weise von diesem Vertrag, der für die gesamte Bankenbranche in Deutschland gilt. Das deutsche Kündigungsschutzgesetz setzt der Möglichkeit der LB Kiel, ihre Mitarbeiter zu kündigen, zahlreiche Grenzen. Außerdem hatten aus historischen Gründen am 31. Dezember 2002 fünf Mitarbeiter der LB Kiel den Status von Beamten. Aufgrund ihres speziellen Status werden ihre Arbeitsbedingungen sowie die Arbeitgeberleistung, auf die sie Anspruch haben, durch Gesetz und nicht durch vertragliche Vereinbarungen mit der LB Kiel geregelt. Sie sind auf Lebenszeit eingestellt und können nicht einseitig durch die LB Kiel gekündigt werden außer aufgrund gesetzlich bestimmter besonderer Umstände.

Gewährträgerversammlung

Nach Maßgabe des deutschen Verwaltungsrechts sind Eigentümer der LB Kiel die Gewährträger, die aufgrund der Gewährträgerhaftung gesamtschuldnerisch insoweit für Verbindlichkeiten der LB Kiel haften, als das Vermögen der LB Kiel nicht ausreicht, um diese Verbindlichkeiten zu begleichen.

Die Gewährträgerversammlung besteht aus dem Ministerpräsidenten oder einem vom Kabinett bestimmten anderen Mitglied der Landesregierung, dem Vorstandsvorsitzenden des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein und anderen Vertretern der Gewährträger.

Die Gewährträgerversammlung fasst Beschlüsse einstimmig. Ihre Kompetenzen umfassen:

- die Zustimmung zur Bestellung und zur Entlassung von Mitgliedern des Vorstandes der LB Kiel und die Bestellung des Vorstandsvorsitzenden;
- Personalangelegenheiten hinsichtlich des Vorstands;
- die Bestellung der Abschlussprüfer;
- die Zustimmung zu Maßnahmen des Vorstandes in den Fällen, in denen eine derartige Zustimmung notwendig ist; und
- die Feststellung des Jahresabschlusses.

Die folgende Tabelle zeigt die Gewährträger der LB Kiel und ihren jeweiligen Anteil mit Stand 31. Dezember 2002:

	<u>Anteil in %</u>
Land Schleswig-Holstein	25,05
Sparkassen und Giro Verband Schleswig-Holstein	25,05
WestLB Beteiligungsholding GmbH ¹⁾	39,90
Landesbank Baden-Württemberg ²⁾	10,00

¹⁾ Die WestLB Beteiligungsholding GmbH als 100%ige Tochter der WestLB AG hält die ursprünglich von der Westdeutschen Landesbank Girozentrale gehaltenen Anteile an der LB Kiel und wurde mit Bescheid vom 19.12.2002 vom Land mit der Trägerschaft und der Bestellung am Stammkapital der LB Kiel beliehen.

²⁾ Der Anteil der Landesbank Baden-Württemberg wird vor der Verschmelzung zu 40% an das Land Schleswig-Holstein, zu 40% an die Freie und Hansestadt Hamburg und zu 20% an den Sparkassen und Giro-Verband Schleswig-Holstein verkauft.

Bedeutende Tochtergesellschaften

Tochtergesellschaften der LB Kiel sind in einer Vielzahl von Ländern tätig. Die folgende Tabelle enthält Informationen über bedeutende Tochtergesellschaften der LB Kiel mit Stand 31. Dezember 2002:

Name der Gesellschaft, Sitz, Ort der Errichtung	Eigenkapital ¹⁾ (€ in Millionen)	Anteil ²⁾ (%)
Hamburgische Landesbank, Hamburg, Deutschland	3.770	49,5
Landesbank Schleswig-Holstein International S. A., Luxemburg, Luxemburg	200	100
Guudme Raaschou Bankaktieselskab, Kopenhagen, Dänemark	14	100

¹⁾ Zahlen berechnet gemäß den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung zum 31. Dezember 2002.

²⁾ Anteil in Prozent entspricht dem durch die Anteile vermittelten Stimmrecht.

Grundbesitz

Am 31. Dezember 2002 betrieb die LB Kiel-Gruppe 11 Standorte in acht Ländern, davon vier in Deutschland. Die LB Kiel-Gruppe mietet die Mehrheit seiner Büros und Filialen durch Verträge mit langen Laufzeiten. Am 31. Dezember 2002 war die LB Kiel-Gruppe Eigentümer von Grund und Boden sowie Gebäuden mit einem Buchwert von etwa € 680 Millionen. Davon nutzte die LB Kiel-Gruppe Grund und Boden sowie Gebäude mit einem Buchwert von etwa € 79 Millionen für seinen eigenen Geschäftsbetrieb und hielt Grundstücke mit einem Buchwert von etwa € 22 Millionen aufgrund von Zwangsvollstreckungen wegen Darlehensforderungen.

Die LB Kiel überprüft ständig ihren weltweiten Bedarf an Grundbesitz und hat die Absicht, kurz- bis mittelfristig neue Mietverträge einzugehen bzw. weiteren Grundbesitz zur Gewinnung von Büroraum zu erwerben.

Rechtsstreitigkeiten

Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit sind die LB Kiel und ihre Beteiligungsgesellschaften im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs einer Vielzahl gerichtlicher und außergerichtlicher Verfahren im In- und Ausland ausgesetzt. Wiewohl der LB Kiel eine Prognose des Ausgangs sämtlicher laufender und angedrohter Verfahren – mit Ausnahme der nachstehend beschriebenen – naturgemäß nicht möglich ist, geht sie gleichwohl davon aus, dass der Ausgang keines dieser Verfahren wesentlich nachteilige Auswirkungen auf ihren Geschäftsbetrieb oder ihre Finanzlage haben wird. Darüber hinaus ist der LB Kiel nicht bekannt, dass die Einleitung von Verfahren mit derartigen potenziellen Auswirkungen angedroht ist.

Bereits in den neunziger Jahren hat die EU-Kommission Untersuchungen eingeleitet, um festzustellen, ob verschiedene deutsche Landesbanken, darunter auch die LB Kiel und die Hamburg LB, europarechtswidrige staatliche Beihilfen erhalten haben. Das Ausgangsverfahren betraf die Einbringung der nordrhein-westfälischen Wohnungsbauförderungsanstalt bei der Westdeutschen Landesbank und die Frage ob das Land Nordrhein-Westfalen hierfür eine marktgerechte Gegenleistung erhalten hat. Nach verschiedenen Kommissionsentscheidungen und gerichtlichen Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Sacheinlage bei der Westdeutschen Landesbank, hinsichtlich derer die EU-Kommission das Vorliegen einer Staatsbeihilfe feststellte und rückwirkend die Zahlung signifikanter Gegenleistungen durch die Westdeutsche Landesbank forderte, leitete die EU-Kommission im November 2002 förmliche Untersuchungsverfahren im Hinblick auf fünf weitere deutsche Landesbanken, darunter auch die LB Kiel und die Hamburg LB, ein.

Hinsichtlich der LB Kiel haben sich die Untersuchungen der EU-Kommission auf die Eingliederung der Investitionsbank als rechtlich unselbständige und wirtschaftlich sowie organisatorisch selbständige Einheit in die LB Kiel im Jahr 1991 fokussiert. Bei der Hamburg LB richten sich die Untersuchungen der EU-

Kommission auf die Eingliederung der Wohnungsbaukreditanstalt in die Hamburg LB. Im Zusammenhang mit diesen Transaktionen könnten Beihilfeprobleme entstehen, weil die LB Kiel bzw. die Hamburg LB befugt waren, auf das Eigenkapital der eingegliederten Förderinstitute zur Unterlegung ihres Wettbewerbsgeschäfts zurückzugreifen, sofern es die Förderinstitute nicht zur Unterlegung ihres eigenes Geschäft benötigten. LB Kiel und Hamburg LB sind der Auffassung, dass sie dem Land Schleswig-Holstein bzw. der Freien und Hansestadt Hamburg angemessene Gegenleistungen für die eingebrachten Sachwerte gezahlt haben und dass die Vorschriften über Staatsbeihilfen entgegen der Behauptung von Kritikern, insbesondere Wettbewerbern, nicht verletzt wurden. In Bezug auf die Investitionsbank fußt diese Auffassung der LB Kiel insbesondere darauf, dass das Land Schleswig-Holstein wesentliche Vorteile durch die Einbringung der Investitionsbank in die LB Kiel erzielte, – wie etwa Kostensynergien und einen höheren Kaufpreis bei Veräußerung einer Beteiligung an der LB Kiel an die WestLB und die LBBW – und dass diese Vorteile bei einer Berechnung der Angemessenheit der Gegenleistung für die Einbringung berücksichtigt werden müssen. Es besteht jedoch keine Gewähr, dass die laufenden Verfahren von der EU-Kommission im Sinne der LB Kiel und der Hamburg LB, bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank, entschieden werden. Sollte dies nicht der Fall sein, und auch Rechtsmittel gegen eine unvorteilhafte Entscheidung der EU-Kommission nicht erfolgreich sein, könnte dies wesentlich nachteilige Auswirkungen auf die LB Kiel, bzw. nach der Verschmelzung die HSH Nordbank haben. Siehe „Risikofaktoren-Risiken, die mit der Geschäftstätigkeit der LB Kiel (und nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) verbunden sind – Risiken durch Beihilfeuntersuchungsverfahren der EU-Kommission“ und „Lagebericht der LB Kiel und des Konzerns“.

ALLGEMEINE ANGABEN ÜBER DIE EMITTENTIN

Gründung, Sitz und Dauer

Die Emittentin wurde am 17. April 2003 unter der Firma RESPARCS Funding II Limited Partnership nach Maßgabe des Limited Partnerships (Jersey) Law 1994 in seiner aktuellen Fassung gegründet und bei der Jersey Financial Services Commission registriert. Die Emittentin ist auf unbestimmte Dauer errichtet und ist keine juristische Person.

Stammkapital

Das Stammkapital der Emittentin beträgt € 1.000,10 (tausend Euro und zehn Cent).

Gesellschafter

General Partner (*Komplementär*) der Emittentin ist die European Capital Investment Opportunities Limited mit Sitz auf Jersey, deren Anteile bei Abschluss des hierin beschriebenen Angebots zu 51 % durch die Landesbank Schleswig-Holstein International S.A., Luxemburg, und zu 49 % durch den European Capital Investment Charitable Trust, ein unabhängiger, gemeinnütziger Trust mit Sitz auf Jersey gehalten werden. Limited Partner (*Kommanditist*) ist die European Equity Participation Management GmbH mit Sitz in Hamburg, Deutschland, deren Anteile zu 100 % durch den European Funding Charitable Trust mit Sitz auf Jersey gehalten werden.

Wesentliche Aktivitäten

Der Geschäftsgegenstand der Emittentin besteht nach Maßgabe des von der Emittenten-Komplementärin und der Emittenten-Kommanditistin am 17. April 2003 abgeschlossenen Gesellschaftsvertrages darin, sich als stiller Gesellschafter an der LB Kiel zu beteiligen, sich zu diesem Zwecke mittels der Ausgabe der RESPARC Securities zu refinanzieren und bestimmte damit im Zusammenhang stehende Handlungen vorzunehmen. Darüber hinaus ist die Emittentin berechtigt, sämtliche mit diesem Geschäftsgegenstand im Zusammenhang stehenden Hilfsgeschäfte einzugehen.

Die wesentlichen Aktivitäten der Emittentin entsprechen dem im Gesellschaftsvertrag festgelegten Geschäftsgegenstand. Die Emittentin beschäftigt keine Arbeitnehmer.

Geschäftsleitung

Die Emittentin handelt durch ihren allein zur Geschäftsführung befugten General Partner. Der General Partner ist unter der Adresse der Emittentin, 22 Grenville Street, St. Helier, Jersey JE4 8PX, zu erreichen. Die Geschäftsführer (*Directors*) des General Partners sind:

<i>Name</i>	<i>Alter</i>	<i>Funktion</i>
Nicola Davies	36	Director
Gareth Essex-Cater	44	Director
Helen Grant	36	Director

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Abschlussprüfer

Der Abschlussprüfer der Emittentin ist die PricewaterhouseCoopers, 22 Colomberie, St. Helier, Jersey JE1 4XA, Channel Islands. Die geprüften Jahresabschlüsse der Emittentin sind bei der Geschäftsadresse der Emittentin, 22 Grenville Street, St. Helier, Jersey JE4 8PX erhältlich.

Rechtsstreitigkeiten

Die Emittentin ist weder in Rechtsstreitigkeiten noch in Schiedsverfahren verwickelt, die Folgen für die Finanzlage des Unternehmens seit dem 17. April 2003 gehabt hätten. Die Emittentin hat ferner keinerlei Kenntnis, dass solche Rechtsstreitigkeiten oder Schiedsverfahren, die nachteilige Folgen für die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmers haben könnten, anhängig oder angedroht sind.

Wesentliche Veränderungen

Soweit in diesem Prospekt keine anderen Angaben gemacht wurden, hat sich die Finanzlage der Emittentin seit Gründung der Emittentin am 17. April 2003 nicht wesentlich verändert.

Kapitaleinzahlungen

Nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages der Emittentin haben sich die Emittenten-Komplementärin und die Emittenten-Kommanditistin jeweils verpflichtet, die nachfolgend aufgeführten anfänglichen Kapitaleinzahlungen (jeweils eine „**Kapitaleinzahlung**“) an die Emittentin zu leisten

	EUR
Emittenten-Komplementärin	0,10
Emittenten-Kommanditistin	1.000

Unter der Voraussetzung, dass sie sich nicht in die Leitung der Emittentin involviert (mit Ausnahme der im Gesellschaftsvertrag vorgesehenen Umstände), ist die Haftung der Emittenten-Kommanditistin für die Verbindlichkeiten der Emittentin auf ihre Kapitaleinzahlung (einschließlich etwaiger zusätzlicher tatsächlich gezahlter oder vertraglich vereinbarter Kapitaleinzahlungen) beschränkt.

Kapitalausstattung am Ausgabetag

Die folgende Tabelle legt die Kapitalausstattung der Emittentin am Gründungstag der:

Eröffnungsbilanz zum 17. April 2003

Aktiva	17. April 2003	Passiva	17. April 2003
	EUR		EUR
Barbestand	1.000,10	Gezeichnetes Kapital	1.000,10

DIE BEVORSTEHENDE VERSCHMELZUNG DER LB KIEL UND DER HAMBURG LB

Die HSH Nordbank wird in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft mit der Eintragung in die Handelsregister in Hamburg und Kiel im Juni 2003 aus der Verschmelzung der Hamburg LB mit der LB Kiel im Wege der Neugründung entstehen. Steuerlich und bilanziell wird die Verschmelzung rückwirkend zum 1. Januar 2003 wirksam.

Am 9. September 2002 beschlossen die Anteilseigner die Verschmelzung beider Institute. Der Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein, der die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Verschmelzung schafft, wurde am 4. Februar 2003 unterzeichnet. Mit der für Mai 2003 vorgesehenen abschließenden Zustimmung der Länderparlamente in Schleswig-Holstein und Hamburg erhält der Staatsvertrag Gesetzeswirkung. Alle Forderungen, sonstigen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der LB Kiel und der Hamburg LB bis auf die der ausgegliederten Förderbankaktivitäten und des Bauspargeschäfts (siehe „– Ausgliederung der Förderbankaktivitäten und des Bauspargeschäfts“), gehen gemäß § 1 Abs. 6 des Staatsvertrags auf die HSH Nordbank über. Die HSH Nordbank wird die Geschäfte der LB Kiel und der Hamburg LB unter der neuen Firma fortführen.

Durch die Verschmelzung entsteht eine Bank mit einer Bilanzsumme von rund 180 Mrd. € und ca. 4.500 Mitarbeitern. Die HSH Nordbank wird einen Doppelsitz in Kiel und Hamburg haben.

Eigentümerstruktur

Einen 10%igen Anteil an der LB Kiel verkauft die Landesbank Baden-Württemberg („LBBW“) vor Inkrafttreten der Verschmelzung zu 40% an das Land Schleswig-Holstein, zu 40% an die Freie und Hansestadt Hamburg und zu 20% an den Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein. Infolgedessen kommt es zu folgenden Anteilsverhältnissen an der HSH Nordbank: Freie und Hansestadt Hamburg 35,38%, Land Schleswig-Holstein 19,55%, Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein 18,21%, die WestLB Beteiligungs Holding GmbH, eine 100%ige Tochter der WestLB AG, 26,86%. Die Freie und Hansestadt Hamburg, das Land Schleswig-Holstein und der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein, die zusammen mit Wirksamwerden der Verschmelzung 73,14% an der HSH Nordbank halten werden, haben sich in einer sog. Haltevereinbarung gegenseitig verpflichtet, mindestens 50,1% des stimmberechtigten Grundkapitals bis zum 31. Dezember 2013 zu halten.

Übergangsregelung hinsichtlich der Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung

Die Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung bei den deutschen Landesbanken tritt gemäß einer Vereinbarung der Bundesregierung mit der EU-Kommission vom 17. Juli 2001 zum 18. Juli 2005 in Kraft. Danach ist die Anstaltslast bis zum 18. Juli 2005 durch eine normale marktwirtschaftliche Eigentümerbeziehung zu ersetzen. Allerdings wurde für Verbindlichkeiten von Landesbanken, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart wurden, eine unbeschränkte Fortgeltung und für zwischen dem 19. Juli 2001 und dem 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten eine übergangsweise weitere Geltung der Gewährträgerhaftung mit der EU-Kommission vereinbart. Die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg haben in dem Staatsvertrag verankert, dass die Vereinbarung vom 17. Juli 2001 für die Gewährträgerhaftung sowie die die Anstaltslast ersetzende Verpflichtung der Gewährträger zur Sicherstellung der Fähigkeit der HSH Nordbank zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeit bei dem fusionierten Institut Gültigkeit hat.

Sicherungssystem

Die HSH Nordbank wird als Mitglied der Sicherungsreserve der Landesbanken dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassenfinanzgruppe angeschlossen bleiben. Damit werden die bisherigen Mitgliedschaften der Hamburgischen Landesbank im Stützungsfonds des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbandes und der Landesbank Schleswig-Holstein in der Sicherungsreserve der Landesbanken in der Mitgliedschaft bei der Sicherungsreserve zusammengeführt. Bezüglich ihrer Sicherung tritt daher keine Veränderung ein.

Das Sicherungssystem intendiert den Schutz der angeschlossenen Institute, insbesondere ihrer Liquidität und Solvenz. Ansprüche an die Sicherungsreserve haben daher ggf. die angehörigen Institute.

Ausgliederung der Förderbankaktivitäten und des Bauspargeschäfts

Nicht Gegenstand der Verschmelzung von LB Kiel und Hamburg LB ist die von der LB Kiel bislang als rechtlich unselbständiger Zentralbereich betriebene Landes-Bausparkasse Schleswig Holstein („**LBS**“). Die LBS wird mit wirtschaftlicher Rückwirkung auf den Verschmelzungstichtag 1. Januar 2003 nach Maßgabe eines schleswig-holsteinischen Landesgesetzes auf eine dadurch neu gegründete Aktiengesellschaft unter der Firma „Landesbausparkasse Schleswig-Holstein AG“ ausgegliedert und dadurch Tochtergesellschaft der HSH Nordbank. Der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein beabsichtigt, die Landesbausparkasse Schleswig-Holstein AG von der HSH Nordbank zu erwerben.

Ebenfalls nicht Gegenstand des Zusammenschlusses ist die Investitionsbank Schleswig-Holstein („**Investitionsbank**“), bislang ebenfalls ein rechtlich unselbständiger Zentralbereich der LB Kiel. Die Investitionsbank wird zum 1. Juni 2003 mit wirtschaftlicher Rückwirkung auf den Verschmelzungstichtag durch Gesetz des Landes Schleswig-Holstein aus der LB Kiel herausgelöst und auf eine dadurch errichtete Landesanstalt des öffentlichen Rechts unter der Bezeichnung „Investitionsbank Schleswig-Holstein“ übertragen. Eine Beteiligung der HSH Nordbank an der Investitionsbank besteht nicht, so dass diese folglich in der Eröffnungsbilanz der HSH Nordbank per 1. Januar 2003 keine Berücksichtigung findet.

Die Hamburg LB wird ihre 81,86%ige Beteiligung an der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt gleichfalls vor Wirksamwerden der Verschmelzung gegen Zahlung eines aufgrund eines Wirtschaftsprüfergutachtens ermittelten Kaufpreises auf die Freie und Hansestadt Hamburg übertragen. Diese Übertragung erfolgt mit wirtschaftlicher Rückwirkung auf den Verschmelzungstichtag; die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt findet daher wie die Investitionsbank keine Berücksichtigung in der Eröffnungsbilanz der Hamburg LB auf den 1. Januar 2003.

Pfandbriefprivileg

Die Verschmelzung in eine Aktiengesellschaft führt dazu, dass der HSH Nordbank das Pfandbriefprivileg von LB Kiel und Hamburg LB nach dem Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten nicht zustehen wird. Die LB Kiel erwartet jedoch eine generelle gesetzliche Regelung durch den Bundesgesetzgeber, die es ermöglicht, das Pfandbriefbestandsgeschäft in der HSH Nordbank weiterzuführen. Um auch in Zukunft Pfandbriefe emittieren zu können, wird die Einrichtung einer Hypothekenbank geprüft.

Gremien der HSH Nordbank

Vorstand (per 1. Juni 2003)

Die Mitglieder des Vorstands der HSH Nordbank wurden gleichzeitig mit der Verschmelzungsentscheidung am 9. September 2002 benannt:

<u>Name</u>	<u>Alter</u>	<u>Ablauf des Mandats</u>	<u>Position</u>
Alexander Stuhlmann	54	30.06.2006	Vorstandsvorsitzender
Hans Berger	53	30.09.2006	Stellvertretender Vorstandsvorsitzender
Ulrich W. Ellerbeck	50	31.12.2007	Vorstandsmitglied
Peter Rieck	50	30.04.2008	Vorstandsmitglied
Hartmut Strauß	54	31.03.2005	Vorstandsmitglied
Franz S. Waas, Ph. D.	42	31.12.2005	Vorstandsmitglied

Alexander Stuhlmann, geb. 17. Mai 1948, trat nach Abschluss des Jura-Studiums 1976 in die Hamburgische Landesbank – Girozentrale – ein. Nach vielschichtigen, verantwortungsvollen Tätigkeiten in der Rechtsabteilung und dem Vorstandsstab übernahm Herr Stuhlmann 1992 die Leitung des Vorstandsstabes. 1996 wurde er in den Vorstand berufen, dessen Vorsitz er ab 1998 übernahm.

Hans Berger, geb. 22. April 1950, begann seinen Berufsweg in der Sparkassenorganisation, in der er sich zum Diplom-Sparkassenbetriebswirt fortbildete. Er war bei der Sparkasse Kiel viele Jahre in verschiedenen verantwortungsvollen Funktionen tätig. Bevor er 1986 in den Vorstand berufen wurde, leitete er drei Jahre lang das Vorstandssekretariat. 1996 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden und 2003 zum Vorsitzenden des Vorstands der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale berufen.

Ulrich W. Ellerbeck, geb. 16. Juni 1952, trat nach Abschluss des Volkswirtschaftsstudiums 1980 in die Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale ein. Dort war er an verschiedenen Stellen des Hauses in leitender Position tätig, 1996 verantwortlich für den Aufbau der Aktivitäten im Ostseeraum. Anfang 2001 wechselte er als Generalbevollmächtigter mit der Zuständigkeit für das Firmen- und Bankengeschäft zur Hamburgischen Landesbank – Girozentrale –. In 2003 wurde Ulrich W. Ellerbeck in den Vorstand der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale berufen.

Peter Rieck, geb. 22. November 1952, beendete 1978 sein Betriebswirtschaftsstudium und trat anschließend in die Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale ein. Nach Einsatz an verschiedenen Stationen war er leitend im Vorstandssekretariat und in der Abteilung Firmen Deutschland/Banken tätig. 1995 wechselte Herr Rieck als Sprecher der Geschäftsleitung in die Investitionsbank Schleswig-Holstein. 1998 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands der Hamburg LB berufen.

Hartmut Strauß, geb. 4. März 1949, beendete 1975 sein Betriebswirtschaftsstudium und trat in die Norddeutsche Landesbank ein. 1977 wechselte er zur Hamburgische Landesbank – Girozentrale – und war dort in verschiedenen Positionen der Bank leitend tätig. Bis zu seiner Berufung in den Vorstand in 2001 war Hartmut Strauß Leiter der Abteilung Controlling, Rechnungswesen und Steuern.

Franz S. Waas, Ph. D., geb. 19. November 1960, begann 1985 nach Abschluss des Betriebswirtschaftsstudiums seinen Berufsweg bei der Bayerischen Vereinsbank, für die er ab 1994 leitend an den Standorten New York und Cayman Islands tätig war. Daneben promovierte Franz S. Waas in International Business Administration. 1999 wurde er bei der Landesbank Baden-Württemberg General Manager der Niederlassungen New York und Cayman Islands. Franz S. Waas wurde 2001 in den Vorstand der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale berufen und war verantwortlich für die Bereiche Capital Markets, Asset Liability Management, Private Banking sowie für die Landesbank Schleswig-Holstein International S. A. in Luxemburg.

Aufsichtsrat (per Anfang Juni 2003)

Der Aufsichtsrat der HSH Nordbank wird satzungsgemäß aus 20 Mitgliedern bestehen. Zehn Aufsichtsratsmitglieder werden von den Anteilseignern gewählt werden und zehn Aufsichtsratsmitglieder von der Belegschaft. Im Hinblick auf die Vertreter der Anteilseignerseite haben sich die zukünftigen Eigentümer der HSH Nordbank darauf geeinigt, dass für einen Zeitraum von drei Jahren nach Wirksamwerden der Verschmelzung die Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein, Heide Simonis Vorsitzende des Aufsichtsrats sein wird. In den Aufsichtsrat entsenden darüber hinaus die Freie und Hansestadt Hamburg drei Vertreter, die WestLB AG zwei, das Land Schleswig-Holstein einen weiteren Vertreter und der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein zwei Vertreter. Ein weiteres Aufsichtsratsmitglied wird gemeinsam von der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Schleswig-Holstein und dem Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein bestellt. Die Aufsichtsratsmitglieder für die Anteilseigner werden im Zusammenhang mit der Gründung der HSH Nordbank für den Zeitraum bis zur ersten ordentlichen Hauptversammlung der HSH Nordbank bestellt und auf dieser Hauptversammlung neu gewählt werden. Die zehn Aufsichtsratsmitglieder für die Arbeitnehmer werden zunächst auf Vorschlag der HSH Nordbank gerichtlich bestellt werden und dann im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften von der Gesamtbelegschaft der HSH Nordbank gewählt werden.

Zu Mitgliedern des ersten Aufsichtsrats der HSH Nordbank werden bestellt werden:

<u>Name</u>	<u>Alter</u>	<u>Hauptgeschäftstätigkeit außerhalb der HSH Nordbank</u>
Heide Simonis <i>Vorsitzende</i>	59	Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein
Dr. Jürgen Sengera	60	Vorstandsvorsitzender der WestLB
Olaf Cord Dielewicz	61	Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes Schleswig Holstein, Kiel
Dr. Ralf Stegner	42	Minister für Finanzen des Landes Schleswig-Holstein
Dr. Rainer Klemmt-Nissen	59	Senatsdirektor, Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg
Dr. Hans Lukas	62	Direktor der Kreissparkasse Stormarn, Bad Oldesloe
Alexander Otto	35	Vorsitzender der Geschäftsführung der ECE Projektmanagement GmbH & Co KG
Dr. Wolfgang Peiner	59	Senator, Präses der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg
Dr. Manfred Puffer	39	Vorstandsmitglied der WestLB AG
Gunnar Uldall	62	Senator, Präses der Behörde für Wirtschaft und Arbeit der Freien und Hansestadt Hamburg

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Im Zuge der beabsichtigten Verschmelzung der LB Kiel mit der Hamburg LB (siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB“) werden das operative Geschäft der LB Kiel und der Hamburg LB (die LB Kiel und die Hamburg LB gemeinsam die „**Vorgängerbanken**“) in der HSH Nordbank zusammengeführt werden. Die nachfolgende Beschreibung bezieht sich auf die Geschäftstätigkeit der Vorgängerbanken, wie sie sich nach dieser Zusammenführung darstellen wird.

Überblick über die Vorgängerbanken

Die Hamburg LB und die LB Kiel blicken auf eine langjährige Erfahrung und erfolgreiche Entwicklung zurück: Im Jahre 1938 bzw. 1917 gegründet, gehören die Hamburg LB und die LB Kiel jeweils zu den 20 größten Kreditinstituten in Deutschland. Per 31. Dezember 2002 betrug die Bilanzsumme der Hamburg LB € 87,2 Mrd. und die des LB Kiel Konzerns (einschließlich der 49,5%igen Beteiligung an der Hamburg LB) € 145,5 Mrd. Zum 31. Dezember 2002 beschäftigte der Hamburg LB Konzern 2.747 und der LB Kiel Konzern (ohne Hamburg LB) 2.568 Mitarbeiter weltweit.

Beide Landesbanken befinden sich als Anstalten des öffentlichen Rechts im Mehrheitsbesitz öffentlicher Eigentümer: Größter Anteilseigner der Hamburg LB ist die Freie und Hansestadt Hamburg (50,5 v.H.); seit 1997 hält die LB Kiel eine 49,5%ige Beteiligung an der Hamburg LB. Zu den Eigentümern der LB Kiel zählen das Land Schleswig-Holstein (25,05 v.H.), der Sparkassen- und Giroverband von Schleswig-Holstein (25,05 v.H.), der WestLB Konzern (39,9 v.H.) sowie die Landesbank Baden-Württemberg (10,0 v.H.). Die mit der Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB in eine Aktiengesellschaft zur Neugründung einhergehende Veränderung des Anteilseignerkreises ist unter „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB-Eigentümerstruktur“ beschrieben. Die Eigentümer haften jeweils gesamtschuldnerisch für die Verbindlichkeiten der Institute. Die in der Verständigung mit der EU-Kommission gefundene Übergangsregelung hinsichtlich Anstaltslast und Gewährträgerhaftung hat für beide Banken Gültigkeit. Die Regelungen betreffend die Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sind unter „Regulatorische Rahmenbedingungen-Die wichtigsten Gesetze und Aufsichtsbehörden-Das Sparkassengesetz für das Land Schleswig-Holstein“ näher beschrieben; siehe auch „Risikofaktoren-Risiken, die mit der Geschäftstätigkeit der LB Kiel (und nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) verbunden sind-Risiken aufgrund der Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung“.

In ihrer Strategie weisen Hamburg LB und LB Kiel viele Übereinstimmungen auf: Beide Banken sind in ihren jeweiligen Kernregionen Hamburg bzw. Schleswig-Holstein gemessen an ihren Bilanzsummen die größten Kreditinstitute und klare Marktführer. In dieser wirtschaftlich eng verzahnten Region fest verankert bieten sie ihren Kunden, insbesondere mittelständischen Unternehmen, eine breite Palette traditioneller und innovativer Finanzdienstleistungen. Der Schwerpunkt sowohl der LB Kiel als auch der Hamburg LB liegt im Kreditgeschäft mit klarem Fokus auf Unternehmenskunden. Die LB Kiel erbringt außerdem als Sparkassenzentralbank Verbundleistungen für die schleswig-holsteinischen Sparkassen und unterstützt als Staats- und Kommunalbank Finanzierungsvorhaben der Kommunen und des Landes Schleswig-Holstein.

International verfügen beide Banken über eine starke Nischenpositionierung als Spezialfinanzierer. Hier liegt der Fokus beider Institute auf der Schiffs-, Immobilien- und Transportfinanzierung sowie der Leasing-Refinanzierung. Die Hamburg LB zählt zu den drei weltweit führenden Schiffsfinanzierern. Daneben sind beide Vorgängerbanken weltweit im Firmenkundengeschäft in ausgewählten Branchen tätig und betreiben das Bankenfinanzierungs- sowie zunehmend das Syndizierungsgeschäft. Sowohl bei der LB Kiel als auch bei der Hamburg LB wird zum Zwecke der Portfoliosteuerung und -diversifizierung das internationale Nichtkunden-Kreditgeschäft z. B. durch den Einsatz von Kreditderivaten und Asset Backed Securities betrieben.

Die LB Kiel und die Hamburg LB sind an den nationalen und internationalen Kapitalmärkten anerkannte und innovative Partner. Ein Schwerpunkt liegt hier insbesondere auf dem Angebot maßgeschneiderter Finanzprodukte für Investoren und Kunden. Das klassische Geldmarkt-, Devisen- und Wertpapierhandelsgeschäft komplettiert die Angebotspalette beider Banken.

Die LB Kiel und die Hamburg LB refinanzieren sich im mittel- und langfristigen Bereich primär durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen (etwa unter ihren jeweiligen Medium Term Note-Programmen) und durch Kundeneinlagen. Die darüber hinaus bislang bestehende Möglichkeit der Refinanzierung über Pfandbriefe wird im Zuge der vorgesehenen Verschmelzung der beiden Vorgängerbanken entfallen (siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB-Pfandbriefprivileg“). Im kurzfristigen Bereich refinanzieren sich die LB Kiel und die Hamburg LB in erster Linie über Interbankgeschäfte und die Ausgabe von Commercial Paper unter den jeweiligen Commercial Paper-Programmen. Im Lichte der Brüsseler Verständigung zum Wegfall der Staatsgarantien vom 17. Juli 2001 kommt der Optimierung der Refinanzierung eine steigende Bedeutung zu (siehe „Risikofaktoren – Risiken, die mit der Geschäftstätigkeit der LB Kiel (und nach der Verschmelzung der HSH Nordbank) verbunden sind – Risiken aufgrund der Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung“). In diesem Zusammenhang haben sowohl die LB Kiel als auch die Hamburg LB in der jüngeren Vergangenheit ihre Präsenz an den internationalen Kapitalmärkten gestärkt, etwa mittels der innovativen Verbriefung kernkapitalfähiger stiller Einlagen wie bei den RESPARC Securities und mehrerer Benchmarkanleihen.

Überblick über die Geschäftstätigkeit der HSH Nordbank

Die HSH Nordbank wird – ebenso wie die Vorgängerbanken – nach Maßgabe ihrer Statuten zu sämtlichen Bankgeschäften ermächtigt sein und als Staatsbank der Freien und Hansestadt Hamburg sowie des Landes Schleswig-Holstein agieren. In dieser Funktion wird sie die Bankgeschäfte der Freien und Hansestadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein sowie der öffentlichen Unternehmen und sonstigen Beteiligungsunternehmen dieser Länder durchführen.

Darüber hinaus wird die HSH Nordbank ihren Kunden (Publikumsgesellschaften, Industrie- und Handelsunternehmen, institutionellen Anlegern und Privatkunden) ebenso wie die Vorgängerbanken eine umfassende Palette von Bankdienstleistungen im In- und Ausland anbieten: Gewährung kurzfristiger Ausleihungen, Einräumung mittel- und langfristiger Kredite, Ausreichung von Garantien und sonstigen Haftungsfreistellungen, Forderungskauf und -verkauf sowie sonstige Forfaitierungstransaktionen oder strukturierte Finanzierungen. Wie die Vorgängerbanken wird die HSH Nordbank Darlehen an Kreditnehmer aus dem öffentlichen Bereich und der Privatwirtschaft ausreichen, Hypothekenkredite für gewerbliche und private Immobilien gewähren sowie das Exportfinanzierungs- und Avalgeschäft betreiben. Darüber hinaus wird die HSH Nordbank wie die Vorgängerbanken Einlagen sämtlicher Art einwerben und in der Zahlungsverkehrsabwicklung sowie im Effekten- und Sortengeschäft tätig sein, Handelsgeschäfte in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten betreiben sowie als Konsortialbank bei öffentlichen und privatplatzierten Fremdkapital emissionen agieren. Weiterhin wird sie Wertpapierabwicklungsdienstleistungen für Privatkunden, institutionelle Anleger und andere Finanzdienstleister erbringen.

Die HSH Nordbank wird – ebenso wie die LB Kiel in der Vergangenheit – als die zentrale Clearing-Stelle für die Sparkassen Schleswig-Holsteins agieren und mit diesen bei Kreditfinanzierungen zusammenarbeiten. Darüber hinaus wird sie die Sparkassen bei ihren internationalen Aktivitäten und im Wertpapiergeschäft, der Produktentwicklung sowie im Bilanzstrukturmanagement unterstützen.

Strategie und Geschäftsfelder

Die HSH Nordbank wird eine der führenden nordeuropäischen Geschäftsbanken sein. Sie wird

- in der Kernregion Hamburg / Schleswig-Holstein zusammen mit den schleswig-holsteinischen Sparkassen Marktführerin sein und im Ostseeraum zu den führenden Auslandsbanken gehören;
- weltweit als international ausgerichteter Branchenspezialist in ausgewählten Geschäftsfeldern agieren; und
- an den nationalen und internationalen Kapitalmärkten als leistungsstarker und innovativer Marktpartner auftreten.

Regional wird die HSH Nordbank mit ihrer breiten Palette an Finanzdienstleistungen ebenso wie die Vorgängerbanken bei den Kunden insbesondere im Mittelstand in der Wirtschaftsregion Hamburg / Schles-

wig-Holstein verankert sein. Sie wird hier in enger Kooperation mit den Sparkassen Marktführerin sein und im Ostseeraum – wo sie sich wie die LB Kiel vor allem auf mittlere bis große Unternehmenskunden aber auch auf kleinere bis mittlere Banken konzentrieren wird – zu den führenden ausländischen Adressen gehören.

Weltweit wird die HSH Nordbank als internationaler Branchenspezialist schwerpunktmäßig in ihren Kerngeschäftsfeldern Shipping, Immobilien sowie Firmenkunden und Strukturierte Finanzierungen tätig sein. In ihrem Kerngeschäftsfeld Firmenkunden und Strukturierte Finanzierungen, mit dem sie insbesondere die überwiegend mittelständischen Kunden in ihrem Heimatmarkt bedient, wird sie sich bei ihren überregionalen und internationalen Aktivitäten auf die Sektoren Energie, Entsorgung, Infrastruktur und Gesundheit konzentrieren. In diesen Sektoren und in den Kerngeschäftsfeldern Shipping und Immobilien haben bereits die Vorgängerbanken ein erhebliches Maß an Know-how und Expertise erworben. Auf dieser Grundlage wird die HSH Nordbank in der Lage sein, Produkte und Lösungen anzubieten, die auf spezielle Anforderungen ihrer Kunden und Geschäftspartner zugeschnitten sind.

Die HSH Nordbank beabsichtigt, die starke Position der Vorgängerbanken als Daueremittenten sowie als Händler und Anbieter komplexer Produkte wie strukturierter Finanzierungen und Asset Backed Securities an den nationalen und internationalen Kapitalmärkten weiter gezielt auszubauen. In diesem Zusammenhang wird ein wesentlicher Schwerpunkt auf den Kerngeschäftsfeldern Credit Investments und Funding liegen. Das Geschäftsfeld Credit Investments umfasst das der Portfolio-Steuerung und -Diversifizierung dienende Nichtkunden-Kreditgeschäft. Das Geschäftsfeld Funding wird die Einwerbung von Refinanzierungsmitteln (mit Ausnahme der Eigenmittel) der HSH Nordbank verantworten.

Gemäß ihrer internationalen Ausrichtung wird die HSH Nordbank wie die Vorgängerbanken an internationalen Finanz- und Wirtschaftsplätzen vertreten sein. Als eine führende nordeuropäische Geschäftsbank wird sie sich regional auf den Ostseeraum konzentrieren, wo sie mit Niederlassungen und Repräsentanzen in Kopenhagen, Helsinki, Stockholm, Oslo, Warschau und Tallin präsent sein wird. Die Geschäftstätigkeit in dieser nach Einschätzung der HSH Nordbank strategisch interessanten Region wird – wie gegenwärtig bei der LB Kiel – operativ weitgehend von der Kopenhagener Niederlassung geführt werden. Darüber hinaus wird die HSH Nordbank als Partner an den internationalen Kapitalmärkten leistungsstarke Stützpunkte in London, Luxemburg, New York und Hongkong unterhalten sowie außerdem in Guernsey vertreten sein. Als Antwort auf die bedeutende Rolle der asiatischen Wirtschaft insbesondere für den Hamburger Außenhandel wird die HSH Nordbank ferner die bereits von der Hamburg LB etablierten Präsenzen in Singapur, Shanghai und Hanoi fortführen.

Die Geschäftsfelder der HSH Nordbank werden kundenbezogen ausgerichtet und auf ihrem strategischen Selbstverständnis aufbauen. Auf dieser Grundlage hat das zukünftige Management die folgende Einstufung vorgenommen:

- Kerngeschäftsfelder
- Aufbau-Geschäftsfelder
- Basis-Geschäftsfelder
- Opportunitäts-Geschäftsfelder

Darüber hinaus werden bestimmte zentrale geschäftsfeldübergreifende Funktionen wie u.a. Controlling/Finanzen, Portfolio-Management, Asset Liability Management, Recht, Steuern von weiteren Kompetenz-Centern erfüllt.

Kerngeschäftsfelder

Die HSH Nordbank wird sich auf Geschäftsfelder konzentrieren, in denen sie auf der langjährigen Erfahrung und Expertise der Vorgängerbanken aufbauen kann und in denen sich signifikante und dauerhafte Ergebnisbeiträge erzielen lassen. Diese „Kerngeschäftsfelder“ werden bei der Ressourcenausstattung mit Personal, IT und Kapital eine hohe Priorität haben. Die HSH Nordbank wird in folgenden Kerngeschäftsfeldern tätig sein:

- Shipping;
- Immobilien;
- Firmenkunden und Strukturierte Finanzierungen;
- Credit Investments;
- Funding.

Kerngeschäftsfeld Shipping

Die HSH Nordbank wird der führende Schiffsfinanzierer der Welt sein. Das regional und sektoral breit diversifizierte Kreditportfolio der Hamburg LB bzw. der LB Kiel betrug per 31. Dezember 2002 € 11,5 Mrd bzw. € 4,2 Mrd. Neben klassischen und strukturierten Schiffsfinanzierungen wird die HSH Nordbank – ebenso wie die Vorgängerbanken – sämtliche verwandten, insbesondere speziell auf die Bedürfnisse international agierender Reedereien zugeschnittenen Finanzierungs- und Kreditsicherungsprodukte anbieten. Dieses Angebot wird sie um eine breite Palette anderer Bankprodukte erweitern. Die Kunden des Kerngeschäftsfelds Shipping haben ihren Sitz überwiegend in Deutschland, Skandinavien, Griechenland und den USA. Auch das übrige Europa und Asien sind stark vertreten. Die bisherigen Kunden der LB Kiel und der Hamburg LB betreiben überwiegend Container- und Massengutschiffe für trockene (Bulk) und feuchte Ladung (Rohöl- und Ölprodukt-Tanker), Fährschiffe und Kreuzfahrtschiffe. Die HSH Nordbank beabsichtigt, die bereits von den Vorgängerbanken verfolgte Diversifizierung des Schiffsfinanzierungsportfolios auf unterschiedliche Branchen und Länder konsequent weiterzuverfolgen, um sich – ebenso wie die Vorgängerbanken – nicht den zyklischen Entwicklungen der einzelnen Branchen und unterschiedlichen Regionen in der Schifffahrtsbranche auszusetzen.

Die HSH Nordbank wird im Kerngeschäftsfeld Shipping auf Grundlage der langjährigen Erfahrungen der Hamburg LB und der LB Kiel im Schiffsfinanzierungsgeschäft in der Lage sein, schnelle und flexible Entscheidungen zu treffen, und kann auf langjährige Kundenbeziehungen der Vorgängerbanken aufbauen.

Kerngeschäftsfeld Immobilien

Die HSH Nordbank wird das Immobiliengeschäft neben Hamburg, Kiel und Berlin zunehmend auch von London, New York und Kopenhagen aus betreiben. Dabei wird der Schwerpunkt des Kerngeschäftsfelds Immobilien – ebenso wie bei den Vorgängerbanken – bei inländischen Finanzierungen auf Gewerbe- und Wohnimmobilien in Norddeutschland sowie in den westdeutschen Ballungszentren liegen. Die HSH Nordbank wird sowohl Neubauten als auch den Erwerb bestehender Objekte finanzieren. Die HSH Nordbank beabsichtigt, die bereits von den Vorgängerbanken begonnene Rückführung des Engagements in den neuen Ländern mit dem Ziel einer breiten Diversifizierung des Portfolios fortzuführen. In diesem Zusammenhang soll auch das bereits bestehende Engagement der Vorgängerbanken bei hochattraktiven Objekten in den Spitzenlagen nordamerikanischer und europäischer Metropolen intensiviert werden. In Fortführung der strategischen Ausrichtung der Vorgängerbanken soll das Kerngeschäftsfeld Immobilien als „Dienstleister rund um die Immobilie“ ausgebaut werden und neben klassischen Finanzierungen auch zunehmend innovative, neue Produkte im Rahmen des Immobilien-Investment Banking angeboten werden. Das Immobilien-Kreditportfolio der Hamburg LB belief sich per 31. Dezember 2002 auf rund € 13,1 Mrd, das der LB Kiel auf rund € 9,9 Mrd.

Kerngeschäftsfeld Firmenkunden und Strukturierte Finanzierungen

Als gemessen an der Bilanzsumme führende Bank in der Metropolregion Hamburg / Schleswig-Holstein wird die HSH Nordbank eine besondere Verantwortung für die größeren mittelständischen Unternehmen in dieser Region tragen. In diesem Zusammenhang sind Außenhandel, Handel, Dienstleistungen, Logistik und Hafenwirtschaft die wichtigsten Wirtschaftszweige, und die Branchenausrichtung der HSH Nordbank wird – ebenso wie die der Vorgängerbanken – ihre Schwerpunkte entsprechend setzen. In diesem Zusammenhang beabsichtigt die HSH Nordbank, ihren angestammten mittelständischen Kunden auch zunehmend Beratungsdienstleistungen, wie etwa in Bezug auf M&A-Aktivitäten und innovative Refinanzie-

rungsprodukte, anzubieten und auf diese Weise die Bandbreite der ihren Stammkunden angebotenen Produkte und Dienstleistungen zu erweitern.

In Weiterverfolgung der Strategie der Vorgängerbanken, die überregionalen und internationalen Aktivitäten auf ausgewählte Sektoren zu konzentrieren, wird die HSH Nordbank sich als Projekt- und Spezialfinanzierer für die Sektoren Energie, Entsorgung, Infrastruktur und Gesundheit positionieren, in denen bereits die Vorgängerbanken erhebliches Know-how sowie langfristige Kundenbeziehungen aufgebaut haben. Darüber hinaus wird die Begleitung ausgewählter Akquisitionsfinanzierungen ein weiterer Fokus des Kerngeschäftsfelds Firmenkunden und Strukturierte Finanzierungen der HSH Nordbank sein.

Das Aktiv-Volumen der beiden Vorgängerbanken in den dem neuen Kerngeschäftsfeld Firmenkunden und Strukturierte Finanzierungen zugeordneten Bereichen beläuft sich per 31. Dezember 2002 auf rund € 13 Mrd.

Kerngeschäftsfeld Credit Investments

Das Kerngeschäftsfeld Credit Investments wird für die Investmentaktivitäten der HSH Nordbank in handelbaren nationalen und internationalen Kreditrisiken, vor allem durch derivative Produkte und Transaktionen, verantwortlich zeichnen. Dabei werden u. a. neben Asset-backed Securities und Basket-Produkten auch Kreditderivate, wie beispielsweise Credit Default Swaps, sowie strukturierte und innovative Transaktionen eingesetzt. Mittels Credit Default Swaps werden gezielt Ausfall- und sonstige Bonitätsrisiken übernommen, ohne Liquidität an die betreffende Adresse ausgereicht zu haben. Geschäftspolitisches Ziel des Kerngeschäftsfelds Credit Investments ist es, als strategischer Investor in Kreditrisiken ein aktives und Risiko/Rendite-orientiertes Management der Gesamtbank zu unterstützen und auf dieser Grundlage zur risikominimierenden Diversifikation des Gesamtbankportfolios beizutragen.

Kerngeschäftsfeld Funding

Wie für die Vorgängerbanken wird für die HSH Nordbank eine effiziente, fristenkongruente Refinanzierungsstrategie die Grundlage für ein erfolgreiches Aktivgeschäft sein. Für die in Umsetzung dieser Strategie erforderliche Einwerbung von Fremdfinanzierungsmitteln wird das Kerngeschäftsfeld Funding verantwortlich sein, das strikt nach ertragsorientierten Maßstäben gesteuert wird.

Die strategische Steuerungsfunktion der Refinanzierung der Geschäftstätigkeit der HSH Nordbank wird vom Kompetenz-Center Asset Liability Management wahrgenommen werden. Dieses wird auch im Rahmen der kontinuierlichen Planung den einzelnen Aktiv-Geschäftsfeldern die Refinanzierungsmittel zur Verfügung stellen. Die vom Asset Liability Management formulierte Refinanzierungsstrategie wird dann im Kerngeschäftsfeld Funding vom Kompetenz-Center Capital Markets durch die Fremdmittelaufnahme an den nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmärkten umgesetzt.

Damit der HSH Nordbank hierfür dieselben Refinanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen wie den Vorgängerbanken wird sie im unmittelbaren Anschluss an die Verschmelzung ein EMTN-Programm sowie ein Euro- und ein US-Dollar Commercial Paper-Programm aufsetzen. Unter anderem auf dieser Grundlage wird sie wie die Vorgängerbanken klassische Fremdkapital-Refinanzierungsprodukte wie Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen und Schulscheindarlehen emittieren. Daneben beabsichtigt die HSH Nordbank neben den Emissionen der Vorgängerbanken weitere Benchmark-Anleihen zu emittieren und die Begebung strukturierter Anleihen, die speziell auf Investorenwünsche zugeschnitten sind, fortzusetzen und auszuweiten. Die den Vorgängerbanken bislang zur Verfügung stehende Refinanzierung über Pfandbriefe wird im Zuge der vorgesehenen Verschmelzung entfallen (siehe „Die bevorstehende Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB-Pfandbriefprivileg“). Die LB Kiel erwartet in naher Zukunft eine generelle gesetzliche Regelung durch den Bundesgesetzgeber, die es ermöglicht, das Portfolio der von den Vorgängerbanken begebenen Pfandbriefen in der HSH Nordbank weiterzuführen. Um auch in Zukunft Pfandbriefe emittieren zu können, wird die Einrichtung einer Hypothekenbanktochter geprüft.

Die HSH Nordbank wird auf die langjährige Expertise der Vorgängerbanken als Daueremittenten sowie die Stützpunkte an den wichtigsten Finanzzentren der Welt zurückgreifen, um die Erweiterung der internationalen Investorenbasis sowie die Erschließung zusätzlicher Refinanzierungsquellen zu unterstützen.

Aufbaugeschäftsfelder

Neben dem Ausbau der Aktivitäten in den Kerngeschäftsfeldern beabsichtigt die HSH Nordbank auch in ihren „Aufbau-Geschäftsfeldern“ den Auf- und Ausbau leistungsstarker Bereiche mit erheblichen Wachstumschancen. Es ist vorgesehen, dass die einzelnen Aufbau-Geschäftsfelder nach Ablauf eines im vorhinein festgelegten Zeitraums auf ihren Erfolgsbeitrag hin überprüft und anschließend als Kern-, Basis- oder Opportunitätsgeschäftsfeld fortgeführt werden. Aufgrund des strategischen Potenzials dieser Aufbau-Geschäftsfelder wird ihnen hinsichtlich Ressourcenausstattung mit Personal, IT und Kapital dieselbe Priorität wie Kerngeschäftsfeldern zugeordnet. Derzeitige Aufbaugeschäftsfelder sind:

- Sparkassen/Öffentliche Kunden; und
- Transport

Gegenüber den Sparkassen, die sowohl Kunden als auch Eigentümer der HSH Nordbank sein werden, soll das Dienstleistungsangebot weiter ausgebaut werden. In diesem Zusammenhang wird die HSH Nordbank den Sparkassen sowohl speziell auf deren Kunden zugeschnittene innovative Finanzprodukte als auch Beratungs- und Finanzdienstleistungen für die Sparkassen selbst – etwa Risiko- und Portfolio-Management – anbieten.

Zum Aufbaugeschäftsfeld Transport zählt insbesondere der bedeutende Bereich der Flugzeugfinanzierungen in dem die HSH Nordbank – wie bereits die Vorgängerbanken – Fluggesellschaften, Flugzeughersteller- und Zulieferer sowie auch Finanzdienstleister aus dem Bereich Aviation bei ihren vornehmlich langfristigen Investitionen betreuen wird. In diesem Aufbaugeschäftsfeld wird die HSH Nordbank auch die bereits von den Vorgängerbanken betriebene Eisenbahnfinanzierung sowie Infrastruktur und Logistik-Projekte aus dem Flughafen / Bahn-Umfeld begleiten.

Basis-Geschäftsfelder

Die „Basis-Geschäftsfelder“ der HSH Nordbank sollen die Grundlagen für den Betrieb der Kerngeschäftsfelder sowie den Erhalt der allgemeinen Bankfunktionen sichern. Wesentliches Basis-Geschäftsfeld der HSH Nordbank wird der auf die Handelsaktivitäten für den Kundenbedarf ausgerichtete Bereich Capital Markets sein (ausschließlich der organisatorisch diesem Bereich zugeordneten Aktivitäten des Kerngeschäftsfelds Funding).

Opportunitäts-Geschäftsfelder

Diejenigen Aktivitäten der Vorgängerbanken, die nicht zu den Kerngeschäftsfeldern der HSH Nordbank zählen, gleichwohl aber eine attraktive Rentabilität aufweisen, werden als „Opportunitäts-Geschäftsfelder“ geführt. Opportunitäts-Geschäftsfelder sollen regelmäßig auf ihren Erfolg hin überprüft und gegebenenfalls neu ausgerichtet werden. Zu den Opportunitäts-Geschäftsfeldern werden Leasing-Refinanzierung, Financial Institutions/Global Trade Finance sowie Privat- und Geschäftskunden zählen. In der Leasing-Refinanzierung wird die HSH Nordbank wie bereits die Vorgängerbanken Leasinggesellschaften finanzieren (etwa im Rahmen von Forfaitierungsgeschäften) und einer der größten Finanzierer herstellungsbundener Leasinggesellschaften in Deutschland sein. Das Opportunitäts-Geschäftsfeld Financial Institutions/Global Trade Finance wird das Interbankengeschäft (einschließlich des Geschäfts mit Versicherungsunternehmen und öffentlichen Adressen) sowie die Exportfinanzierungsaktivitäten (einschließlich Avalgeschäft) der Vorgängerbanken fortführen. Im Opportunitätsgeschäftsfeld Privat- und Geschäftskunden wird das bisherige Privatkundengeschäft der beiden Vorgängerbanken (vornehmlich vermögende Privatkunden in Hamburg und Schleswig-Holstein) fortgeführt werden. Neben 57.000 privaten Kunden betreut die HSH Nordbank ca. 4.000 Geschäftskunden (Mittelstand, Freiberufler etc.).

Steuerungsmechanismen

Die HSH Nordbank wird anhand von Gesamtsteuerungsmechanismen geführt werden, in die sowohl Ertrags- als auch Risikokomponenten integriert sein werden. Das zugrundeliegende Instrumentarium ist sowohl unter betriebswirtschaftlichen als auch unter aufsichtsrechtlichen Gesichtspunkten konzipiert. Die von der Geschäftsleitung der HSH Nordbank vorzugebenden Ertrags- und Rentabilitätsziele werden für die einzelnen Organisationseinheiten auf interne Steuerungselemente wie etwa Deckungsbeitragsrechnungen übertragen werden. Darüber hinaus ist vorgesehen, in der HSH Nordbank das sog. „Global Head-Prinzip“ anzuwenden. Auf dessen Grundlage soll eine weltweit durchgängige Steuerung der Geschäftsfelder mittels einheitlicher Vorgaben bezüglich finanzieller Zielsetzungen (u. a. Rendite), Branchen- und Produktschwerpunkten bzw. -prioritäten, Margen- und Preispolitik, Risikomanagement und Eigenkapitalzuweisung sichergestellt werden.

In diesem Zusammenhang wird die HSH Nordbank einen einheitlichen RAROC- (Risk Adjusted Return on Capital) Ansatz zur Kalkulation des Wertbeitrags der geschäftlichen Aktivitäten nutzen. Für diesen Ansatz werden aufgrund der Rating-, Exposure- und LGD- (Loss Given Default) Informationen die Eigenkapitalkosten errechnet und in der Preiskalkulation der Risikomarge berücksichtigt. Darüber hinaus sollen ein Gesamtbanksteuerungssystem und aktives Portfoliomanagement sicherstellen, dass neben der optimalen Allokation des Eigenkapitals der HSH Nordbank eine Risikokonzentration in den Kerngeschäftsfeldern vermieden wird. Besonderes Augenmerk wird darauf gerichtet, die RAROC-Steuerung, die Vorkalkulationsverfahren und Eigenkapital-Verteilungsmechanismen mit Blick auf die Anforderungen von Basel II ständig zu erweitern und zu verfeinern.

Im Rahmen der Gesamtsteuerung der HSH Nordbank soll ein aktives Portfoliomanagement deren strategische Ausrichtung optimieren. Mittels dieses Ansatzes soll die HSH Nordbank vom Risk-Taker zum Risk-Manager werden. Dem wird sie – wie schon die LB Kiel – auch organisatorisch durch die Schaffung eines separaten Bereichs Rechnung tragen: In dem Bereich „Portfolio Management“ wird das strategische Portfoliomanagement, das aktive Kreditportfoliomanagement sowie die aktive Marktpreispositionierung der HSH Nordbank vorgenommen werden. Dieser Bereich wird auch die Erarbeitung der Eigenkapital-Strategie der HSH Nordbank, sämtliche Eigenkapitalbeschaffungs- und Freisetzungsmaßnahmen sowie die interne Allokation des Eigenkapitals verantworten. Auf der Grundlage der aktiven Steuerung des Kreditrisikos auf Gesamtbankenbene sollen strukturelle Risiken im Portfolio – wie etwa Branchen- oder regionale Konzentrationen – Produktübergreifend erkannt und gemanagt werden.

Risikomanagement

Die Steuerung der einzelnen Risikokomponenten der HSH Nordbank wird in das System der Gesamtbanksteuerung eingebettet sein, das zu wesentlichen Teilen vom Bereich Controlling/Finanzen und dem Bereich Portfolio Management entwickelt und umgesetzt werden wird. In diesem Rahmen werden die wesentlichen Risiken (Adressenausfallsrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko und operationelle Risiken) wie bei den Vorgängerbanken kontinuierlich identifiziert, gemessen, überwacht und im Rahmen vorgegebener Limits gesteuert werden. Hierzu werden auf Grundlage der aufsichtsrechtlichen Vorgaben – wie bei den Vorgängerbanken – Gremien geschaffen werden, die für die permanente Erfassung und Kontrolle der Risikoposition der HSH Nordbank im Rahmen einer systematischen Risikoberichterstattung verantwortlich sein werden. Wie bei den Vorgängerbanken ist beabsichtigt, im Rahmen der laufenden Risikomanagement-Prozesse die diesen zugrunde liegenden Methoden und Verfahren von der Messung bis hin zur Risikosteuerung laufend auf ihre Belastbarkeit hin zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Ziel der grundsätzlich konservativen Risikostrategie der HSH Nordbank wird die Schaffung eines ausbalancierten Portfolios sein, in dem Groß- und Klumpenrisiken vermieden werden.

Adressenausfallsrisiko

Adressenausfallsrisiken bestehen in potenziellen Wertverlusten, die durch Bonitätsveränderungen oder den Ausfall von Geschäftspartnern entstehen können. Sie werden üblicherweise in das Kreditrisiko und das Settlementrisiko unterteilt. Neben dem Adressenrisiko gehört auch das Länderrisiko zum Ausfallsrisiko. Wie bei den Vorgängerinstituten wird die Steuerung dieser Risiken innerhalb von vom Vorstand festgeleg-

ten Limits und Kompetenzstufen vorgenommen und von den entsprechenden Gremien überwacht werden. Wie bei den Vorgängerbanken werden für das Kreditgeschäft Rahmen- und Einzellimits festgelegt werden und die Länderrisiken durch ein rating-basiertes Länderlimitsystem auf Portfolio- und Teilportfolioebene begrenzt werden. Ebenso wird das Bonitätsrisiko über die Einstufung in Risikoklassen geschätzt werden. Diese Schätzung und Einstufung ist und bleibt ein wesentlicher Faktor für die Bestimmung der Risikomarge in der Vorkalkulation auf Basis von Ausfallwahrscheinlichkeiten zur Abdeckung erwarteter und unerwarteter Verluste. In den kreditgebenden Abteilungen wird die HSH Nordbank den Einsatz eigener Ratingsysteme zur Risikoklassifizierung fortsetzen, die bereits zum großen Teil dem von Basel II zu erwartenden Standard entsprechen. Aufgrund der in diesem Rahmen zu erwartenden Trennung zwischen Markt- und Ratingverantwortung bei der künftigen Bonitätsbeurteilung wird die HSH Nordbank ihre Aufbauorganisation strikt den erwarteten Anforderungen anpassen und entsprechend eine unabhängige Ratingabteilung installieren.

Marktpreisrisiko

Wie bei den Vorgängerbanken wird die Messung und Steuerung von Marktpreisrisiken bei der HSH Nordbank auf dem Value at Risk-Ansatz (VaR-Ansatz) basieren. Der Value at Risk bezeichnet die mögliche Wertänderung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten, die mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit innerhalb eines bestimmten Zeitraumes nicht überschritten wird. Die Risiken werden dabei den eingeräumten Verlustgrenzen (Limits) gegenübergestellt. Sie werden wie bei den Vorgängerbanken täglich an den Vorstand und die betroffenen Handelseinheiten berichtet werden. Darüber hinaus werden auch neu eingesetzte Produkte ständig in die Risikomessung miteingebunden werden. Zudem werden wie in der Vergangenheit die Portfolien regelmäßig sogenannten Stresstests durch die Simulation extremer Marktbewegungen unterzogen werden.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass eine Bank keine ausreichende Liquidität vorhalten und damit nicht in der Lage sein kann, ihren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang nachzukommen. Wie bei den Vorgängerbanken soll das Liquiditätsrisiko bei der HSH Nordbank durch Rahmenbedingungen, die vom Vorstand der HSH Nordbank auf Vorschlag des Asset Liability Managements (ALM) festgelegt werden, gesteuert werden. Die Umsetzung der strukturellen Liquiditätssteuerung wird vom ALM verantwortet werden, die operative Liquiditätssteuerung (u. a. jederzeitige Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen, Mindestreservesteuerung) wird von Capital Markets wahrgenommen werden. Das ALM wird anhand von Worst Case-Berechnungen prognostisch die tägliche Einhaltung des Liquiditätsgrundsatz II gem. KWG steuern und überwachen, um die Liquiditätskennzahl jederzeit über der aufsichtsrechtlich geforderten Mindesthöhe zu halten.

Wie in der Vergangenheit wird vom ALM zur Steuerung des strukturellen Liquiditätsrisikos auf Basis der Fälligkeiten von Aktiv- und Passivgeschäften regelmäßig ein detaillierter Liquiditätsstatus erstellt und stochastische Einflussgrößen wie z. B. Prolongationswahrscheinlichkeiten in einem weiteren Schritt separat modelliert werden. So werden eingehend Auswirkungen untersucht, die zukünftige Bestandsfälligkeiten und -veränderungen auf die Liquidität, die Liquiditätsstruktur und die Liquiditätskennzahl der HSH Nordbank haben. Sofern definierte und vom Vorstand verabschiedete Kennzahlen die vorgegebenen Rahmen überschreiten, werden wie bei den Vorgängerbanken entsprechende Eskalationsstufen in Kraft treten. Potenzielle Risiken, die aus bewusst eingegangenen oder vorhandenen Liquiditäts-Lücken entstehen, können auf dieser Grundlage frühzeitig durch das ALM erkannt werden, so dass rechtzeitig gegensteuernde Maßnahmen eingeleitet werden können. Außerdem werden diese Risiken durch ein Liquidity-at-Risk-Limit (LaR-Limit) begrenzt werden, welches vom Risikocontrolling für die HSH Nordbank entwickelt werden wird.

Das Refinanzierungsrisiko wird über langfristige Strategien des ALM als Grundlage für konkrete Refinanzierungspläne gesteuert werden. Die Auswirkungen einer möglichen Ratingveränderung durch den Wegfall der Gewährträgerhaftung und die Modifizierung der Anstaltslast wurden bereits in der Vergangenheit bei beiden Vorgängerbanken berücksichtigt und werden in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe für die HSH Nordbank fortgesetzt werden.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko umfasst das Risiko direkter oder indirekter Verluste, die durch das Versagen oder die Unangemessenheit von Technologie, Organisation und Personal oder durch externe Einflüsse verursacht werden. Die Kontrolle und Steuerung der operationellen Risiken der HSH Nordbank wird wie in der Vergangenheit sowohl der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen als auch der Optimierung betriebswirtschaftlicher Kalkulations- und Planungsgrundlagen dienen. Wie bei den Vorgängerbanken wird sich in der HSH Nordbank die Bewertung und Analyse operationeller Risiken auf drei Instrumente stützen. Erstens sollen anhand eines sogenannten Self-Assessment mittels eines standardisierten Fragenkatalogs regelmäßig qualitative Risikoeinschätzungen in allen Organisationseinheiten durchgeführt werden. Zweitens soll die im Aufbau befindliche Schadenfalldatenbank die Schadenfälle über alle Unternehmensbereiche standardisiert erfassen. Als drittes Instrument werden Risikoindikatoren entwickelt, die eine frühzeitige Erkennung von operationellen Risiken unterstützen sollen.

Corporate Governance-Kodex

Die HSH Nordbank wird sich einen eigenen Corporate Governance-Kodex geben, der die wesentlichen gesetzlichen Vorschriften zur Leitung und Überwachung des Instituts sowie die international und national anerkannten Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung enthält, denen sich die HSH Nordbank, ihr Aufsichtsrat und ihr Vorstand verpflichtet fühlen.

Als international tätiges Unternehmen wird es der HSH Nordbank auch als nicht börsennotiertem Unternehmen ein Anliegen sein, durch diese freiwillige Selbstverpflichtung ihr Corporate Governance System für Kunden, Mitarbeiter und die Öffentlichkeit im In- und Ausland transparent und nachvollziehbar zu machen und so das Vertrauen in die HSH Nordbank zu stärken. Dieser Corporate Governance Kodex entspricht sowohl inhaltlich als auch im Wortlaut weitgehend dem von der Cromme-Kommission veröffentlichten Deutschen Corporate Governance Kodex.

Wie bei deutschen Aktiengesellschaften gesetzlich vorgegeben, wird die HSH Nordbank entsprechend dem dualen Führungssystem geleitet werden. Das bedeutet, dass die Führungsverantwortung auf zwei Gremien, Vorstand und Aufsichtsrat, verteilt sein wird. Während der Vorstand das Unternehmen in eigener Verantwortung leitet, ist es Aufgabe des Aufsichtsrates, diesen zu bestellen, zu beraten und zu überwachen. Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden grundsätzlich von den Aktionären in der Hauptversammlung gewählt. Bei Unternehmen mit mehr als 2000 Arbeitnehmern im Inland (wie der HSH Nordbank) setzt sich der Aufsichtsrat zur Hälfte aus von den Arbeitnehmern gewählten Vertretern zusammen. In letzterem Fall hat der Aufsichtsratsvorsitzende, der praktisch immer ein Vertreter der Anteilseigner ist, ein die Beschlussfassung entscheidendes Zweitstimmrecht. Die von den Aktionären gewählten Anteilseignervertreter und die Arbeitnehmervertreter sind gleichermaßen dem Unternehmensinteresse verpflichtet.

Die Corporate Governance-Regeln werden jeweils den aktuellen Erfordernissen entsprechend angepasst werden. Die HSH Nordbank wird jährlich im Geschäftsbericht über die Einhaltung der Corporate Governance Regeln berichten.

REGULATORISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die nachfolgende Darstellung erläutert wesentliche aufsichtsrechtliche Rahmenbedingungen der Geschäftstätigkeit der LB Kiel Gruppe. Soweit nachfolgend nicht ausdrücklich auf eine abweichende Rechtslage hingewiesen wird, gelten die folgenden Ausführungen entsprechend für die Regulierung der Geschäftstätigkeit der HSH Nordbank nach der Verschmelzung.

Überblick

Die Geschäftstätigkeit der LB Kiel Gruppe unterliegt der Bankenaufsicht in den Hoheitsgebieten, in denen sie tätig ist. Bankaufsichtsrechtliche Vorschriften enthalten unter anderem Beschränkungen hinsichtlich der Bank- und bankfremden Dienstleistungen, Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung, Begrenzungen von Großkrediten, Verhaltensregeln, Anforderungen an die Organisationsstruktur einer Bank und zahlreiche Meldepflichten. Ferner verleihen diese Vorschriften den jeweiligen Aufsichtsbehörden Prüfungs- und Durchsetzungsbefugnisse bezüglich der LB Kiel Gruppe. Außerdem gibt es in einer Reihe von Ländern, in denen die LB Kiel tätig ist, Beschränkungen für ausländische Banken und Finanzinstitute und solche, die sich in ausländischem Eigentum befinden oder unter ausländischer Beherrschung stehen, bzw. Beschränkungen, die sich auf deren Geschäftstätigkeit auswirken, wie etwa:

- Beschränkungen hinsichtlich der Eröffnung lokaler Geschäftsstellen, Niederlassungen oder Tochtergesellschaften und hinsichtlich der Art der Bank- und bankfremden Dienstleistungen, die von diesen lokalen Geschäftsstellen, Niederlassungen oder Tochtergesellschaften erbracht werden dürfen,
- Beschränkungen hinsichtlich des Erwerbs lokaler Banken oder Anforderungen bezüglich bestimmter prozentualer Anteile, die von lokalen Eigentümern gehalten werden müssen, oder bezüglich einer bestimmten Anzahl lokaler Führungskräfte und
- Beschränkungen hinsichtlich ein- und ausgehender Zahlungsströme für Investitionen und andere Zwecke.

Änderungen der Vorschriften und des Aufsichtssystems in den Ländern, in denen die LB Kiel Gruppe tätig ist, bestimmen bis zu einem gewissen Grade deren Möglichkeiten, in neue Märkte zu expandieren, die Dienstleistungen und Produkte, die in diesen Märkten angeboten werden können, die Kosten der Erbringung dieser Dienstleistungen und der Bereitstellung dieser Produkte, und die Art und Weise, wie die LB Kiel bestimmte Geschäftstätigkeiten strukturiert.

Die wichtigste Aufsichtsbehörde für die LB Kiel Gruppe ist in Deutschland die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“). Daneben werden viele Geschäftstätigkeiten der LB Kiel außerhalb Deutschlands von den jeweiligen lokalen Aufsichtsbehörden reguliert. In Ländern, die Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder sonstige Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind, werden Niederlassungen im Allgemeinen im Rahmen des so genannten „Europäischen Passes“ betrieben. Der Europäische Pass ist eine in einem Land erteilte Bankerlaubnis, die es einer Bank ermöglicht, in der gesamten Europäischen Union tätig zu werden, und zwar entweder durch Niederlassungen oder durch den Vertrieb von Produkten und Dienstleistungen in anderen Mitgliedstaaten. Im Rahmen des Europäischen Passes unterliegen die Niederlassungen der LB Kiel in der EU und im EWR hauptsächlich den Vorschriften und der Aufsicht der BaFin. Wenn sie in einem anderen Mitgliedstaat eine Niederlassung eröffnet, muss die LB Kiel dies der Aufsichtsbehörde des Gastlandes anzeigen, die verlangen kann, dass die LB Kiel ihr jegliche Informationen liefert, die sie den Aufsichtsbehörden in Deutschland zur Verfügung stellt. Außerdem ist die Aufsichtsbehörde des Gastlandes berechtigt, der LB Kiel im öffentlichen Interesse bestimmte Beschränkungen aufzuerlegen. Wenn die LB Kiel in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraums eine Tochtergesellschaft errichtet, muss sie von der zuständigen lokalen Bankaufsichtsbehörde eine gesonderte Genehmigung einholen. In den Vereinigten Staaten wird die Niederlassung New York der LB Kiel hauptsächlich vom New York Banking Department und dem Board of Prime Ministers des Federal Reserve System beaufsichtigt.

Die folgenden Abschnitte stellen eine Beschreibung der aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen dar, die für die LB Kiel in Deutschland als dem für die LB Kiel und nach der Verschmelzung für die HSH Nordbank bedeutendsten Hoheitsgebiet gelten und nach der Verschmelzung für die HSH Nordbank gelten werden.

Außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und der Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums, wo, wie ausgeführt, die LB Kiel auf Grundlage des Europäischen Passes tätig wird, haben lokale Landesvorschriften im Allgemeinen eine begrenzte Auswirkung auf das Geschäft der LB Kiel.

Die wichtigsten Gesetze und Aufsichtsbehörden

Die LB Kiel ist ermächtigt, Bankgeschäfte aller Art und Finanzdienstleistungen nach den Vorschriften des Kreditwesengesetzes zu betreiben bzw. zu erbringen. Ferner unterliegt die LB Kiel den Bestimmungen des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein; mit Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB zur HSH Nordbank verliert das Sparkassengesetz für das Land Schleswig-Holstein seine Wirkung für das fusionierte Institut.

Die LB Kiel sowie diejenigen ihrer deutschen Tochtergesellschaften, die Bank- und Finanzdienstleistungsgeschäfte betreiben, und diejenigen, die mit Bankgeschäften und Finanzdienstleistungen verbundene Geschäfte betreiben, unterliegen der umfassenden Regulierung und Aufsicht durch die Deutsche Bundesbank und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Die erst vor Kurzem errichtete Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vereinigt die Funktionen des vormaligen Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen, des vormaligen Bundesaufsichtsamts für das Versicherungswesen und des vormaligen Bundesaufsichtsamts für den Wertpapierhandel. Die Europäische Zentralbank setzt die Mindestreserveverfordernisse für Einlagen der LB Kiel fest.

Das Kreditwesengesetz (KWG)

Das Kreditwesengesetz enthält die wichtigsten Vorschriften für deutsche Banken einschließlich der Voraussetzungen für die Erteilung einer Bankerlaubnis und regelt die Geschäftstätigkeiten deutscher Banken. Das Kreditwesengesetz definiert ein Kreditinstitut als ein Unternehmen, das mindestens eines der im Gesetz als Bankgeschäfte definierten Finanzdienstleistungen betreibt. Das Kreditwesengesetz findet auch auf Finanzdienstleistungsunternehmen Anwendung. Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute unterliegen einer Erlaubnispflicht nach Maßgabe des Kreditwesengesetzes.

Das Kreditwesengesetz und die darunter erlassenen Regeln und Vorschriften setzen bestimmte Empfehlungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (der „Baseler Ausschuss“) bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (die „BIZ“) sowie bestimmte für Banken geltende Richtlinien des Europäischen Rats um. Diese Richtlinien betreffen Bilanzierungsvorschriften, das haftende Eigenkapital, die risikogewichtete Kapitaladäquanz, die konsolidierte Aufsicht, die Überwachung und Kontrolle von Großkrediten, die Errichtung von Niederlassungen innerhalb der Europäischen Union und die Schaffung eines einheitlichen Bankenmarkts für den gesamten Bereich der Europäischen Union ohne interne Hürden für grenzüberschreitende Bankdienstleistungen.

Das Sparkassengesetz für das Land Schleswig-Holstein

Das Sparkassengesetz für das Land Schleswig-Holstein stellt die rechtliche Grundlage für das Geschäft der LB Kiel dar. Es besagt, dass die LB Kiel ein öffentlich-rechtliches Institut mit Sitz in Kiel ist, und definiert den Status der LB Kiel als den einer Landesbank, einer Girozentrale für die Sparkassen Schleswig-Holsteins und einer Geschäftsbank. Das Gesetz weist der LB Kiel die Aufgabe zu,

- Bankgeschäfte für das Land Schleswig-Holstein auszuführen,
- die Sparkassen Schleswig-Holsteins bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen,
- Kredite an kommunale Körperschaften zu vergeben und
- die Wirtschaft des Landes zu fördern.

Bei der Durchführung ihrer Tätigkeiten als Geschäftsbank muss die LB Kiel die Interessen Schleswig-Holsteins und der in diesem Land ansässigen Sparkassen berücksichtigen. Mit der Verschmelzung der LB Kiel und der Hamburg LB zur HSH Nordbank verliert das Sparkassengesetz für das Land Schleswig-Holstein seine Wirkung für das fusionierte Institut.

Gesetz über die Pfandbriefe und verwandte Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute und das Hypothekendarbankgesetz

Das Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute verleiht der LB Kiel das Recht, Pfandbriefe auszugeben. Da das Gesetz nur für öffentlich-rechtliche Kreditinstitute gilt, wird es keine Anwendung auf die HSH Nordbank finden. Die LB Kiel erwartet eine bundesgesetzliche Regelung, welche es der HSH Nordbank ermöglichen wird, das Pfandbriefbestandsgeschäft fortzuführen. Die HSH Nordbank wird die Einrichtung einer Hypothekendarbank als Tochtergesellschaft, welche berechtigt wäre, Pfandbriefe zu emittieren, prüfen.

Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ist eine Bundesaufsichtsbehörde, die vom Bundesminister der Finanzen beaufsichtigt wird. Sie erlässt Verwaltungsakte, Verordnungen und Verlautbarungen und Rundschreiben, die das deutsche Bankenaufsichtsrecht und andere Gesetze, die deutsche Banken betreffen, umsetzen.

Die BaFin überwacht die Geschäftstätigkeit deutscher Banken, um sicher zu stellen, dass sie das Kreditwesengesetz und andere einschlägige Gesetze und Verordnungen einhalten. Ein besonderer Schwerpunkt wird dabei auf die Einhaltung der Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung und Liquidität, der Großkreditgrenzen und der Beschränkungen bei bestimmten Geschäftstätigkeiten gelegt, wie sie im Kreditwesengesetz und den damit zusammenhängenden Verordnungen geregelt sind.

Regulierung durch die Deutsche Bundesbank

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nimmt ihre Funktion als Aufsichtsbehörde in enger Zusammenarbeit mit der Bundesbank wahr. Dennoch haben diese beiden Institute unterschiedliche Funktionen. Während nur die BaFin die Befugnis zum Erlass von Verwaltungsakten hat, muss sie sich mit der Bundesbank ins Benehmen setzen, bevor sie allgemeine Verordnungen erlässt. Außerdem muss die BaFin die Zustimmung der Bundesbank einholen, bevor sie allgemeine Verordnungen erlässt, die sich auf die Geschäfte der Bundesbank auswirken wie die Grundsätze über die Eigenmittel und Liquidität der Institute, die aus zwei Teilbereichen (Grundsätze I und II) über Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung und Liquidität bestehen.

Die Bundesbank ist zuständig für die Erhebung und Analyse von Statistiken und Meldungen von deutschen Banken. Die Bundesbank hat neun Hauptverwaltungen. Diese Hauptverwaltungen analysieren die Statistiken und Meldungen aller deutschen Banken, die ihren Sitz in den Bundesländern haben, für die sie zuständig sind. Die LB Kiel berichtet der Hauptverwaltung der Bundesbank in Hamburg, welcher auch für die HSH Nordbank notwendig sein wird.

Aufsicht über den Wertpapierhandel durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz beaufsichtigt die BaFin den Wertpapierhandel in Deutschland. Das Wertpapierhandelsgesetz verbietet unter anderem Insidergeschäfte mit Wertpapieren, die an einer inländischen Börse oder einer Börse in einem anderen Land, das ein Mitgliedstaat der Europäischen Union oder ein anderer Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, zugelassen oder in den Freiverkehr einbezogen sind.

Damit die BaFin ihre Aufsichtsfunktionen ausüben kann, unterliegen Kreditinstitute umfassenden Meldepflichten in Bezug auf Geschäfte in Wertpapieren und Derivaten. Die Meldepflichten gelten sowohl für Eigengeschäfte des Kreditinstituts als auch für Kundengeschäfte. Darüber hinaus enthält das Wertpapierhandelsgesetz Verhaltensregeln. Diese Regeln gelten für alle Unternehmen, die Wertpapierdienstleistungen erbringen. Wertpapierdienstleistungen umfassen insbesondere den Kauf und Verkauf von Wertpapieren oder Derivaten für Dritte und die Vermittlung von Geschäften in Wertpapieren oder Derivaten. Die BaFin verfügt über weitreichende Befugnisse zur Prüfung von Wertpapierdienstleistungsunternehmen, um die Einhaltung der Verhaltensregeln und der Meldepflichten zu überwachen. Außerdem verlangt das Wert-

papierhandelsgesetz, dass ein unabhängiger Prüfer eine jährliche Prüfung der Einhaltung der Verpflichtungen des Wertpapierhandelsunternehmens aus dem Wertpapierhandelsgesetz vornimmt.

Die Europäische Zentralbank

Die Europäische Zentralbank setzt die Mindestreserveanforderungen für Institute fest, die das Einlagen- und Kreditgeschäft mit Kunden betreiben. Diese Mindestreserven müssen in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes der Verbindlichkeiten der Institute aus bestimmten Einlagen sowie aus ausgegebenen Schuldverschreibungen und Geldmarktpapieren gehalten werden.

Angemessene Eigenmittelausstattung

Die deutschen Grundsätze über die angemessene Eigenmittelausstattung beruhen auf dem Prinzip der Risikogewichtung. Die in Grundsatz I festgelegten Grundsätze über die angemessene Eigenmittelausstattung regeln Anforderungen sowohl für Adressenausfallrisiken als auch für Marktrisiken. Deutsche Banken müssen ihre Adressenausfall- und Marktrisiken mit Kernkapital und Ergänzungskapital (zusammen „haftendes Eigenkapital“) unterlegen. Marktrisiken können sie auch mit Drittrangmitteln und (soweit nicht zur Unterlegung von Adressenausfallrisiken benötigt) mit haftendem Eigenkapital unterlegen. Die Berechnung des haftenden Eigenkapitals und der Drittrangmittel wird nachstehend dargestellt.

Grundsatz I verlangt, dass jede deutsche Bank eine Eigenkapitalquote (Verhältnis von haftendem Eigenkapital zu risikogewichteten Aktiva) von mindestens 8% aufweist. Die Berechnung der risikogewichteten Aktiva wird nachstehend erläutert. Die Vorschriften zur Eigenkapitalquote setzen die EG-Richtlinie über die Eigenmittel und die EG-Richtlinie über einen Solvabilitäts-Koeffizienten um, die ihrerseits auf den Empfehlungen des Baseler Ausschusses bei der BIZ beruhen. Vgl. „Die Baseler Eigenkapitalübereinkunft (Basel II)“ wegen vorgesehener Änderungen der derzeitigen Empfehlung des Baseler Ausschusses.

Haftendes Eigenkapital

Das haftende Eigenkapital, der Zähler der Eigenkapitalquote, besteht nach der Definition des Kreditwesengesetzes hauptsächlich aus den nachstehend aufgeführten Positionen:

Kernkapital:

- Eingezahltes Grundkapital (bei öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten Dotationskapital).
- Kapitalrücklagen.
- Gewinnrücklagen.
- *Sonderposten für allgemeine Bankrisiken.* Eine Bank kann diesen Sonderposten auf der Passivseite ihrer Bilanz im Hinblick auf die dem Bankgeschäft innewohnenden speziellen Risiken bilden. Eine Bank muss die Höhe dieses Posten nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung festsetzen.
- *Stille Beteiligungen.* Stille Beteiligungen sind Beteiligungen am Handelsgewerbe einer Bank. Diese Beteiligungen unterliegen bestimmten Anforderungen wie einer Mindestlaufzeit von fünf Jahren, nicht nachholbaren Ausschüttungen, Teilnahme am Verlust der Bank und Nachrangigkeit gegenüber den Rechten sämtlicher Gläubiger im Falle der Insolvenz oder Liquidation der Bank.

Bei der Berechnung des Kernkapitals werden von der Bank gehaltene eigene Aktien, Verluste und bestimmte immaterielle Vermögenswerte abgezogen.

Ergänzungskapital (begrenzt auf die Höhe des Kernkapitals):

- *Genussrechte.* Diese Rechte unterliegen bestimmten Anforderungen wie einer Mindestlaufzeit von fünf Jahren, Teilnahme am Verlust der Bank und Nachrangigkeit gegenüber den Rechten aller nicht nachrangigen Gläubiger im Falle der Insolvenz oder Liquidation der Bank.

- *Längerfristige nachrangige Verbindlichkeiten* (begrenzt auf 50% des Kernkapitals). Diese Verbindlichkeiten müssen bestimmte Kriterien erfüllen wie eine Mindestlaufzeit von fünf Jahren und Nachrangigkeit gegenüber den Rechten aller nicht nachrangigen Gläubiger im Falle der Insolvenz oder Liquidation der Bank.
- *Rücklagen gemäß § 6b des Einkommensteuergesetzes*. Eine Bank kann 45% dieser Rücklagen dem haftenden Eigenkapital hinzurechnen. Sämtliche Reserven, die zum haftenden Eigenkapital gerechnet werden, müssen jedoch aus dem Erlös aus dem Verkauf von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten oder Gebäuden gebildet worden sein.
- *Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken*. Eine Bank kann in ihrer Bilanz bestimmte Forderungen mit einem niedrigeren als dem für Industrieunternehmen oder andere Nichtbanken zulässigen Wert ansetzen. Diese Forderungen umfassen Darlehen und Wertpapiere, die weder Anlagevermögen noch Teil des Handelsbestands darstellen. Die Bank kann diese Forderungen mit einem niedrigeren Wert ansetzen, wenn ein niedrigerer Wertansatz nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung der Bank ratsam ist, um sich gegen spezielle dem Bankgeschäft innewohnenden Risiken abzusichern. Die Vorsorgerisiken für allgemeine Bankrisiken dürfen 4% des Buchwerts der ausgewiesenen Forderungen und Wertpapiere nicht übersteigen.
- *Bestimmte nicht realisierte Reserven*. Diese Reserven können folgende Positionen enthalten: bis zu 45% des Unterschiedsbetrags zwischen dem Buchwert und dem Beleihungswert von Grundstücken und Gebäuden und bis zu 35% des Unterschiedsbetrags zwischen dem Buchwert nicht realisierter Reserven (einschließlich Risikorückstellungen) und der Summe des Kurswerts börsennotierter Wertpapiere und dem veröffentlichten Rücknahmepreis für Anteile an bestimmten Wertpapier- oder Immobilienfonds. Eine Bank darf diese Reserven dem Ergänzungskapital nur zurechnen, wenn ihr Kernkapital mindestens 4,4% ihrer risikogewichteten Aktiva beträgt. Die Reserven dürfen dem Ergänzungskapital nur bis zu 1,4% der risikogewichteten Aktiva zugerechnet werden.

Eigenkapitalkomponenten, die die vorstehenden Kriterien erfüllen und die eine Bank einer anderen Bank, einem Finanzdienstleistungsinstitut oder Finanzunternehmen, die bzw. das für bankaufsichtsrechtliche Zwecke nicht mit der Bank konsolidiert wird, zur Verfügung gestellt hat, werden vom haftenden Eigenkapital der Bank abgezogen, wenn die Bank mehr als 10% des Eigenkapitals dieser anderen Bank, dieses Finanzdienstleistungsinstituts oder dieses Finanzunternehmens hält oder soweit der gesamte Buchwert dieser Beteiligungen 10% des haftenden Eigenkapitals der Bank übersteigt.

Risikogewichtete Aktiva

Die Berechnung der risikogewichteten Aktiva, des Nenners der Eigenkapitalquote, ist im Grundsatz I festgelegt. Die Aktiva werden einer von fünf Grundkategorien relativen Kreditrisikos, abhängig vom Schuldner und der Art der gegebenenfalls gestellten Sicherheit für die betreffenden Aktiva, zugeordnet. Jede Kategorie hat eine bestimmte Risikogewichtung (0%, 10%, 20%, 50%, 70% bzw. 100%). Der Bilanzwert jedes Aktivpostens wird dann mit der für seine Kategorie geltenden Risikogewichtung multipliziert. Das Ergebnis ist der risikogewichtete Wert des betreffenden Aktivpostens.

Die Risikogewichtung außerbilanzieller Posten wie Garantien, Akkreditive, Swaps und anderer Finanzderivate wird in einem zweistufigen Verfahren ermittelt. Zuerst wird der Wert jedes Postens ermittelt. Der Wert jedes Postens wird je nach der Art des Instruments mit einem von drei Risikogewichtungen (20%, 50% bzw. 100%) multipliziert. Im zweiten Schritt wird der außerbilanzielle Posten einer der sechs vorstehend für Bilanzposten angegebenen Kreditrisikokategorien zugeordnet. Die Auswahl eines angemessenen Risikomultiplikators ist abhängig von der Art der Gegenpartei oder des Schuldners und der Art der gegebenenfalls gestellten Sicherheit für den Aktivposten. Um den risikogewichteten Wert des außerbilanziellen Postens zu erhalten, wird der angepasste Wert des außerbilanziellen Postens dann mit der Risikogewichtung multipliziert.

Dritrangmittel und Marktrisiko

Grundsatz I legt auch die Grundsätze für die erforderliche Eigenmittelunterlegung für das Marktrisiko fest. Zu den Marktrisikopositionen einer Bank gehören:

- Währungspositionen,
- Rohstoffpositionen,
- bestimmte Handelsbuchpositionen einschließlich solcher, die ein Adressenausfallrisiko, ein Zinsrisiko und ein Aktienkursrisiko beinhalten und
- Optionspositionen.

Die risikogewichteten Nettomarktrisikopositionen müssen mit Eigenmitteln unterlegt werden, die nicht zur Unterlegung von Adressenausfallrisiken benötigt werden. Eigenmittel umfassen das haftende Eigenkapital (Kernkapital zuzüglich Ergänzungskapital) und Dritrangmittel. Die Berechnung der risikogewichteten Nettomarktrisikopositionen muss nach den im Grundsatz I festgelegten spezifischen Regeln oder auf Verlangen einer Bank ganz oder teilweise gemäß den von der BaFin genehmigten internen Risikomodellen der Bank erfolgen.

Am Ende eines jeden Geschäftstages dürfen die gesamten risikogewichteten Nettomarktrisikopositionen einer Bank die Summe aus:

- dem Unterschiedsbetrag zwischen dem haftenden Eigenkapital der Bank und 8% des Gesamtbetrags der risikogewichteten Risikoaktiva und
- den Dritrangmitteln der Bank

nicht übersteigen.

Dritrangmittel bestehen aus den nachstehend aufgeführten Posten:

- *Nettogewinn.* Der Nettogewinn wird als der anteilige Gewinn einer Bank definiert, der bei der Glattstellung aller Handelsbuchpositionen am Ende eines Tages entstünde, abzüglich aller vorhersehbaren Aufwendungen und Ausschüttungen sowie der bei einer Liquidation der Bank voraussichtlich entstehenden Verluste aus dem Anlagebuch.
- *Kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten.* Diese Verbindlichkeiten müssen bestimmte Anforderungen erfüllen wie eine Mindestlaufzeit von zwei Jahren, Nachrangigkeit gegenüber den Ansprüchen aller nicht nachrangigen Gläubiger im Falle der Insolvenz oder Liquidation der Bank und Aussetzung von Zins- und Tilgungszahlungen, wenn diese Zahlung dazu führen würde, dass die Eigenmittel der Bank die gesetzlichen Anforderungen nicht mehr erfüllen.

Der Nettogewinn und die kurzfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten können als Dritrangmittel nur bis zu einem Betrag anerkannt werden, der zusammen mit dem Ergänzungskapital, das nicht für die Unterlegung der aus dem Anlagebuch entstehenden Risiken (wie vorstehend beschrieben) benötigt wird, 250% des Kernkapitals, das für die Unterlegung von Risiken aus dem Anlagebuch benötigt wird, nicht übersteigt.

Das Kreditwesengesetz definiert das Anlagebuch als alle Positionen und Geschäfte, die nicht Teil des Handelsbuches sind. Das Handelsbuch besteht nach seiner Definition hauptsächlich aus:

- Finanzinstrumenten, die eine Bank zum Zwecke des Wiederverkaufs im Eigenbestand hält oder die eine Bank erwirbt, um bestehende oder erwartete Spannen zwischen dem Kauf- und Verkaufspreis oder Preis- und Zinsbewegungen zu nutzen,
- Positionen und Geschäften zur Absicherung gegen Marktrisiken des Handelsbuches und damit im Zusammenhang stehenden Refinanzierungsgeschäften,
- Aufgabegeschäften,

- Forderungen in Form von Gebühren, Provisionen, Zinsen, Dividenden und Einschüssen, die unmittelbar mit Positionen des Handelsbuches verbunden sind und
- Pensions-, Leih- und ähnlichen Geschäften im Zusammenhang mit Positionen des Handelsbuches.

Die Baseler Eigenkapitalübereinkunft (Basel II)

Die für die LB Kiel geltenden Anforderungen zur Eigenmittelausstattung beruhen auf der Eigenkapital-übereinkunft des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht von 1988 (die „BIZ“). Die BIZ ist ein Ausschuss von Notenbanken und Bankaufsichtsbehörden aus den bedeutenderen Industrieländern, der allgemeine Grundsatzrichtlinien erarbeitet, die die Aufsichtsbehörden jedes Landes zur Festlegung der von ihnen verfolgten Aufsichtspolitik verwenden können. Im Januar 2001 veröffentlichte der Baseler Ausschuss Vorschläge für eine Überarbeitung der bestehenden internationalen Eigenkapitaladäquanz-Standards. Die beiden Hauptziele der Vorschläge sind: (i) genauere Ausrichtung der Eigenmittelerfordernisse auf die zugrunde liegenden Risiken und (ii) Einführung eines Kapitalabzugs für operationelle Risiken (unter anderem Risiken im Zusammenhang mit bestimmten externen Faktoren sowie technischen Fehlern und Fehlern von Angestellten). Es wird davon ausgegangen, dass die Vorschläge im Laufe des Jahres 2003 vom Baseler Ausschuss angenommen werden und dass sie 2006 in den einzelnen Ländern, die im Baseler Ausschuss vertreten sind, in Kraft treten werden. Wenn diese Vorschläge in Kraft treten, wird die LB Kiel möglicherweise für aufsichtsrechtliche Zwecke höhere Eigenmittel halten müssen, was zu einem Anstieg der Finanzierungskosten führen könnte. Während seiner Sitzung vom 10. Juli 2002 erreichte die BIZ eine Einigung über eine Reihe wichtiger Fragen, die der Ausschuss seit Veröffentlichung seines Beratungspapiers im Januar 2001 untersucht, und bestätigte den Zeitplan für die endgültige Fertigstellung der neuen Übereinkunft.

Konsolidierte Regulierung und Aufsicht

Die Bestimmungen des Kreditwesengesetzes über die konsolidierte Aufsicht verlangen, dass jede Institutsgruppe als ganze die Anforderungen an die Eigenmittel erfüllt. Nach dem Kreditwesengesetz besteht eine Institutsgruppe aus einer Bank oder einem Finanzdienstleistungsinstitut mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland als Muttergesellschaft und allen anderen Banken, Finanzdienstleistungsinstituten, Finanzunternehmen und Bankdienstleistungsunternehmen, an denen die Muttergesellschaft über 50% des Kapitals oder der Stimmrechte hält oder auf die die Muttergesellschaft anderweitig einen beherrschenden Einfluss ausüben kann. Auf Gemeinschaftsunternehmen, die zu der gemeinsamen Leitung einer anderen Bank, eines anderen Finanzdienstleistungsinstituts, Finanzunternehmens oder Bankdienstleistungsunternehmens durch eine Bank und mindestens einem Dritten führen, finden spezielle Regelungen Anwendung.

Liquiditätsanforderungen

Das Kreditwesengesetz verlangt, dass deutsche Banken und bestimmte Finanzdienstleistungsinstitute ihre Mittel so anlegen, dass jederzeit eine ausreichende Liquidität gewährleistet ist. Grundsatz II schreibt diese spezifischen Liquiditätsanforderungen für Banken und bestimmte Finanzdienstleistungsinstitute vor. Die im Grundsatz II festgelegten Liquiditätsanforderungen beruhen auf einem Vergleich der Restlaufzeiten bestimmter Aktiv- und Passivposten. Der Grundsatz II verlangt ein Verhältnis (Liquiditätskennzahl) der Zahlungsmittel zu den Zahlungsverpflichtungen, die innerhalb eines Monats nach dem Tag erwartet werden, an dem die Kennzahl ermittelt wird, von mindestens eins. Deutsche Banken und bestimmte Finanzdienstleistungsinstitute müssen die Liquiditätskennzahl und die geschätzten Liquiditätskennzahlen für die nächsten elf Monate monatlich der BaFin melden. Die im Grundsatz II festgelegten Liquiditätsanforderungen finden auf konsolidierter Basis keine Anwendung.

Großkreditgrenzen

Das Kreditwesengesetz und die Großkredit- und Millionenkreditverordnung begrenzen die Konzentration von Kreditrisiken einer Bank auf nicht konsolidierter und konsolidierter Basis durch Beschränkungen für

Großkredite. Die Regeln für Großkredite unterscheiden zwischen den folgenden beiden Arten von Instituten:

- Banken und Institutsgruppen mit nur geringen Handelsbuchpositionen, die nicht den Regeln über das Handelsbuch unterliegen und
- Banken und Institute, die den Regeln über das Handelsbuch unterliegen (Handelsbuchinstitute).

Die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung die HSH Nordbank) unterliegt den für Handelsbuchinstitute geltenden Regeln über Großkredite. Diese Regeln enthalten gesonderte Beschränkungen für Großkredite, die das Anlagebuch betreffen (Anlagebuch-Großkredite), und für die Gesamtsumme der Großkredite (Gesamtbuch-Großkredite) einer Bank oder Institutsgruppe.

Anlagebuch-Großkredite sind Kredite im Rahmen des Anlagebuches, die einen einzelnen Kunden (und mit ihm verbundene Kunden) betreffen und 10% des haftenden Eigenkapitals einer Bank oder Institutsgruppe erreichen oder übersteigen.

Einzelne Anlagebuch-Großkredite dürfen 25% des haftenden Eigenkapitals der Bank oder Institutsgruppe nicht übersteigen (20% bei Krediten an mit der Bank verbundene Unternehmen, die für bankaufsichtsrechtliche Zwecke nicht konsolidiert werden).

Gesamtbuch-Großkredite liegen vor, wenn die Summe der Anlage-Großkredite und der im Rahmen des Handelsbuches gewährten Kredite an einen einzelnen Kunden (und mit ihm verbundene Kunden) (Handelsbuch-Großkredite) 10% der Eigenmittel der Bank oder Institutsgruppe erreicht oder übersteigt. Die Grenze von 25% (20% bei nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen) der Eigenmittel einer Bank oder Institutsgruppe gilt auch für Gesamtbuch-Großkredite. Im Rahmen des Handelsbuches gewährte Kredite umfassen:

- den Nettobetrag aus Kauf- und Verkaufspositionen von Finanzinstrumenten, die Zinsrisiken beinhalten (Nettozinspositionen),
- den Nettobetrag aus Kauf- und Verkaufspositionen von Finanzinstrumenten, die Aktienkursrisiken beinhalten (Nettoaktienpositionen) und
- das Adressenausfallrisiko aus Positionen des Handelsbuches.

Neben den vorstehenden Grenzen dürfen die gesamten Anlagebuch-Großkredite das Achtfache des haftenden Eigenkapitals der Bank oder Institutsgruppe nicht übersteigen, und die Gesamtbuch-Großkredite dürfen insgesamt das Achtfache der Eigenmittel der Bank oder Institutsgruppe nicht übersteigen.

Eine Bank oder Institutsgruppe darf diese Obergrenzen nur mit Zustimmung der BaFin überschreiten. In einem solchen Falle muss die Bank oder Institutsgruppe den die Obergrenze übersteigenden Betrag des Großkredits vollständig mit haftendem Eigenkapital (wenn die Obergrenzen in Bezug auf das haftende Eigenkapital berechnet werden) oder mit Eigenmitteln (wenn die Obergrenzen in Bezug auf die Eigenmittel berechnet werden) unterlegen.

Außerdem dürfen die gesamten Handelsbuch-Kredite an einen einzelnen Kunden (und mit ihm verbundene Kunden) das Fünffache desjenigen Teils der Eigenmittel der Bank oder Institutsgruppe nicht übersteigen, der nicht zur Eigenkapitalunterlegung des Anlagebuches benötigt wird. Eine Gesamtposition von Handelsbuch-Krediten an einen einzelnen Kunden (und mit ihm verbundene Kunden) über die vorgenannte Grenze hinaus ist nicht zulässig.

Begrenzungen von bedeutenden Beteiligungen

Das Kreditwesengesetz sieht Begrenzungen für Beteiligungen von Banken, die das Einlagengeschäft betreiben an Unternehmen außerhalb der Finanz- und Versicherungsbranche vor, wenn diese Beteiligung (eine „maßgebliche Beteiligung“):

- unmittelbar oder mittelbar mindestens 10% des Kapitals oder der Stimmrechte eines Unternehmens entspricht oder

- dem Eigentümer einen maßgeblichen Einfluss auf die Geschäftsführung des Unternehmens gewähren würde.

Beteiligungen, die die vorstehenden Anforderungen erfüllen, gelten nicht als maßgebliche Beteiligungen, wenn die Bank nicht beabsichtigt, mit dem Beteiligungsunternehmen eine dauerhafte Verbindung herzustellen. Bei der Berechnung maßgeblicher Beteiligungen werden alle Beteiligungen, die eine Bank mittelbar über ein oder mehrere Tochterunternehmen hält, in vollem Umfang der Mutterbank zugerechnet.

Der Nennwert (im Gegensatz zum Buchwert oder zum gezahlten Preis) einer maßgeblichen Beteiligung einer Bank an einem Unternehmen darf 15% des haftenden Eigenkapitals der Bank nicht übersteigen. Ferner darf die Summe der Nennbeträge aller maßgeblichen Beteiligungen einer Bank 60% des haftenden Eigenkapitals der Bank nicht übersteigen. Eine Bank kann diese Obergrenzen nur mit Zustimmung der BaFin überschreiten. Die Bank muss den die Obergrenze übersteigenden Betrag der maßgeblichen Beteiligung oder Beteiligungen vollständig mit haftendem Eigenkapital unterlegen.

Die Begrenzungen für maßgebliche Beteiligungen finden auch auf konsolidierter Basis Anwendung.

Jahresabschlüsse und Prüfungen

Die Einhaltung der Anforderungen an die Eigenmittelausstattung wird auf der Grundlage von Jahresabschlüssen gemäß den deutschen Grundsätzen ordnungsgemäßer Rechnungslegung festgestellt. Die für Banken geltenden deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Rechnungslegung ergeben sich vorwiegend aus dem Handelsgesetzbuch und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute schreibt für die Darstellung der Jahresabschlüsse aller Banken ein einheitliches Format vor.

Nach deutschem Recht muss die LB Kiel (bzw. nach der Verschmelzung die HSH Nordbank) einmal jährlich durch einen Wirtschaftsprüfer geprüft werden. Die BaFin muss von der Bestellung des Wirtschaftsprüfers unterrichtet werden und kann dessen Bestellung ablehnen.

Nach dem Kreditwesengesetz muss der Wirtschaftsprüfer einer Bank der BaFin anzeigen, wenn ihm Tatsachen bekannt werden, die zur Versagung oder Einschränkung des Bestätigungsvermerks für den Jahresabschluss der Bank führen oder die Finanzlage der Bank nachteilig beeinflussen würden. Ferner muss der Wirtschaftsprüfer der BaFin schwerwiegende Verstöße der Geschäftsleiter gegen die Satzung der Bank oder ein anderes einschlägiges Gesetz anzeigen.

Der Wirtschaftsprüfer muss einmal jährlich einen eingehenden und umfassenden Prüfungsbericht erstellen, der dem Aufsichtsrat der Bank, der BaFin und der Bundesbank vorgelegt wird.

Meldepflichten

Die BaFin und die Bundesbank verlangen von deutschen Banken die Übermittlung umfassender Informationen, um die Einhaltung des Kreditwesengesetzes und anderer einschlägiger gesetzlicher Vorschriften überwachen zu können und Informationen über die finanzielle Lage der Banken zu erhalten.

Innenrevision

Die BaFin verlangt, dass jede deutsche Bank eine wirksame Innenrevisionsabteilung hat. Die Innenrevisionsabteilung muss von ausreichender Größe und Qualität sein und angemessene Verfahren zur Überwachung und Kontrolle der Tätigkeiten der Bank einrichten.

Jede Bank muss außerdem einen schriftlichen Organisationsplan besitzen, der die Aufgaben der Mitarbeiter und die betrieblichen Abläufe festlegt. Die Innenrevisionsabteilung der Bank muss die Einhaltung des Plans überwachen.

Einholung von Auskünften und behördliche Prüfungen

Die BaFin führt Prüfungen bei Banken im Rahmen von Stichproben oder aus besonderem Anlass durch. Um die Einhaltung des Kreditwesengesetzes und seiner Vorschriften sicher zu stellen, kann sie von der Bank Informationen und Unterlagen anfordern. Die BaFin kann ohne Angabe von Gründen Prüfungen vornehmen.

Die BaFin kann Prüfungen auch bei einem ausländischen Unternehmen durchführen, dass aufsichtsrechtlich zu einer Institutsgruppe gehört, um Angaben über Konsolidierung, Großkreditobergrenzen und die damit im Zusammenhang stehenden Meldungen nachzuprüfen. Prüfungen bei ausländischen Unternehmen sind in dem Maße beschränkt, wie das Recht des Hoheitsgebiets, in dem das Unternehmen seinen Sitz hat, solche Prüfungen einschränkt.

Die BaFin kann an Sitzungen des Aufsichtsrats der Bank und an Hauptversammlungen teilnehmen. Sie kann auch verlangen, dass Sitzungen bzw. Versammlungen dieser Gremien einberufen werden.

Durchsetzungsbefugnisse

Die BaFin verfügt für den Fall, dass sie Unregelmäßigkeiten feststellt, über ein breites Spektrum von Durchsetzungsbefugnissen. Sie kann Geschäftsleiter abberufen oder ihnen die weitere Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen. Wenn die Eigenmittel einer Bank unzureichend sind oder wenn die Liquiditätsanforderungen nicht erfüllt werden und die Bank die Mängel nicht innerhalb einer gesetzten Frist behebt, kann die BaFin die Ausschüttung von Gewinnen oder die Gewährung von Krediten untersagen oder beschränken. Dieses Verbot gilt auch für die Mutterbank einer Institutsgruppe, falls die Eigenmittel der Gruppe auf konsolidierter Basis unzureichend sind. Werden die Liquiditätsanforderungen nicht erfüllt, kann die BaFin der Bank auch die Vornahme weiterer Anlagen in illiquiden Vermögenswerten untersagen.

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen einer Bank gegenüber ihren Gläubigern, kann die BaFin zur Abwendung der Gefahr einstweilige Maßnahmen treffen. Zu diesen einstweiligen Maßnahmen können folgende gehören:

- Erlass von Weisungen bezüglich der Führung der Geschäfte der Bank,
- Verbot der Entgegennahme von Einlagen und der Gewährung von Krediten,
- Verbot oder Beschränkung der Ausübung ihrer Tätigkeit durch die Geschäftsleiter der Bank und
- Bestellung von Aufsichtspersonen.

Wenn diese Maßnahmen nicht ausreichen, kann die BaFin der Bank die Erlaubnis entziehen und gegebenenfalls die Schließung der Bank anordnen.

Um die Insolvenz einer Bank zu verhindern, kann die BaFin ein Zahlungs- und Veräußerungsverbot erlassen, den Kundenverkehr schließen und die Entgegennahme von Zahlungen, die nicht zur Tilgung von Schulden gegenüber der Bank bestimmt sind, verbieten. Nur die BaFin kann die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über eine Bank beantragen.

Bei Verletzungen des Kreditwesengesetzes können Strafen und Geldbußen verhängt werden.

BESTEuerung

Besteuerung in Jersey

Investoren, die nicht in Jersey ansässig sind, sind nicht in Jersey steuerpflichtig im Hinblick auf die Inhaberschaft, den Verkauf oder andere Dispositionen bezüglich der RESPARC Securities. Bei Zinszahlungen der Emittentin auf die RESPARC Securities wird in Jersey keine Quellensteuer einbehalten.

Bezüglich des Erwerbs, der Inhaberschaft, der Einlösung, des Verkaufs oder einer anderen Veräußerung der RESPARC Securities fällt in Jersey keine Stempelsteuer an. Stempelsteuer ist in Jersey fällig bei der Registrierung eines Nachlasses betreffend den Tod einer natürlichen Person, die RESPARC Securities hält und bei der Vermögensgegenstände in Jersey belegen sind (was, in manchen Fällen, auch RESPARC Securities betreffen kann). Stempelsteuer wird auf der Basis des Wertes des in Jersey belegenen Nachlasses ermittelt.

Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

Der folgende Abschnitt „Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland“ enthält eine Zusammenfassung einiger wichtiger deutscher steuerlicher Bestimmungen, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Inhaberschaft dem Verkauf oder der Einlösung der RESPARC Securities von Bedeutung sind. Die Zusammenfassung ist keine umfassende, vollständige Darstellung sämtlicher steuerlicher Aspekte, die für den Investor von Bedeutung sein könnten. Grundlage der Zusammenfassung sind die deutschen Steuergesetze, die zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Verkaufs-/Börsenzulassungsprospektes in Kraft sind. Wir empfehlen dringend, dass potentielle Investoren sich im Hinblick auf die steuerlichen Auswirkungen des Erwerbs, der Inhaberschaft, des Verkaufs oder der Einlösung der RESPARC Securities steuerlich beraten lassen.

Investoren mit Wohnsitz in Deutschland

Zinszahlungen der Emittentin an Investoren, die in Deutschland steuerlich ansässig sind, unterliegen der Einkommen- oder Körperschaftsteuer zusätzlich Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5% auf die jeweilige Einkommen- oder Körperschaftsteuer. Wenn die RESPARC Securities Betriebsvermögen eines in Deutschland betriebenen Gewerbebetriebs sind, unterliegen die Zinszahlungen auch der Gewerbesteuer. Wenn die RESPARC Securities in dem Wertpapierdepot bei einer inländischen Bank (einschließlich der deutschen Niederlassung einer ausländischen Bank) gehalten werden, wird Zinsabschlagsteuer in Höhe von 30% (zuzüglich 5,5% Solidaritätszuschlag), insgesamt also ein Steuerabzug von 31,65% einbehalten. Die Zinsabschlagsteuer und der Solidaritätszuschlag darauf werden auf die endgültige Einkommen- oder Körperschaftsteuer des Investors angerechnet.

Erträge von dem Verkauf oder der Einlösung der RESPARC Securities, einschließlich der Erträge, die von einem zweiten oder weiteren Käufer erzielt werden, gelten als Zinseinkünfte und sind der persönlichen Einkommen- oder der Körperschaftsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag unterworfen. Wenn die RESPARC Securities Betriebsvermögen eines deutschen Gewerbebetriebs sind, unterliegen die Einkünfte auch der Gewerbesteuer.

Wenn die RESPARC Securities sich in dem Wertpapierdepot bei einem inländischen Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut befinden (einschließlich der deutschen Niederlassung einer ausländischen Bank), dann ist die auszahlende Stelle verpflichtet, Dienstabschlagsteuer in Höhe von 30% (zuzüglich 5,5% Solidaritätszuschlag) auf den Unterschied zwischen dem Verkaufs- oder Einlösebetrag und dem Kaufpreis der betreffenden RESPARC Securities einzubehalten, wenn diese im Depot des betreffenden Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitutes seit dem Erwerb gewesen ist. Wenn die auszahlende Stelle seit dem Erwerb der RESPARC Securities gewechselt hat, dann beträgt die Zinsabschlagsteuer 30% des Verkaufs- oder Einlöseerlöses. Diese Abschlagsteuer und der Solidaritätszuschlag darauf werden auf die endgültige Einkommen- oder Körperschaftsteuer des Investors angerechnet.

Investoren mit Wohnsitz außerhalb Deutschlands

In Deutschland nicht ansässige Investoren sind in Deutschland nicht steuerpflichtig und sie unterliegen nicht der Zinsabschlagsteuer (selbst wenn die RESPARC Securities im Wertpapierdepot eines deutschen Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitutes liegen), es sei denn die RESPARC Securities gehören zum Betriebsvermögen einer Betriebsstätte, die der Investor in Deutschland unterhält.

Erbschaft- und Schenkungsteuer

Deutsche Erbschaft- oder Schenkungsteuer fällt nicht an, wenn für den Fall der Erbschaftsteuer, weder der Verstorbene noch der Begünstigte ihren Wohnsitz in Deutschland haben oder, für den Fall der Schenkungsteuer, weder der Schenker noch der Beschenkte ihren Wohnsitz in Deutschland haben, es sei denn, die RESPARC Securities sind inländisches Betriebsvermögen, für das in Deutschland eine Betriebsstätte unterhalten wird oder ein ständiger Vertreter bestellt ist. Ehemalige Steuerinländer sind unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls steuerpflichtig.

Entwurf einer EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie

Die EU-Finanzminister haben sich am 21. Januar 2003 über die Grundsätze der grenzüberschreitenden Besteuerung von Zinseinkünften bei natürlichen Personen verständigt. Ziel ist ein Informationsaustausch. Am 1. Januar 2004 soll eine Richtlinie in Kraft treten: Danach sollen alle EU-Mitglieder mit Ausnahme von Österreich, Belgien und Luxemburg nach nationalem Recht die auszahlenden Stellen verpflichten, die Steuerbehörden eines anderen Mitgliedsstaates über Kapitaleinkünfte von in diesem Mitgliedsstaat ansässigen natürlichen Personen informieren. Österreich, Belgien und Luxemburg werden stattdessen eine Quellensteuer mit einem Satz von 15% bis zum 31. Dezember 2006, von 20% vom 1. Januar 2007 an und von 35% vom 1. Januar 2010 an erheben. Diese Länder gehen zum Informationsaustausch erst über, wenn die EU mit bestimmten Drittländern entsprechende Vereinbarungen getroffen hat. Sonderregelungen soll es mit abhängigen und assoziierten Gebieten von EU-Mitgliedsstaaten geben.

Mögliche Änderung deutsches Steuergesetz

Die Besteuerung von Kapitaleinkünften und von privaten Veräußerungsgewinnen ist zur Zeit Gegenstand von Gesetzgebungsvorhaben, die bei ihrer Umsetzung auch Auswirkungen auf die oben dargestellten Steuerfolgen haben können.

ÜBERNAHME UND VERKAUF

Ein Bankenkonsortium bestehend aus BNP Paribas, Lehman Brothers International (Europe), UBS Warburg AG und Deutsche Bank AG London (zusammen die „**Konsortialbanken**“) hat sich nach Maßgabe des Übernahmevertrags vom •. Mai 2003 verpflichtet, die RESPARC Securities im Gesamtnennbetrag von € 500.000.000 von der Emittentin zu einem Übernahmepreis von 100% des Nennwerts zu übernehmen und bei Investoren zu platzieren. In dem Übernahmevertrag hat sich die LB Kiel verpflichtet, den Konsortialbanken eine Management-, Underwriting- und Platzierungsgebühr in Höhe von 2,25% des Gesamtnennwerts der übernommenen RESPARC Securities zu zahlen.

Darüber hinaus haben sich die Emittentin und die LB Kiel in dem Übernahmevertrag verpflichtet, die Konsortialbanken von bestimmten Haftungsrisiken im Zusammenhang mit der Übernahme und dem Angebot der RESPARC Securities freizustellen. Die Konsortialbanken sind berechtigt, von dem Übernahmevertrag unter bestimmten Voraussetzungen vor der Übernahme der RESPARC Securities und der Zahlung des Übernahmepreises zurückzutreten.

Verkaufsbeschränkungen

Vereinigte Staaten von Amerika

Die RESPARC Securities sind nicht und werden nicht gemäß dem United States Securities Act of 1933 („**Securities Act**“) registriert. Dementsprechend dürfen die RESPARC Securities in den Vereinigten Staaten oder US-Personen nicht angeboten oder an diese verkauft werden, es sei denn im Einklang mit der auf der Grundlage des Securities Act ergangenen Regulation S oder falls die Voraussetzungen einer Ausnahme von den Registrierungsanforderungen des Securities Act vorliegen.

Vereinigtes Königreich

Dieses Dokument darf nur dann weitergegeben bzw. dessen Weitergabe nur dann veranlasst werden, wenn Artikel 21 Absatz (1) des Financial Services and Markets Act 2000 („**FSMA**“) keine Anwendung findet.

Die Emittentin hat im Vereinigten Königreich kein öffentliches Angebot von Schuldverschreibungen, die eine Laufzeit von einem Jahr oder länger haben, im Sinne der Public Offers of Securities Regulations von 1995 (in der jeweils gültigen Fassung) (die „**Regulations**“) genehmigt. Derartige Schuldverschreibungen dürfen Personen im Vereinigten Königreich nicht angeboten oder verkauft werden, außer unter Umständen, die nicht zu einem öffentlichen Angebot im Vereinigten Königreich im Sinne der Regulations führen oder sonst mit allen Bestimmungen dieser Regelungen übereinstimmen.

Jersey

Jede der Konsortialbanken hat übereinstimmend zugesichert, dass sie die RESPARC Securities keiner Person, die in Jersey aus steuerlichen Gründen wohnhaft ist, angeboten oder verkauft hat oder anbieten oder verkaufen wird.

Singapur

Dieser Prospekt ist nicht und wird nicht bei der Monetary Authority in Singapur registriert. Dementsprechend dürfen dieser Prospekt oder andere im Zusammenhang mit dem Angebot der RESPARC Securities stehende Dokumente oder Materialien weder direkt noch indirekt öffentlich oder an ein Mitglied der Öffentlichkeit in Singapur herausgegeben, in Umlauf gebracht oder verteilt werden und darf ein Angebot der RESPARC Securities oder eine Aufforderung zur Zeichnung oder zum Kauf von RESPARC Securities (oder einzelner von diesen) weder direkt noch indirekt öffentlich oder an ein Mitglied der Öffentlichkeit in Singapur erfolgen, es sei denn an (a) institutionelle Investoren oder eine andere Person gem. Section 274 des Securities and Futures Act 2001 von Singapur („**Securities and Futures Act von Singapur**“); (b) erfahrene Investoren gemäß den Voraussetzungen von Section 275 des Securities and Futures Act von Singapur

oder (c) in sonstiger Weise gemäß den Voraussetzungen und in Übereinstimmung mit sonstigen anwendbaren Bestimmungen des Securities and Futures Act von Singapur.

Hongkong

Jede der Konsortialbanken sichert zu, gewährleistet und verpflichtet sich, dass sie keine Werbeanzeige, Aufforderung oder sonstigen Dokumente, die sich auf die Resparcs Securities beziehen, in Hongkong oder anderswo herausgegeben hat oder herausgegeben wird, außer (i) in Bezug auf Resparcs Securities, die (a) nur an Personen außerhalb Hongkongs oder (b) in Hongkong nur an professionelle Anleger im Sinne der Securities and Futures Ordinance (Chapter 571 der Gesetze von Hongkong) verkauft werden, oder (ii) unter Umständen, die keine Aufforderung an die Öffentlichkeit im Sinne der Securities and Futures Ordinance darstellen.

Allgemein

In Ländern, in denen der Verkauf oder der Vertrieb der durch diesen Prospekt angebotenen RESPARC Securities rechtlichen Beschränkungen unterworfen ist, darf der Verkauf bzw. der Vertrieb der RESPARC Securities nur unter Beachtung dieser Beschränkungen erfolgen.

Stabilisierung

Lehman Brothers International (Europe) oder ein für sie handelnder Vertreter ist berechtigt, für die Konsortialbanken Mehrzuteilungen vorzunehmen oder Maßnahmen zu ergreifen, um den Marktpreis der RESPARC Securities auf einem Niveau zu halten, das von dem kurzzeitig abweicht, das anderenfalls bestehen würde. Es besteht jedoch keinerlei Verpflichtung seitens Lehman Brothers International (Europe) oder eines Vertreters solche Maßnahmen zu ergreifen. Eine Stabilisierung kann über die Frankfurter oder die Amsterdamer Wertpapierbörse oder anderweitig erfolgen. Soweit Stabilisierungsmaßnahmen erfolgt sind, können diese jederzeit beendet werden. Sie enden spätestens 30 Tage nach dem Ausgabetag (einschließlich) der RESPARC Securities. Die Stabilisierungsmaßnahmen werden in Übereinstimmung mit allen relevanten Gesetzen und Regeln durchgeführt werden, die allerdings stark von anderen Regeln und Marktusancen abweichen können, die für derartige Stabilisierungsmaßnahmen in anderen Ländern Anwendung finden.

Lieferung der RESPARC Securities

Die RESPARC Securities sind anfänglich durch die Vorläufige RESPARCS-Globalurkunde ohne Zins-scheine verbrieft. Die Vorläufige RESPARCS-Globalurkunde wird an einem Tag gegen die Dauer-RESPARCS-Globalurkunde ausgetauscht, der nicht mehr als 180 Tage nach dem Ausgabetag liegt, wobei der Austausch tag nicht weniger als 40 Tage nach dem Ausgabetag liegen darf. Ein solcher Austausch darf nur nach Vorlage von Bescheinigungen erfolgen, wonach der oder die wirtschaftlichen Eigentümer der RESPARC Securities keine U. S.-Personen sind (ausgenommen bestimmte Finanzinstitute oder bestimmte Personen, die Teilschuldverschreibungen über solche Finanzinstitute halten). Solange die RESPARC Securities durch die Vorläufige RESPARCS-Globalurkunde verbrieft sind, werden Zinszahlungen erst nach Vorlage solcher Bescheinigungen vorgenommen. Eine gesonderte Bescheinigung ist für jede solche Zinszahlung erforderlich. RESPARC Securities, die im Austausch für die Vorläufige RESPARCS-Globalurkunde geliefert werden, dürfen nur außerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika (einschließlich deren Besitzungen) geliefert werden. Die Vorläufige RESPARCS-Globalurkunde und die Dauer-RESPARCS-Globalurkunde tragen jeweils die eigenhändigen Unterschriften mindestens eines ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertreters der Emittentin und sind jeweils von der Hauptzahlstelle oder in deren Namen mit einer Kontrollunterschrift versehen. Die Vorläufige RESPARCS-Globalurkunde und die Dauer-RESPARCS-Globalurkunde lauten auf den Inhaber und sind während der gesamten Laufzeit der RESPARC Securities bei der Clearstream Frankfurt hinterlegt. Die Vorläufige RESPARCS-Globalurkunde und die Dauer-RESPARCS-Globalurkunde werden auch für Inhaber von RESPARC Securities, die über Clearstream Luxemburg oder Euroclear gehalten werden, von der Clearstream Frankfurt verwahrt.

Die RESPARC Securities können in Form von Miteigentumsanteilen entsprechend den anwendbaren Regeln von Clearstream Frankfurt (einschließlich seiner Teilnehmer Clearstream Luxemburg und Euroclear) übertragen werden. Die buchmäßige Lieferung der RESPARC Securities gegen Zahlung erfolgt voraussichtlich am 28. Mai 2003. Effektive Urkunden über einzelne RESPARC Securities oder Zins-scheine werden nicht ausgegeben. Eine Kopie der Vorläufigen RESPARCS-Globalurkunde und der Dauer-RESPARCS-Globalurkunde ist bei den Zahlstellen kostenlos erhältlich.

Börsenzulassung

Die RESPARC Securities sind am 30. Mai 2003 zum Handel im amtlichen Markt der Frankfurter Wertpapierbörse und am 28. Mai 2003 zum Official Segment der Wertpapierbörse von Euronext Amsterdam N. V. zugelassen worden.

FINANZAUSWEISE

	SEITE
A) FINANZAUSWEISE DER HSH NORDBANK AG	F-3
UNGEPRÜFTE PRO-FORMA KONZERNERÖFFNUNGSBILANZ ZUM	
1. JANUAR 2003	F-4
HSH NORDBANK AG UNGEPRÜFTE PRO-FORMA ERÖFFNUNGSBILANZ	
ZUM 1. JANUAR 2003	F-6
B) FINANZAUSWEISE DER LB KIEL	F-9
BILANZ DES KONZERNS ZUM 31. DEZEMBER 2002	F-10
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DES KONZERNS FÜR DEN ZEITRAUM VOM	
1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2002	F-14
BILANZ-EINZELABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2002	F-16
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER LB KIEL FÜR DEN ZEITRAUM VOM	
1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2002	F-20
ANHANG UND KONZERNANHANG 2002	F-22
LAGEBERICHT DER LB KIEL UND DES KONZERNS	F-50
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS	F-70
C) FINANZAUSWEISE DER HAMBURGISCHEN LANDESBANK	F-71
BILANZ DES KONZERNS ZUM 31. DEZEMBER 2002	F-72
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DES KONZERNS FÜR DEN ZEITRAUM VOM	
1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2002	F-78
BILANZ DER HAMBURGISCHEN LANDESBANK ZUM 31. DEZEMBER 2002	F-80
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER HAMBURGISCHEN LANDESBANK	
FÜR DEN ZEITRAUM VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2002	F-86
ANHANG UND KONZERNANHANG 2002	F-88
LAGEBERICHT KONZERNLAGEBERICHT DER HAMBURGISCHEN LANDESBANK	F-132
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS	F-169

Diese Seite bleibt aus technischen Gründen leer.

**Finanzausweise der
HSH Nordbank**

HSH Nordbank AG

Ungeprüfte pro-forma Konzernöffnungsbilanz zum 1. Januar 2003

Aktiva	T€	T€	T€	T€
1. Barreserve				
a) Kassenbestand			13.870	
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			344.353	
darunter:				358.223
bei der Deutschen Bundesbank	270.594			
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			4.489	
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	1.196			
b) Wechsel			5.584	
darunter:				10.073
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	5.584			
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig			7.011.055	
b) andere Forderungen			39.086.088	
darunter:				46.097.143
nachrangig	83.362			
darunter:				
an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	981.062			
4. Forderungen an Kunden				78.875.604
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	16.866.971			
Kommunalkredite	14.525.853			
durch Schiffspfandrechte gesichert	12.153.335			
nachrangig	2.184			
an verbundenen Unternehmen	757.573			
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	460.407			
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		512.876		
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	507.769			
ab) von anderen Emittenten		1.041.775		
darunter:			1.554.651	
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	—			
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		13.727.015		
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	10.142.948			
bb) von anderen Emittenten		33.146.341		
darunter:			46.873.356	
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	12.785.844			
nachrangig	774.768			
c) eigene Schuldverschreibungen			2.054.289	
Nennbetrag	1.987.318			
darunter:				50.482.296
an verbundenen Unternehmen	64.464			
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	871.266			
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				2.443.847
darunter: nachrangig	27.569			
7. Beteiligungen				528.855
darunter: an Kreditinstituten	52.981			
an Finanzdienstleistungsinstituten	1.000			
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				712.007
darunter: an Kreditinstituten	97.074			
9. Treuhandvermögen				339.835
darunter: Treuhandkredite	61.397			
10. Immaterielle Anlagewerte				241.441
darunter: Geschäfts- oder Firmenwert im Konzernabschluss	231.242			
11. Sachanlagen				154.894
12. Sonstige Vermögensgegenstände				1.007.180
13. Rechnungsabgrenzungsposten				341.038
darunter: Disagio von Verbindlichkeiten	188.273			
Agio aus Forderungen	20.588			
Summe der Aktiva				181.592.436

Passiva	T€	T€	T€	T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig			4.146.265	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			51.228.157	
				55.374.422
darunter:				
an verbundenen Unternehmen	0			
an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.650.457			
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		122.616		
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		4.928		
			127.544	
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig		7.778.952		
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		37.488.049		
			45.267.001	
darunter:				45.394.545
an verbundenen Unternehmen	41.315			
an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	85.451			
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen			53.958.580	
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			13.307.966	
darunter:				67.266.546
Geldmarktpapiere	13.298.019			
darunter:				
an verbundenen Unternehmen	493			
an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	205.106			
4. Treuhandverbindlichkeiten				339.835
darunter:				
Treuhandkredite	61.397			
5. Sonstige Verbindlichkeiten				1.578.338
6. Rechnungsabgrenzungsposten				361.606
darunter:				
Disagio aus Forderungen	189.909			
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			338.686	
b) Steuerrückstellungen			106.645	
c) andere Rückstellungen			278.018	
				723.349
8. Sonderposten mit Rücklageanteil (gebildet gem. § 52 Abs. 16 S. 3 EStG i.V.m. § 6 Abs. 1 Nr. 1 und 2 EStG)				521
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				3.027.305
10. Genusssrechtskapital				1.496.565
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	51.100			
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				251.641
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital				
aa) Stammaktien (45 Mio. Stücke)		450.000		
ab) Vorzugsaktien (5 Mio. Stücke)		50.000		
ac) Stille Einlagen		4.106.256		
			4.606.256	
b) Kapitalrücklagen			1.163.653	
c) Passiver Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung			1.281	
d) Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter			3.870	
e) Gewinnvortrag			2.703	
				5.777.763
Summe der Passiva				181.592.436
1. Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen				13.736.290
2. Andere Verpflichtungen				
Unwiderrufliche Kreditzusagen				9.549.220

HSH Nordbank AG

Ungeprüfte pro-forma Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2003

Aktiva	T€	T€	T€	T€
1. Barreserve				
a) Kassenbestand			11.190	
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			332.935	
darunter:				344.125
bei der Deutschen Bundesbank	270.594			
2. Schudttitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schudttitel öffentlicher Stellen			4.489	
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	1.196		5.584	
b) Wechsel				10.073
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	5.584			
3. Forderungen an Kreditinstitute			6.715.976	
a) täglich fällig			39.782.742	
b) andere Forderungen				46.498.718
darunter:				
nachrangig	83.362			
darunter:				
an verbundenen Unternehmen	2.496.436			
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	981.062			77.871.785
4. Forderungen an Kunden				
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	16.813.144			
Kommunalkredite	14.106.885			
durch Schiffspfandrechte gesichert	12.030.627			
nachrangig	2.184			
an verbundenen Unternehmen	757.573			
an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	460.407			
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere		512.876		
aa) von öffentlichen Emittenten				
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	507.769			
ab) von anderen Emittenten		1.041.775		
darunter:			1.554.651	
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0			
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		13.374.664		
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	10.117.233			
bb) von anderen Emittenten		29.052.235		
darunter:			42.426.899	
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	12.007.834			
nachrangig	690.413			
c) eigene Schuldverschreibungen			1.996.327	
Nennbetrag	1.938.393			45.977.877
darunter:				
an verbundenen Unternehmen	78.574			
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	871.266			2.421.413
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
darunter:				
nachrangig	27.569			
7. Beteiligungen				528.855
darunter:				
an Kreditinstituten	52.981			
an Finanzdienstleistungsinstituten	1.000			
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				1.398.749
darunter:				
an Kreditinstituten	789.899			
9. Treuhandvermögen				339.835
darunter:				
Treuhandkredite	61.397			
10. Immaterielle Anlagewerte				10.199
11. Sachanlagen				128.284
12. Sonstige Vermögensgegenstände				989.147
13. Rechnungsabgrenzungsposten				333.836
darunter:				
Disagio von Verbindlichkeiten	183.872			
Agio aus Forderungen	20.588			
Summe der Aktiva				176.852.896

Passiva	T€	T€	T€	T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig			3.667.742	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			57.476.718	
				61.144.460
darunter:				
an verbundenen Unternehmen	10.879.660			
an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.650.457			
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		122.615		
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		4.929		
				127.544
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig		7.548.683		
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		37.274.271		
			44.822.954	
darunter:				
an verbundenen Unternehmen	42.858			
an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	85.451			44.950.498
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen			44.046.703	
b) andere verbrieft Verbindlichkeiten			13.298.019	
				57.344.722
darunter:				
Geldmarktpapiere	13.298.019			
darunter:				
an verbundenen Unternehmen	2.727			
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	114.468			
4. Treuhandverbindlichkeiten				339.835
darunter:				
Treuhandkredite	61.397			
5. Sonstige Verbindlichkeiten				1.589.574
6. Rechnungsabgrenzungsposten				335.238
darunter:				
Disagio aus Forderungen	189.909			
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			334.729	
b) Steuerrückstellungen			92.440	
c) andere Rückstellungen			250.082	
				677.251
8. Sonderposten mit Rücklageanteil (gebildet gem. § 52 Abs. 16 S.3 EStG i.V.m § 6 Abs. 1 Nr. 1 und 2 EStG)				521
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				2.952.683
10. Genusssrechtskapital				1.496.565
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	51.100			
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				251.641
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital				
aa) Stammaktien (45 Mio. Stücke)		450.000		
ab) Vorzugsaktien (5 Mio. Stücke)		50.000		
ac) Stille Einlagen		4.106.256		
			4.606.256	
b) Kapitalrücklagen			1.163.652	
				5.769.908
Summe der Passiva				176.852.896
1. Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen				23.014.276
2. Andere Verpflichtungen				
Unwiderrufliche Kreditzusagen				9.395.769

Diese Seite bleibt aus technischen Gründen leer.

**Finanzausweise der
LB Kiel**

Bilanz des Konzerns zum 31. Dezember 2002

Aktiva

	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
I. Barreserve					
a) Kassenbestand			9.973		6.457
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			217.053		129.362
darunter:				227.026	135.819
bei der Deutschen Bundesbank	144.261				106.385
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			2.826		1.820
darunter:					
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	1.196				–
b) Wechsel			5.585		3.751
darunter:				8.411	5.571
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	5.585				3.751
3. Forderungen an Kreditinstitute 1, 2, 3, 4, 10					
a) täglich fällig			3.828.842		2.280.594
b) andere Forderungen			29.905.145		30.109.520
darunter:				33.733.987	32.390.114
Baudarlehen der Bausparkasse	80				102
4. Forderungen an Kunden 2, 3, 4, 10				66.848.247	64.042.065
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	15.007.688				13.765.683
Kommunalkredite	13.016.264				13.628.374
durch Schiffspfandrechte gesichert	7.700.422				7.958.348
Baudarlehen der Bausparkasse:					
aus Zuteilung (Bauspardarlehen)	395.200				405.598
zur Vor- und Zwischenfinanzierung	1.016.258				921.586
Sonstige	39.491				42.155
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	1.253.833				1.187.942
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere 2, 3, 4, 5, 10, 11					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		510.297			1.895.327
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	507.769				1.353.397
ab) von anderen Emittenten		564.473			509.496
darunter:			1.074.770		
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				126.109
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		11.692.956			8.802.379
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	9.508.284				5.647.142
bb) von anderen Emittenten		24.628.967			26.481.874
darunter:			36.321.923		
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	10.392.897				8.979.539
c) eigene Schuldverschreibungen		1.723.328			1.608.429
			39.120.021		39.297.505
Nennbetrag	1.674.704				1.580.916
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere 4, 5, 11				1.836.820	1.738.035
Übertrag:				141.774.512	137.609.109

Bilanz des Konzerns zum 31. Dezember 2002**Passiva**

	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ^{12, 13, 14, 24}					
a) täglich fällig		3.124.908			3.875.920
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		44.386.523			52.866.129
c) Bauspareinlagen		1.570			2.071
darunter:				47.513.001	56.744.120
auf zugeteilte Verträge	593				770
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ^{13, 14, 24}					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		82.263			82.205
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		3.647			4.271
ac) Bauspareinlagen		877.537			831.172
darunter:					
auf gekündigte Verträge	6.881				6.219
auf zugeteilte Verträge	17.102				15.158
			963.447		
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		5.193.189			3.974.973
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		24.597.570			23.373.613
			29.790.759		
			30.754.206		28.266.234
3. Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger				481.669	500.328
4. Verbriefte Verbindlichkeiten ^{13, 14, 24}					
a) begebene Schuldverschreibungen		42.372.882			35.476.155
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		11.081.992			8.657.309
darunter:				53.454.874	44.133.464
Geldmarktpapiere	11.072.046				8.647.363
5. Treuhandverbindlichkeiten ¹⁶				1.381.849	1.363.179
darunter:					
Treuhandkredite	1.233.468				1.228.617
6. Sonstige Verbindlichkeiten ¹⁷				867.288	684.014
7. Rechnungsabgrenzungsposten ¹⁸				394.360	384.447
8. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		302.282			273.958
b) Steuerrückstellungen		87.139			57.712
c) andere Rückstellungen		233.102			121.911
			622.523		453.581
9. Fonds für Zinsausgleich				894.338	923.106
10. Sonderposten mit Rücklageanteil				1.213	17.194
11. Nachrangige Verbindlichkeiten ²⁰				2.285.944	2.011.937
Übertrag:				138.651.265	135.481.604

Bilanz des Konzerns zum 31. Dezember 2002

Aktiva

	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
Übertrag:				141.774.512	137.609.109
7. Beteiligungen ^{3, 11}				385.401	200.144
darunter:					
an Kreditinstituten	43.719				62.236
an Finanzdienstleistungsinstituten	495				495
8. Anteile an verbundenen Unternehmen ^{2, 6, 11}				354.241	123.787
darunter:					
an Kreditinstituten	32.147				9.240
9. Treuhandvermögen ⁷				1.381.849	1.363.179
darunter:					
Treuhandkredite	1.233.656				1.228.617
10. Immaterielle Anlagewerte ¹¹				10.315	13.266
11. Sachanlagen ¹¹				760.659	712.956
12. Sonstige Vermögensgegenstände ⁸				583.127	757.866
13. Rechnungsabgrenzungsposten ⁹				214.425	215.957
14. Steuerabgrenzungsposten				41.748	23.334
Summe der Aktiva				145.506.277	141.019.598

Bilanz des Konzerns zum 31. Dezember 2002**Passiva**

	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
Übertrag:				138.651.265	135.481.604
12. Genussrechtskapital ²¹				1.061.554	1.112.684
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	–				51.129
13. Fonds für allgemeine Bankrisiken				196.091	143.289
14. Eigenkapital ²²					
a) gezeichnetes Kapital		2.412.562			1.376.492
b) Kapitalrücklagen					
Zweckrücklagen der Investitionsbank		1.088.969			1.083.066
c) Gewinnrücklagen					
ca) satzungsmäßige Rücklage der Landesbank	491.000				391.000
cb) satzungsmäßige Rücklage der Landes-Bausparkasse	80.273				77.205
cc) Zweckrücklagen der Investitionsbank	40.740				35.883
		612.013			
d) Konzernrücklagen		1.243.895			1.089.706
e) Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter		149.330			148.974
f) Konzernbilanzgewinn		90.598			79.695
				5.597.367	4.282.021
Summe der Passiva				145.506.277	141.019.598
1. Eventualverbindlichkeiten ²³					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln				734	–
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen				12.234.749	7.080.622
2. Andere Verpflichtungen					
Unwiderrufliche Kreditzusagen				9.287.013	8.352.769

Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns

I. Januar bis 31. Dezember 2002

	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
I. Zinserträge aus ²⁶					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	6.795.210				7.515.279
darunter:					
Zinserträge der Landes-Bausparkasse:					
aus Bauspardarlehen	18.907				19.578
aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	56.346				50.681
aus sonstigen Baudarlehen	2.701				2.934
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.580.158				1.839.912
		8.375.368			
2. Zinsaufwendungen		7.320.864			8.557.015
darunter:			1.054.504		798.176
für Bauspareinlagen der Landes-Bausparkasse	23.401				22.518
3. Laufende Erträge aus ²⁶					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		63.424			70.953
b) Beteiligungen		28.872			13.504
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		35.761			13.607
			128.057		98.064
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			1.736		1.790
5. Provisionserträge ²⁶		228.610			190.616
darunter:					
Provisionserträge der Landes-Bausparkasse:					
aus Vertragsabschluss und -vermittlung	7.576				6.401
aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung	2.488				2.486
aus Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	2				6
6. Provisionsaufwendungen		71.105			52.946
darunter:			157.505		137.670
für Vertragsabschluss und -vermittlung der Landes-Bausparkasse	9.267				7.375
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften ²⁶			70.665		57.985
8. Sonstige betriebliche Erträge ^{26, 27}			212.739		227.907
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			15.980		18.172
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter	213.467				192.792
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	80.610				69.562
darunter:		294.077			
für Altersversorgung	48.515				41.292
b) andere Verwaltungsaufwendungen		239.415			185.721
			533.492		448.075
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			50.840		48.645
Übertrag:			1.056.854		843.044

Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns

I. Januar bis 31. Dezember 2002

	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
Übertrag:				1.056.854	843.044
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen ²⁸				183.615	120.755
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				389.904	278.365
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				–	12.559
15. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				78.739	–
16. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				52.802	33.640
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				7.522	2.918
18. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				501.750	394.807
19. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			90.071		51.199
20. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			31.496		32.250
				121.567	83.449
21. Aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne				190.828	137.397
22. Jahresüberschuss				189.355	173.961
darunter:					
Landes-Bausparkasse	3.068				3.068
23. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				4.868	3.592
24. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die satzungsmäßige Rücklage der Landesbank				100.000	81.000
b) in die satzungsmäßige Rücklage der Landes-Bausparkasse				3.068	3.068
c) in die Zweckrücklagen der Investitionsbank				–	–
d) in die Konzernrücklagen				299	12.227
25. Gewinn-/Verlustanteile anderer Gesellschafter				258	1.563
26. Konzernbilanzgewinn				90.598	79.695

Bilanz – Einzelabschluss zum 31. Dezember 2002**Aktiva**

	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			3.454		2.578
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			80.574		85.198
darunter:				84.028	87.776
bei der Deutschen Bundesbank	20.140				68.670
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			1.196		–
darunter:					
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	1.196				–
b) Wechsel			5.585		3.751
darunter:				6.781	3.751
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	5.585				3.751
3. Forderungen an Kreditinstitute 1, 2, 3, 4, 10					
a) täglich fällig			1.122.408		871.387
b) andere Forderungen			22.093.364		21.706.451
darunter:				23.215.772	22.577.838
Baudarlehen der Bausparkasse	80				102
4. Forderungen an Kunden 2, 3, 4, 10				44.892.651	42.169.117
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	7.918.069				7.740.061
Kommunalkredite	10.457.382				11.240.034
durch Schiffspfandrechte gesichert	3.335.685				3.614.944
Baudarlehen der Bausparkasse:					
aus Zuteilung (Bauspardarlehen)	395.200				405.598
zur Vor- und Zwischenfinanzierung	1.016.258				921.586
Sonstige	39.491				42.155
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	1.253.833				1.187.942
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere 2, 3, 4, 5, 10, 11					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten	507.769				1.895.327
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	507.769				1.353.397
ab) von anderen Emittenten	96.762				127.270
darunter:			604.531		
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				126.109
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten	9.208.270				5.490.865
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	8.719.389				4.456.577
bb) von anderen Emittenten	12.936.480				13.830.261
darunter:			22.144.750		
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	7.329.971				5.841.250
c) eigene Schuldverschreibungen			1.380.472		1.249.562
				24.129.753	22.593.285
Nennbetrag	1.360.077				1.234.289
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere 4, 5, 11				1.353.571	909.557
Übertrag:				93.682.556	88.341.324

Bilanz – Einzelabschluss zum 31. Dezember 2002**Passiva**

	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ^{12, 13, 14, 24}					
a) täglich fällig		2.381.109			2.811.239
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		30.075.929			35.097.730
c) Bauspareinlagen		1.570			2.071
darunter:				32.458.608	37.911.040
auf zugeteilte Verträge	593				770
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ^{13, 14, 24}					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		42.710			40.945
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		2.391			2.806
ac) Bauspareinlagen		877.537			831.172
darunter:					
auf gekündigte Verträge	6.881				6.219
auf zugeteilte Verträge	17.102				15.158
			922.638		
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		2.634.783			1.432.649
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		11.839.281			10.216.042
			14.474.064		
			15.396.702		12.523.614
3. Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger				481.669	500.328
4. Verbriefte Verbindlichkeiten ^{13, 14, 24}					
a) begebene Schuldverschreibungen		30.480.888			26.015.696
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		8.890.152			7.007.376
darunter:				39.371.040	33.023.072
Geldmarktpapiere	8.890.152				7.007.376
5. Treuhandverbindlichkeiten ¹⁶				1.222.807	1.216.191
darunter:					
Treuhandkredite	1.212.269				1.208.388
6. Sonstige Verbindlichkeiten ¹⁷				345.850	181.824
7. Rechnungsabgrenzungsposten ¹⁸				263.811	254.990
8. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		212.343			190.804
b) Steuerrückstellungen		46.206			30.116
c) andere Rückstellungen		139.939			73.124
				398.488	294.044
9. Fonds für Zinsausgleich				894.338	923.107
10. Sonderposten mit Rücklageanteil				1.213	3.941
11. Nachrangige Verbindlichkeiten ²⁰				1.484.640	1.173.133
Übertrag:				92.319.166	88.005.284

Bilanz – Einzelabschluss zum 31. Dezember 2002

Aktiva

	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
Übertrag:				93.682.556	88.341.324
7. Beteiligungen ^{3, 11}				951.569	872.580
darunter:					
an Kreditinstituten	744.049				758.097
8. Anteile an verbundenen Unternehmen ^{2, 6, 11}				193.900	168.703
darunter:					
an Kreditinstituten	145.151				119.995
9. Treuhandvermögen ⁷				1.222.807	1.216.191
darunter:					
Treuhandkredite	1.212.458				1.208.388
10. Immaterielle Anlagewerte ¹¹				10.199	13.115
11. Sachanlagen ¹¹				710.158	614.217
12. Sonstige Vermögensgegenstände ⁸				336.919	442.450
13. Rechnungsabgrenzungsposten ⁹				85.819	94.020
14. Steuerabgrenzungsposten				41.748	23.334
Summe der Aktiva				97.235.675	91.785.934

Bilanz – Einzelabschluss zum 31. Dezember 2002**Passiva**

	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
Übertrag:				92.319.166	88.005.284
12. Genussrechtskapital ²¹				635.158	686.288
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	–				51.129
13. Fonds für allgemeine Bankrisiken				141.641	88.839
14. Eigenkapital ²²					
a) gezeichnetes Kapital		2.412.561			1.376.492
b) Kapitalrücklagen					
Zweckrücklagen der Investitionsbank		1.088.969			1.083.066
c) Gewinnrücklagen					
ca) satzungsmäßige Rücklage der Landesbank	491.000				391.000
cb) satzungsmäßige Rücklage der Landes-Bausparkasse	80.273				77.205
cc) Zweckrücklagen der Investitionsbank	40.740				35.883
		612.013			
d) Bilanzgewinn		26.167			41.877
				4.139.710	3.005.523
Summe der Passiva				97.235.675	91.785.934
1. Eventualverbindlichkeiten ²³					
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen				9.604.661	5.080.209
2. Andere Verpflichtungen					
Unwiderrufliche Kreditzusagen				7.245.483	6.429.911

Gewinn- und Verlustrechnung – Einzelabschluss

I. Januar bis 31. Dezember 2002

	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
I. Zinserträge aus ²⁶					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	5.063.482				5.569.727
darunter:					
Zinserträge der Landes-Bausparkasse:					
aus Bauspardarlehen	18.907				19.578
aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	56.346				50.681
aus sonstigen Baudarlehen	2.701				2.934
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	983.631				
		6.047.113			1.024.473
2. Zinsaufwendungen		5.497.339			6.206.071
darunter:			549.774		388.129
für Bauspareinlagen der Landes-Bausparkasse	23.401				22.518
3. Laufende Erträge aus ²⁶					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		25.229			34.966
b) Beteiligungen		45.844			26.604
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		58.862			14.484
			129.935		76.054
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			2.109		2.453
5. Provisionserträge ²⁶		135.751			104.550
darunter:					
Provisionserträge der Landes-Bausparkasse:					
aus Vertragsabschluss und -vermittlung	7.576				6.401
aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung	2.488				2.486
aus Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	2				6
6. Provisionsaufwendungen		46.380			37.919
darunter:			89.371		66.631
für Vertragsabschluss und -vermittlung der Landes-Bausparkasse	9.267				7.375
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften ²⁶			54.612		38.520
8. Sonstige betriebliche Erträge ^{26, 27}			103.147		100.063
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			2.728		2.533
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter	119.113				105.805
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	52.393				44.957
darunter:		171.506			
für Altersversorgung	34.276				29.269
b) andere Verwaltungsaufwendungen		146.812			111.969
			318.318		262.731
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			37.135		32.091
Übertrag:			576.223		379.561

Gewinn- und Verlustrechnung – Einzelabschluss

I. Januar bis 31. Dezember 2002

	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
Übertrag:				576.223	379.561
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen ²⁸				55.383	10.847
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				184.047	123.547
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				26.486	782
15. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				52.802	23.838
16. Aufwendungen aus Verlustübernahme				7.522	2.918
17. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				302.955	219.193
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			53.060		19.102
19. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			498		603
				53.558	19.705
20. Aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne				121.010	75.642
21. Jahresüberschuss				128.387	123.846
darunter:					
Landes-Bausparkasse	3.068				3.068
22. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				848	2.099
23. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die satzungsmäßige Rücklage der Landesbank				100.000	81.000
b) in die satzungsmäßige Rücklage der Landes-Bausparkasse				3.068	3.068
c) in die Zweckrücklagen der Investitionsbank				–	–
24. Bilanzgewinn				26.167	41.877

Rechtsform und Anteilseigner

Die Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale (LB Kiel) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.

Anteilseigner der LB Kiel sind die WestLB Beteiligungsholding GmbH^{*)}, Düsseldorf, mit 39,9 %, die Landesbank Baden-Württemberg^{**)}, Stuttgart, mit 10 %, sowie das Land Schleswig-Holstein und der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein mit jeweils 25,05 %.

Für die Verbindlichkeiten der LB Kiel haften, soweit nicht die Befriedigung aus dem Vermögen der Landes-

bank möglich ist, das Land Schleswig-Holstein, der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein, die WestLB Beteiligungsholding GmbH sowie die Landesbank Baden-Württemberg als Gesamtschuldner. Für die Verbindlichkeiten aus dem Geschäftsbetrieb der Investitionsbank haftet das Land Schleswig-Holstein.

Die staatliche Aufsicht über die LB Kiel führt der Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein.

Konsolidierungsgrundsätze und Konsolidierungskreis

Die Abschlüsse der einzelnen Konzernunternehmen werden einheitlich nach den für die LB Kiel geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge zwischen den einbezogenen Unternehmen werden herausgerechnet.

Der LB Kiel sind die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) und die Landes-Bausparkasse Schleswig-Holstein (LBS) als jeweils organisatorisch selbstständiger, aber rechtlich unselbstständiger Zentralbereich angegliedert.

Die Investitionsbank unterstützt das Land Schleswig-Holstein als zentrales Förderinstitut bei der Umsetzung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben.

Sie bietet ihre Dienstleistungen in den Bereichen gewerbliche Wirtschaft, Wohnungsbau, Umwelt und Energie, Kommunalförderung und Städtebau, Agrarförderung sowie Projektmanagement wettbewerbsneutral an.

Weiterhin einbezogen werden die Niederlassungen in Luxemburg, Kopenhagen, Helsinki, Stockholm und New York.

In den Konzernabschluss der LB Kiel werden die LB Kiel, der Landesbank Schleswig-Holstein International S.A. Konzern, Luxemburg, die LB Schleswig-Holstein Finance B.V., Amsterdam, die Gudme Raaschou Bank-aktieselskab, Kopenhagen sowie der Hamburgische Landesbank-Konzern, Hamburg, (mit einer Quote von 49,5 %) eingegliedert. Außerdem werden die Spielbanken Schleswig-Holstein in den Konzernabschluss einbezogen. Weiterhin wird die im Geschäftsjahr neu gegründete LB Kiel Nord Capital GmbH, Kiel, erstmalig mit Erwerb in den Konzernabschluss einbezogen. Die Kapitalkonsolidierung erfolgt gemäß § 301 Abs. 1 Nr. 1 HGB nach der Buchwertmethode. Auf die Einbeziehung von Unternehmen, die von untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Konzerns sind, wurde gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

^{*)} Die WestLB Beteiligungsholding GmbH als 100%ige Tochter der WestLB AG hält die ursprünglich von der Westdeutschen Landesbank Girozentrale gehaltenen Anteile an der LB Kiel und wurde mit Bescheid vom 19.12.2002 vom Land Schleswig-Holstein mit der Trägerschaft und der Beteiligung am Stammkapital der LB Kiel beliehen.

^{**)} Die LBBW verkauft ihren 10%igen Anteil an der LB Kiel vor Inkrafttreten der Fusion an das Land Schleswig-Holstein, die Freie und Hansestadt Hamburg sowie den Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein. Eine mögliche Veräußerung der Anteile an Dritte ist vorgesehen.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss der LB Kiel und der Konzernabschluss sind nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) erstellt.

Aktiv- und Passivwerte sowie Aufwendungen und Erträge der Investitionsbank Schleswig-Holstein und der Landes-Bausparkasse, die beide einen gesonderten Jahresabschluss erstellen, sind in den entsprechenden Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung der LB Kiel enthalten, soweit nicht in besonderen Posten ausgewiesen.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und schwebenden Geschäfte erfolgt nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen und Verbindlichkeiten an Kreditinstitute und Kunden, Spareinlagen und verbrieftete Verbindlichkeiten werden gemäß § 9 RechKredV im Anhang nach Restlaufzeiten gegliedert.

Die anteiligen Zinsen, die gemäß § 11 Satz 3 RechKredV nicht nach Restlaufzeiten zu gliedern sind, werden im ersten Laufzeitband ausgewiesen.

Währungsumrechnung

Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten in fremder Währung werden mit dem amtlichen Devisenmittelkurs des Bilanzstichtages umgerechnet. Erträge aus der Währungsumrechnung werden nur berücksichtigt, wenn eine besondere Deckung oder eine Deckung in derselben Währung vorliegt.

Die Umrechnung der Jahresabschlüsse der Niederlassungen in Kopenhagen, Helsinki, Stockholm und New York sowie des Tochterunternehmens in Kopenhagen, die in ausländischer Währung bilanzieren, erfolgt ebenfalls mit dem amtlichen Devisenmittelkurs.

Derivative Finanzinstrumente

Die im Rahmen des Eigenhandels gehaltenen Bestände an derivativen Finanzinstrumenten werden zum Bilanzstichtag unter Anwendung der allgemeinen handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften und unter Berücksichtigung des Realisations- und Imparitätsprinzips bewertet und bilanziert.

Handelsbestände in Wertpapieren und Derivate, die erfolgs- und risikomäßig als Einheit zu sehen sind, werden produktübergreifend zu Bewertungseinheiten oder Portfolien zusammengefasst; die Bewertungsergebnisse werden verrechnet.

Zins- und Währungstauschvereinbarungen werden zur Absicherung offener Positionen und zur Steuerung der Gesamtzinspositionen abgeschlossen. Die zur Sicherung von Bilanzposten ausserhalb der Handelsbestände abgeschlossenen Derivate bleiben unbewertet.

Die Erfolge aus Zinstauschvereinbarungen werden brutto bei den Zinserträgen und Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Die Erfolge aus Zinstauschvereinbarungen werden brutto bei den Zinserträgen und Zinsaufwendungen ausgewiesen. Der Abschluss interner Geschäfte ist an die Einhaltung von festgelegten Rahmenbedingungen geknüpft, so auch an die wesentliche Verpflichtung zum Abschluss zu marktgerechten Bedingungen.

Forderungen und Verbindlichkeiten

Forderungen werden mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag ausgewiesen. Agien und Disagien werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Allen erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Wertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Das latente Risiko im Kreditgeschäft wird durch eine Pauschalwertberichtigung abgedeckt. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen werden von den Forderungsbeständen abgesetzt.

Wertpapierbestand

Die Wertpapiere des Handelsbestandes und der Liquiditätsreserve der Bank und des Konzerns werden nach dem strengen Niederstwertprinzip zu Börsenkursen oder den niedrigeren Buchkursen bewertet.

Wertpapiere des Anlagevermögens des Konzerns werden zum Teil nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet, da bei diesen Wertpapieren eine dauerhafte Halteabsicht bis zur Endfälligkeit besteht.

Hierbei handelt es sich um Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Volumen von 5,8 Mrd € und Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere mit einem Volumen von 0,5 Mrd €.

Dem durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 eingeführten Wertaufholungsgebot wird handels- und steuerrechtlich Rechnung getragen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und die Beteiligungen werden zu den Anschaffungskosten, ggf. um erforderliche Abschreibungen vermindert, bilanziert.

Sachanlagevermögen

Gegenstände des Sachanlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden entsprechend den steuerlichen Möglichkeiten abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Portfoliobewertung

Die auf Euro lautenden zinstragenden Wertpapiere und Derivate des Handelsbestandes werden in einem Zinsportfolio zusammengefasst. Sämtliche Bestandteile des Zinsportfolios werden mit dem Marktwert zum 31. Dezember 2002 bewertet.

Zur sachgerechten Abbildung von Handelsergebnissen erfolgte erstmalig im Geschäftsjahr eine Portfoliobewertung für Zinsderivate in Fremdwährung. Die sich in der Bank über alle Währungsportfolien ergebenden drohenden Verluste von 30,2 Mio € und nicht realisierten Gewinne von 38,3 Mio € werden saldiert. Für einen negativen Saldo in US-\$ wurde eine Drohverlustrückstellung gebildet. Positive Salden bleiben unberücksichtigt.

Optionsprämien

Gezahlte Optionsprämien werden zu den Anschaffungskosten bilanziert. Dem Niederstwertprinzip wird durch die Abschreibung auf den Marktpreis Rechnung getragen. Bei verkauften Optionsrechten werden bei drohenden Verlusten Rückstellungen gebildet. Bewertungseinheiten werden berücksichtigt.

Steuerabgrenzung

In der Position „Steuerabgrenzungsposten“ werden im Konzern latente Steueransprüche gemäß § 274 Abs. 2 HGB in Höhe von 41,7 Mio € dargestellt. Sie ergeben sich aus der Abweichung zwischen handelsrechtlichem Ergebnis und steuerrechtlichem Einkommen. Die Ermittlung des abzugrenzenden Steuerbetrages basiert auf den für das Berichtsjahr gültigen Steuersätzen. Die latenten Steueransprüche werden mit Eintritt der Steuerentlastungen in späteren Jahren aufgelöst. Die Ausschüttungssperre gemäß § 274 Abs. 2 Satz 3 HGB wurde eingehalten.

Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen werden unter Verwendung der Sterbetafeln von Dr. Klaus Heubeck nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und mit den handelsrechtlichen Wertansätzen der Verpflichtungen bilanziert.

Im Geschäftsjahr werden in der Bank neben Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus der Verpflichtung zur Gewährung von Beihilfen an Pensionäre und Hinterbliebene erstmalig auf Grund einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs aus 2002 auch Rückstellungen für aktive Mitarbeiter gebildet. Die Gesamtzuführung beträgt in der Bank 2,2 Mio €.

Für tarifvertraglich geregelte Vorruhestandsverpflichtungen besteht eine angemessene Rückstellung. Darüber hinaus bestehen im Konzern mittelbare pensionsähnliche Verpflichtungen gemäß Art. 28 (2) EGHGB.

Einen wesentlichen Teil der sonstigen Rückstellungen im Konzern bilden mit 64,3 Mio € Kosten im Zusammenhang mit der Fusion der Bank mit der Hamburgischen Landesbank.

Fonds für Zinsausgleich

Der „Fonds für Zinsausgleich“ stellt eine Wertkorrektur für alle bis zum 31. Dezember 1994 und in den Jahren 1999 bis 2002 ausgezahlten und auf der Aktivseite zum Nominalwert ausgewiesenen unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen aus dem Fördergeschäft der Investitionsbank dar. Der Fonds hat Rückstellungscharakter. Für die in den Jahren 1995 bis 1998 herausgelegten unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen hat sich das Land Schleswig-Holstein verpflichtet, diese Förderdarlehen auf Anfordern zum Nennwert zu übernehmen.

Sonderposten mit Rücklageanteil

Die auf Grund des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 nach § 280 Abs. 1 HGB vorgenommenen Zuschreibungen auf Bilanzaktiva, die im Geschäftsjahr 1999 nach § 273 HGB in Verbindung mit § 52 Abs. 16 EstG zum Teil in den „Sonderposten mit Rücklageanteil“ eingestellt worden sind, wurden im Konzern im Geschäftsjahr 2002 in Höhe von 16,0 Mio € ergebniswirksam aufgelöst.

Auf im Geschäftsjahr ausgebuchte Bilanzaktiva gebildete Zuschreibungen wurden vollständig aufgelöst.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken sind im Geschäftsjahr dem Sonderposten „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ im Konzern weitere 52,8 Mio € zugeführt worden. Die Zuführungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert ausgewiesen.

Eigenkapital

Die zur Stärkung der Eigenkapitalbasis der Bank herein genommenen stillen Einlagen, die den Anforderungen des § 10 Abs. 4 KWG entsprechen, wurden dem haftenden Eigenkapital zugerechnet. In der Bilanz werden stille Einlagen unter „Gezeichnetem Kapital“ ausgewiesen.

Gemäß § 10 Abs. 2b Satz 1 Nr. 7 KWG in Verbindung mit § 10 Abs. 4a und 4c KWG wurden in der Bank unrealisierte Reserven bei Wertpapieren des Anlagebuches ermittelt, die in Höhe von 31,0 Mio € als aufsichtsrechtliches Ergänzungskapital anrechenbar sind.

Die Kapitalkonsolidierung wird auf der Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung der Unternehmen in den Konzernabschluss durchgeführt.

In den Konzernrücklagen ist der sich aus der Kapitalkonsolidierung nach § 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 HGB ergebende Unterschiedsbetrag enthalten. Der in der Konzernrücklage ausgewiesene passivische Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung von insgesamt 1.243,9 Mio € ergibt sich nach Verrechnung eines aktivistischen Unterschiedsbetrages von 36,5 Mio € mit einem passivischen Unterschiedsbetrag von 1.280,4 Mio €.

Im „Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter“ wird der Teil des Eigenkapitals gesondert ausgewiesen, der auf Anteile an vollkonsolidierten Unternehmen, die von Dritten gehalten werden, entfällt. Der Gewinnvortrag aus dem Vorjahr beträgt für den Konzern 2,8 Mio €.

Kreditzusagen

Als unwiderrufliche Kreditzusagen werden die Verpflichtungen der Bank gezeigt, die Anlass zu einem Kreditrisiko geben können.

Investitionsbank

Bei der Investitionsbank bestehen Auszahlungsverpflichtungen aus dem Fördergeschäft für Bau- und Aufwendungsdarlehen.

In den „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ der Investitionsbank wurden die Pachteinnahmen des Zweckvermögens Landesliegenschaften ausgewiesen. Sie belaufen sich für das Geschäftsjahr auf 36,4 Mio €.

In 2002 wurde der Geschäftsbereich „Öffentliche Bundesförderung“ auf Grund seines Fördergeschäftscharakters auf die Investitionsbank übertragen.

Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie
zur Konzernbilanz und Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben zu Bilanzaktiva (jeweils zum 31.12.)

1 Forderungen an angeschlossene Sparkassen	Mio €	Bank	Konzern 2002	Bank	Konzern 2001
	<i>Forderungen an angeschlossene Sparkassen</i>	7.063,1	7.652,4	7.031,3	7.919,5
In den Forderungen an Kreditinstitute sind Forderungen an angeschlossene Sparkassen enthalten:					
2 Verbundene Unternehmen	Mio €	Bank	Konzern 2002	Bank	Konzern 2001
	<i>Forderungen an Kreditinstitute</i>	2.490,9	–	1.599,4	–
	<i>Forderungen an Kunden</i>	149,3	149,3	118,7	113,0
	<i>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>	74,6	60,5	2,2	2,2
In den nachfolgenden Positionen sind Forderungen an verbundene Unternehmen in verbriefter oder unverbriefter Form enthalten:					
3 Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	Mio €	Bank	Konzern 2002	Bank	Konzern 2001
	<i>Forderungen an Kreditinstitute</i>	407,1	626,8	130,2	248,0
	<i>Forderungen an Kunden</i>	82,1	88,8	86,7	86,9
	<i>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>	806,3	1.010,0	751,3	780,0
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind in folgenden Positionen enthalten:					
4 Nachrangige Forderungen	Mio €	Bank	Konzern 2002	Bank	Konzern 2001
	<i>andere Forderungen an Kreditinstitute</i>	66,9	75,1	93,0	98,6
	<i>Forderungen an Kunden</i>	8,1	8,1	7,0	7,0
	<i>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>	130,4	484,3	101,8	401,0
	<i>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</i>	–	13,6	–	16,4
Nachrangige Forderungen weist die Bank in folgenden Positionen aus:					

5 Angaben zu den Wertpapierpositionen

Mio €	Bank	Konzern 2002	Bank	Konzern 2001
<i>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere:</i>				
<i>Geldmarktpapiere von öffentlichen und anderen Emittenten</i>				
börsenfähige und börsennotierte Geldmarktpapiere	507,8	529,0	1.529,6	1.529,6
börsenfähige, nicht börsennotierte Geldmarktpapiere	96,8	545,8	493,0	875,2
<i>Anleihen und Schuldverschreibungen</i>				
- von öffentlichen Emittenten				
börsenfähige und börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	9.125,6	10.904,4	5.460,4	7.990,9
börsenfähige, nicht börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	82,6	788,5	30,4	811,5
- von anderen Emittenten				
börsenfähige und börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	12.504,1	22.003,7	13.256,0	23.498,7
börsenfähige, nicht börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	432,4	2.625,3	574,3	2.983,2
<i>Eigene Schuldverschreibungen</i>				
börsenfähige und börsennotierte eigene Schuldverschreibungen	1.367,1	1.679,7	1.228,8	1.551,1
börsenfähige, nicht börsennotierte eigene Schuldverschreibungen	13,4	43,7	20,8	57,3
<i>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere:</i>				
börsenfähige und börsennotierte Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	14,9	47,2	21,8	55,9
börsenfähige, nicht börsennotierte Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.338,7	1.789,7	887,7	1.682,1

Gegenüber Kreditinstituten bestehen Repogeschäfte in Höhe von 1,6 Mrd € im Konzern, bei denen die Bank als Pensionsgeberin auftritt.

6 Anteile an verbundenen Unternehmen

In der Position Anteile an verbundenen Unternehmen sind enthalten:

Mio €	Bank	Konzern 2002	Bank	Konzern 2001
<i>Anteile an verbundenen Unternehmen</i>				
börsenfähige und börsennotierte Anteile an verbundenen Unternehmen	23,1	23,1	23,1	23,1
börsenfähige, nicht börsennotierte Anteile an verbundenen Unternehmen	53,0	53,0	44,3	44,3

7 Treuhandvermögen

Das Treuhandvermögen betrifft:

Mio €	Bank	Konzern 2002	Bank	Konzern 2001
<i>Treuhandvermögen:</i>				
<i>Forderungen an Kreditinstitute</i>				
täglich fällig	4,0	4,0	3,0	3,0
andere Forderungen	31,2	31,7	4,3	4,7
<i>Forderungen an Kunden</i>	1.187,6	1.346,1	1.208,9	1.355,4

8 Sonstige Vermögensgegenstände

Die wesentlichen Posten in dieser Position sind:

Mio €	Bank	Konzern 2002	Bank	Konzern 2001
<i>Sonstige Vermögensgegenstände</i>				
Ausgleichsposten aus der Fremdwährungsumrechnung	–	57,2	126,5	306,2
Forderungen aus Optionsgeschäften (Caps, Floors) und Sicherheitsleistungen	0,1	1,8	0,1	22,4
Swapabgrenzungen	5,8	144,6	1,6	1,8
Forderungen aus Optionsgeschäften	41,1	70,3	27,3	47,8
Einzugspapiere, fällige Anleihen und Schuldverschreibungen und fällige Zins- und Dividendenscheine	129,9	130,9	134,3	152,6
vorübergehend erworbene Grundstücke	12,9	22,0	11,7	20,9

9 Rechnungsabgrenzungsposten

In dem Ausweis sind enthalten:

Mio €	Bank	Konzern 2002	Bank	Konzern 2001
<i>Rechnungsabgrenzungsposten</i>				
aus der Disagioabgrenzung	65,9	108,6	73,0	110,7
aus der Agioabgrenzung	11,6	16,1	20,4	27,2

10 Aufgliederung nach Restlaufzeiten

Die Bilanzaktiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt auf:

Mio €	Bank	Konzern 2002	Bank	Konzern 2001
<i>andere Forderungen an Kreditinstitute</i>				
bis 3 Monate	10.185,1	11.933,1	5.440,0	7.834,9
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	2.236,3	4.361,5	1.960,0	3.493,5
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	5.509,5	8.212,6	8.457,7	11.304,1
mehr als 5 Jahre	4.162,4	5.397,9	5.848,7	7.477,0
<i>Forderungen an Kunden</i>				
bis 3 Monate	5.771,2	8.484,7	3.696,9	6.528,8
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	4.115,2	6.489,1	3.122,2	4.820,6
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	13.505,5	19.883,1	13.048,9	19.158,9
mehr als 5 Jahre	20.960,1	30.567,8	21.881,8	31.729,2
Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	540,7	1.423,5	419,3	1.804,6
<i>Anleihen und Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>				
Anleihen und Schuldverschreibungen, die im Folgejahr fällig werden	5.943,4	8.658,9	3.468,3	4.244,1

II Anlagevermögen

Sachanlagevermögen

Mio €	Grundstücke und Gebäude (ohne Anlagen im Bau)		darunter: eigegenutzte Grundstücke und Gebäude		Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		Betriebs- und Geschäftsausstattung	
	Bank	Konzern	Bank	Konzern	Bank	Konzern	Bank	Konzern
Anschaffungskosten	592,8	687,2	66,7	154,1	–	–	132,8	228,5
Zugänge	98,0	98,1	0,4	0,4	0,4	0,4	32,6	50,0
Abgänge	0,7	1,2	0,1	0,1	–	–	1,8	16,3
Zuschreibungen/Umbuchungen	–	64,7	–	62,5	0,2	0,2	–	0,1
Abschreibungen lfd. Jahr	11,2	11,6	1,4	1,7	–	–	23,0	36,2
kumulierte Abschreibungen	32,5	39,5	9,1	12,9	–	–	111,5	182,0
Buchwert zum 31.12.2002	657,6	679,9	57,9	79,0	0,2	0,2	52,3	80,5

Immaterielle Anlagewerte

Mio €	Bank	Konzern
Anschaffungskosten	29,2	29,9
Zugänge	–	–
Abgänge	–	–
Zuschreibungen/Umbuchungen	–	–
Abschreibungen lfd. Jahr	2,9	3,0
kumulierte Abschreibungen	19,0	19,6
Buchwert zum 31.12.2002	10,2	10,3

Bei den Abschreibungen in Höhe von 2,9 Mio € handelt es sich um die planmäßige Abschreibung des Firmenwertes aus dem Kauf der Niederlassung in Kopenhagen über zehn Jahre.

Finanzanlagevermögen

Mio €	Beteiligungen		Anteile an verbundenen Unternehmen		Wertpapiere des Anlagevermögens	
	Bank	Konzern	Bank	Konzern	Bank	Konzern
Buchwert 31.12.2001	872,6	200,1	168,7	123,8	8.457,6	16.264,2
Zugänge	226,2	359,4	53,5	270,7	2.495,8	6.081,7
Abgänge	145,3	171,4	28,3	38,9	1.763,8	6.246,4
Abschreibungen lfd. Jahr	1,9	2,7	–	1,4	0,7	66,3
Buchwert 31.12.2002	951,6	385,4	193,9	354,2	9.188,9	16.033,2

Angaben zu Bilanzpassiva (jeweils zum 31.12.)

12 Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	Mio €	Bank Konzern 2002		Bank Konzern 2001	
In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen enthalten in Höhe von:	Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	1.425,0	1.523,9	1.221,7	1.308,4
13 Verbundene Unternehmen	Mio €	Bank Konzern 2002		Bank Konzern 2001	
In nachstehenden Positionen sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten:	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.544,5	–	1.875,0	–
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7,6	6,1	9,5	9,5
	verbriefte Verbindlichkeiten				
	begebene Schuldverschreibungen	2,7	0,5	3,6	3,6
14 Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	Mio €	Bank Konzern 2002		Bank Konzern 2001	
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind in folgenden Bilanzpositionen enthalten:	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.599,7	3.734,2	361,8	459,6
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	59,2	63,4	62,3	62,5
	verbriefte Verbindlichkeiten				
	begebene Schuldverschreibungen	102,0	43,2	1.786,4	1.698,5
15 Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Mio €	Bank Konzern 2002		Bank Konzern 2001	
Bei den als Sicherheit übertragenen Vermögensgegenständen handelt es sich um im Fördergeschäft abgetretene Darlehensforderungen sowie aus im Rahmen von Offenmarktgeschäften im Pfanddepot bei der EZB hinterlegte Wertpapiere.	als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	8.994,9	11.654,7	9.658,9	12.797,1
16 Treuhandverbindlichkeiten	Mio €	Bank Konzern 2002		Bank Konzern 2001	
Die Treuhandverbindlichkeiten betreffen:	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
	täglich fällig	2,0	2,0	1,4	1,4
	mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	31,3	38,0	133,8	141,4
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
	täglich fällig	0,4	0,4	–	6,9
	mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.189,1	1.341,5	1.080,9	1.213,5

17 Sonstige Verbindlichkeiten

Hierunter werden im Wesentlichen ausgewiesen:

Mio €	Bank	Konzern 2002	Bank	Konzern 2001
<i>Sonstige Verbindlichkeiten</i>				
Zinsen auf nachrangige Verbindlichkeiten, Genussrechte	183,8	216,7	140,7	203,4
Verpflichtungen aus Optionsgeschäften und Sicherheitsleistungen	24,0	50,3	21,5	47,2
Ausgleichsposten aus der Fremdwährungsumrechnung	117,1	–	–	–

18 Rechnungsabgrenzungsposten

In dem Ausweis sind enthalten:

Mio €	Bank	Konzern 2002	Bank	Konzern 2001
<i>Rechnungsabgrenzungsposten</i>				
Disagioabgrenzungen	239,4	282,0	236,6	285,6
Agioabgrenzungen	10,1	15,1	6,4	12,9

19 Latente Steuern

Für latente Steuern besteht eine Rückstellung von 4,2 (Vj. 3,2) Mio € im Konzern. Die aktivischen latenten Steuern werden nicht mit den passivischen latenten Steuern verrechnet.

20 Nachrangige Verbindlichkeiten

Der Bestand an nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt:

Mio €	Bank	Konzern 2002	Bank	Konzern 2001
<i>Nachrangige Verbindlichkeiten</i>	1.484,6	2.285,9	1.173,1	2.011,9

Für nachrangige Verbindlichkeiten sind Aufwendungen in Höhe von 61,4 (Vj. 66,4) Mio € in der Bank angefallen. Im Konzern belaufen sie sich auf 91,5 (Vj. 107,7) Mio €.

Es wurden Mittel in GBP, CAD, YEN, NLG, PTE, LUF, USD, DEM und EUR im Gegenwert von 2.285,9 Mio € im Konzern aufgenommen.

Diese haben Ursprungslaufzeiten von 2 bis 40 Jahren und weisen eine Verzinsung von 2,4 % bis 16,0 % auf. Bei den nachrangigen Verbindlichkeiten kann der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit und Kündigungsfrist nicht verkürzt werden. Ansonsten entsprechen die Bedingungen der Nachrangigkeit dieser Mittel den Anforderungen des Kreditwesengesetzes.

Die jeweils 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigende Mittelaufnahme stellt sich wie folgt dar:

Betrag in Mio €	Währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
154,0	GBP	6,5	04.02.04
154,0	GBP	variabel	28.12.06

21 Genussrechtskapital

Das aufgenommene Genussrechtskapital beläuft sich auf 635,2 (Vj. 686,3) Mio € in der Bank. Im Konzern beträgt es 1.061,6 (Vj. 1.112,7) Mio €.

22 Eigenkapitalveränderungsrechnung

Die Eigenkapitalveränderungsrechnung stellt die Entwicklung des Bank- und Konzernkapitals sowie des Bank- und Konzerngesamtergebnisses dar. Sie wurde in enger Anlehnung an den deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 7 (DRS 7) abgebildet. Gesondert gezeigt werden die Entwicklung des gezeichneten Kapitals, der Kapitalrücklagen, der Gewinnrücklagen sowie des Bilanzgewinns. Die bei der Entwicklung des Eigenkapitals des Konzerns als „Sonstige Veränderungen“ ausgewiesenen Posten ergeben sich aus der Kapitalkonsolidierung im Konzern und den damit zusammenhängenden Zuführungen zu Gewinnrücklagen von Konzernunternehmen.

Bank	2002	2001
Mio €		
Gezeichnetes Kapital Vorjahr	1.376,5	1.009,0
Erhöhung der Stillen Einlagen	1.036,0	367,5
<i>Gezeichnetes Kapital lfd. Jahr</i>	<i>2.412,5</i>	<i>1.376,5</i>
Kapitalrücklagen Vorjahr	1.083,1	1.031,2
Kapital- / Rücklagenzuführung	5,9	51,8
<i>Kapitalrücklagen lfd. Jahr</i>	<i>1.089,0</i>	<i>1.083,1</i>
Gewinnrücklagen Vorjahr	504,0	412,2
Einstellung in die Gewinnrücklagen lfd. Jahr	103,1	84,1
Einstellung in die Gewinnrücklagen Vorjahr	4,9	7,7
<i>Gewinnrücklagen lfd. Jahr</i>	<i>612,0</i>	<i>504,0</i>
Bilanzgewinn Vorjahr	41,9	30,0
Dividende Vorjahr	-15,4	-15,4
Sonstige Veränderungen lfd. Jahr	-25,6	-12,5
Jahresüberschuss lfd. Jahr	128,4	123,8
Einstellung in die Gewinnrücklagen lfd. Jahr	-103,1	-84,1
<i>Bilanzgewinn lfd. Jahr</i>	<i>26,2</i>	<i>41,9</i>
<i>Eigenkapital der Bank lfd. Jahr</i>	<i>4.139,7</i>	<i>3.005,5</i>
Konzern	2002	2001
Mio €		
Gezeichnetes Kapital und Rücklagen Vorjahr	2.963,7	2.452,5
Erhöhung der Stillen Einlagen	1.036,0	367,5
Erhöhung der Kapitalrücklage	5,9	51,8
Erhöhung der Gewinnrücklage	107,9	91,8
<i>Gezeichnetes Kapital und Rücklagen lfd. Jahr</i>	<i>4.113,5</i>	<i>2.963,6</i>
Konzernrücklagen Vorjahr	1.089,7	1.020,5
Erhöhung der Konzernrücklage	154,2	69,2
<i>Konzernrücklagen lfd. Jahr</i>	<i>1.243,9</i>	<i>1.089,7</i>
Ausgleichsposten für Anteile Dritter Vorjahr	149,0	148,3
Sonstige Veränderungen lfd. Jahr	0,3	0,7
<i>Ausgleichsposten für Anteile Dritter lfd. Jahr</i>	<i>149,3</i>	<i>149,0</i>
Konzernbilanzgewinn Vorjahr	79,7	70,5
Dividende Vorjahr	-32,2	-31,2
Jahresüberschuss lfd. Jahr	190,3	174,0
Sonstige Veränderungen lfd. Jahr	-147,2	-133,5
<i>Konzernbilanzgewinn lfd. Jahr</i>	<i>90,6</i>	<i>79,7</i>
<i>Eigenkapital des Konzerns lfd. Jahr</i>	<i>5.597,3</i>	<i>4.282,0</i>

23 Eventualverbindlichkeiten

Bei den Eventualverbindlichkeiten handelt es sich überwiegend um Kreditbürgschaften.

Darin enthalten sind Stillhalterverpflichtungen aus Credit Default Swaps:

Mio €	Bank	Konzern 2002	Bank	Konzern 2001
<i>Eventualverbindlichkeiten</i>	9.604,7	12.235,5	5.080,2	7.080,6
Stillhalterverpflichtungen	6.282,9	6.974,2	2.317,9	3.055,4

24 Aufgliederung nach Restlaufzeiten

Die Bilanzpassiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt:

Mio €	Bank	Konzern 2002	Bank	Konzern 2001
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist</i>				
bis 3 Monate	17.726,3	24.516,7	19.554,8	29.532,7
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	2.872,0	4.942,8	5.567,1	8.902,7
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4.613,9	7.333,9	4.542,4	7.127,8
mehr als 5 Jahre	4.863,8	7.593,1	5.433,4	7.302,9
<i>Spareinlagen</i>				
bis 3 Monate	43,1	82,8	41,3	82,8
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1,1	1,3	–	0,2
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0,9	1,8	2,4	3,4
mehr als 5 Jahre	–	0,1	–	0,1
<i>andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist</i>				
bis 3 Monate	1.858,2	8.541,1	1.859,5	8.240,5
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	354,2	208,4	257,2	553,4
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.114,0	5.129,2	3.139,9	5.268,4
mehr als 5 Jahre	6.512,9	10.718,9	4.959,4	9.311,3
<i>verbriefte Verbindlichkeiten</i>				
<i>begebene Schuldverschreibungen</i>				
begebene Schuldverschreibungen, die im Folgejahr fällig werden	12.894,4	13.557,0	7.017,9	8.325,8
<i>andere verbrieftete Verbindlichkeiten</i>				
bis 3 Monate	6.084,3	8.028,1	4.202,0	5.719,4
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	2.805,8	3.043,9	2.805,3	2.927,9
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	–	–	–	–
mehr als 5 Jahre	–	–	–	–

Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

25 Segmentbericht des Konzerns

Der Segmentbericht stellt die Segmente wie selbstständige Unternehmen mit eigener Ergebnis- und Kostenverantwortung dar. Grundlage der Segmentergebnisse sind die internen Daten des Controllings und die externen Daten aus diesem Jahresabschluss.

Die Segmentberichterstattung erfolgt in enger Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 3-10 (DRS 3-10) zur Segmentberichterstattung von Kreditinstituten.

Folgende Segmente wurden gebildet:

- Allgemeines Kreditgeschäft
Das Geschäft inklusive Leasing mit Firmen- und Immobilienkunden, mit Sparkassen, Privaten sowie mit Banken und Auslandskunden – inklusive des Kundengeschäfts unserer Niederlassungen in Skandinavien, den USA und unserer Tochter in Luxemburg.
- Transportfinanzierung
Im Wesentlichen Flugzeuge, Eisenbahnen, Infrastruktur und Schifffahrt inklusive der entsprechenden Geschäfte unserer luxemburgischen Tochter.
- Financial Markets
Geld-, Devisen-, und Wertpapierhandel sowie -services – inklusive der Aktivitäten unserer ausländischen Töchter und Niederlassungen.
- Fördergeschäft
Dieses Segment stellt unseren Zentralbereich Investitionsbank dar.
- LBS
Dieses Segment stellt unseren Zentralbereich Landesbausparkasse dar.
- HLB
Dieses Segment stellt das Ergebnis unserer 49,5 %-Beteiligung an der Hamburgischen Landesbank dar.
- Sonstiges/Zentrale Erfolge/Konsolidierung
Nicht auf die Segmente zuordenbare Tochterunternehmen, zentrale Erfolge und Ergebnisse der Konsolidierung.

Erträge und Aufwendungen wurden grundsätzlich verursachungsgerecht den Segmenten zugeordnet. Die Ermittlung des Zinsüberschusses erfolgt nach der Marktzinsmethode.

Die Risikovorsorge entspricht den Werten gemäß GuV und wurde verursachungsgerecht den Segmenten zugeordnet.

Der Ausweis der Risikopositionen und die daraus notwendige Eigenmittelunterlegung erfolgt auf der Grundlage aufsichtsrechtlicher Bestimmungen (Jahresdurchschnitte).

Das Segmentvermögen beinhaltet die Bilanzaktiva des jeweiligen Segmentes im Jahresdurchschnitt. Die Eigenkapitalrentabilität setzt das Betriebsergebnis nach Risikovorsorge und das durchschnittlich gebundene Eigenkapital ins Verhältnis. Die Cost-Income-Ratio ermittelt sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zu den Erträgen (Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsüberschuss und Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen).

Der ausgewiesene ROE ist der Quotient aus dem Jahresüberschuss vor Steuern korrigiert um die Zuführung zu den Rücklagen gemäß § 340g HGB und dem durchschnittlich bilanziellen Eigenkapital korrigiert um den Bilanzgewinn und die Rücklage gemäß § 340g HGB. Die Angaben in Klammern beziehen sich jeweils auf das Vorjahr.

Mio €	Allgemeines Kreditgeschäft	Transport- finanzierung	Financial Markets	Förder- geschäft	LBS	HLB 49,5 %	Sonstiges/ Zentrale Erfolge/ Konsolidierung	Konzern
Zinsüberschuss	258,8 (224,5)	58,5 (51,9)	159,7 (70,2)	19,5 (17,0)	37,9 (37,2)	475,7 (402,2)	174,2 (95,0)	1.184,3 (898,0)
+ Provisionsüberschuss	65,5 (50,0)	21,0 (19,1)	37,0 (12,0)	2,0 (2,5)	1,8 (2,7)	55,1 (50,8)	-24,8 (0,6)	157,5 (137,7)
+ Handelsergebnis	0,0 (0,0)	0,0 (0,0)	62,8 (48,3)	0,0 (0,0)	0,0 (0,0)	7,9 (9,7)	0,0 (0,0)	70,7 (58,0)
+ Saldo der sonst. betr. Erträge / Aufwendungen	0,0 (0,0)	0,0 (0,0)	0,0 (0,0)	39,2 (37,2)	1,9 (2,2)	-58,3 (-35,8)	14,9 (71,3)	-2,3 (74,9)
= Summe der Erträge	324,3 (274,5)	79,5 (71,0)	259,5 (130,5)	60,7 (56,7)	41,6 (42,1)	480,4 (426,9)	164,3 (166,9)	1.410,2 (1.168,6)
./. Personalaufwand	36,7 (33,7)	5,7 (4,7)	17,0 (11,9)	19,4 (18,0)	15,3 (14,5)	92,9 (81,1)	107,1 (98,5)	294,1 (262,4)
./. Sachaufwand	26,4 (22,2)	4,5 (4,9)	35,1 (20,9)	25,1 (22,9)	16,2 (15,4)	87,6 (73,5)	95,5 (74,5)	290,3 (234,4)
= Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	261,2 (218,6)	69,2 (61,4)	207,4 (97,7)	16,2 (15,8)	10,1 (12,2)	299,9 (272,3)	-38,2 (-6,1)	825,8 (671,9)
./. Risikovorsorge	103,1 (75,4)	1,7 (18,4)	142,4 (39,8)	10,2 (-6,3)	3,3 (4,3)	144,3 (137,9)	-49,5 (39,9)	355,5 (309,3)
= Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	158,1 (143,3)	67,5 (43,0)	65,0 (57,9)	6,0 (22,1)	6,8 (7,9)	155,6 (134,4)	11,3 (-46,0)	470,3 (362,6)
Segmentvermögen	52.343,4 (48.735,1)	6.617,0 (5.860,7)	28.170,0 (24.730,6)	7.100,8 (6.091,0)	1.785,6 (1.598,7)	45.360,7 (43.542,3)	1.885,5 (4.007,7)	143.262,9 (134.566,1)
Risikopositionen	25.377,4 (22.542,5)	6.126,0 (5.978,5)	13.504,0 (8.352,9)	4.179,2 (4.109,1)	994,3 (938,1)	26.206,4 (24.497,5)	2.398,0 (1.481,1)	78.785,3 (67.899,7)
durchschnittlich gebundenes Eigenkapital ^{*)}	2.030,2 (1.803,4)	490,1 (478,3)	1.080,3 (668,2)	334,3 (328,7)	79,5 (75,0)	2.096,5 (1.959,8)	191,8 (118,5)	6.302,8 (5.432,0)
Eigenkapitalrentabilität (regulatorisch)	7,8% (7,9%)	13,8% (9,0%)	6,0% (8,7%)	1,8% (6,7%)	8,5% (10,5%)	7,4% (6,9%)		7,5% (6,7%)
Cost-Income-Ratio (CIR)	19,4% (20,3%)	12,9% (13,5%)	20,1% (25,2%)	73,3% (72,1%)	75,7% (71,0%)	37,6% (36,2%)		41,4% (42,5%)
ROE						8,0% (7,8%)		10,4% (9,8%)

^{*)} Das durchschnittlich gebundene Eigenkapital versteht sich als aufsichtsrechtlicher Eigenkapital-Bedarf.

Anhang

Die Zurechnung der Werte nach geographischen Segmenten orientiert sich am Sitzland des Konzernunternehmens bzw. der Niederlassungen.

Mio €	Deutschland	Europa ohne Deutschland	Asien	Sonstiges/ Konsolidierung	Konzern
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	619,5 (543,5)	249,7 (149,0)	16,0 (11,6)	-59,4 (-32,2)	825,8 (671,9)
./. Risikovorsorge	156,0 (194,4)	201,5 (104,4)	0,8 (0,0)	-2,7 (10,5)	355,5 (309,3)
= Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	463,5 (349,2)	48,2 (44,6)	15,2 (11,6)	-56,7 (-42,8)	470,3 (362,6)
Risikopositionen	55.793,1 (51.229,9)	20.409,9 (15.597,3)	3.452,6 (3.741,7)	-870,4 (-2.669,2)	78.785,3 (67.899,7)
durchschnittlich gebundenes Eigenkapital	4.463,4 (84.098,4)	1.632,8 (1.247,8)	276,2 (299,3)	-69,6 (-213,5)	6.302,8 (5.432,0)
Cost-Income-Ratio (CIR)	45,5 % (44,6 %)	22,2 % (29,9 %)	29,6 % (37,1 %)		41,4 % (42,5 %)

26 Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung des Landesbank-Konzerns gegliedert nach dem Sitzland des Konzernunternehmens bzw. seiner Niederlassung:

Mio €	Deutschland	Europa ohne Deutschland	Asien	USA	Deutschland	Europa ohne Deutschland	Asien	USA
				2002				2001
Zinserträge	6.415,2	1.830,5	129,6	–	6.883,9	2.287,1	184,2	–
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	128,2	0,8	–	–	97,5	0,6	–	–
Provisionserträge	149,7	76,2	2,7	–	143,1	45,2	2,3	–
Sonstige betriebliche Erträge	205,1	6,5	1,1	–	224,4	3,4	0,1	–
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	58,2	12,3	0,2	–	43,2	14,8	–	–

27 Sonstige betriebliche Erträge

In diesem Posten sind im Wesentlichen erfasst:

Mio €	Bank	Konzern	Bank	Konzern
		2002		2001
Kostenerstattungen von Dritten	27,5	37,4	25,6	32,1
Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung und Grundstücken und Gebäuden	–	–	36,9	36,9
Steuererstattungen aus früheren Jahren	–	10,9	1,6	1,6

28 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Mio €	Bank	Konzern	Bank	Konzern
		2002		2001
Restrukturierungsaufwendungen in Verbindung mit der vorgesehenen Fusion	43,1	64,3	–	–

29 Konzern-Kapitalflussrechnung

Die veröffentlichte Kapitalflussrechnung gibt Auskunft über die Entwicklung der Zahlungsmittel des Konzerns. Die Darstellung erfolgt getrennt für den Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit, Cash-Flow aus Investitionstätigkeit und Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit. Die Summe aus diesen Zahlungsströmen entspricht der Veränderung des Finanzmittelfonds vom Anfang zum

Ende der Berichtsperiode. Der Finanzmittelfonds umfasst die Bilanzposition Barreserve. Der Betrag des Finanzmittelfonds, der auf die Hamburgische Landesbank entfällt, beläuft sich auf 128,9 (Vj. 39,7) Mio €.

Die Erstellung der Kapitalflussrechnung erfolgte gemäß dem bankspezifischen Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 2-10 (DRS 2-10).

Mio €	2002	2001
1. Periodenergebnis	189,4	174,0
<i>Überleitung</i>		
2. Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen	706,1	462,8
2.a) Abschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen, Zuführungen zu Wertberichtigungen	917,1	677,1
2.b) Zuschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen, Auflösungen von Wertberichtigungen	-211,1	-214,3
3. Veränderung Rückstellungen	168,9	-79,5
4. Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-16,0	-18,2
5. Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	-315,2	-89,6
5.a) Verluste	86,5	40,2
5.b) Gewinne	-401,7	-129,8
6. Sonstige Anpassungen	-888,8	-677,2
7. Zwischensumme	-155,7	-227,7
8. Veränderung der Forderungen	-4.150,1	-5.947,6
8.a) an Kreditinstitute	-1.343,9	-20,7
8.b) an Kunden	-2.806,2	-5.926,9
9. Veränderung der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlage)	456,2	-2.371,9
10. Veränderung anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	157,9	-278,3
11. Veränderung der Verbindlichkeiten	-6.743,1	8.688,3
11.a) gegenüber Kreditinstituten	-9.231,1	4.828,8
11.b) gegenüber Kunden	2.488,0	3.859,5
12. Veränderung der verbrieften Verbindlichkeiten	9.321,4	3.592,1
13. Veränderung anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	188,3	-315,8
14. Erhaltene Zinsen und Dividenden	8.505,2	9.455,0
15. Gezahlte Zinsen	-7.334,7	-8.354,1
16. Ertragssteuerzahlungen	-109,6	-83,4
17. Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	135,9	4.156,6
18. Einzahlungen aus Abgängen	12.649,0	840,3
18.a) des Finanzanlagevermögens	12.583,9	740,5
18.b) des Sachanlagevermögens	65,1	99,8
19. Auszahlungen für Investitionen in das	-13.856,5	-5.590,3
19.a) Finanzanlagevermögen	-13.696,8	-5.344,7
19.b) Sachanlagevermögen	-159,7	-245,6
20. Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	-1.207,6	-4.750,0
21. Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	1.165,7	419,3
22. Ausschüttung auf das Eigenkapital	-224,7	-173,4
22.a) Dividendenzahlungen	-36,0	-36,0
22.b) Teilgewinnabführung	-188,7	-137,4
23. Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital	221,9	244,4
24. Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	1.162,9	490,3
25. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	135,8	236,0
26. Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	135,9	4.156,6
27. Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	-1.207,6	-4.750,0
28. Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	1.162,9	490,3
29. Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0,0	2,9
30. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	227,0	135,8

Sonstige Angaben zum Geschäftsjahr

Haftendes Eigenkapital

Unter Berücksichtigung der Rücklagendotierung und weiterer aus dem Jahresabschluss 2002 resultierender Veränderungen belaufen sich die anrechenbaren Eigenmittel der Bank auf 6.124,7 (Vj. 4.670,3) Mio € und im Konzern auf 8.804,9 (Vj. 7.184,2) Mio €.

Im Ergänzungskapital werden 31,0 Mio € anrechenbare unrealisierte Reserven bei Wertpapieren des Anlagebuches ausgewiesen.

Die der Investitionsbank in Verbindung mit der Bildung des Zweckvermögens Landesliegenschaften zugeflossenen Eigenmittel in Höhe 163,0 (Vj. 156,3) Mio € werden nicht mit Risikoaktiva aus dem Wettbewerbsgeschäft belegt.

Mio €	2002	2001
<i>Haftendes Eigenkapital der Bank nach § 10 KWG</i>		
Gezeichnetes Kapital	219,9	219,9
Stille Einlagen	2.192,7	1.156,6
Kapitalrücklagen	926,0	926,7
Gewinnrücklagen	612,0	504,1
Fonds für allgemeine Bankrisiken	141,6	88,8
Immaterielle Anlagewerte	-10,2	-13,1
Kernkapital	4.082,0	2.883,0
Ergänzungskapital	2.048,4	1.791,2
Beteiligungen nach § 10 Abs. 6a Satz 1 Nr. 4a KWG	-5,7	-3,9
Drittangemittel	–	–
<i>Haftendes Eigenkapital der Bank</i>	<i>6.124,7</i>	<i>4.670,3</i>
<i>Haftendes Eigenkapital der Konzernunternehmen nach § 10a KWG</i>		
Kernkapital	1.484,1	1.322,7
Ergänzungskapital	1.212,0	1.207,3
Abzugsposten vom Eigenkapital	-15,9	-16,1
<i>Haftendes Eigenkapital der Konzernunternehmen</i>	<i>2.680,2</i>	<i>2.513,9</i>
nicht anrechenbare Drittangemittel	–	–
<i>Haftendes Eigenkapital des Konzerns</i>	<i>8.804,9</i>	<i>7.184,2</i>

KWG-Grundsätze

Die Bank hat die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Vorschriften über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute nach dem Kreditwesengesetz (KWG) im Geschäftsjahr jederzeit eingehalten und damit auch die Voraussetzung für eine Anerkennung als geeignetes Kreditinstitut im Sinne des § 54a Abs. 2 Nr. 9c des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (VAG) erfüllt.

Einlagensicherung

Die Bank ist als Mitglied der Sicherungsreserve der Landesbanken/Girozentralen dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen.

Das Sicherungssystem dient dazu, jederzeit die Liquidität und Solvenz der angeschlossenen Institute zu gewährleisten.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche

Haftungsverhältnisse

Aus der Beteiligung an sechs kleineren Unternehmen bestehen Einzahlungsverpflichtungen auf das bisher noch nicht vollständig gezeichnete Nominalkapital bei der Bank in Höhe von insgesamt 1,4 Mio €.

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH ergibt sich eine Nachschusspflicht sowie eine begrenzte Eventualhaftung für die Nachschusspflicht anderer Gesellschafter.

Die Landesbank Schleswig-Holstein ist mit 49,5 % an der Hamburgischen Landesbank beteiligt.

Außerdem hat die Bank einen langfristigen Vertrag über die Anmietung von Gebäuden mit einem Tochterunternehmen abgeschlossen.

Patronatserklärung

Die Landesbank Schleswig-Holstein trägt – abgesehen vom Fall des politischen Risikos – dafür Sorge, dass folgende Konzerngesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen können: Landesbank Schleswig-Holstein International S.A., Luxemburg, und LB Schleswig-Holstein Finance B.V., Amsterdam.

Termingeschäfte

In der Bank und im Konzern bestehen am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte fremdwährungs-, zinsabhängige und sonstige Termingeschäfte, die im Wesentlichen zur Deckung von Zins- und Marktpreisschwankungen abgeschlossen worden sind. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Geschäftsarten:

Fremdwährungstermingeschäfte:

- Devisentermingeschäfte
- Devisenswaps
- Zins- und Währungsswaps
- Stillhalterverpflichtungen aus Devisenoptionsgeschäften
- Devisenoptionsrechte

Zinsbezogene Termingeschäfte:

- Wertpapiertermingeschäfte
- Aktientermingeschäfte
- Forward Rate Agreements
- Stillhalterverpflichtungen aus Zinsoptionen
- Zinsswaps
- Zinsterminkontrakte
- Zinsoptionsrechte
- Zinsfutures

Termingeschäfte mit sonstigen Preisrisiken:

- Stillhalterverpflichtungen aus Aktienoptionen
- Indexterminkontrakte
- Stillhalterverpflichtungen aus Indexoptionen
- Aktienoptionsrechte
- Indexoptionsrechte

Kreditderivate:

- Credit Default Swaps
(Sicherungsnehmer / Sicherungsgeber)
- Total Return Swaps (Sicherungsgeber)
- Credit Spread Options (Sicherungsgeber)

Derivategeschäft

Das Derivategeschäft hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut positiv entwickelt. Zum Jahresende 2002 hat der Konzern zinsorientierte Geschäfte mit einem Volumen von 167,3 Mrd € im Bestand, darunter Zinsswaps in Höhe von 151,1 Mrd €.

Die Zunahme der Nominalvolumina in zinsorientierten Geschäften schlägt sich in der Fristengliederung insbesondere im kurzfristigen Laufzeitband nieder.

Der Bereich der währungsorientierten Geschäfte im Konzern (46,0 Mrd €) wird durch die Devisentermingeschäfte mit einem Volumen von 36,7 Mrd € bestimmt. Geschäfte mit Währungsrisiken werden in der Bank und

im Konzern überwiegend mit einer Laufzeit von unter einem Jahr abgeschlossen. Das Nominalvolumen der Aktiengeschäfte und der Geschäfte mit sonstigen Preisrisiken im Konzern beläuft sich auf 1,4 Mrd €. Sie sind dem Anlagebuch zuzuordnen. Die Laufzeit der Kontrakte liegt mehrheitlich über einem Jahr.

Der Anteil der Geschäfte, die im Eigenhandel abgeschlossen wurden, beträgt mit 95,9 Mrd € in etwa 45 % des Gesamtvolumens der Derivategeschäfte im Konzern.

Das Derivategeschäft der Bank und des Konzerns wird ausschließlich mit Kontrahenten einwandfreier Bonität betrieben. Über 92 % des gesamten Nominalvolumens betreffen Banken mit Sitz in einem OECD-Land.

Derivative Geschäfte – Volumensentwicklung

Mio €	Nominalbeträge 31.12.2002	Nominalbeträge 31.12.2001	Kreditrisiko- äquivalente ^{*)} 31.12.2002	Wieder- beschaffungskosten ^{**)} 31.12.2002
<i>Zinsorientierte Kontrakte</i>				
Zinsswaps	151.098,9	128.460,2	881,3	3.098,4
FRA's	9.989,3	19.777,3	2,3	9,1
Zinsoptionen				
- Käufe	368,3	138,5	4,0	15,5
- Verkäufe	162,1	450,8	–	–
Caps, Floors	2.456,0	831,2	7,2	16,5
Börsenkontrakte	1.742,7	2.856,5	–	–
Sonstige Zinstermingeschäfte	1.514,1	1.832,8	1,5	0,6
<i>Zinsorientierte Kontrakte – insgesamt</i>	<i>167.331,4</i>	<i>154.347,3</i>	<i>896,3</i>	<i>3.140,1</i>
<i>Währungsorientierte Kontrakte</i>				
Devisentermingeschäfte	36.708,1	42.655,7	275,2	931,4
Zins- und Währungsswaps	5.413,7	6.976,3	104,0	202,5
Währungsswaps	–	–	–	–
Devisenoptionen				
- Käufe	2.012,0	1.334,7	24,3	74,5
- Verkäufe	1.834,5	1.050,1	–	–
Börsenkontrakte	–	–	–	–
Sonstige Währungstermingeschäfte	–	–	–	–
<i>Währungsorientierte Kontrakte – insgesamt</i>	<i>45.968,3</i>	<i>52.016,9</i>	<i>403,5</i>	<i>1.208,4</i>
<i>Aktien- und Geschäfte mit sonstigen Preisrisiken</i>				
Aktientermingeschäfte	4,7	1,2	0,5	2,1
Aktienoptionen				
- Käufe	51,9	17,8	2,8	2,0
- Verkäufe	45,7	–	–	–
Börsenkontrakte	2,0	3,6	–	–
Sonstige Termingeschäfte	1.326,5	1.620,0	25,8	13,2
<i>Aktien- und Geschäfte mit sonstigen Preisrisiken – insgesamt</i>	<i>1.430,8</i>	<i>1.642,7</i>	<i>29,1</i>	<i>17,2</i>
<i>Derivategeschäft – Marktpreisrisiken</i>	<i>214.730,4</i>	<i>208.006,9</i>	<i>1.328,9</i>	<i>4.365,6</i>

Die Darstellung der Volumensentwicklung beinhaltet das Bruttovolumen sämtlicher Käufe und Verkäufe.

^{*)} Die Kreditrisikoäquivalente sind gemäß der aufsichtsrechtlichen Vorschriften des Grundsatz 1 unter Anwendung der Standardmethode (Marktbewertungsmethode) ermittelt worden.

^{**)} Die Wiederbeschaffungskosten stellen den potenziellen Aufwand dar, der bei einem Ausfall des Kontrahenten durch den Abschluss eines Ersatzgeschäftes zur Wiederherstellung der ursprünglichen Position entstünde.

Derivative Geschäfte – Handelsgeschäfte ^{*)}

Mio €	Nominalbeträge 31.12.2002	Nominalbeträge 31.12.2001	Kreditrisiko- äquivalente 31.12.2002	Wieder- beschaffungskosten 31.12.2002
Zinskontrakte	85.036,7	70.344,1	446,4	1.514,1
Währungskontrakte	10.850,4	19.071,8	103,8	324,2
Aktienkontrakte	8,6	8,3	0,5	2,1
<i>Insgesamt</i>	<i>95.895,8</i>	<i>89.424,1</i>	<i>550,7</i>	<i>1.840,4</i>

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung

Mio €	Nominalbeträge 31.12.2002	Nominalbeträge 31.12.2001	Kreditrisiko- äquivalente 31.12.2002	Wieder- beschaffungskosten 31.12.2002
OECD-Banken	197.180,5	194.629,7	1.094,9	4.051,2
Banken außerhalb der OECD	404,0	342,4	2,7	3,4
Nichtbanken	15.265,0	11.818,6	231,2	311,1
Öffentliche Stellen	1.880,9	1.216,2	–	–
<i>Insgesamt</i>	<i>214.730,4</i>	<i>208.006,9</i>	<i>1.328,9</i>	<i>4.365,6</i>

Derivative Geschäfte – Fristengliederung ^{)}**

Mio €	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
Restlaufzeiten	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
bis 3 Monate	37.996,9	38.852,4	29.596,9	29.945,0	104,9	128,0
bis 1 Jahr	35.113,9	35.430,1	11.418,4	15.797,0	237,3	143,8
1 bis 5 Jahre	46.899,4	38.755,7	3.412,3	4.323,0	987,6	1.094,6
über 5 Jahre	44.321,2	41.309,2	1.540,7	1.951,9	101,0	276,3
<i>Insgesamt</i>	<i>167.331,4</i>	<i>154.347,3</i>	<i>45.968,3</i>	<i>52.017,0</i>	<i>1.430,8</i>	<i>1.642,7</i>

Fremdwährungsgeschäfte

Mio €	Bank	Konzern 2002	Bank	Konzern 2001
Betrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände	23.550,6	41.671,9	24.199,6	43.528,5
Betrag der auf fremde Währung lautenden Verbindlichkeiten	26.308,9	39.659,2	24.014,8	37.729,0

^{*)} Abschlüsse, die darauf abzielen, Gewinne aus kurzfristigen Änderungen des Marktpreises oder aus der Händlermarge zu erzielen, werden als Handelsgeschäfte definiert. Die Erfolge dieser Geschäfte werden im Handelsergebnis abgebildet.

^{**)} Die Fristengliederung der Derivategeschäfte basiert auf Restlaufzeiten. Bei Zinskontrakten wird dabei auf die Laufzeit des Underlyings abgestellt; bei Geschäften mit Währungs-, Aktien- und sonstigen Preisrisiken wird auf die Kontraktlaufzeit abgestellt.

Deckungsrechnung

Mio €	Bank	Konzern 2002	Bank	Konzern 2001
<i>Pfandbriefdeckung</i>				
Inhaberpapiere	-2.154,8	-3.242,4	-2.729,9	-3.619,7
Namenspapiere	-2.675,0	-3.752,2	-2.708,2	-3.607,2
zur Sicherheit ausgehändigte Namenspfandbriefe	-669,9	-693,9	-656,7	-684,6
geloste und gekündigte Stücke	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
	-5.499,8	-7.688,5	-6.094,9	-7.911,6
<i>Deckungswerte</i>				
Forderungen an Kunden	6.723,9	9.416,5	6.579,2	9.216,6
Forderungen an Kreditinstitute	–	–	–	–
- Wertpapiere von öffentlichen Emittenten/Ersatzdeckung	650,0	650,0	–	–
<i>Deckungsüberhang</i>	1.874,1	2.378,1	484,3	1.305,0
<i>Kommunaldeckung</i>				
Inhaber-Kommunalschuldverschreibungen	-7.227,0	-8.903,0	-8.233,9	-10.129,4
Namens-Kommunalschuldverschreibungen	-6.569,8	-8.368,7	-6.620,3	-8.587,0
zur Sicherheit ausgehändigte Namens- Kommunalschuldverschreibungen	-1.394,4	-1.413,3	-1.196,5	-1.225,5
geloste und gekündigte Stücke	–	–	–	–
	-15.191,2	-18.685,0	-16.050,7	-19.941,9
<i>Deckungswerte</i>				
Forderungen an Kunden	9.681,0	10.824,1	10.181,6	11.396,0
Forderungen an Kreditinstitute	6.820,9	9.356,9	6.730,0	9.717,0
Wertpapiere und Schuldscheindarlehen von öffentlichen Emittenten	–	–	–	–
Ersatzdeckung	–	–	–	–
	16.501,9	20.180,9	16.911,6	21.113,0
<i>Deckungsüberhang</i>	1.310,7	1.496,0	860,9	1.171,1

Anzahl der Beschäftigten im
Jahresdurchschnitt

	weiblich	männlich	insgesamt	Vorjahr
Geschäftsbank	774	862	1.636	1.540
Landes-Bausparkasse	124	90	214	211
Investitionsbank	201	133	334	322
<i>Zwischensumme</i>	1.099	1.085	2.184	2.073
LB Schleswig-Holstein International S.A.	66	61	127	84
Hamburgische Landesbank ^{*)}	1.293	1.287	2.580	2.391
Gudme Raaschou	14	55	69	79
Spielbanken	56	135	191	195
<i>Gesamt</i>	2.528	2.623	5.151	4.822
davon: Teilzeitbeschäftigte	630	88	718	639
zusätzlich: Auszubildende	68	92	160	171

^{*)} Gezeigt wird die Gesamtzahl der Beschäftigten der Hamburgischen Landesbank.

Bezüge des Vorstands und des
Verwaltungsrats

Die Gesamtbezüge des Vorstands betrugen im Geschäftsjahr 2,5 (Vj. 2,4) Mio €, davon 0,1 (Vj. 0,1) Mio € von Tochterunternehmen. Die Bezüge der Verwaltungsratsmitglieder betrugen 0,3 (Vj. 0,3) Mio €. Die Gesamtbezüge ehemaliger Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene belaufen sich auf 1,3 (Vj. 1,2) Mio €. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis sind in Höhe von 12,6 (Vj. 12,2) Mio € Rückstellungen gebildet worden.

Kredite an Mitglieder der Organe

Mio €	Bank	Konzern 2002	Bank	Konzern 2001
Vorstand	0,6	0,6	0,7	0,7
Verwaltungsrat	2,6	2,6	2,8	2,8

**Mandate der Vorstandsmitglieder in
Aufsichtsgremien** (Stand: 31.12.2002)

Dr. Dietrich Rümker

- DGZ Deka Bank Deutsche Kommunalbank, Frankfurt/Main
- Hamburgische Landesbank - Girozentrale -, Hamburg
- Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, Kiel
- Landesbank Schleswig-Holstein International S.A., Luxemburg
- Minimax GmbH, Bad Oldesloe
- Stiftung Schloss Neuhardenberg GmbH, Berlin

Hans Berger

- Deka Investment GmbH, Frankfurt/Main
- dvG Hannover Datenverarbeitungsgesellschaft mbH, Hannover
- eBS eBanking Services Nord GmbH, Kiel
- Hamburgische Landesbank - Girozentrale -, Hamburg
- Landesbank Schleswig-Holstein International S.A., Luxemburg
- LBS Immobilien GmbH (LBSI), Kiel
- Nordex AG, Norderstedt
- schleswig-holstein.de Beteiligungs GmbH & Co. KG
- SIZ Informatik – Zentrum der Sparkassenorganisation GmbH, Bonn
- s-NetLine GmbH, Kiel
- S-Online Schleswig-Holstein GbR, Kiel

Dieter Pfisterer

- AGV Anlagen- und Grundstücksvermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Wiesbaden
- Deka Immobilien Investment GmbH, Frankfurt
- eBS eBanking Services Nord GmbH, Kiel
- Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH – MBG, Kiel
- LBS-Immobilien GmbH (LBSI), Kiel
- ORGA Kartensysteme GmbH, Flintbek
- Wankendorfer Baugenossenschaft für Schleswig-Holstein eG, Kiel
- Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein, Kiel
- IKB Leasing GmbH, Hamburg

Franz Sales Waas, Ph.D.

- Gudme Raaschou Bankaktieselskab, Kopenhagen/Dänemark
- Hanseatische Wertpapierbörse, Hamburg (BÖAG)
- Landesbank Schleswig-Holstein International S.A., Luxemburg
- PCA Corporate Finance OY, Helsinki/Finnland
- s-NetLine GmbH, Kiel
- S-Online Schleswig-Holstein GbR, Kiel

Anteilsbesitz gem. § 285 Nr. 11 HGB

In den Konzernabschluss werden die Gesellschaften 1) bis 14) einbezogen. Bei den übrigen Gesellschaften wurde auf eine Einbeziehung verzichtet, da sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen ent-

sprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Erfasst wurde der jeweils letzte festgestellte Jahresabschluss der Gesellschaft.

Nummer, Name, Sitz	Anteil am Kapital in v. H.	Eigenkapital T€	Ergebnis T€
1) Landesbank Schleswig-Holstein International S.A., Luxemburg	100,00	200.087	20.000
2) LB Schleswig-Holstein Finance B.V., Amsterdam	100,00	2	2)
3) Hamburgische Landesbank Konzern, Hamburg	49,50	3.770.049	97.942
4) Gudme Raaschou Bankaktieselskab, Kopenhagen	100,00	TDKK 102.914	TDKK -35
5) Nobis Société des Banques Privées S.A., Luxemburg	80,00	12.947	2)
6) Spielbank SH GmbH, Kiel	100,00	26	1), 2)
7) Spielbank SH GmbH & Co. Casino Stadtzentrum Schenefeld KG, Schenefeld	100,00	2.096	2)
8) Spielbank SH GmbH & Co. Casino Lübeck-Travemünde KG, Lübeck-Travemünde	100,00	700	2)
9) Spielbank SH GmbH & Co. Casino Kiel KG, Kiel	100,00	2.352	2)
10) Spielbank SH GmbH & Co. Casino Westerland auf Sylt KG, Westerland	90,00	1.313	2)
11) Spielbank SH GmbH & Co. Casino Flensburg KG, Flensburg	90,00	3.013	2)
12) LB Kiel Nord Capital GmbH, Kiel	100,00	25	26.034
13) International Fund Services & Asset Management S.A., Luxemburg	51,61	646	2)
14) LB Kiel Funding I, Grand Cayman	58,26	1.198.010	31.999
15) Baltic Sea GmbH, Kiel	100,00	26	1), 2)
16) Gudme Raaschou Asset Management Holding A/S, Kopenhagen	100,00	TDKK 2	2)
17) PCA Corporate Finance Oy, Helsinki	71,16	4.681	2)
18) LB Kiel Nordic Finance AB, Stockholm	100,00	TSEK 85.494	2)
19) LBS Immobilien GmbH, Kiel	100,00	256	1), 2)
20) LB Kiel Real II GmbH, Kiel	100,00	26	1), 2)
21) Bausteine für Kinder, Kindertagesstätten Bau- und Entwicklungs GmbH, Lockstedt	100,00	26	1), 2)
22) Kieler Förde-Verwaltungsgesellschaft mbH, Kiel	100,00	26	1), 2)
23) LBSH Leasing Verwaltungs GmbH, Lockstedt	100,00	26	1), 2)
24) Gudme Raaschou AB, Stockholm	100,00	TSEK 120	2)
25) W. Jacobsen Aktiengesellschaft, Kiel	92,51	9.322	2)
26) MDK Holdings Ltd., London	33,33	21	2)
27) Gebäudemanagement Schleswig-Holstein, Kiel	24,90	25.934	2)
28) Schleswig-Holsteinische Kapital-Beteiligungsgesellschaft mbH, Kiel	100,00	511	1), 2)
29) ECOMARES GmbH & Co. KG, Büsum	25,00	39	2)
30) LB Kiel Färgaren AB, Stockholm	100,00	TSEK 120	2)
31) LB Kiel Färgaren KB, Hässleholm	99,93	TSEK 100	2)
32) Fastighetsbolag Jvaskylä Agora Oy, Jvaskylä	100,00	8	2)
33) LB Kiel Gnarp AB, Stockholm	100,00	TSEK 100	2)
34) Schleswig-Holstein ImmobilienPartner GmbH, Kiel	33,33	252	2)
35) Anker Schiffsbetreuungsgesellschaft mbH, Kiel	100,00	26	1), 2)
36) Cape May Shipping Company, Monrovia	100,00	1	2)
37) Verwaltungs- und Treuhandgesellschaft von 1963 mbH, Kiel	100,00	26	1), 2)
38) Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn mbH, Bad Oldesloe	24,00	26.567	2)
39) BIG Bau-Investitions-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Kiel	24,00	16.598	2)
40) eBankingServices Nord GmbH, Kiel	50,00	30	2)
41) LILUX Management S.A., Luxemburg	100,00	733	2)
42) Schleswig-Holsteinische Immobilienfonds Kommanditgesellschaft, Kiel	100,00	190	2)
43) LB Kiel Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Kiel	100,00	1.100	1), 2)
44) FMS Facility Management Service GmbH, Kiel	100,00	50	1), 2)
45) West Private Equity Fund 2000 (5) GmbH & Co. KG, Düsseldorf	99,98	6.994	2)
46) P.E.R. Flucht- und Rettungssystems GmbH, Barsbüttel	34,09	404	2)
47) BTE Hybrid Tech. GmbH, Grube	29,85	-1.510	2)
48) Aura Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Wiesbaden	94,00	25	2)
49) LB Kiel Lärkan AB, Stockholm	99,00	TSEK 100	2)
50) Oy FoxNord AB, Helsinki	100,00	8	2)

Nummer, Name, Sitz	Anteil am Kapital in v. H.	Eigenkapital T€	Ergebnis T€
51) LB Kiel As AB, Stockholm	100,00	TSEK 100	²⁾
52) LB Kiel Pildammen AB, Stockholm	99,00	TSEK 100	²⁾
53) LB Kiel Tunnan AB, Stockholm	100,00	TSEK 100	²⁾
54) Azur Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. LBSH KG, Wiesbaden	94,00	59.314	²⁾
55) LB Kiel Martensdamm Alpha GmbH, Kiel	100,00	25	²⁾
56) LB Kiel Linden AB, Linden	100,00	TSEK 100	²⁾
57) LB Kiel Munkeröd AB, Stockholm	100,00	TSEK 100	²⁾
58) AGV Anlagen-, Grundstücksvermietungs- und Geschäftsführungsgesellschaft mbH, Wiesbaden	45,00	83	²⁾
59) AGV Anlagen- und Grundstücksvermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Wiesbaden	45,00	562	²⁾
60) Tapes GmbH & Co. KG, Pöcking	94,00	64.050	²⁾
61) LB Kiel Blekholmen AB, Stockholm	100,00	TSEK 100	²⁾
62) Cabrionita Oy, Helsinki	100,00	3	²⁾
63) Aurora Gate Oy, Helsinki	100,00	3	²⁾
64) PCA Property Finance Oy, Helsinki	54,95	6	²⁾
65) Altium Capital CICs, Moskau	37,12	TUSD 369	²⁾
66) GreenStream Network Oy, Helsinki	40,00	44	²⁾
67) Aegean Baltic Bank S.A., Kifissia	51,00	18.000	²⁾
68) LB Kiel Hamburg Corporate Finance GmbH, Kiel	50,00	5.050	²⁾
69) LB Kiel Kongress AB, Stockholm	100,00	TSEK 100	²⁾
70) LB Kiel Eyravallen AB, Stockholm	100,00	TSEK 100	²⁾
71) LB Kiel Lillhällom AB, Stockholm	100,00	TSEK 100	²⁾
72) Kieler Grunderwerbsgesellschaft mbH, Kiel	100,00	26	^{1), 2)}
73) LB Kiel Real I GmbH, Kiel	100,00	32	^{1), 2)}
74) Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel	56,10	28.482	²⁾
75) HVG-HEIMBAU-Verwaltungsgesellschaft mbH, Kronshagen	32,80	22.050	²⁾
76) Gudme Raaschou Fondsmaeglerselskab A/S, Kopenhagen	100,00	TDKK 10.000	²⁾
77) Gudme Raaschou Administration A/S, Kopenhagen	100,00	TDKK 1.000	²⁾
78) Ohltec socialinformatic GmbH, Gettorf	22,00	0	²⁾
79) ohltec AG i.L., Gettorf	23,89	0	²⁾
80) Marc Marco Polo Ventures GmbH & Co. KG, Krefeld	91,00	5.278	²⁾
81) Real Estate Capital Fonds I GmbH, Hamburg	29,40	5.660	²⁾
82) AMVV Gesellschaft für Mobilverwaltung mbH & Co.KG, Wiesbaden	33,33	78	²⁾
83) Activate Business Consulting GmbH i. L., Grönwohld	20,00	0	²⁾
84) Dynatechnik Messsysteme GmbH i. L., Hamburg	40,00	0	²⁾

Anmerkungen:

¹⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag²⁾ Angaben unterbleiben nach § 286 Abs. 3 Satz 1 HGB und § 313 Abs. 2 Nr. 4 HGB

Gewährträgerversammlung

Stand: 31.12.2002

Vorsitzende

Heide Simonis

Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

1. Vertreter der Vorsitzenden

Jürgen Sengera

Vorstandsvorsitzender der WestLB AG, Düsseldorf

2. Vertreter der Vorsitzenden

Olaf Cord Dielewicz

Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein, Kiel

3. Vertreter der Vorsitzenden

Heinrich Haasis

Präsident des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg, Stuttgart

Von der WestLB Beteiligungsholding GmbH^{*)}

entsandte Vertreter gem. § 8 Abs. 2 der Satzung

Dr. Wolf-Albrecht Prautzsch

WestLB AG, Münster

Dr. Karlheinz Bentele

Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf

Von der Landesbank Baden-Württemberg

entsandter Vertreter gem. § 8 Abs. 2 der Satzung

Hans Dietmar Sauer

Vorstandsvorsitzender der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

Vom Land Schleswig-Holstein entsandte Vertreter
gem. § 8 Abs. 2 der Satzung

Michael Rocca

Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Claus Möller

Minister für Finanzen und Energie des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Vom Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein entsandte Vertreter gem. § 8 Abs. 2 der Satzung

Dr. Hans Lukas

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Stormarn, Bad Oldesloe

Jörg-Dietrich Kamischke

Landrat des Kreises Schleswig-Flensburg, Schleswig

^{*)} Die WestLB Beteiligungsholding GmbH als 100%ige Tochter der WestLB AG hält die ursprünglich von der Westdeutschen Landesbank Girozentrale gehaltenen Anteile an der LB Kiel und wurde mit Bescheid vom 19.12.2002 vom Land mit der Trägerschaft und der Beteiligung am Stammkapital der LB Kiel beliehen.

Verwaltungsrat

Stand: 31.12.2002

Vorsitzende

Heide Simonis

Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Vertreter gem. § 11 Abs. 3 der Satzung

Ulrike Wolff-Gebhardt

Staatssekretärin, Chefin der Staatskanzlei, Kiel

(ab 16. April 2002)

Klaus Gärtner

Staatssekretär, Chef der Staatskanzlei, Kiel

(bis 15. April 2002)

1. Vertreter der Vorsitzenden

Jürgen Sengera

Vorstandsvorsitzender der WestLB AG, Düsseldorf

Vertreter gem. § 11 Abs. 3 der Satzung

Dr. Adolf Franke

Mitglied des Vorstandes der WestLB AG, Düsseldorf

2. Vertreter der Vorsitzenden

Olaf Cord Dielewicz

Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein, Kiel

Vertreter gem. § 11 Abs. 3 der Satzung

Werner Helms-Rick

Verbandsgeschäftsführer des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein, Kiel

3. Vertreter der Vorsitzenden

Heinrich Haasis

Präsident des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg, Stuttgart

Vertreter gem. § 11 Abs. 3 der Satzung

Michael Horn

Mitglied des Vorstandes der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart (ab 1. August 2002)

Gerd Wolf

Mitglied des Vorstandes der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart (bis 31. Juli 2002)

Vom Land Schleswig-Holstein entsandte Mitglieder

Peter Deutschland

Vorsitzender des DGB Landesbezirks Nord, Hamburg

Uwe Döring

Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Energie, Kiel

Claus Möller

Minister für Finanzen und Energie, Kiel

Michael Rocca

Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Kiel

Vom Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein entsandte Mitglieder

Günter Anders

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Schleswig-Flensburg, Schleswig

Norbert Gansel

Oberbürgermeister der Stadt Kiel, Kiel

Jörg-Dietrich Kamischke^{*)}

Landrat des Kreises Schleswig-Flensburg, Schleswig (ab 1. Juli 2002)

Günter Kröpelin

Landrat des Kreises Herzogtum-Lauenburg, Ratzeburg (bis 31. Mai 2002)

^{*)} vom Land Schleswig-Holstein und Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein gemeinsam entsandt.

Dr. Hans Lukas

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Stormarn,
Bad Oldesloe

Erwin Rückemann

Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse Neumünster,
Neumünster

Von der WestLB Beteiligungsholding GmbH^{)}
entsandte Mitglieder*

Theo Dräger

Vorstandsvorsitzender der Drägerwerk AG, Lübeck

Hans-Peter Krämer

Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Köln, Köln

Dr. Wolfgang Peiner

Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg,
Hamburg (ab 29. Mai 2002)

Dr. Wolf-Albrecht Prautzsch

WestLB AG, Münster

Dr. Fritz Süverkrüp

Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Kiel,
Kiel

Jorma Juhani Vaajoki

Kauniainen, Finnland

*Von der Landesbank Baden-Württemberg entsandtes
Mitglied*

Hans Dietmar Sauer

Vorstandsvorsitzender der Landesbank Baden-
Württemberg, Stuttgart

Von den Betriebsangehörigen gewählte Mitglieder

Astrid Balduin

Kiel

Waltraut Fuhrmann

Prokuristin, Kiel

Ditmar Höret

Kiel

Dr. Elisabeth Keßeböhrer

Prokuristin, Kiel (ab 1. Juli 2002)

Knuth Lausen

Kiel

Rieka Meetz-Schawaller

Direktorin, Kiel (ab 1. Juli 2002)

Karl-Heinz Ravn

Prokurist, Kiel

Wolfgang Sander

Prokurist, Kiel (ab 1. Juli 2002)

Michael Schmalz

Kiel

Gaby Woelk

Kiel

Katharina Blanking

Kopenhagen (bis 30. Juni 2002)

Helmut Gründel

Kiel (bis 30. Juni 2002)

Bettina Scholtys

Kiel (bis 30. Juni 2002)

^{*)} Die WestLB Beteiligungsholding GmbH als 100%ige Tochter der WestLB AG hält die ursprünglich von der Westdeutschen Landesbank Girozentrale gehaltenen Anteile an der LB Kiel und wurde mit Bescheid vom 19.12.2002 vom Land mit der Trägerschaft und der Beteiligung am Stammkapital der LB Kiel beliehen.

Vorstand

Dr. Dietrich Rümker
Vorstandsvorsitzender (bis 31. Dezember 2002)

Hans Berger
Stellv. Vorstandsvorsitzender (bis 31. Dezember 2002)
Vorstandsvorsitzender (ab 1. Januar 2003)

Ulrich W. Ellerbeck
(ab 1. Januar 2003)

Dieter Pfisterer

Franz S. Waas, Ph. D.

Dr. Erwin Sell
(bis 30. September 2002)

Wirtschaftliches Umfeld

Anders als erwartet konnten die konjunkturellen Auftriebskräfte in 2002 nicht die Oberhand gewinnen. Nach einer Unterbrechung im ersten Halbjahr setzten sich die Talfahrt der Aktienkurse und der Zinsrückgang im weiteren Jahresverlauf fort.

2002: Weltwirtschaft stockte erneut

Die Weltwirtschaft war zunächst sehr kräftig in das Jahr 2002 gestartet. So klangen die unmittelbaren Nachwirkungen des 11. September 2001 zwar allmählich ab. Jedoch gab es einige Schocks vor allem in der zweiten Jahreshälfte, die verhinderten, dass die allseits erwartete Belebung der Weltwirtschaft an Kraft gewann.

An den Börsen war in der ersten Jahreshälfte die Verunsicherung nach diversen Bilanzskandalen noch deutlich spürbar und der Kursverfall an den Aktienmärkten setzte sich fort. Ab der Jahresmitte trübten die Vermögensverluste und zunehmend der Irak-Konflikt die Aktivitäten bei Investoren und Konsumenten weltweit ein. In Lateinamerika belasteten die Krisen zunächst in Argentinien und Uruguay, dann in Brasilien die Entwicklung. Die Staatskrise in Venezuela und die geopolitischen Unsicherheiten im Nahen Osten ließen den Ölpreis schließlich auf ein Zehn-Jahres-Hoch steigen. Insgesamt geriet damit die Erholung der Weltwirtschaft zum Jahresende 2002 ins Stocken.

Einige Lichtblicke gab es dennoch. In Südostasien und in China hielt die Erholung an. Auch die Konjunktur in Mittel- und Osteuropa blieb robust.

US-Aufwärtstrend intakt – Euroland ohne Schwung

Die Konjunkturlokomotive USA entwickelte sich ausgesprochen ungestört. Nach dem kräftigen Wachstum im ersten Quartal war keine Fortsetzung in den Folgemonaten zu beobachten. Aber auch ein Rückfall in die Rezession fand trotz der zahlreichen Belastungen nicht statt. Alles in allem blieb in den USA der vorsichtige Aufwärtstrend intakt, so dass das Jahr 2002 mit 2,4 % Wachstum noch relativ gut abschloss.

In Euroland konnte die Konjunktur mit 0,8 % Wachstum nicht an Schwung gewinnen. Vor allem in Deutschland stagnierte das Wachstum mit nur 0,2 %; hier gaben die Investitionen erneut nach und der Konsum verharrte auf dem Vorjahresniveau. Zum Jahresende schwächten sich die Exporte in Euroland ab, eine Folge der stockenden Weltwirtschaft und der Aufwertung des Euro im zweiten Halbjahr 2002.

Weitere Zinssenkungen der Notenbanken

Wie schon im Jahr 2001 reagierten die Notenbanken auch in 2002 mit weiteren Zinssenkungen auf die anhaltende Konjunkturschwäche. Die amerikanische Fed senkte ihren Schlüsselzins in 2002 um 0,5 Prozentpunkte auf ein Allzeit-Tief von 1,25 %. Die EZB nahm ihren Leitzins zum Jahresende 2002 auf zunächst 2,75 % zurück. Nach einer Zinssenkung im ersten Quartal 2003 um 0,25 Prozentpunkte erscheint eine weitere geldpolitische Lockerung der europäischen Zentralbank in 2003 möglich.

Die Kapitalmärkte spiegelten das Auf und Ab der Konjunktur wider, mit den ihnen eigenen Übertreibungen. Die zunächst günstigen Konjunkturdaten ließen die langfristigen Zinsen dies- und jenseits des Atlantik im ersten Halbjahr 2002 deutlich steigen. In der zweiten Jahreshälfte fielen die Kapitalmarktzinsen wieder. Angesichts der globalen Unsicherheiten schichteten die Anleger von Aktien in Anleihen um.

Erholung 2003 im Schatten der Irak-Krise

Mit einer fundierten Erholung in den Industrieländern ist erst zu rechnen, wenn der Irak-Konflikt beendet ist. In diesem Fall dürften die USA ihren moderaten Aufwärtstrend fortsetzen. Die Konjunktur im Euroraum würde sich auch dann nur seitwärts bewegen. Die Kapitalmarktzinsen können wieder leicht ansteigen, wobei gedämpfte Konjunktur- und Inflationsaussichten diesen Anstieg begrenzen.

Eine anhaltend instabile Situation im Nahen Osten würde die Stimmung in der Wirtschaft nachhaltig beeinträchtigen. Dies hätte negative Folgen für Konjunktur und Wachstum. Die Notenbanken würden voraussichtlich mit weiteren Leitzinssenkungen reagieren und auch die Kapitalmarktzinsen dürften sich nach unten bewegen.

Bankenumfeld und EU-Verfahren

Das Bankenumfeld wurde durch die konjunkturelle Schwäche und die anhaltende Vertrauenskrise an den Finanzmärkten geprägt. Speziell für die deutschen Kreditinstitute hat sich die Stimmung spürbar verschlechtert. Im EU-Beihilfestreit wurde das Kapitel Anstaltslast und Gewährträgerhaftung mit der rechtlichen Umsetzung der Einigung vom 17. Juli 2001 abgeschlossen.

Kräftig steigende Risikovorsorge und wegschmelzende Reserven

Das abgelaufene Jahr war für den Bankensektor und hier speziell für die deutschen Institute ein sehr schwieriges. Die anhaltend schwache Konjunktur, der aus den Betrugsfällen insbesondere in den USA resultierende Vertrauensverlust an den Finanzmärkten und das rückläufige Wertpapiergeschäft hinterließen deutliche Spuren in den Bankbilanzen. In Deutschland ist die Zahl der Insolvenzen in den letzten beiden Jahren von rund 28.000 auf rund 38.000 gestiegen, und für das laufende Jahr rechnet Creditreform mit einer weiteren Zunahme. Diese Entwicklung spiegelte sich im Kreditgeschäft der Banken in der Risikovorsorge wider. In den Wertpapierbeständen sorgten Bonitätsverschlechterungen vieler Emittenten ebenfalls für einen kräftig gestiegenen Vorsorgebedarf. Gleichzeitig ließen die anhaltenden Kursrückgänge an den Aktienmärkten die Reserven vieler Banken zusammenschmelzen.

Angesichts der ausgeprägten Konjunkturschwäche in Deutschland hat sich die Stimmung gerade für die deutschen Banken deutlich verschlechtert. Die Erfolge der strategischen Kurskorrekturen und Kostensparmaßnahmen wurden hierzulande noch durch sinkende Erträge und steigende Risikovorsorge aufgezehrt. Gleichwohl sind wir davon überzeugt, dass die zur Zeit in vielen Häusern zu beobachtenden Maßnahmen positive Wirkungen haben werden. Nach unserer Einschätzung durchlebt der Kreditsektor in Deutschland zur Zeit eine Ertragskrise, er befindet sich aber nicht in einer Strukturkrise.

Thema Anstaltslast und Gewährträgerhaftung abgeschlossen

Die im EU-Beihilfestreit zwischen der Europäischen Kommission und der Bundesregierung erzielte Verständigung über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung bei öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten vom 17. Juli 2001 wurde fristgerecht in der Gesetzgebung umgesetzt. Danach wird die Anstaltslast in eine normale marktwirtschaftliche Eigentümerbeziehung umgewandelt und die Gewährträgerhaftung wird abgeschafft. Zur Umsetzung dieser Maßnahmen wurde eine Übergangsfrist von vier Jahren bis zum 18. Juli 2005 vereinbart. Für die zum Zeitpunkt der Einigung bestehenden Refinanzierungen der öffentlichen Banken bleibt die Haftungsgrundlage unverändert. Für die während des Übergangszeitraums eingegangenen Verbindlichkeiten gilt der Vertrauensschutz, sofern eine Laufzeit bis Ende 2015 nicht überschritten wird (Grandfathering).

Die daraus resultierenden härteren Wettbewerbsbedingungen für die deutschen Landesbanken haben bereits zu einem deutlichen Anziehen der Refinanzierungskosten am Markt geführt. Diese Verschärfung galt es im Berichtszeitraum zu kompensieren.

Am 1. März 2002 erreichten EU-Kommissar Mario Monti und Staatssekretär Caio Koch-Weser auch eine Verständigung über die deutschen Spezialkreditinstitute. Für diese bleiben Anstaltslast und Gewährträgerhaftung erhalten, soweit sie mit Förderaufgaben betraut sind, die mit den Beihilferegeln der Gemeinschaft im Einklang stehen. Diese Verständigung II sieht vor, dass die Behörden die Tätigkeiten der Förderinstitute bis zum 31. März 2004 in den betreffenden Gesetzen regeln. Kommerzielle Tätigkeiten müssen aufgegeben oder von den staatlichen Haftungen durch eine Abtrennung in ein rechtlich selbstständiges Unternehmen ohne staatliche Unterstützung isoliert werden.

Noch keine Lösung im Haftkapitalverfahren

In dem zweiten – vom Thema Anstaltslast und Gewährträgerhaftung unabhängigen – Streitkomplex mit der EU-Kommission existierte bis zum Berichtstag keine Lösung. Hier geht es um die Höhe der Vergütung für die Einbringung der zuvor im Eigentum des Landes Nordrhein-Westfalen gestandenen Wohnungsbauförderungsanstalt in die WestLB. Die EU-Kommission sieht in ihrer Entscheidung vom 8. Juli 1999 den von der WestLB gezahlten Vergütungssatz als nicht marktgerecht an, woraus sie einen Verstoß gegen die Subventionsregeln der EU und eine entsprechende Nachzahlungsforderung ableitet. Daraus hatten sich diverse Verfahren vor den europäischen Gerichten ergeben. Am 12. Dezember 2002 hat der EuGH im so genannten Umsetzungsverfahren, dem Rechtsstreit zwischen der Kommission und der Bundesrepublik Deutschland wegen nicht ordnungsgemäßer Rückforderung staatlicher Beihilfe, der Klage der Kommission auf Umsetzung stattgegeben. Zugleich hat der EuGH beschieden, dass unbare Umsetzungsvarianten für die Rückforderung staatlicher Beihilfen grundsätzlich mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar sind. Am 6. März 2003 hat das europäische Gericht erster Instanz die Entscheidung der Kommission vom 8. Juli 1999 wegen unzureichender Begründung für nichtig erklärt. Die Kommission habe den Renditesatz von 9,3 %, den sie konkret als angemessene Vergütung angebe, nicht ausreichend begründet. Das Gericht hat allerdings anerkannt, dass es sich in dem beschriebenen Fall um eine staatliche Beihilfe handelt.

Um zu überprüfen, ob ähnliche Fälle unzulässiger Beihilfen auch bei anderen Landesbanken vorliegen, hat die EU-Kommission im Jahr 1999 eine Untersuchung eingeleitet, die sich unter anderem auf das Land Schleswig-Holstein erstreckt. 1991 war die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) als zentrales Förderinstitut des Landes gegründet und in die LB Kiel eingebracht worden. Sofern das IB-Kapital nicht von der IB zur Eigenkapitalunterlegung für eigene Fördergeschäfte verwendet wird,

kann es die LB Kiel als haftendes Eigenkapital nutzen. Mit Schreiben vom 13. November 2002 hat die EU-Kommission das formelle Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen vermeintlicher Beihilfen des Landes Schleswig-Holstein an die LB Kiel eröffnet, wobei der zeitliche Ablauf des Verfahrens noch nicht absehbar ist. Gleiches gilt für weitere vier Landesbanken, unter anderem auch für die Hamburgische Landesbank.

Der Sachverhalt bei der LB Kiel ist materiell nicht mit dem Sachverhalt der WestLB vergleichbar. So hat das Land Schleswig-Holstein mit dem Teilverkauf der LB Kiel zum 1. Januar 1994 an die WestLB und die Landesbank Baden-Württemberg bereits Vermögenseffekte realisiert, die bei einem möglichen nachträglichen Vermögensausgleich zu berücksichtigen wären. Zudem sind dem Land erhebliche Kostenvorteile durch die Einbindung der Investitionsbank in die LB Kiel entstanden. Die LB Kiel geht davon aus, dass die aus einem eventuellen EU-Bescheid resultierenden Belastungen, deren Höhe wir zur Zeit nicht bemessen können, für die Bank verkraftbar sind, zumal die Eigentümer einen möglichen Mittelabfluss durch Vereinbarung betragsmäßig begrenzt haben. Die IB wird im laufenden Jahr aus der LB Kiel herausgelöst und als eigenständiges Förderinstitut des Landes weitergeführt.

Die Hamburgische Landesbank geht in der Haftkapitalfrage davon aus, dass das Verfahren für sie keine negativen Auswirkungen haben wird, da das Eigenkapital angemessen verzinst worden ist.

Strategische Antwort der LB Kiel

Die Strategie der LB Kiel zielt darauf ab, durch frühzeitiges und konsequentes Handeln die Herausforderungen aus dem Wegfall der staatlichen Haftungsgarantien zu meistern. Aufbauend auf der erfolgreichen strategischen Positionierung der letzten Jahre ist die Fusion mit der Hamburgischen Landesbank der nächste Schritt.

Drei-Säulen-Strategie

Angesichts des anstehenden Wegfalls von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung und der daraus resultierenden Herabstufung der Ratings steht die LB Kiel wie die anderen Landesbanken vor der Herausforderung, ihre Kapitalmarktfähigkeit nachhaltig zu sichern. Voraussetzung ist eine weitere Steigerung der Rentabilität.

Auf diesem Weg profitiert die LB Kiel heute davon, dass sie frühzeitig begonnen hat, sich auf verschärfte Refinanzierungsbedingungen vorzubereiten. So wurde bereits 1999 die RAROC-Steuerung eingeführt, die den Markt Bereichen risikoadjustierte Margen für ihre Geschäftstätigkeit vorgibt. Strategisch hat sich die LB Kiel auf ihre Kernkompetenzen konzentriert. Unsere in den letzten Jahren entwickelte Strategie ruht auf drei Säulen:

1. Regionaler Fokus auf Norddeutschland und den Ostseeraum

Wir sind zusammen mit den Sparkassen und der Hamburgischen Landesbank Marktführer in der wirtschaftlich eng verzahnten Metropolregion Hamburg-Schleswig-Holstein. Im Ostseeraum gehören wir zu den führenden ausländischen Adressen, wobei wir uns mit unseren Finanzierungslösungen vor allem auf mittlere bis große Unternehmenskunden, aber auch auf kleinere bis mittlere Banken konzentrieren.

2. Internationale Ausrichtung als Produkt- und Sektorspezialist

Im internationalen Geschäft liegen unsere Schwerpunkte in den Bereichen Schiffe, Transport (Flugzeug-, Eisenbahn- und Infrastrukturfinanzierungen), Immobilien und Leasing-Refinanzierung. Bei den Unternehmensfinanzierungen konzentrieren wir uns vor allem auf die Branchen Energie/Versorgung und Gesundheit.

3. Flankierung dieser Aktivitäten durch eine gezielte

Ausweitung unserer Kapitalmarktaktivitäten

Im Mittelpunkt stehen zum einen die Optimierung der eigenen Refinanzierung, der Ausbau unserer internationalen Investorenbasis sowie die Optimierung der Risiko-/Ertragsstruktur unserer Bilanz. Wir nutzen Kapitalmarktprodukte aber auch zunehmend als Komponenten für strukturierte Finanzierungslösungen für unsere Unternehmens- und Sparkassenkunden.

Fusion mit der Hamburgischen Landesbank

Nach der – wie am Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahrs deutlich wird – erfolgreichen Umsetzung dieser Strategie ist die Entscheidung der Eigentümer der LB Kiel und der Hamburgischen Landesbank vom 9. September 2002, die beiden Häuser zu fusionieren, ein entscheidender Schritt zur nachhaltigen Sicherung unserer Zukunft. Die beiden Häuser passen in ihren Kernkompetenzen sehr gut zusammen und ergänzen sich auch hinsichtlich ihrer ausländischen Stützpunkte. Die aus der Fusion hervorgehende HSH Nordbank AG wird mit ihrer festen regionalen Verankerung und der internationalen Ausrichtung als Produkt- und Sektorspezialist in definierten Kerngeschäftsfeldern in der Lage sein, sich den künftigen Herausforderungen erfolgreich zu stellen.

Geschäftsentwicklung

**Die LB Kiel hat sich unter den schwierigen Rahmenbedingungen des Geschäftsjahrs 2002 gut behauptet und ihre Geschäftspolitik des qualitativen Wachstums erfolgreich fortgesetzt. Das Konzernbetriebs-
ergebnis sowie der Einzelabschluss weisen sowohl vor als auch nach
kräftig aufgestockter Risikovorsorge einen deutlichen Anstieg aus.**

Abgrenzung Konzern- und Einzelabschluss

Der Einzelabschluss umfasst die Bank einschließlich der Niederlassungen sowie die rechtlich unselbstständigen, wirtschaftlich selbstständigen Zentralbereiche Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) und die Landes-Bausparkasse (LBS). Die IB und die LBS stellen einen eigenen Jahresabschluss auf. Die Bank unterhielt zu Jahresbeginn 2002 Niederlassungen in Lübeck, Luxemburg, Kopenhagen und Helsinki. Im Berichtsjahr wurde eine Niederlassung in New York neu eröffnet und die bereits existierende Repräsentanz in Stockholm in eine Niederlassung umgewandelt.

Der Konzernabschluss schließt ein: den Einzelabschluss, den Landesbank Schleswig-Holstein International S.A. Konzern, Luxemburg (LI), die LB Schleswig-Holstein Finance B.V., Amsterdam, die Gudme Raaschou Bankaktieselskab, Kopenhagen, die LB Kiel Nord Capital GmbH, Kiel, die Spielbanken Schleswig-Holsteins sowie die 49,5%ige Beteiligung an der Hamburgischen Landesbank (HLB).

Vermögens- und Finanzlage: Qualitatives Wachstum

Im Jahr 2002 haben wir unsere Strategie des qualitativen Wachstums konsequent fortgesetzt. Wir verstehen darunter den gezielten Ausbau unserer Marktposition in rentablen Marktsegmenten. Wir achten bei den in den Märkten vorhandenen Geschäftsmöglichkeiten darauf, dass Renditevorgaben eingehalten werden, die den Risiken entsprechen. Diese Politik führte zu einem stärkeren Anstieg des Ergebnisses als des Volumens.

Die konsolidierte Bilanzsumme im Konzern nahm gegenüber dem Vorjahr um 3,2% auf 145,5 (Vj. 141,0) Mrd € zu. Das Geschäftsvolumen^{*)} im Konzern hat sich um 7,4% erhöht und erreichte 171,3 (Vj. 159,5) Mrd €. Das Kreditvolumen^{*)} stieg auf 168,8 (Vj. 157,2) Mrd €. Die Bilanzsumme der Bank (Einzelabschluss) lag zum Jahresultimo bei 97,2 (Vj. 91,8) Mrd €. Das entspricht einem Anstieg um 5,9%. Das Geschäftsvolumen^{*)} stieg auf 116,0 (Vj. 104,5) Mrd €, das Kreditvolumen^{*)} auf 114,0 (Vj. 102,6) Mrd €.

Kundenforderungen als Wachstumsträger

Die Forderungen gegenüber Kunden bleiben der entscheidende Wachstumsträger. Im Konzern stiegen die Kundenforderungen als größter Aktivposten um 4,4% auf 66,8 (Vj. 64,0) Mrd €. Während die Forderungen gegenüber Kreditinstituten mit einem Jahresendbestand von 33,7 (Vj. 32,4) Mrd € um 4,0% zulegten, blieb der Wertpapierbestand mit 41,0 Mrd € nahezu unverändert.

Innerhalb des Segmentes Kundenforderungen haben wir das margenschwache Kommunalkreditgeschäft reduziert. Die Volumenzuwächse wurden sowohl bei den grundpfandrechtlich gesicherten als auch den sonstigen Forderungen realisiert. Die durch Schiffshypotheken gesicherten Forderungsbestände gingen leicht zurück. Dies ist zum Teil eine Folge der Abwertung des US-Dollar, da ein Großteil der schiffspfandrechtlichen Forderungen auf US-Dollar lauten.

Im Konzern stiegen die durch Grundpfandrechte gesicherten Forderungsbestände um 8,7% auf 15,0 (Vj. 13,8) Mrd €, die sonstigen Forderungen gegenüber Kunden um 8,4% auf 31,1 (Vj. 28,7) Mrd €. Die schiffspfandrechtlichen Forderungsbestände im Konzern reduzierten sich um 2,5% auf 7,7 (Vj. 7,9) Mrd €. Der Forderungsbestand an kommunale Schuldner erreichte zum Jahresultimo 13,0 (Vj. 13,6) Mrd €.

^{*)} Volumina ohne Hinzurechnung von EWB, PWB und § 340 f HGB Reserven

Bilanzentwicklung des Konzerns 1998 – 2002

Stand: 31.12.

in Mio €	2002	2001	2000	1999	1998
Aktiva					
Barreserve, Schuldtitel öffentlicher Stellen, rediskontfähige Wechsel	235	141	241	287	117
Forderungen an Kreditinstitute	33.734	32.390	32.369	28.869	27.758
Forderungen an Kunden	66.848	64.042	58.115	52.692	46.936
Wertpapiere gesamt	40.957	41.036	34.455	30.083	22.732
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	740	324	200	186	154
Treuhandvermögen	1.382	1.363	1.366	1.322	1.459
Restliche Aktiva	1.610	1.724	1.339	1.709	1.139
Bilanzsumme	145.506	141.020	128.085	115.148	100.295
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47.513	56.744	51.915	48.833	43.519
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	31.236	28.767	24.914	22.634	21.267
Verbriefte Verbindlichkeiten	53.455	44.133	40.541	34.027	27.480
Treuhandverbindlichkeiten	1.382	1.363	1.366	1.322	1.459
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.286	2.012	1.758	1.464	1.127
Genussrechtskapital	1.062	1.113	1.123	987	499
Fonds für allgemeine Bankrisiken	196	143	110	72	19
Eigenkapital ^{*)}	5.597	4.282	3.692	2.907	2.266
Restliche Passiva	2.779	2.463	2.666	2.902	2.659
Bilanzsumme	145.506	141.020	128.085	115.148	100.295
Geschäftsvolumen	171.255	159.511	142.091	127.981	111.926

^{*)} Der Bilanzgewinn ist im Eigenkapital enthalten.

Im Einzelabschluss stellt sich die Entwicklung wie folgt dar: Die Forderungen gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich leicht um 2,7 % auf 23,2 (Vj. 22,6) Mrd €. Die Forderungen gegenüber Kunden wuchsen um 6,4 % auf 44,9 (Vj. 42,2) Mrd €. Der Wertpapierbestand erhöhte sich auf 25,5 (Vj. 23,5) Mrd €.

Deutlicher als in den Konzernzahlen kommt im Einzelabschluss der Rückgang des Kommunalkreditgeschäfts zum Ausdruck. Hier reduzierten sich die kommunalen Forderungen um 6,3 % auf 10,5 (Vj. 11,2) Mrd €. Auch die schiffspfandrechtlich gesicherten Forderungen sanken mit 8,3 % auf 3,3 (Vj. 3,6) Mrd € stärker als im Konzern. Die sonstigen Forderungen gegenüber Kunden stiegen um 3,6 Mrd € auf 23,2 (Vj. 19,6) Mrd €. Die grundpfandrechtlich gesicherten Forderungen erhöhten sich auf 7,9 (Vj. 7,7) Mrd €.

Im Geschäft mit Finanzderivaten verfolgen wir eine konservative, von der Hedging-Absicht geprägte Strategie. Über drei Viertel des Volumens entfallen auf Zinsderivate, der Rest auf Währungsprodukte. Aktien und sonstige Preisrisiken sind anteilmäßig zu vernachlässigen.

Im Konzern erreichte das Nominalvolumen an Finanzderivaten zum 31.12.2002 215 (Vj. 208) Mrd €. Das in Kreditrisikoäquivalenten gemessene Risiko betrug 1,3 (Vj. 1,0) Mrd €. Der Bestand an Kreditderivaten belief sich zum Jahresultimo auf nominal 10,1 (Vj. 6,4) Mrd €.

Deutliche Ausweitung der Verbrieften

Verbindlichkeiten

Zur langfristigen Optimierung der Refinanzierung haben wir verstärkt die Refinanzierung über Banken durch Eigenemissionen substituiert. Damit machen Verbriefte Verbindlichkeiten inzwischen den größten Anteil an der Refinanzierung aus. Der Umlauf an Inhaberschuldverschreibungen und Namenspapieren stieg zum 31.12. 2002 im Konzern auf 65,6 (Vj. 56,3) Mrd €. Davon entfallen auf Inhaberschuldverschreibungen 53,5 (Vj. 44,1) Mrd €, die in der Bilanzposition Verbriefte Verbindlichkeiten ausgewiesen werden. Namenspapiere mit einem Volumen von 12,1 (Vj. 12,2) Mrd € werden unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden bzw. Kreditinstituten bilanziert. Die Einlagen der Kreditinstitute sanken entsprechend auf 47,5 (Vj. 56,7) Mrd €. Die Verbindlichkeiten gegenüber den Kunden erreichten insgesamt 31,2 (Vj. 28,8) Mrd €.

Für den Einzelabschluss zeigt sich eine ähnliche Struktur mit Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 39,4 (Vj. 33,0) Mrd € und Namenspapieren über 9,3 (Vj. 9,3) Mrd €. Dabei refinanziert sich die LB Kiel neben den traditionellen eigenen Wertpapieren, darunter Pfandbriefe und Kommunalobligationen, über kernkapitalfähige Stille Einlagen, Genussscheine und nachrangige Verbindlichkeiten, die bei deutschen Sparkassen, anderen ausgewählten institutionellen Investoren und dem Land Schleswig-Holstein platziert werden. Die Begebung von Wertpapieren in Fremdwährungen mit mittleren und kurzen Laufzeiten erfolgt auf der Grundlage eines Global Medium Term Note (GMTN) Programms. Daneben nutzt die LB Kiel ein Euro Commercial Paper (ECP) und ein US Commercial Paper (USCP) Programm.

Eigenmittel steigen auf 8,5 Mrd € im Konzern

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel des Konzerns umfassen im Wesentlichen das bilanzielle Eigenkapital und den Fonds für allgemeine Bankrisiken als Kernkapital sowie nachrangige Verbindlichkeiten und Genusssrechtskapital als Ergänzungskapital. Sie lagen zum 31.12. 2002 bei 8,5 Mrd € (ohne Berücksichtigung der Rücklagenzuführung aus dem Jahresüberschuss 2002). Damit haben sich unsere Eigenmittel gegenüber dem Vorjahr (7,0 Mrd €) um 1,5 Mrd € erhöht. Von dem Anstieg entfallen rund 1,0 Mrd € auf kernkapitalfähige Stille Einlagen. Hiervon hat das Land Schleswig-Holstein 250 Mio € gezeichnet, während weitere 786 Mio € am internationalen Kapitalmarkt eingeworben werden konnten. Auf diese Weise haben wir gleichzeitig unsere internationale Investorenbasis verbreitert. Der übrige Zuwachs der Eigenmittel geht im Wesentlichen auf die Aufnahme nachrangiger Verbindlichkeiten und die Erhöhung von Genusssrechtskapital zurück.

Das prozentuale Verhältnis zwischen den anrechenbaren Eigenmitteln und der Summe der anrechnungspflichtigen Risikoaktiva und Marktpreisrisikopositionen (Solvabilitätskoeffizient) betrug am Bilanzstichtag im Konzern 10,3 (Vj. 9,4) % und in der Bank 11,2 (Vj. 9,7) %. Während des Geschäftsjahres lag der Solvabilitätskoeffizient im LB Kiel Konzern stets über 9 %.

Solvabilitätskoeffizient	31.12. 2002	31.12. 2001
Grundsatz I – Bank	11,2 %	9,7 %
Grundsatz I – Konzern	10,3 %	9,4 %
Kernkapitalquote	31.12. 2002	31.12. 2001
Bank	7,5 %	5,9 %
Konzern	6,5 %	5,5 %

Positiver Ertragstrend auch in schwierigem Umfeld stabil

Der LB Kiel Konzern konnte im Jahr 2002 die positive Ergebnisentwicklung der Vorjahre fortsetzen. In einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld ist es uns gelungen, das Ergebnis nach Risikovorsorge und Bewertung und vor Steuern deutlich um 29,7 % oder 107,7 Mio € auf 470,3 (Vj. 362,6) Mio € zu erhöhen.

Die Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity)^{*)} im Konzern hat sich im gleichen Zeitraum von 9,8 % auf 10,4 % vor Steuern erhöht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die zu Grunde gelegte Eigenkapitalgröße kräftig um 22,5 % auf 4,9 (Vj. 4,0) Mrd € gestiegen ist. Eine positive Entwicklung ist auch in der Bank zu verzeichnen: Hier erhöhte sich das Ergebnis vor Steuern von 218,6 Mio € auf 302,5 Mio €.

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge und Bewertung hat sich im Konzern um 153,9 Mio € oder 22,9 % auf 825,8 (Vj. 671,9) Mio € erhöht. Einem Zuwachs der Erträge um 241,5 Mio € stehen höhere Aufwendungen von 87,6 Mio € gegenüber. Wesentliche Einflussfaktoren für diese positive Entwicklung waren in erster Linie der Zinsüberschuss, aber auch der Handelsüberschuss und der Provisionsüberschuss. Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge und Bewertung im Einzelabschluss der LB Kiel betrug zum Bilanzstichtag 517,6 (Vj. 365,6) Mio €.

Erhebliche Steigerung des Zins-, Handels- und Provisionsüberschusses

Der Zinsüberschuss hat 2002 mit einem Zuwachs von 31,9 % oder 286,3 Mio € im Konzern erheblich zur Ertragsausweitung beigetragen. Deutliche Steigerungen sind im Kundengeschäft zu verzeichnen, in dem wir – gestützt auf eine konsequente RAROC-Steuerung – durchgängig höhere Margen realisiert haben. Darüber hinaus haben auch die Kapitalmarktbereiche sehr erfreuliche Beiträge generiert. Der Zinsüberschuss erreichte im Konzern 1.184,3 (Vj. 898,0) Mio € und in der Bank 681,8 (Vj. 466,6) Mio €.

Das Ergebnis aus dem Provisionsgeschäft konnten wir im Vergleich zum Vorjahr ausbauen. Es ist uns gelungen, die anhaltenden Rückgänge bei den Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft durch einen kräftigen Anstieg der Provisionen aus dem internationalen Kreditgeschäft zu kompensieren. Der Provisionsüberschuss im Konzern betrug 157,5 (Vj. 137,7) Mio € und in der Bank 89,4 (Vj. 66,6) Mio €.

Vor dem Hintergrund der volatilen Marktbedingungen haben wir den Handelsüberschuss sowohl im Konzern als auch in der Bank weiter kräftig ausgebaut. Hier schlägt die in 2002 begonnene Neuausrichtung der Kapitalmarktaktivitäten durch, die unter anderem einen besonderen Schwerpunkt auf das Kundengeschäft legt. Im Konzern betrug der Überschuss 70,7 (Vj. 58,0) Mio € und in der Bank 54,6 (Vj. 38,5) Mio €.

Fusionsbedingte Restrukturierungsaufwendungen schon im Jahresabschluss 2002 berücksichtigt

Die Position Sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen verzeichnete sowohl auf Konzern- als auch auf Bankebene einen deutlichen Rückgang. Im Konzern sank der Saldo um 77,3 Mio € auf -2,3 (Vj. 75,0) Mio €. Die wesentliche Ursache für diese Entwicklung sind Restrukturierungsaufwendungen von über 60 Mio € im Hinblick auf die im laufenden Geschäftsjahr anstehende Fusion mit der Hamburgischen Landesbank. Damit ist der größte Teil der im Rahmen der Fusion anfallenden Restrukturierungsaufwendungen bereits im Jahresabschluss 2002 berücksichtigt. Dieser Aufwand wird erst in 2003 sowie in den Folgejahren zahlungswirksam. Die in 2002 zur Vorbereitung der Fusion entstandenen Kosten sind Teil des Sachaufwandes. In der Bank sank der Saldo der Sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen im Geschäftsjahr um 41,6 Mio € auf 47,2 (Vj. 88,8) Mio €.

Der Personalbestand wurde weiter ausgebaut ...

Auch im Geschäftsjahr 2002 hat die LB Kiel weiter in Personal mit Spezialqualifikationen investiert, um ihre Marktposition in den strategischen Geschäftsfeldern zu stärken. Die Gesamtzahl der Beschäftigten im LB Kiel Konzern (ohne HLB und Spielbanken) erhöhte sich zum Jahresende 2002 um 144 auf 2.558 (Vj. 2.414) sowie unter Berücksichtigung der Einbeziehung der schleswig-holsteinischen Spielbanken auf 2.780 (Vj. 2.652). In der Hamburgischen Landesbank wuchs die Gesamtzahl der Beschäftigten im gleichen Zeitraum von 2.532 um 206 auf 2.738 Beschäftigte. Die Personalaufwendungen sind innerhalb des Konzerns um 12,1 % und im Einzelinstitut um 13,7 % angestiegen. Sie betrugen im Konzern 294,1 (Vj. 262,4) Mio € und im Einzelinstitut 171,5 (Vj. 150,8) Mio €. Die Gründe für den Anstieg sind der gewachsene

^{*)} Berechnung: (Jahresüberschuss vor Steuern + Zuführung Reserven § 340 g HGB) / (durchschnittliches bilanzielles Eigenkapital – Bilanzgewinn + durchschnittliche Reserven § 340 g HGB)

Anteil an hochqualifizierten Beschäftigten, Neueinstellungen, Tarifierhöhungen sowie weitere Aufwendungen für die Altersvorsorge.

... und die Optimierung der Steuerungssysteme und Prozesse fortgesetzt

Der erneut kräftige Anstieg des Sachaufwands um 23,8% auf 290,3 (Vj. 234,4) Mio € im Konzern und um 27,6% auf 183,9 (Vj. 144,1) Mio € in der Bank ist im Wesentlichen Folge der weiterhin verstärkten Aktivitäten zur Optimierung von Systemen und Prozessen, insbesondere höherer IT-Beratungskosten im Zusammenhang mit der SAP-Einführung. Angesichts der Notwendigkeit, die Kapitalmarktfähigkeit über das Jahr 2005 hinaus zu sichern, sind neben den Projekten zur Modernisierung der IT-Systeme und zur Umsetzung von gesetzlichen Zielen (u.a. Ratingverfahren nach Basel II, Rechnungslegung nach IAS) weitere Projekte z. B. zur Prozessoptimierung im Kreditgeschäft sowie zum Aufbau eines Kreditportfoliomanagements abzuarbeiten. Darüber hinaus sind zusätzliche Kosten durch die Eröffnung der Niederlassung in New York sowie durch fusionsvorbereitende Maßnahmen entstanden.

Cost Income Ratio auf 41,4% verbessert

Der Anstieg des Verwaltungsaufwands wurde durch die Ertragsentwicklung überkompensiert, so dass sich die Cost Income Ratio sowohl im Konzern als auch in der Bank weiter verbessert. Sie wird ermittelt als Relation zwischen Verwaltungsaufwand und der Summe der operativen Erträge, welche sich aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsüberschuss und sonstigen Erträgen zusammensetzt. Daraus ergibt sich für den Konzern für 2002 ein Wert von 41,4 (Vj. 42,5)% und in der Bank von 40,7% (Vj. 44,6)%.

Risikovorsorge nochmals aufgestockt und allen erkennbaren Risiken Rechnung getragen

Vor dem Hintergrund der anhaltend schwachen Konjunktur haben wir sowohl im LB Kiel Konzern als auch in der Bank die Risikovorsorge kräftig erhöht. Das Betriebsergebnis 2002 erlaubt es uns, mit Blickrichtung auf die Fusion allen erkennbaren Risiken Rechnung zu tragen und der HSH Nordbank eine gute Startvorlage zu geben.

Die Vorsorge im Kreditgeschäft wurde im Konzern um 29,6% auf 220,0 (Vj. 169,8) Mio € aufgestockt, im Einzelabschluss um 19,3% auf 95,7 (Vj. 80,2) Mio €. Den Risiken im Wertpapierportfolio wurde durch eine kräftige Erhöhung der Vorsorgemaßnahmen im Konzernabschluss auf 256,9 (Vj. 74,4) Mio € und im Einzelabschluss auf 150,9 (Vj. 28,4) Mio € begegnet. Eine wesentliche Rolle spielten die im Berichtsjahr anhaltenden Bonitätsverschlechterungen.

Einmalige Sondererträge aus der Einbringung der Anteile an der Deka-Bank in eine gemeinsame Gesellschaft der Landesbanken führten zu einem deutlich verbesserten Bewertungsergebnis bei den Beteiligungen. Die LB Kiel nutzt diese Erträge im Wesentlichen, um die versteuerten Reserven gemäß §340 f/g HGB zu dotieren. Im Konzern belief sich diese Dotierung auf 141,8 (Vj. 99,1) Mio €, im Einzelabschluss 117,3 (Vj. 61,1) Mio €. Insgesamt stieg die Position Risikovorsorge/Bewertungen im Konzern um 14,9% auf 355,5 (Vj. 309,3) Mio €. Im Einzelabschluss erreichte die Position Risikovorsorge und Bewertung 215,2 (Vj. 147,0) Mio €.

Ergebnis nach Risikovorsorge weiter angestiegen

Auf Grund der anhaltend guten Entwicklung bei den operativen Erträgen konnten wir trotz der kräftig ausgeweiteten Vorsorgemaßnahmen das Betriebsergebnis nach Risikovorsorge und Bewertung deutlich um 29,7% auf 470,3 Mio € steigern. Im Einzelabschluss ist sogar ein Anstieg um 38,4% auf 302,5 (Vj. 218,6) Mio € zu verbuchen. Die ertragsabhängigen Steuern stiegen im Konzern auf 90,1 (Vj. 51,2) Mio € und in der Bank auf 53,1 (Vj. 19,1) Mio €. Der Anstieg ist unter anderem eine Folge der höheren Dotierung versteuerter Reserven. Auf die Stillen Einlagen werden im Konzern 190,8 (Vj. 137,4) und in der Bank 121,0 (Vj. 75,6) Mio € ausgeschüttet. Im Ergebnis steigt der Jahresüberschuss im Konzern auf 189,4 (Vj. 174,0) Mio € und in der Bank auf 128,4 (123,8) Mio €.

Konzern Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2002 Mio €	31.12.2001 Mio €	Veränderung 2002/2001 Mio €	%
1. Zinsüberschuss	1.184,3	898,0	286,3	31,9
2. Provisionsüberschuss	157,5	137,7	19,8	14,4
3. Handelsüberschuss	70,7	58,0	12,7	21,9
4. Verwaltungsaufwand	-584,4	-496,8	-87,6	17,6
davon:				
- Personalaufwand	-294,1	-262,4	-31,7	12,1
- Sachaufwand	-290,3	-234,4	-55,9	23,8
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen/Erträge	-2,3	75,0	-77,3	> -100
6. Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung	825,8	671,9	153,9	22,9
7. Risikovorsorge/Bewertung	-355,5	-309,3	-46,2	14,9
davon:				
- Kreditvorsorge	-220,0	-169,8	-50,2	29,6
- Wertpapiere	-256,9	-74,4	-182,5	>100
- Beteiligungen	254,1	19,7	234,4	>100
- Reserven 340 f/g	-141,9	-99,1	-42,8	43,2
- Veränderungen Sonderposten mit Rücklageanteil	16,0	18,2	-2,2	-12,1
- Sonstige	-6,8	-3,9	-2,9	74,4
8. Betriebsergebnis nach Risikovorsorge/Bewertung	470,3	362,6	107,7	29,7
9. Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
10. Jahresüberschuss vor Steuern	470,3	362,6	107,7	29,7
11. Ausschüttung Stille Einlagen	-190,8	-137,4	-53,4	38,9
12. Ertragssteuern	-90,1	-51,2	-38,9	76,0
13. Jahresüberschuss	189,4	174,0	15,4	8,9

Gewinnverwendung

Die Anteilseigner erhalten aus dem Jahresüberschuss der Bank (Einzelabschluss) in Höhe von 128,4 (Vj. 123,8) Mio € eine gleichbleibende Dividende von 7 % nach Steuern auf das Stammkapital von 220 Mio €. Das Land erhält für die Nutzung des IB-Haftkapitals eine Vergütung über 3,9 (Vj. 3,8) Mio €.

Darüber hinaus erhält das Land 2,6 (Vj. 16,9) Mio € als Ausschüttung aus der IB. Die Gewinnrücklagen der Bank werden um 108,0 (Vj. 89,0) Mio € aufgestockt, davon entfallen auf die LB Kiel 100,0 (Vj. 81,0) Mio €, auf die LBS 3,1 (Vj. 3,1) Mio € und die IB 4,9 (Vj. 4,9) Mio €. Der übrige Jahresüberschuss der IB wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Risikobericht

Die Geschäftssteuerung des Konzerns ist stark geprägt durch unser leistungsfähiges aktives Risikomanagement. Auch im Jahr 2002 erzielten wir konzernweit nennenswerte Fortschritte im Ausbau und in der Optimierung des betriebswirtschaftlichen Steuerungsinstrumentariums. Im Vorgriff auf die anstehende Fusion haben beide Banken umfangreiche Maßnahmen für eine weitere Synchronisation der Steuerungselemente durchgeführt.

Wir erläutern die Risikolage im Konzern anhand einer Detaildarstellung der Risikosteuerungssysteme im Teilkonzern Kiel und ergänzen anschließend die wesentlichen Ergebnisse aus dem Teilkonzern Hamburg.

Risikosteuerungssystem der LB Kiel

Unter Risiko wird generell die Möglichkeit zukünftiger Entwicklungen verstanden, die sich direkt oder indirekt nachteilig auf die Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätssituation auswirken können. Hierbei werden die Risikoarten Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und Operationale bzw. Sonstige Risiken unterschieden. Im Rahmen des Risikomanagementprozesses werden Methoden und Verfahren von der Messung bis hin zur Risikosteuerung entwickelt, die Risiken dann identifiziert, gemessen, überwacht und im Rahmen von vorgegebenen Limiten gesteuert.

Die Risikosteuerung der LB Kiel ist in das System der Gesamtbanksteuerung dergestalt eingebettet, dass die Entwicklungen von Ertrags- und Risikopotenzialen integriert betrachtet werden. Das Instrumentarium ist sowohl unter betriebswirtschaftlichen als auch unter aufsichtsrechtlichen Gesichtspunkten konzipiert.

Die vom Vorstand für die Bank vorgegebenen Ertrags- und Rentabilitätsziele werden für die Organisationseinheiten auf die internen Steuerungselemente wie die Deckungsbeitragsrechnungen übertragen. Zur Optimierung der Eigenmittel-Allokation wurde in 2002 ein interner Eigenmittelmarkt eingerichtet, um die Erreichung des Grundsatz-I-Zielkoeffizienten zu gewährleisten und eine unterjährige Reallokation der Eigenmittel zu erreichen. Im internen Eigenmittelmarkt können die Marktberei-

che bei Bedarf nicht gebundene Eigenmittel von anderen Markteinheiten erwerben. Neu eingeworbene Eigenmittel werden über den Markt ihrer jeweils produktivsten Verwendung zugeführt. Dieser Eigenmittelmarkt wurde regelmäßig in Quartalsabständen mit Erfolg durchgeführt: Im Verlauf dieser Termine waren steigende Umsätze zu beobachten.

Die einzelnen Organisationseinheiten sind für die Steuerung ihrer Geschäftsbereiche verantwortlich, was auch die Risikosteuerung einschließt. Hiermit verfügt die LB Kiel über Instrumente, die es ihr erlauben, Risiken bewusst und in einem abgewogenen Umfang einzugehen.

Der Bereich Controlling betreut zum größten Teil dieses umfangreiche Instrumentarium zur Risikosteuerung. In seiner Risikoüberwachungstätigkeit wird der Vorstand neben dem Bereich Controlling durch die Revision, die Rechtsabteilung mit dem Bereich Compliance sowie durch das Management der Marktbereiche und für Länderrisiken speziell durch den Bereich Financial Institutions/Syndications/Leveraged Finance unterstützt. Die operative Risikomessung und Limitüberwachung für Marktpreisrisiken und die Überwachung von Kontrahenten- und Emittentenrisiken erfolgt anhand der vom Controlling festgelegten Methoden im Bereich Transaction Services/Middle Office. Die Steuerung der bedeutenden Risiken der Bank wird darüber hinaus durch die Expertengremien Risiko- und Auslandsausschuss sowie Asset Liability Committee sichergestellt. Entscheidungswege, Informationslinien und Funktionszuständigkeiten sind klar festgelegt.

Im Jahr 2002 hat die LB Kiel im Bereich der Risikomessung und -steuerung ihre Verfahren weiter verbessert. Die RAROC-Steuerung, die Vorkalkulationsverfahren und EK-Verteilungsmechanismen wurden wiederum im Hinblick auf die Basel II-Anforderungen erweitert.

Die Liquiditätsrisikoüberwachung stand in 2002 ebenfalls im Vordergrund bei der Verbesserung unseres Steuerungsinstrumentariums: Im Herbst 2002 haben wir das Liquiditätslimitmodell auf der Basis deterministischer Cash-Flows bis 365 Tage verbessert; dieses Verfahren wird in 2003 in Richtung eines Liquidity at Risk weiterentwickelt.

Die LB Kiel verfolgt weiterhin eine grundsätzlich konservative Risikostrategie und legt besonderen Wert auf ein ausbalanciertes Portfolio, in dem Groß- und Klumpenrisiken im Adressenbereich vermieden werden. Entsprechend der bewusst begrenzten Handelsaktivitäten sind die Marktpreisrisiken von vergleichsweise geringer Bedeutung. Bemerkenswerte Risiken im Liquiditätsbereich liegen nicht vor.

Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiken werden mögliche Wertverluste verstanden, die durch den Ausfall bzw. Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern, Garanten, Beteiligungen und Ländern entstehen können. Die LB Kiel steuert diese Risiken sowohl auf Portfolioebene als auch auf Einzelgeschäftsebene.

Für das gesamte Adressenausfallrisiko der Bank bestehen Limite, die am Risikodeckungspotenzial und der zukünftigen Ertragskraft der Bank ausgerichtet sind. Die Ergebnisse der Analysen des Risikocontrollings werden den zuständigen Entscheidungsgremien berichtet, die – sofern erforderlich – umgehend Steuerungsmaßnahmen einleiten.

Basis für die Messung und Steuerung aller Adressenausfallrisiken ist ein einheitliches ratingorientiertes Verfahren. Wesentliche Bausteine dieses Verfahrens sind interne Ratings und historische Ausfallwahrscheinlichkeiten. Diese Daten werden mit den Daten des Rechnungswesens verknüpft, um Segmentanalysen nach unterschiedlichen Risikofaktoren wie Branchenzugehörigkeit, Sitzland, Bonitätsklassen oder Organisationseinheiten durchführen zu können. Das Risikomessverfahren wird laufend im Rahmen von Back Testing auf seine Eignung überprüft; in 2002 wurden die Risikoparameter in Teilbereichen geringfügig adjustiert.

In Zusammenarbeit mit anderen Landesbanken und dem DSGVO wurden in 2002 auf Scorecard- und Simulationsverfahren basierende Ratingverfahren entwickelt. Erste Ratingmodule wurden bereits fertiggestellt und stehen für den Einsatz in der Bank zur Verfügung.

Auf der Basis von Adressenlimiten und -inanspruchnahmen wird eine tägliche konzernweite Großrisikoüberwachung und -steuerung durchgeführt. Darüber hinaus nimmt das unabhängige Kreditsekretariat die systematische Einzelrisikoüberwachung von Engagements vor. Dies geschieht durch Votierung sowie Überprüfung der Ratings und der Sicherheiten.

Im Bereich der Einzeladressenrisiken fanden 2002 vor allem Optimierungen in den Handelsbereichen statt. Wesentliche Entwicklungen waren neben der Einführung eines einheitlichen Limitsystems für die Überwachung von Kontrahenten- und Emittentenrisiken der Beginn des Projektes „Netting/Collateralmanagement“ mit dem Ziel, das Adressenrisiko bei Handelsgeschäften noch stärker zu reduzieren. Zur Absicherung der Kontrahenten- und Emittentenrisiken in den Handelsbereichen hat die Bank in 2002 mit einer Reihe von bedeutenden Kontrahenten Nettingvereinbarungen abgeschlossen.

Die Steuerung des Risikos, das aus einer Wertminderung des Eigenkapitals bei Eingehen einer Beteiligung oder der Einrichtung von Niederlassungen entstehen könnte, erfolgt im Vorstandssekretariat durch das Beteiligungsmanagement. Im Vordergrund stehen so genannte Due Diligence-Prüfungen und die laufende Soll-/Ist-Analyse der Beteiligungserfolge. Die bestehenden Beteiligungen weisen vertretbare Risiken auf. Entsprechende gesellschaftsrechtliche Vertragsgestaltungen sichern die Überwachung bzw. Einflussnahme auf die geschäftlichen Entwicklungen. Ein weiteres Element der Risikoüberwachung für Beteiligungen stellt das interne Berichtswesen dar: Regelmäßig werden im laufenden Geschäftsjahr die kritischen Erfolgsfaktoren aller Beteiligungen vom Bereich Controlling zusammengeführt und den entsprechenden Gremien berichtet.

Das beim Adressenausfallrisiko mit zu berücksichtigende Länderrisiko wird über ein zusätzliches Länderlimitsystem gesteuert. Ausgehend von einer Obergrenze für sämtliche Länderrisiken im Konzern werden auf Basis von Länderratings Einzelobergrenzen für einzelne Länder sowie für Ländergruppen festgelegt. Die Einhaltung dieser Limite wird vom Bereich Financial Institutions/Syndications/Leveraged Finance laufend überwacht.

Das Auslandsobligo ist schwerpunktmäßig nach Europa und Nordamerika ausgerichtet. Das Länderportfolio gliedert sich per 31.12.2002 wie folgt:

Auslandsobligo

in Mio €	Konzern ohne HLB (31.12.2002)	HLB quotat (31.12.2002)	Obligo LB Kiel-Konzern (31.12.2002)	Anteil in % des Konzernobligos (31.12.2002)
Europa ^{*)}	32.131,1	13.805,7	45.936,8	64,2
Mittel- und Osteuropa	1.105,5	680,9	1.786,4	2,5
Sonstige Industrieländer	12.990,5	7.291,3	20.281,8	28,4
Lateinamerika	673,8	140,9	814,6	1,1
Asien	1.298,8	975,1	2.273,9	3,2
Afrika	82,9	15,6	98,5	0,1
Sonstige	222,6	159,4	382,0	0,5
Insgesamt	48.505,2	23.068,9	71.574,0	100,0

^{*)} ohne Mittel- u. Osteuropa

Die insgesamt vorsichtige Risikopolitik wird erkennbar in dem Gesamtvolumen der Einzelwertberichtigungen:

Wertberichtigungen

	Einzelwertberichtigungen		EWB-Quote ^{*)}		PWB ^{**)}
	31.12.2002 in Mio €	Vorjahr in Mio €	31.12.2002 in %	Vorjahr in %	31.12.2002 in Mio €
LB Kiel	351	282	0,33	0,29	33,7
IB	88	81	1,34	1,84	14,2
LBS	4	4	0,21	0,23	0,6
LB International	33	41	0,39	0,55	–
HLB	894	733	0,85	0,71	88

^{*)} bezogen auf das Kreditvolumen

^{**) Pauschalwertberichtigung, in der Landesbank Schleswig-Holstein International S.A. werden Sammelwertberichtigungen gebildet}

Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken werden potenzielle Verluste verstanden, die aus zukünftigen Marktwertschwankungen unserer Positionen auf Grund von Änderungen der Zinsstruktur (Zinsrisiken), der Wechselkurse (Währungsrisiken), der Aktienkurse (Aktienkursrisiko) sowie der Preise für Rohwaren und Edelmetalle und sonstige Handelsobjekte (sonstige Preisrisiken) entstehen können. Bei Positionen mit Optionsbestandteilen bestehen zusätzliche Risiken aus den Schwankungen der preisbestimmenden Volatilitäten.

In der LB Kiel basiert die Messung und Steuerung von Marktpreisrisiken auf dem Value at Risk-Ansatz (VaR-Ansatz). Der Value at Risk stellt die mögliche Wertänderung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten auf Grund von Schwankungen der Bewertungsparameter dar. Das Berechnungsverfahren ermittelt die mögliche Wertänderung, die mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % nicht überschritten würde.

Zur Prognose verwenden wir Zeitreihen von Zinssätzen, Wechsel- und Wertpapierkursen über die letzten 201 Tage. Die Risiken werden den eingeräumten Verlustgrenzen (Limiten) gegenübergestellt und täglich an den Vorstand und die betroffenen Handelseinheiten berichtet. Neue Produkte werden ständig in die Risikomesung miteingebunden.

Im Rahmen der Erfassung und Steuerung von Zinsänderungsrisiken des Anlagebuches verwendet die LB Kiel ein barwertorientiertes Verfahren. Wesentliches Element ist die Ermittlung eines kumulierten Barwertes, der auf Basis der von den verzinslichen Aktiva und Passiva einschließlich Derivaten generierten Netto-Cash-Flows für zinsrisikobehaftete Geschäfte berechnet wird.

Die Berechnung des Barwertes der ermittelten Zahlungsströme erfolgt auf der Basis von laufzeitgerechten, aus der Zinsstrukturkurve gewonnenen Marktzinssätzen.

Im Rahmen einer Gesamtrisikobetrachtung werden neben dem Zinsänderungsrisiko für die Haupt- und Nebenwährungen Preisrisiken für Aktien und Investmentanteile der Liquiditätsreserve anhand von VaR-Werten einbezogen.

Zur Begrenzung des gesamten Marktpreisrisikos hat der Vorstand ein Risikolimit für die Bank vorgegeben. Das Risikolimit wurde im Berichtsjahr bei zurückhaltender Ausnutzung stets eingehalten. Um zu vermeiden, dass es zu einer tatsächlichen Limitüberschreitung kommt, werden Frühwarnstufen verwendet, die nach einem festgelegten Procedere Anpassungsentscheidungen auslösen.

Seit Mitte 2002 haben wir die Berechnung der Marktpreisrisiken der Handelsbücher (inkl. Geldhandel) auf SAP umgestellt. Hierdurch wird es uns ermöglicht, Risikokompensationen differenziert durchzuführen, verfeinerte Stress-Szenarien zu erstellen und den VaR ebenfalls untertäglich near-time zu berechnen und zu überwachen.

Bis Frühjahr 2003 werden wir die Marktpreisrisikoermittlung auch für die kompletten Anlagebücher auf SAP umgestellt und somit das mehrjährige Projekt Marktpreisrisiken erfolgreich beendet haben.

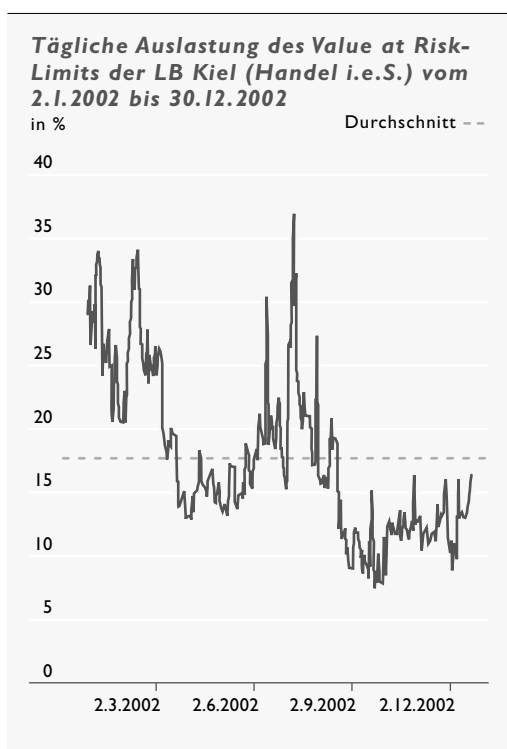
Back-Testing und Worst-Case-Betrachtungen

Im Back-Testing-Verfahren wird ein Vergleich zwischen dem prognostizierten zu erwartenden Höchstverlust innerhalb eines Handelstages, dem VaR, und der tatsächlich eingetretenen Ergebnisveränderung für die einzelnen Handelsportfolios durchgeführt. Hierbei wird für jeden Testvorgang ein Zeitraum von 100 Handelstagen zu Grunde gelegt. In 2002 wurde ein „Ausreißer“ festgestellt; die Ursachen ergaben, dass kein Anlass bestand, das Verfahren anzupassen.

Die durchgeführten Stress-Tests basieren auf einer Veränderung des Konfidenzniveaus von 95 % auf 99 %. Die Simulationen ergaben, dass auch bei einem 99 %-Konfidenzniveau das Risikodeckungspotenzial nicht überschritten wurde.

Im Rahmen statistischer Ansätze ist der Worst-Case als ungünstigster Fall zu verstehen, der für ein bestimmtes Portfolio in der Vergangenheit eingetreten wäre. Das Risikocontrolling legt für die Berechnung des Worst-Case diejenigen Risikoparameter zu Grunde, die in den letzten 10 Jahren den größten Wertverlust für das Portfolio bedeutet hätten. Die in 2002 durchgeführten Berechnungen hatten in keinem Fall ein für die Bank nicht vertretbares Risiko ergeben.

Der Value at Risk (Handel i.e.S.) betrug per 31.12.2002 2,4 Mio € (31.12.2001 4,4 Mio €). Die durchschnittliche VaR-Limitauslastung lag für die Risiken des Handels bei 17,7% (Vorjahr 18,9%), bei einer Schwankungsbreite zwischen 7% und 37% (Vorjahr 7% und 27%).



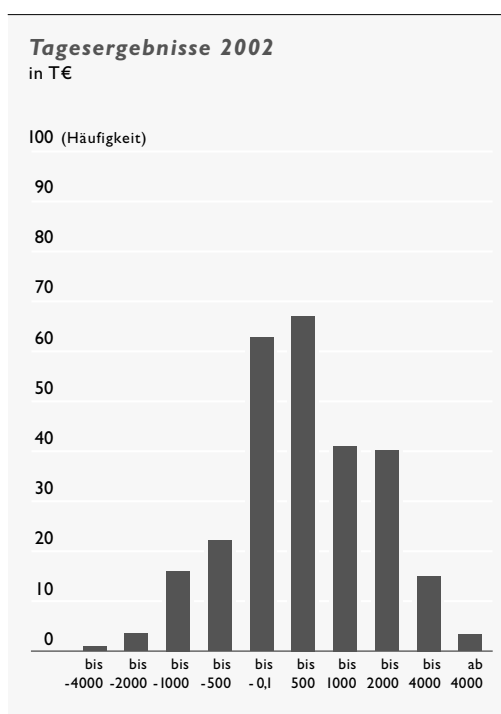
Das VaR-Limit lag vom 2.1.2002 bis zum 17.6.2002 bei 17.400 T€; das Limit für den Handel i.e.S. wurde am 18.6.2002 auf 14.900 T€ reduziert und dem Limit für den Handel i.w.S. zugeführt. Das Limit von 14.900 T€ blieb bis zum Jahresende konstant. In den drei Risikoarten ergaben sich folgende durchschnittliche tägliche VaR- Werte:

Durchschnittliche tägliche VaR-Werte:

in T€	I. I. bis 31.12.2002	I. I. bis 31.12.2001
Zinsrisiken	2.705	2.185
Währungsrisiken	427	114
Sonstige Marktpreisrisiken	197	259

Durchschnittsberechnung auf der Basis von 253 Handelstagen (Vorjahr 255 Handelstage).

Die tägliche Performance der Handelsgeschäfte verteilt sich 2002 wie folgt:



An keinem der Handelstage kam es zu Verlusten über 5,88 Mio € (Vorjahr 2,05 Mio €).

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko stellt für die Bank das Risiko dar, keine ausreichende Liquidität vorzuhalten und damit nicht in der Lage zu sein, ihren ordnungsgemäßen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und im vollen Umfang nachzukommen. Das Liquiditätsrisiko wird im Rahmen der Liquiditätspolitik und -planung berücksichtigt.

Für die Festlegung von Rahmenbedingungen und Strategien zur Planung und Steuerung der Liquidität ist das Asset Liability Committee der Bank zuständig. Aufsichtsrechtliche (wie Mindestreserve, Grundsatz II) und betriebswirtschaftliche Risiken werden dann alleinverantwortlich vom Treasury gesteuert. Die zur Umsetzung erforderlichen Maßnahmen, insbesondere die Deckung des Finanzierungsbedarfs und die tägliche Gelddisposition, werden vom Treasury (Liquiditätssteuerung) vorgenommen.

Um schon jetzt den zukünftigen regulatorischen Anforderungen nach BIZ Basel („Sound Practices for Managing Liquidity in Banking Organisations“ / Basel Committee on Banking Supervision) zu genügen, haben wir ein Liquiditätsrisikosteuerungsmodell entwickelt, das zunächst deterministische Liquiditätsrisiken einbezieht. In seiner Weiterentwicklung ist für das Jahr 2003 auch die Einbeziehung stochastischer Liquiditätsrisiken vorgesehen. Auf Basis dieses Modells wird der Finanzierungsbedarf nach Laufzeit, Volumen und Instrument zur langfristigen Absicherung der deterministischen und stochastischen Liquiditätsrisiken festgelegt.

Die Diversifikation der Finanzierungsmittel nach Instrumenten, Regionen, Währungen und Investoren ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Verbindlichkeitsprofils. Zudem bilden finanzierte, liquide Aktiva einen entscheidenden Schutz der Bank vor kurzfristigen Liquiditätsengpässen. Mit diesem Bestand kann die Bank unerwarteten Inanspruchnahmen aus zugesagten Kreditfazilitäten jederzeit nachkommen.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen überwacht das Controlling. Der Liquiditätsgrundsatz II gemäß der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beträgt zum 31.12. 2002 1,26 (Vj. 1,29). Er lag während des gesamten Geschäftsjahres über der Mindestanforderung von 1,0.

Operationelle Risiken

Unter dem Begriff „Operationelle Risiken“ werden die Risiken direkter oder indirekter Verluste verstanden, die durch Versagen oder die Unangemessenheit von Technologie, Organisation und Personal oder durch externe Einflüsse verursacht werden. Die Schlüsselrisiken im operationellen Bereich wurden im Rahmen des Risikomanagement- und -überwachungssystems in 2002 fortlaufend identifiziert, analysiert und gesteuert.

Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr detaillierte Bestandsaufnahmen von Schlüsselrisiken in der Copenhagen Branch, in der Landesbank Schleswig-Holstein International S.A. sowie in den Zentralbereichen LBS und IB abgeschlossen. Generell wurden die Schlüsselrisiken als nicht bemerkenswert eingestuft.

Die LB Kiel führt vor dem Hintergrund der Basel II-Konsultationspapiere regelmäßig Berechnungen durch. Diese zeigen auf, dass die operativen Risiken bei der zukünftigen Eigenkapitalunterlegung eine eher untergeordnete Rolle spielen. Ungeachtet dessen werden die Methoden zur Überwachung und Steuerung operationeller Risiken fortlaufend verfeinert. Die Einführung einer technischen Lösung für das Controlling operationeller Risiken, die eine Schadenfalldatenbank zur Erfassung schlagend gewordener Betriebsrisiken beinhaltet, erfolgt im Rahmen eines neu aufgesetzten Projekts.

Die Fähigkeit der Bank, mit Notfallsituationen angemessen und schadenbegrenzend umgehen zu können, wurde 2002 weiter verbessert. In diesem Zusammenhang wurde ein Katastrophenfall-Beauftragter ernannt und Notfallteams eingerichtet. Im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses werden regelmäßig Notfallübungen durchgeführt.

Im IT-Bereich wurde ein System für die Verschlüsselung von E-Mails installiert, so dass nun auf einfache Art und Weise ein geschützter Mailaustausch mit Geschäftspartnern und Kunden möglich ist. Für die zukünftige Nutzung einer Public Key Infrastructure (PKI), d.h. für eine umfassende zertifikatsbasierte Verschlüsselung, wurden die entsprechenden Vorbereitungen getroffen.

Des Weiteren wurden diverse organisatorische Regelungen zur Erhöhung des Sicherheitsniveaus der Bank eingeführt.

Um Risiken im Bereich Personal zu begegnen, hat die Bank geeignete Programme der Auswahl, der Einarbeitung, des Einsatzes, der Bindung sowie der Förderung und Entwicklung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen eingerichtet. Diese konzentrieren sich auf die Erkennung des Potenzials sowie auf die fachliche und persönliche Qualifizierung. Die Programme stellen eine adäquate Ressourcensteuerung sicher, die den jeweiligen Veränderungsprozessen Rechnung trägt.

Den Rechtsrisiken begegnet die LB Kiel durch die Verwendung von national und international anerkannten Standard-Rahmenverträgen (ISMA, ISDA, DRV), Einzelvertragsprüfung, der laufenden Anpassung der Vertragsdokumentationen an die jeweils herrschende Rechtsprechung sowie Unterstützung der Marktbereiche durch die Beratung seitens der Rechtsabteilung.

Risikosteuerung und Risikolage der Hamburgischen Landesbank

Ein aktives Risikomanagement nimmt auch in der Hamburgischen Landesbank unverändert einen hohen Stellenwert ein. Die Hamburgische Landesbank hatte in 2001 unter dem Aspekt des Risikomanagements ihre fachliche und organisatorische Ausrichtung überarbeitet und damit eine wiederum verbesserte Grundlage für ihre Geschäftssteuerung gelegt. Die Verfahren und Methoden zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung wurden in 2002 kontinuierlich weiterentwickelt.

In den Bereichen Marktpreisrisiko, Adressenausfallrisiko und Liquiditätsrisiko verfügt die Hamburgische Landesbank über mit der LB Kiel weitgehend vergleichbare Steuerungsinstrumente. Diverse Projekte wurden im Hinblick auf die zukünftigen Anforderungen aus Basel II weiter vorangetrieben. Die Entwicklungsschwerpunkte waren im Berichtsjahr die Erarbeitung künftiger Ratingmodule zur Erfüllung der Anforderungskriterien des fortgeschrittenen internen Rating-Ansatzes, die Erweiterung der bestehenden Sicherheitendatenbank sowie die Verfeinerung der Risikomessung für Marktpreisrisiken. Weitere in der Umsetzung befindliche gesamtbankübergreifende Projekte gewährleisten, dass negative Entwicklungen der Risikostruktur der Hamburgischen Landesbank frühzeitig erkannt und im Risikomanagement berücksichtigt werden.

Die Risikostrategie der Hamburgischen Landesbank war im Jahr 2002 weiterhin durch eine vorsichtige Geschäftspolitik bestimmt. Bei gleichbleibend strengen Beurteilungsmaßstäben hat die Hamburgische Landesbank ausreichend Vorsorge für alle erkennbaren Risiken getroffen. Die Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen) für Adressenausfallrisiken betrug zum Jahresultimo 922 (Vj. 743) Mio €. Die Liquiditätskennzahl der Bank (Grundsatz II gemäss § 11 KWG) belief sich am Jahresende auf 1,5 und übertraf damit die Mindestanforderung (1,0) deutlich. Das gemäss KWG definierte haftende Eigenkapital – inkl. Ergänzungskapital – nach Gewinnverwendung betrug 5.521,1 Mio €. Die Gesamtkennziffer gemäss Grundsatz I lag bei 10,8 % (Verhältnis der gewichteten Risikoaktiva inkl. der Marktrisikopositionen zu den haftenden Eigenmitteln zu Jahresende 2002).

Ausblick Risikobericht

In 2003 werden wir im Konzern weitere Schritte in Richtung der Optimierung unserer Steuerungssysteme unternehmen. Schwerpunktbereiche sind neben der weiteren Integration der Anforderungen aus den MaK und aus Basel II vor allem konzeptionelle und systemtechnische Maßnahmen in Richtung einer einheitlichen Gesamtrisikomessung der Bank.

Personal

Die LB Kiel hat auch im Vorfeld der Fusion Spezialisten rekrutiert.

Trotz der im Laufe des Jahres voranschreitenden Vorbereitungen zur Fusion mit der Hamburgischen Landesbank hat die LB Kiel auch im letzten Geschäftsjahr ihr Stammpersonal um 4,5 % ausgebaut. Am 31.12.2002 waren im LB Kiel Konzern (ohne HLB) 2.568 (Vj. 2.457) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Die Rekrutierung von Spezialisten insbesondere für die Bereiche Capital Markets, Asset Liability Management und die internationalen Krediteinheiten wie Transportfinanzierungen und Financial Institutions/Syndications/Leveraged Finance erfolgte bereits in Abstimmung mit dem Fusionspartner. Hervorzuheben ist hierbei der Aufbau eines Mitarbeiterbestandes von 29 Personen für die neue im Dezember 2002 offiziell eröffnete Branch in New York. Neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beteiligen sich als Expatriates in New York für zwei bis drei Jahre an dem Auf- und Ausbau der Geschäftsaktivitäten in Amerika.

Das Jahr 2003 steht auch von der Personalseite ganz im Zeichen der Umsetzung der Fusion.

Daten aus dem Personalbereich (LB Kiel Konzern ohne HLB)

Stand: 31.12.

	2002	2001	2000
<i>Gesamtzahl der Beschäftigten</i>	2.780	2.652	2.361
Frauen	1.348	1.257	1.115
<i>Stammpersonal</i>	2.568	2.457	2.189
davon:			
Bank ohne LBS und IB	1.644	1.561	1.501
Landes-Bausparkasse (LBS)	215	215	197
Investitionsbank (IB)	333	323	324
LB Schl.-Holst. Int. Luxemburg	131	84	82
Gudme Raaschou	64	79	85
Spielbanken	181	195	–
<i>Auszubildende</i>	74	84	96
<i>Aushilfen/Praktikanten</i>	138	111	76
<i>Mutterschafts- und Erziehungsurlaube</i>	72	77	91
<i>Teilzeitbeschäftigungsquote (%)</i>	14,7	14,9	13,6
<i>Durchschnittsalter</i>	41	40	40
<i>Pensionäre und Hinterbliebene/ Vorruheständler</i>	1.006	984	956
<i>Neueinstellungen</i>	224	262	228

Fusion mit der Hamburgischen Landesbank und Ausblick

Das Geschäftsjahr 2003 wird durch die Fusion mit der Hamburgischen Landesbank und ein schwieriges Bankenumfeld geprägt sein. Ziel ist es, rechtzeitig zum Wegfall der staatlichen Haftungsgarantien im Jahr 2005 sichtbare Erfolge vorweisen zu können.

HSH Nordbank AG auf gutem Weg

Der weitere Ausblick wird weitgehend von der Fusion mit der Hamburgischen Landesbank geprägt. Das fusionierte Institut wird unter dem Namen „HSH Nordbank“ in der Rechtsform einer AG voraussichtlich am 1. Juni 2003 starten. Steuerlich und bilanziell wird die Fusion rückwirkend zum 1. Januar 2003 wirksam.

Die Vorbereitungen zur Fusion gehen auf den März 2002 zurück. Die Eigentümer der Hamburgischen Landesbank und der LB Kiel hatten die Vorstände beider Banken beauftragt, ein Konzept zur Fusion der beiden Häuser zu entwickeln. Nach eingehenden und zügigen Machbarkeitsuntersuchungen beschlossen die Anteilseigner am 9. September 2002 die Verschmelzung beider Institute mit der folgenden Anteilsverteilung: Freie und Hansestadt Hamburg 32,69 %, Land Schleswig-Holstein 16,86 %, Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein 16,86 %, WestLB Konzern 26,86 %, Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) 6,73 %. Die LBBW verkauft ihren 10%igen Anteil an der LB Kiel vor Inkrafttreten der Fusion an das Land Schleswig-Holstein, die Freie und Hansestadt Hamburg sowie den Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein. Eine mögliche Veräußerung der Anteile an Dritte ist vorgesehen.

Der Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein, der die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Fusion schafft, wurde am 4. Februar 2003 unterzeichnet. Mit der für Mai 2003 vorgesehenen abschließenden Zustimmung der Länderparlamente in Schleswig-Holstein und Hamburg erhält der Staatsvertrag Gesetzeswirkung.

200 Mrd € Bilanzsumme, rund 4.500 Beschäftigte, Doppelsitz in Kiel und Hamburg

Mit der Fusion entsteht eine Bank mit einer Bilanzsumme von rund 200 Mrd € und ca. 4.500 Mitarbeitern. Die HSH Nordbank AG hat einen Doppelsitz in Kiel und Hamburg, wobei eine auf Dauer angelegte ausgewogene Verteilung der Kompetenzen mit qualifizierten Dauerarbeitsplätzen auf beide Standorte gewährleistet wird. Das fusionierte Institut wird sich freiwillig an einen Corporate Governance-Kodex binden.

Mit der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft verliert das neue Institut das Pfandbriefprivileg nach dem ÖPG. Wir erwarten in naher Zukunft eine generelle gesetzliche Regelung durch den Bundesgesetzgeber, die es ermöglicht, das Pfandbriefbestandsgeschäft in der HSH Nordbank AG weiterzuführen. Um auch in Zukunft Pfandbriefe emittieren zu können, wird die Gründung einer Hypothekenbanktochter geprüft.

Führende nordeuropäische Geschäftsbank

Die Geschäftspolitik beider Banken findet sich im strategischen Leitbild des fusionierten Instituts wieder. Die HSH Nordbank positioniert sich als führende nordeuropäische Geschäftsbank. In ihrer Kernregion Hamburg/Schleswig-Holstein ist sie gemeinsam mit den Sparkassen Marktführer. International agiert sie als Branchenspezialist in ausgewählten Geschäftsfeldern wie dem Schiffs-, Immobilien- und Firmenkundengeschäft und ist zur besseren Portfoliodiversifizierung im Bereich Credit Investments tätig. An den internationalen Kapitalmärkten wird sie als anerkannter Partner vertreten sein. Die HSH Nordbank wird über ein breites Netz von Repräsentanzen und Niederlassungen im In- und Ausland verfügen. Dabei ist die Hamburgische Landesbank traditionell im asiatischen und die LB Kiel im Ostseeraum präsent. Das fusionierte Institut wird zudem Stützpunkte in London, Luxemburg und New York haben.

Gewährträgerhaftung für Rechtsform AG gesichert

Die HSH Nordbank entsteht als Aktiengesellschaft rechts-wirksam mit der Eintragung in die Handelsregister in Hamburg und Kiel. Sie wird alle Geschäfte der LB Kiel und der Hamburgischen Landesbank unter der neuen Firma fortführen. Alle Forderungen, sonstigen Vermö-genswerte und Verbindlichkeiten gehen kraft Gesetzes auf die HSH Nordbank AG über. Die in der Verständi-gung mit der EU-Kommission vom 17. Juli 2001 gefun-dene Übergangsregelung hinsichtlich des Wegfalls von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung gilt auch für die HSH Nordbank AG. Der Wechsel der Rechtsform in eine Aktiengesellschaft hat hierauf keinen Einfluss. Die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg haben in dem Staatsvertrag verankert, dass die Gewährträgerhaftung in identischem Umfang für das fusionierte Institut Gültigkeit hat. Daher ergibt sich hinsichtlich der Ge-währträgerhaftung keine Änderung zur derzeitigen Situation beider Banken als Anstalten des öffentlichen Rechts.

Fusion zügig vorangetrieben

Durch die Fusion werden zwei starke Partner vereint, die sich hinsichtlich ihrer Geschäftsstrategie und Stand-orte optimal ergänzen. Beide Partner sind beim Finanz-kraft-Rating von Moody's in der Spitzengruppe der Landesbanken eingeordnet. Da im Fusionsprozess die frühzeitige und klare Festlegung der zukünftigen Ent-scheidungsstrukturen ein entscheidender Faktor ist, wurde der zukünftige Vorstand zeitgleich mit dem Fusionsbeschluss im September 2002 benannt. Als Lenkungsausschuss hat der zukünftige Vorstand sofort die nächstfolgende der insgesamt drei Führungsebenen bestimmt. Die Klärung der Standorte und Organisations-struktur, die Festlegung der Methoden zur Gesamtbank-steuerung sowie die Einigung auf ein IT-System zählen zu den wichtigen, bislang erreichten Meilensteinen. Drei Jahre nach Vollzug der Fusion sollen Kosten- und Ertragssynergien in Höhe von insgesamt rund 150 Mio € p.a. realisiert werden. Mit der Fusion ist ein wichtiger Schritt zur langfristigen Sicherung der Kapitalmarktfähig-keit nach 2005 getan. Wir sind überzeugt, dass die Fusion ein Erfolg werden wird.

Investitionsbank Schleswig-Holstein und Landes-Bausparkasse werden verselbstständigt

Die gesetzlichen Grundlagen verlangen für die HSH Nordbank AG die Herauslösung der Förderaktivitäten und des Bauspargeschäfts. So sollen mit Wirkung zum 1. Juni 2003 die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) und die Landes-Bausparkasse (LBS), die das Förderge-schäft bzw. das Bauspargeschäft als rechtlich unselbst-ständige, organisatorisch selbstständige Bereiche der LB Kiel betreiben, aus der LB Kiel herausgelöst werden. Die Herauslösung der IB ermöglicht zugleich die Um-setzung der Brüsseler Verständigung II. Mit der Be-schränkung auf das reine Fördergeschäft bleiben An-staltslast und Gewährträgerhaftung für die IB erhalten. Die LBS wird in der Rechtsform der AG aus der LB Kiel ausgegliedert und in dieser Form als 100%ige Tochter der HSH Nordbank AG eingebracht. Der Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein wird die LBS-AG von der HSH Nordbank AG erwerben.

Ausblick

Die vorliegenden Prognosen zur Entwicklung des wirtschaftlichen Umfelds in Deutschland und weltweit lassen ein weiteres schwieriges Bankenjahr erwarten. Trotzdem sind wir zuversichtlich, in 2003 an den positi-ven Ergebnistrend der Vorjahre anknüpfen zu können.

Neben dem mittelfristigen Potenzial aus der Fusion bleiben die bisherigen Erfolgsfaktoren wirksam: die klare strategische Ausrichtung, die enge Kundenbindung und die Steuerung über risikoadjustierte Renditevorgaben. Auch die Ertragspotenziale der in den letzten Jahren neu ausgerichteten Kapitalmarktaktivitäten sehen wir noch nicht als erschöpft an. Ein wesentlicher Ansatz-punkt liegt in der Weiterentwicklung unserer Koopera-tion mit den Sparkassen. Hier sind die Grundlagen vor-handen, um unsere Angebotspalette auszuweiten und damit die Geschäftsbeziehungen auf eine breitere Basis zu stellen. Daneben lassen die bisherigen Erfolge unse-rer Corporate Finance Aktivitäten wachsende Ergebnis-beiträge erwarten. Potenziale sehen wir schließlich in der effizienteren Bewirtschaftung unserer Bestände durch ein aktives Portfolio Management.

Wir sind davon überzeugt, dass wir rechtzeitig zum Wegfall der Staatsgarantien im Jahr 2005 sichtbare Erfolge der Fusion zur HSH Nordbank vorweisen können.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, sowie den von ihr aufgestellten Konzernabschluss und ihren Bericht über die Lage der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale und des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2002 geprüft. Die Aufstellung dieser Unterlagen nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung sowie den von ihr aufgestellten Konzernabschluss und ihren Bericht über die Lage der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale und des Konzerns abzugeben.

Wir haben unsere Jahres- und Konzernabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss und den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Bericht über die Lage der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale und des Konzerns vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale und des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, in Jahres- und Konzernabschluss und in dem Bericht über

die Lage der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale und des Konzerns überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahres- und Konzernabschlusses sowie des Berichts über die Lage der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale und des Konzerns. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermitteln der Jahresabschluss und der Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, und des Konzerns. Der Bericht über die Lage der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale und des Konzerns gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale und des Konzerns und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kiel, den 7. April 2003

Deloitte & Touche GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Dr. Göttgens
Wirtschaftsprüfer



Hammelstein
Wirtschaftsprüfer

**Finanzausweise der
Hamburgischen Landesbank**

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2002

Aktivseite

31.12.2001

	T€	T€	T€	T€
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		7 752		3 746
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		<u>252 657</u>		76 636
darunter:			260 409	80 382
bei der Deutschen Bundesbank	T€	250 749		
	(Vorjahr T€	76 193)		
2. Schudtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schudtitel öffentlicher Stellen darunter:			3 293	3 678
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	T€	—		
	(Vorjahr T€	—)		
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		5 660 404		3 091 672
b) andere Forderungen		<u>16 459 458</u>		16 175 214
			22 119 862	19 266 886
4. Forderungen an Kunden			42 811 250	41 371 578
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	T€	14 269 231		
	(Vorjahr T€	12 172 975)		
Kommunalkredite	T€	4 453 856		
	(Vorjahr T€	4 502 786)		
Übertrag			65 194 814	60 722 524

Passivseite

31.12.2001

	T€	T€	T€	T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		1 341 008		1 482 768
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>22 991 684</u>		30 147 400
			24 332 692	31 630 168
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	79 906			83 353
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>2 538</u>			2 960
		82 444		86 313
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	4 723 722			4 690 928
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>26 286 709</u>			25 691 103
		<u>31 010 431</u>		30 382 031
			31 092 875	30 468 344
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		22 941 978		18 029 749
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>4 407 867</u>		3 313 105
darunter:			27 349 845	21 342 854
Geldmarktpapiere	T€ 4 407 867			
(Vorjahr T€	3 313 105)			
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	T€ –			
(Vorjahr T€	–)			
4. Treuhandverbindlichkeiten			321 297	296 947
darunter:				
Treuhandkredite	T€ 42 825			
(Vorjahr T€	40 868)			
5. Sonstige Verbindlichkeiten			2 436 379	2 150 420
6. Rechnungsabgrenzungsposten			213 957	220 999
Übertrag			85 747 045	86 109 732

Aktivseite

31.12.2001

		T€	T€	T€	T€
Übertrag				65 194 814	60 722 524
5. Schuldverschreibungen und andere fest- verzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		5 106			—
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	T€	—			
	(Vorjahr T€	—)			
ab) von anderen Emittenten		944 871			772 174
darunter:			949 977		772 174
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	T€	—			
	(Vorjahr T€	—)			
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		4 310 532			5 674 043
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	T€	1 541 981			
	(Vorjahr T€	2 090 852)			
bb) von anderen Emittenten		17 205 736			20 152 626
darunter:			21 516 268		25 826 669
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	T€	4 911 083			
	(Vorjahr T€	5 628 486)			
c) eigene Schuldverschreibungen			554 298		566 884
Nennbetrag	T€	538 135		23 020 543	27 165 727
	(Vorjahr T€	548 727)			
6. Aktien und andere nicht fest- verzinsliche Wertpapiere				942 056	1 653 514
7. Beteiligungen				289 374	74 690
darunter:					
an Kreditinstituten	T€	18 340			
	(Vorjahr T€	27 366)			
an Finanzdienstleistungsinstituten	T€	1 000			
	(Vorjahr T€	1 000)			
Übertrag				89 446 787	89 616 455

Passivseite

31.12.2001

	T€	T€	T€	T€
Übertrag			85 747 045	86 109 732
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		181 694		165 741
b) Steuerrückstellungen		55 942		41 060
c) andere Rückstellungen		<u>137 943</u>		63 219
			375 579	270 020
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			–	26 772
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			1 468 044	1 518 762
10. Genußrechtskapital			861 407	861 407
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	T€	–		
	(Vorjahr T€	–)		
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			110 000	110 000
12. Eigenkapital				
a) Gezeichnetes Kapital		2 168 550		1 914 380
b) Kapitalrücklage		445 602		445 602
c) Gewinnrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage		–		142 855
cb) andere Gewinnrücklagen		<u>354 361</u>		179 301
		354 361		322 156
d) Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung		721 073		721 073
e) Gewinnanteil des atypischen stillen Gesellschafters		1 335		523
f) Bilanzgewinn		113 298		73 792
g) Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter		<u>292 523</u>		292 523
			4 096 742	3 770 049
Übertrag			92 658 817	92 666 742

	T€	T€	T€	T€
Übertrag			89 446 787	89 616 455
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			466 325	152 606
darunter:				
an Kreditinstituten	T€ –			
(Vorjahr T€)	(–)			
an Finanzdienstleistungsinstituten	T€ –			
(Vorjahr T€)	(–)			
9. Treuhandvermögen			321 297	296 947
darunter:				
Treuhandkredite	T€ 42 825			
(Vorjahr T€)	40 868)			
10. Immaterielle Anlagewerte			235	306
11. Sachanlagen			54 993	149 935
12. Sonstige Vermögensgegenstände			2 119 096	2 216 766
13. Rechnungsabgrenzungsposten			250 084	233 727
Summe der Aktiva			92 658 817	92 666 742

Passivseite

31.12.2001

[illegible]

Konzerngewinn- und -verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2002

2001

	T€	T€	T€	T€
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	3 048 237			3 312 134
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>867 563</u>			1 285 091
		3 915 800		4 597 225
2. Zinsaufwendungen		<u>3 105 042</u>		3 876 077
			810 758	721 148
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		76 981		72 559
b) Beteiligungen		3 714		5 537
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>69 582</u>		13 342
			150 277	91 438
4. Provisionserträge		148 146		125 396
5. Provisionsaufwendungen		<u>36 884</u>		22 841
			111 262	102 555
6. Nettoertrag aus Finanzgeschäften			21 516	18 298
7. Sonstige betriebliche Erträge			71 408	84 132
8. Erträge aus dem Fördergeschäft			66 970	63 176
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			26 772	31 595
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter		136 309		120 354
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		<u>51 409</u>		43 429
			187 718	163 783
darunter:				
für Altersversorgung	T€	27 518		
	(Vorjahr T€	22 654)		
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>157 840</u>		122 717
			345 558	286 500
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			19 220	25 790
Übertrag			894 185	800 052

2001

	T€	T€	T€	T€
Übertrag			894 185	800 052
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			54 377	14 630
13. Aufwendungen aus dem Fördergeschäft			200 459	204 761
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		421 610		245 780
15. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		—	421 610	245 780
16. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			—	19 800
17. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		—		43 125
18. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		97 718	97 718	43 125
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			315 457	271 956
20. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		60 420		49 232
21. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		1 150	61 570	441
				49 673
22. Aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne			136 416	122 135
23. Gewinnanspruch des atypischen stillen Gesellschafters			4 284	2 206
24. Jahresüberschuß			113 187	97 942
25. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			4 111	—
26. Einstellung in andere Gewinnrücklagen			—	24 150
27. Vorabausschüttung an die Eigentümer			4 000	—
28. Bilanzgewinn			113 298	73 792

Bilanz zum 31. Dezember 2002

Aktivseite

31.12.2001

	T€	T€	T€	T€
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		7 742		3 713
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		<u>252 361</u>		76 394
darunter:			260 103	80 107
bei der Deutschen Bundesbank	T€	250 453		
	(Vorjahr T€	75 950)		
2. Schudtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schudtitel öffentlicher Stellen			3 293	3 678
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	T€	—		
	(Vorjahr T€	—)		
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		5 613 727		3 045 444
b) andere Forderungen		<u>16 240 340</u>		16 108 083
			21 854 067	19 153 527
4. Forderungen an Kunden			37 817 765	36 623 751
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	T€	10 158 615		
	(Vorjahr T€	8 095 157)		
Kommunalkredite	T€	3 861 834		
	(Vorjahr T€	3 932 521)		
Übertrag			59 935 228	55 861 063

Passivseite

31.12.2001

	T€	T€	T€	T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		1 340 475		1 498 195
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>29 002 422</u>		<u>32 672 678</u>
			30 342 897	34 170 873
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	79 906			83 353
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>2 538</u>			<u>2 960</u>
		82 444		86 313
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	4 683 374			4 633 111
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>25 420 866</u>			<u>24 994 666</u>
		30 104 240		29 627 777
			30 186 684	29 714 090
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		13 565 815		12 248 041
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>4 407 867</u>		<u>3 313 105</u>
darunter:			17 973 682	15 561 146
Geldmarktpapiere	T€ 4 407 867			
(Vorjahr T€	3 313 105)			
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	T€ –			
(Vorjahr T€	–)			
4. Treuhandverbindlichkeiten			279 208	257 460
darunter:				
Treuhandkredite	T€ 770			
(Vorjahr T€	1 418)			
5. Sonstige Verbindlichkeiten			2 373 806	2 063 894
6. Rechnungsabgrenzungsposten			212 742	219 294
Übertrag			81 369 019	81 986 757

Aktivseite

31.12.2001

		T€	T€	T€	T€
Übertrag				59 935 228	55 861 063
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		5 106			—
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	T€	—			
	(Vorjahr T€)	(—)			
ab) von anderen Emittenten		944 871			772 174
darunter:			949 977		772 174
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	T€	—			
	(Vorjahr T€)	(—)			
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		4 310 532			5 674 043
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	T€	1 541 981			
	(Vorjahr T€)	2 090 852)			
bb) von anderen Emittenten		16 387 410			19 366 703
darunter:			20 697 942		25 040 746
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	T€	4 911 083			
	(Vorjahr T€)	5 432 684)			
c) eigene Schuldverschreibungen			535 946		553 904
Nennbetrag	T€	520 427		22 183 865	26 366 824
	(Vorjahr T€)	537 054)			
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				936 645	1 653 514
7. Beteiligungen				888 364	673 680
darunter:					
an Kreditinstituten	T€	617 329			
	(Vorjahr T€)	626 356)			
an Finanzdienstleistungsinstituten	T€	1 000			
	(Vorjahr T€)	1 000)			
Übertrag				83 944 102	84 555 081

Passivseite

31.12.2001

	T€	T€	T€	T€
Übertrag			81 369 019	81 986 757
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		161 252		149 609
b) Steuerrückstellungen		54 980		40 407
c) andere Rückstellungen		<u>133 040</u>		57 935
			349 272	247 951
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			–	26 772
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			1 468 044	1 518 762
10. Genußrechtskapital			861 407	861 407
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	T€	–		
	(Vorjahr T€	–)		
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			110 000	110 000
12. Eigenkapital				
a) Gezeichnetes Kapital		2 168 550		1 914 380
b) Kapitalrücklage		445 602		445 602
c) Gewinnrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage	–			142 855
cb) andere Gewinnrücklagen	<u>353 741</u>			179 056
		353 741		321 911
d) Gewinnanteil des atypischen stillen Gesellschafters		1 335		523
e) Bilanzgewinn		<u>109 850</u>		69 300
			3 079 078	2 751 716
Übertrag			87 236 820	87 503 365

Aktivseite

31.12.2001

	T€	T€	T€	T€
Übertrag			83 944 102	84 555 081
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			623 169	272 398
darunter:				
an Kreditinstituten	T€	131 812		
	(Vorjahr T€	119 153)		
an Finanzdienstleistungsinstituten	T€	–		
	(Vorjahr T€	–)		
9. Treuhandvermögen			279 208	257 460
darunter:				
Treuhandkredite	T€	770		
	(Vorjahr T€	1 418)		
10. Sachanlagen			43 640	34 259
11. Sonstige Vermögensgegenstände			2 098 270	2 152 951
12. Rechnungsabgrenzungsposten			248 431	231 216
Summe der Aktiva			<u>87 236 820</u>	<u>87 503 365</u>

Passivseite

31.12.2001

[illegible]

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2002

2001

	T€	T€	T€	T€
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	2 718 884			2 976 651
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>840 867</u>			1 251 842
		3 559 751		4 228 493
2. Zinsaufwendungen		<u>2 903 584</u>	656 167	3 657 886
				570 607
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		76 936		72 559
b) Beteiligungen		3 714		5 537
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>78 695</u>		22 492
			159 345	100 588
4. Provisionserträge		118 440		116 261
5. Provisionsaufwendungen		<u>31 684</u>		23 030
			86 756	93 231
6. Nettoertrag aus Finanzgeschäften			21 523	18 222
7. Sonstige betriebliche Erträge			74 658	80 584
8. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			26 772	31 595
9. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter		120 538		111 265
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		<u>46 442</u>		40 154
			166 980	151 419
darunter:				
für Altersversorgung	T€	25 623		
	(Vorjahr T€	21 223)		
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>150 205</u>	317 185	125 001
				276 420
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			16 439	19 840
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen			54 120	14 585
Übertrag			637 477	583 982

2001

	T€	T€	T€	T€
Übertrag			637 477	583 982
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		419 803		249 681
13. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		—	419 803	—
				249 681
14. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			—	19 800
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		—		42 141
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		97 718	97 718	—
				42 141
17. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			315 392	272 360
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		59 692		48 578
19. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		1 150	60 842	441
				49 019
20. Aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne			136 416	122 135
21. Gewinnanspruch des atypischen stillen Gesellschafters			4 284	2 206
22. Jahresüberschuß			113 850	99 000
23. Einstellung in andere Gewinnrücklagen			—	29 700
24. Vorabausschüttung an die Eigentümer			4 000	—
25. Bilanzgewinn			109 850	69 300

Anhang und Konzernanhang 2002

Anteilseigner/ Rechtsgrundlagen

An der Hamburgischen Landesbank – Girozentrale – sind seit 1997 die Landesbank Schleswig-Holstein (LB Kiel) mit 49,5 vH und die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) mit 50,5 vH beteiligt. Von den Anteilen der FHH werden 1 vH von der HLB-Beteiligungsgesellschaft mbH, einer Gesellschaft der FHH, als atypische stille Gesellschafterin gehalten.

Die Hamburgische Landesbank – Girozentrale – ist als Mitglied im Sparkassen-Stützungsfonds des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbandes dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen. Durch dieses System werden die angeschlossenen Institute selbst geschützt, insbesondere deren Liquidität und Solvenz gewährleistet.

Unabhängig davon haften die Gewährträger der Hamburgischen Landesbank – Girozentrale – gemäß der Entscheidung der

Europäischen Kommission zur Anstaltslast und Gewährträgerhaftung in Deutschland vom 27.3.2002. Nach dieser Übergangsregelung sind Verbindlichkeiten, die bis zum 18.7.2001 begründet wurden, unabhängig von ihrer Laufzeit durch die Gewährträgerhaftung gedeckt. Verbindlichkeiten, die nach diesem Zeitpunkt, aber vor dem 18.7.2005 begründet wurden oder werden, sind ebenfalls von der Gewährträgerhaftung gedeckt, wenn ihre Laufzeit nicht über den 31.12.2015 hinausgeht. Die Anstaltslast bleibt in jedem Fall bis zum 18.7.2005 bestehen.

Der Jahresabschluß und der konsolidierte Jahresabschluß der Hamburgischen Landesbank zum 31.12.2002 wurden nach den Vorschriften des HGB sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis hat sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt verändert. Die KG Altstadt Grundstücksgesellschaft, Hamburg (vormals Kommanditgesellschaft Altstadt Verwaltungsgesellschaft & Co., Grundstücksgesellschaft, Hamburg), wird wegen ihrer nun untergeordneten

Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns gemäß § 296 Abs. 2 HGB nicht mehr in den Konzernabschluß einbezogen. Erstmals einbezogen werden die METONO GmbH, Hamburg, sowie die in 2002 gegründete PLUS BANK AG, Hamburg.

Name und Sitz der einbezogenen Unternehmen	Anteil am Kapital in vH
Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt, Hamburg	82
Hamburgische Landesbank (Guernsey) Ltd., Guernsey	100
Hamburgische LB Finance (Guernsey) Ltd., Guernsey	100
METONO GmbH, Hamburg	100
PLUS BANK AG, Hamburg	100 ¹⁾

¹⁾ einschließlich mittelbar gehaltener Anteile

In der folgenden Aufstellung des Anteils-
besitzes gemäß § 313 Abs. 2 Nr. 1 HGB sind
die Konzerngesellschaften aufgeführt, die
aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung

für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
des Konzerns gemäß § 296 Abs. 2 HGB nicht
einbezogen wurden.

Name und Sitz der nicht einbezogenen Unternehmen	Anteil am Kapital in vH
AKF – Telekabel TV und Datennetze GmbH, Frankfurt am Main	85 ¹⁾
Alchemy Plan (HLB) L.P., Guernsey	99,5 ¹⁾
Alster International Trading Co. Pte. Ltd., Singapur	75 ¹⁾
Altstadt Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg	100
AMC Asset-Management-Consulting GmbH, Hamburg	100
ARCHIMEDES Gesellschaft für Computerhandel mbH, Hamburg	100
ARCHIMEDES Gesellschaft für Maschinenhandel mbH, Hamburg	100
Barrington Enterprises S. A., Panama	100 ¹⁾
BINNENALSTER-Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100
Bossini Fashion GmbH, Norderstedt	75 ¹⁾
BTO Grundstücksvermietungsgesellschaft mbH & Co. Verwaltungs KG, München	94
BURGVILLE INVESTMENTS LIMITED, London	100

Name und Sitz der nicht einbezogenen Unternehmen	Anteil am Kapital in vH
Colourful Express Trading Pte Ltd., Singapur	75 ¹⁾
„Die Möwe“ Grundstücksverwaltungs GmbH, Hamburg	100 ¹⁾
DYNAMENE GmbH, Hamburg ³⁾	100 ¹⁾
EALING INVESTMENTS LIMITED, London	100
Entwicklungsgesellschaft Sophienterrasse 14 mbH, Hamburg ⁴⁾	100 ¹⁾
EQUILON GmbH, Hamburg	100
Erigone GmbH, Hamburg	100
FARONA GmbH & Co. KG, Hamburg	100 ²⁾
Galena GmbH, Hamburg	100
GEHAG GmbH, Berlin ⁵⁾	85 ²⁾
GEHAG Immobilien GmbH & Co. KG, Berlin	85 ¹⁾
GEHAG Versicherungsvermittlungs- und Vermögensverwaltungs-GmbH, Berlin	85 ¹⁾
GEHAG Wohnungsverwaltungs- und Vertriebs-GmbH, Berlin	85 ¹⁾
GEHAG-Fonds III GbR, Berlin	59,05 ¹⁾
Gemeinnützige Aufbau-Gesellschaft der GEHAG Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin	85 ¹⁾
GODAN GmbH, Hamburg	100
Grundstücksentwicklungsgesellschaft Gartenstadt Wismar mbH & Co. KG, Hamburg	93
Grundstücksgesellschaft Porstendorf mbH & Co. KG, Hamburg	100 ²⁾
GVT Grundstücksgesellschaft Taucha mbH & Co KG, Hamburg	100 ²⁾
Hamburgische Betriebsverwaltungs-Gesellschaft am Gerhart-Hauptmann-Platz m.b.H., Hamburg	100
„Hanson“ Im-und Export GmbH, Norderstedt	75 ¹⁾

Name und Sitz der nicht einbezogenen Unternehmen	Anteil am Kapital in vH
HGA 425 fifth Avenue GmbH, Hamburg	100
HGA Capital Grundbesitz und Anlage GmbH, Hamburg	100 ¹⁾
HGA Hamburgische Grundbesitz Beteiligungs AG, Hamburg ⁶⁾	100
HGA Investment GmbH, Hamburg ⁷⁾	100 ¹⁾
HGA Objekt Hamburg 4 GmbH & Co. KG, Hamburg	100 ²⁾
HGA Objekt Hamburg 10 GmbH & Co. KG, Hamburg	100 ¹⁾
HGA Objekt Hamburg 13 GmbH & Co. KG, Hamburg	100 ²⁾
HGA Objekt Hamburg 14 GmbH & Co. KG, Hamburg	100 ²⁾
HGA Objekt Hamburg 15 GmbH & Co. KG, Hamburg	100 ²⁾
HGA Objekt Hamburg 16 GmbH & Co. KG, Hamburg	100 ²⁾
HGA Objekt Hamburg 17 GmbH & Co. KG, Hamburg	100 ²⁾
HGA Objekte Hamburg und Hannover GmbH & Co. KG, Hamburg	80,5 ²⁾
HGA USA IV fifth Avenue GmbH & Co. KG, Hamburg ⁸⁾	100 ²⁾
HLB Immobilien Holding GmbH, Hamburg ⁹⁾	100
HPF Hamburgische Projektmanagement und Finanzconsult GmbH, Hamburg	100
HSG Hamburgische Städtebauförderungsgesellschaft mbH, Hamburg	100
ICE Immobilien Conception und Entwicklung GmbH, Hamburg ¹⁰⁾	100 ¹⁾
IHG Biron GmbH, Hamburg	100 ¹⁾
IHG Inamori GmbH, Hamburg	100 ¹⁾
IHG Korund GmbH, Hamburg	100 ¹⁾
Iobates GmbH, Hamburg	100
Jac Tissot Fashion GmbH, Norderstedt	75 ¹⁾

Name und Sitz der nicht einbezogenen Unternehmen	Anteil am Kapital in vH
JANTAR GmbH, Hamburg	100
Jefferson GmbH, Norderstedt	75 ¹⁾
JUPITER Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg	100
KALAI S GmbH, Hamburg	100
Kalydon GmbH, Hamburg	100
Kanida GmbH, Hamburg	100
KAPLON GmbH & Co. KG, Hamburg	100 ²⁾
„Katharinen“ Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg	100 ¹⁾
Katharinenhof Senioren-Wohn- und Pflegeanlage Betriebs-GmbH, Berlin	64,58 ¹⁾
KG Altstadt Grundstücksgesellschaft, Hamburg ¹¹⁾	100
KG Archimedes GmbH & Co., Hamburg ¹²⁾	100
Koronos GmbH, Hamburg	100 ¹⁾
Lamatos GmbH, Hamburg	100
Latono GmbH, Hamburg	100
Leashold Verwaltungs-GmbH & Co. KG, Hamburg	100 ²⁾
LIBELLE GmbH, Hamburg	100
Match Winner Vertriebs-GmbH, Norderstedt	75 ¹⁾
Melusina Pictures B.V., Rotterdam	100
METACOS GmbH & Co. KG, Hamburg	100 ²⁾
Miles (Hong Kong) Ltd., Hongkong	75 ¹⁾
Miles (NL) B.V., Utrecht	75 ¹⁾
Miles Handelsgesellschaft International mbH, Norderstedt	75 ¹⁾

Name und Sitz der nicht einbezogenen Unternehmen	Anteil am Kapital in vH
MINIMOA GmbH, Hamburg	100
Molea GmbH, Hamburg	100
MONTALE Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Projekt Nr. 3 KG, Grünwald	100
NEREUS Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg	100
Niederelbe Beteiligungs GmbH, Hamburg ¹³⁾	100
Numitor GmbH, Hamburg	100
ORSOF Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs KG, München	98
PERIMEDES GmbH, Hamburg	100
PREGU GmbH, Hamburg	100
RELAT Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, München	100
ROSENSTRASSE 35 Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100
Rumina GmbH, Hamburg	100
Sanierungs- und Gewerbebau-AG & Co. Kommanditgesellschaft, Aachen	85 ¹⁾
Sanierungs- und Gewerbebau-Aktiengesellschaft, Berlin	84,52 ¹⁾
SCHU-WES Verwaltung GmbH & Co. Objekt Schenefeld KG, München	100
Seleno GmbH, Hamburg	100
SHIEXPRESS SHIPPING ENTERPRISES Ltd., Zypern	100 ²⁾
Taggart Enterprises Inc., Monrovia/Liberia	100
TALAOs GmbH, Hamburg	100 ¹⁾
TERRANUM Gewerbebau GmbH & Cie., Hamburg	100
TERRANUM Gewerbebau Verwaltungs-GmbH, Hamburg	100

Name und Sitz der nicht einbezogenen Unternehmen	Anteil am Kapital in vH
Teukros GmbH, Hamburg	100
THESTOR GmbH, Hamburg	100
Timene GmbH, Hamburg	100
Unterstützungs-Gesellschaft der Hamburgischen Landesbank mit beschränkter Haftung, Hamburg	100
Ventana Bekleidungsfabrikation GmbH, Norderstedt	75 ¹⁾
Verwaltungsgesellschaft Gartenstadt Wismar mbH, Hamburg	100
Virtis GmbH, Hamburg	100
YONDAN GmbH, Hamburg	100

¹⁾ mittelbarer Anteilsbesitz

²⁾ einschließlich mittelbar gehaltener Anteile

³⁾ vormals: DYNAMENE Verwaltungsgesellschaft für Schiffsbeteiligungen mbH

⁴⁾ vormals: ARIONO GmbH

⁵⁾ vormals: GEHAG Aktiengesellschaft

⁶⁾ vormals: TIMABACA 6. Verwaltungs AG

⁷⁾ vormals: TENEDOS GmbH

⁸⁾ vormals: HGA Objekt Hamburg 12 GmbH & Co. KG

⁹⁾ vormals: MOGARO GmbH

¹⁰⁾ vormals: KAPANEUS GmbH

¹¹⁾ vormals: Kommanditgesellschaft Altstadt Verwaltungsgesellschaft & Co., Grundstücksgesellschaft

¹²⁾ vormals: Kommanditgesellschaft ARCHIMEDES Gesellschaft für Computerhandel mbH & Co.

¹³⁾ vormals: NIEDERELBE Verwaltungsgesellschaft für Beteiligungen mbH

Konsolidierungs- grundsätze

Die Einzelabschlüsse der in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen wurden nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Konzernmutter auf den Stichtag des Konzernabschlusses aufgestellt. Soweit notwendig, wurden die Jahresabschlüsse an die für die Kreditinstitute geltenden Formblätter angepaßt.

Bei der Kapitalkonsolidierung sind die Buchwerte der Beteiligungen mit den Eigenkapitalien nach der Buchwertmethode gemäß § 301 Abs. 1 Nr. 1 HGB verrechnet worden. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Erstkonsoli-

dierung ist der Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung der neuen Konzernrechnungsvorschriften (1.1.1993) beziehungsweise der Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluß. Für die Erweiterung des Konsolidierungskreises im Geschäftsjahr 2002 wurde als maßgeblicher Zeitpunkt der Erwerbszeitpunkt gewählt (Art. 27 Abs. 2 EGHGB bzw. § 301 Abs. 2 HGB).

Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge zwischen den einbezogenen Unternehmen wurden konsolidiert.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei Gegenständen des Sachanlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden entsprechend den steuerlichen Möglichkeiten planmäßig Abschreibungen verrechnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert.

Der größte Teil der Wertpapiere des Anlagevermögens sowie sämtliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve und des Handelsbestands werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Ein geringer Teil der Wertpapiere des Anlagevermögens wird zum gemilderten Niederstwert bewertet. Wirtschaftlich zusammengehörende Finanzinstrumente werden zu Bewertungseinheiten zusammengefaßt, in die auch Teile unseres Derivatebestands eingehen. Bei der Bewertung verrechnen wir Bewertungsgewinne bis zur Höhe der ihnen gegenüberstehenden Bewertungsverluste (imparitatische Behandlung der Bewertungssalden).

Bei der Bilanzierung strukturierter Produkte wurde der einschlägige Rechnungslegungshinweis des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW), RH BFA 1.003, beachtet. Sämtliche strukturierte Produkte werden jeweils als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert, da sie keinem über das Zinsrisiko hinausgehenden Marktpreisrisiko unterliegen.

Für den größten Teil der Wertpapiere und Derivate des Handelsbestands haben wir eine Portfoliobewertung vorgenommen. Hierbei orientieren wir uns an der Organisation des Risikomanagements. Wie bei den oben genannten Bewertungseinheiten werden auch die Bewertungssalden der einzelnen Portfolios imparitatisch behandelt.

Erworbenere Optionsrechte sind zu Anschaffungskosten bilanziert. Dem Niederstwertprinzip sowie den Risiken aus Stillhalterpositionen wird ggf. durch die Bildung von Rückstellungen Rechnung getragen. Optionen mit identischem Basiswert fassen wir teilweise zu Bewertungseinheiten zusammen. Erhaltene oder gezahlte Optionsprämien werden erst bei Weiterverkauf des Optionsrechts bzw. der Glattstellung, ansonsten bei Verfall oder Ausübung der Option ergebniswirksam.

Soweit bei innovativen Finanzinstrumenten das System der Variation Margin zur Anwendung kommt, werden die Marginzahlungen aktiviert bzw. passiviert. Dem Imparitätsprinzip wird ggf. durch Bildung einer Rückstellung Rechnung getragen.

Forderungen werden zum Nennwert bzw. zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert (strenges Niederstwertprinzip) angesetzt.

Für Risiken aus dem Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen sowie Pauschalwertberichtigungen vorgesorgt. Die Risikovorsorge ist mit Ausnahme der Rückstellungen von den Buchbeständen abgesetzt.

Dem durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 eingeführten strengen Wertaufholungsgebot wird sowohl steuerlich als auch handelsrechtlich Rechnung getragen.

Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Rückstellungen werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet.

Pensionsrückstellungen

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen errechnet und mit den handelsrechtlichen Wertansätzen der Verpflichtungen für laufende Pensionszahlungen und Pensionsanwartschaften unter Verwendung der neuen Sterbetafeln bilanziert.

Daneben bestehen nicht passivierte Pensionsverpflichtungen in Höhe von

€ 183 288,00 (Vorjahr € 264 919,00), die unter das steuerliche Nachholverbot fallen. Weitere Rückstellungen wurden für den tarifvertraglich geregelten Vorruhestand gebildet. Darüber hinaus bestehen mittelbare pensionsähnliche Verpflichtungen gemäß Art. 28 (2) EG HGB in Höhe von € 12 723 735,12 (Vorjahr € 11 376 762,86).

Grundsätze der Währungs-umrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß § 340 h HGB sowie der Stellungnahme des Bankenfachausschusses (BFA) des IDW, BFA 3/95.

Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Schulden werden zu den Kassa-Mittelkursen zum 31. 12. 2002 umgerechnet. Soweit es sich um Bestände handelt, die wie Anlagevermögen behandelt werden, liegen die historischen Anschaffungskurse zugrunde. Die schwebenden Kassageschäfte werden zum Kassastichtagskurs, die schwebenden Termingeschäfte zum Stichtagsterminkurs umgerechnet. Die Unterschiede aus der Umrechnung kursgesicherter Bilanzposten und den dazugehörigen Sicherungsgeschäften sind saldiert unter den Sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen. Swapaufwendungen und -erträge aus diesen Sicherungsgeschäften

werden zeitanteilig abgegrenzt und im Zinsergebnis ausgewiesen.

Die auf Fremdwährung lautenden Bilanzposten und schwebenden Geschäfte im Umlaufvermögen werden in jeder Währung gemäß § 340 h Abs. 2 Satz 2 HGB grundsätzlich als besonders gedeckt eingestuft und bewertet. Dementsprechend werden grundsätzlich alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340 h Abs. 2 Satz 1 und 2 HGB in der Gewinn- und Verlustrechnung erfaßt.

Insgesamt beläuft sich der Betrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden auf € 33 528 Mio bzw. € 24 045 Mio (Vorjahr € 35 212 Mio bzw. € 24 337 Mio) und im Konzern auf € 34 359 Mio bzw. € 24 997 Mio (Vorjahr € 36 039 Mio bzw. € 25 099 Mio).

Angaben zur Bilanz und Konzernbilanz

Angaben zu Bilanzaktiva

Forderungen an angeschlossene Sparkassen

In den Forderungen an Kreditinstitute (Pos. 3) sind Forderungen an angeschlossene Sparkassen enthalten:

		T€ 2002	Bank T€ 2001	T€ 2002	Konzern T€ 2001
		1 065 299	1 511 485	1 065 299	1 512 620

Verbundene Unternehmen

In den nachfolgenden Posten sind Forderungen an verbundene Unternehmen

sowohl in verbriefter als auch in unverbriefter Form enthalten:

Pos. 3	Forderungen an Kreditinstitute				
a	täglich fällig	2 710	261	—	—
b	andere Forderungen	2 865	—	—	—
Pos. 4	Forderungen an Kunden	637 568	409 103	637 568	306 339

Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind in folgenden Bilanzposten enthalten:

Pos. 3	Forderungen an Kreditinstitute				
a	täglich fällig	222 179	150 885	222 179	150 885
b	andere Forderungen	353 000	507 567	321 544	452 628
Pos. 4	Forderungen an Kunden	378 374	621 008	378 374	621 008
Pos. 5	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
	bb Anleihen und Schuldverschreibungen	67 077	114 194	67 077	114 194

Nachrangige Vermögensgegenstände

Nachrangige Vermögensgegenstände weist die Bank in folgenden Posten aus:

Pos. 3	Forderungen an Kreditinstitute				
b	andere Forderungen	16 426	11 207	16 426	11 207

		T€ 2002	Bank T€ 2001	T€ 2002	Konzern T€ 2001
Pos. 5	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
	bb Anleihen und Schuldverschreibungen	560 023	604 438	560 023	604 438
Pos. 6	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	27 569	33 192	27 569	33 192
Angaben zu den Wertpapieren	Zusatzangaben zu den Wertpapieren stellen wir in der Reihenfolge der Bilanzposten bzw. Unterposten dar:				
Pos. 5	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
Pos. 5a	Geldmarktpapiere				
	aa von öffentlichen Emittenten				
	börsenfähige und börsen- notierte Geldmarktpapiere	5 106	—	5 106	—
	ab von anderen Emittenten				
	börsenfähige und börsen- notierte Geldmarktpapiere	42 910	—	42 910	—
	börsenfähige, nicht börsen- notierte Geldmarktpapiere	901 961	772 174	901 961	772 174
Pos. 5b	Anleihen und Schuldverschreibungen				
	ba von öffentlichen Emittenten				
	börsenfähige und börsen- notierte Anleihen und Schuldverschreibungen	2 884 465	4 096 203	2 884 465	4 096 203

		T€ 2002	Bank T€ 2001	T€ 2002	Konzern T€ 2001
	börsenfähige, nicht börsen- notierte Anleihen und Schuldverschreibungen	1 426 067	1 577 840	1 426 067	1 577 840
	bb von anderen Emittenten				
	börsenfähige und börsen- notierte Anleihen und Schuldverschreibungen	12 362 417	14 566 945	13 070 118	15 282 239
	börsenfähige, nicht börsen- notierte Anleihen und Schuldverschreibungen	4 024 993	4 799 758	4 135 618	4 870 377
Pos. 5c	Eigene Schuldverschreibungen				
	börsenfähige und börsen- notierte eigene Schuldverschreibungen	492 365	494 867	493 216	498 439
	börsenfähige, nicht börsen- notierte eigene Schuldverschreibungen	43 581	59 037	61 082	68 445
Von den ausgewiesenen Anleihen und anderen festverzinslichen Wertpapieren		werden im Jahre 2003 T€ 4 078 747 (Konzern T€ 4 083 783) fällig.			
Ein Teilbestand von T€ 1 341 657 (Konzern T€ 1 341 657) der im Anlagevermögen ent- haltenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere wird nach dem gemilderten Niederstwertprinzip		bewertet. Dieser Teilbestand wurde von den zum strengen Niederstwert bewerteten Wertpapieren des Anlagevermögens separiert.			
Pos. 6	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
	börsenfähige und börsen- notierte Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	56 680	62 096	57 071	62 096

		T€ 2002	Bank T€ 2001	T€ 2002	Konzern T€ 2001
	börsenfähige, nicht börsen- notierte Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	89 704	60 538	89 704	60 538
Pos. 7	Beteiligungen				
	börsenfähige und börsen- notierte Beteiligungen	44 752	6 645	44 752	6 645
	börsenfähige, nicht börsen- notierte Beteiligungen	1 000	2 565	1 000	2 565
Pos. 8	Anteile an verbundenen Unternehmen				
	börsenfähige, nicht börsen- notierte Anteile an verbundenen Unternehmen	99 557	53	95 998	53
Echte Pensions- geschäfte	Es bestehen Repogeschäfte mit Kredit- instituten in Höhe von nominal T€ 407 000, bei denen die Bank als Pensionsgeberin auf-	tritt; bei weiteren T€ 122 000 ist sie Pensionsnehmerin.			
Anteilsbesitz	Neben den Anteilen an verbundenen Unternehmen besteht folgender unmittel- barer Anteilsbesitz der Hamburgischen	Landesbank und des Konzerns (§ 285 Nr. 11 und § 313 Abs. 2 Nr. 4 HGB):			
	Name und Sitz	Eigenkapital in T € per 31.12.2001	Anteil am Kapital in vH	Ergebnis 2001 in T €	
	ALIDA Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Hamburg	8.945 ¹⁾	45	2 ¹⁾	
	ALIDA Grundstücksverwaltungs GmbH, Hamburg	27 ¹⁾	45	-13 897 ¹⁾	
	BEG Baugrundentwicklungsgesellschaft mbH, Hamburg	2 644	30	606	

Name und Sitz	Eigenkapital in T € per 31.12.2001	Anteil am Kapital in vH	Ergebnis 2001 in T €
BHN Neukölln Arcaden Grundstücks- gesellschaft mbH & Co. KG, Essen	13 500	25	— ²⁾
BIKO Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	-863	100 ³⁾	12
DOLANA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Sehnde KG, Bad Homburg v.d.H.	101 ⁴⁾	28,5	51 ⁴⁾
DOL-ZIRCON Grundstücksverwaltungs- gesellschaft mbH & Co., Objekt Hamburg KG, Bad Homburg v.d.H.	-1 026 ⁴⁾	99 ⁵⁾	40 ⁴⁾
eBankingServices Nord GmbH, Kiel	0	50	-1 096
Erste Grundstücksgesellschaft Wohnen am Elbschloß mbH, Hamburg	2 574	40	2 534
hamburg.de Beteiligungs GmbH, Hamburg	51	30,1	5
hamburg.de GmbH & Co. KG, Hamburg	— ⁶⁾	43,9	— ⁶⁾
HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH, Hamburg	51	20	0
LB Kiel Hamburg Corporate Finance GmbH, Kiel	— ⁶⁾	50	— ⁶⁾
LEG Beteiligungs GmbH, Hamburg	54 214	20	-1 006
Meta-Export-Gesellschaft mbH, Hamburg	51	50	0
NGV Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	31	40	0
NGV Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Objekt Brunsbüttel, Düsseldorf	50	40	49
PL Projekt-Anlagen Leasing Beteiligungs- gesellschaft mbH, Hamburg	56	50	3

Name und Sitz	Eigenkapital in T € per 31.12.2001	Anteil am Kapital in vH	Ergebnis 2001 in T €
PL Projekt-Anlagen Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hemmingen, Hamburg	190	50	9
PL Projekt-Anlagen Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Osterholz KG, Hamburg	26	50	4
PL Projekt-Anlagen Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Rastatt, Hamburg	50	50	7
PLUTON Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	-6 299	100 ³⁾	-256
PMD Grundstücksverwaltung Gesellschaft mit beschränkter Haftung i.L., Hamburg	22	50	3
schleswig-holstein.de Beteiligungs-GmbH, Kiel	21	20	-3
schleswig-holstein.de GmbH & Co. KG, Kiel	2 000	20	-3 055
SLK GmbH für Immobilien-Leasing & Co. KG Objekt Berlin Pohlstraße, Stuttgart	-12 000	100 ⁷⁾	-542
TAPOR GmbH & Co. KG, Hamburg ⁸⁾	0	30,1	-6 675
VTM 13. Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg	— ⁶⁾	43,9	— ⁶⁾

¹⁾ Angaben per 31. 12. 2000

²⁾ Anteilserwerb in 2002

³⁾ Stimmanteil 50 vH

⁴⁾ Angaben per 30. 9. 2001

⁵⁾ Stimmanteil 33,33 vH

⁶⁾ Gründung in 2002

⁷⁾ Stimmanteil 40 vH

⁸⁾ vormals: hamburg.de GmbH & Co. KG

Bei folgendem Unternehmen ist die Hamburgische Landesbank – Girozentrale – unbeschränkt haftende Gesellschafterin (§ 285 Nr. 11 a HGB):

GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main

Neben den bereits erwähnten Beteiligungen bestehen folgende Beteiligungen nach 340 a Abs. 4 Nr. 2 HGB:

Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH, Hamburg

Deutsche Real Estate Aktiengesellschaft, Berlin

Norddeutsche Affinerie AG, Hamburg

**Treuhand-
vermögen**

Das Treuhandvermögen gliedert sich wie folgt:

	T€ 2002	Bank T€ 2001	T€ 2002	Konzern T€ 2001
Forderungen an Kreditinstitute	991	991	13 417	991
Forderungen an Kunden	278 217	256 469	307 880	295 956

**Sonstige Vermögens-
gegenstände**

Im wesentlichen werden hier ausgewiesen:

Forderungen aus Optionen, Swaptions, Initial Margins	62 758	41 868	62 758	41 868
Swapabgrenzungen	1 414 100	1 593 276	1 398 163	1 576 905
Ausgleichsposten aus der Fremdwährungsumrechnung	346 115	342 800	352 129	402 641
Prämienabgrenzungen aus Zinsoptionen, Swaptions und Zinsbegrenzungsvereinbarungen	3 499	3 391	3 499	3 391
Forderungen aus dem Fördergeschäft gegenüber der Freien und Hansestadt Hamburg	—	—	23 309	19 224
Einzugspapiere, fällige Anleihen und Schuldverschreibungen sowie fällige Zins- und Dividendenscheine	1 963	36 923	1 963	36 923
Forderungen gegenüber dem Finanzamt und dem Bundesamt für Finanzen	59 752	60 017	59 752	60 017

		T€ 2002	Bank T€ 2001	T€ 2002	Konzern T€ 2001
	Anteile an geschlossenen Immobilienfonds	19 403	20 710	19 403	20 710
	Vorübergehend erworbene Grundstücke und Gebäude	163 135	—	163 135	—
	Rettungserwerbe	18 407	18 407	18 407	18 407
Rechnungsab- grenzungsposten	Im Ausweis sind enthalten aus der				
	Disagioabgrenzung von Verbindlichkeiten und begebenen Anleihen	80 247	67 605	80 987	68 508
	Agioabgrenzung aus Forderungen	9 137	13 916	9 137	13 916
Restlaufzeiten	Die nachstehend aufgeführten Bilanzposten sind nach ihren Restlaufzeiten gegliedert:				
	Pos. 3b Forderungen an Kreditinstitute				
	– bis 3 Monate	5 439 407	4 966 544	5 503 574	4 992 654
	– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	4 121 641	3 203 140	4 283 491	3 262 447
	– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4 322 146	4 761 397	4 322 154	4 756 292
	– mehr als 5 Jahre	2 357 146	3 177 002	2 350 239	3 163 821
	Pos. 4 Forderungen an Kunden				
	– bis 3 Monate	5 880 076	4 776 607	6 010 187	4 936 404
	– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	4 384 585	3 104 807	4 554 365	3 246 709
	– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	11 364 848	11 182 409	12 185 889	11 900 803
	– mehr als 5 Jahre	14 481 879	14 844 128	18 354 432	18 575 135
	– mit unbestimmter Laufzeit	1 706 377	2 715 800	1 706 377	2 712 527

Anlagenspiegel**Bank**

	Historische Anschaffungs- kosten zum 1.1.2002 T€	Zugänge / Zuschrei- bungen T€	Abgänge / Umbuch- ungen T€	Kumulierte Abschrei- bungen zum 31.12.2002 T€	Abschrei- bungen 2002 T€	Buchwert zum 31.12.2002 T€	Buchwert zum 31.12.2001 T€
Wertpapiere	14 688 908	7 116 585	8 829 180	195 722	127 280	12 780 591	14 632 210
Beteiligungen	676 099	255 145	31 275	11 605	1 650	888 364	673 680
Anteile an verbundenen Unternehmen	281 113	374 298	29 123	3 119	2 840	623 169	272 398
Grundstücke und Gebäude	9 290	7 093	869	6 440	87	9 074	2 890
darunter eigengenutzt	354	7 093	—	219	6	7 228	141
Betriebs- und Geschäftsausstattung	128 459	24 957	10 535	108 315	16 352	34 566	31 369
Summe	15 783 869	7 778 078	8 900 982	325 201	148 209	14 335 764	15 612 547

Anlagenspiegel**Konzern**

	Historische Anschaffungs- kosten zum 1.1.2002 T€	Zugänge / Zuschrei- bungen T€	Abgänge / Umbuch- ungen T€	Kumulierte Abschrei- bungen zum 31.12.2002 T€	Abschrei- bungen 2002 T€	Buchwert zum 31.12.2002 T€	Buchwert zum 31.12.2001 T€
Wertpapiere	15 207 748	7 116 585	8 841 261	195 722	127 280	13 287 350	15 151 050
Beteiligungen	77 109	255 145	31 275	11 605	1 650	289 374	74 690
Anteile an verbundenen Unternehmen	161 057	337 270	29 148	2 854	2 840	466 325	152 606
Grundstücke und Gebäude	154 843	28	131 609	8 686	169	14 576	108 930
darunter eigengenutzt	140 761	18	126 325	2 376	63	12 078	101 118
Betriebs- und Geschäftsausstattung	154 898	29 312	28 189	115 604	18 946	40 417	41 005
Immaterielle Anlagewerte	1 359	55	20	1 159	105	235	306
Summe	15 757 014	7 738 395	9 061 502	335 630	150 990	14 098 277	15 528 587

Angaben zu Bilanzpassiva**Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen**

In dem Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen enthalten:

	Bank		Konzern
T€	T€	T€	T€
2002	2001	2002	2001
84 332	234 286	84 332	234 286

Verbundene Unternehmen

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind in den nachstehenden

Posten enthalten:

Pos. 1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a	täglich fällig	23 467	339	—	—
b	mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	9 311 716	5 856 883	—	—
Pos. 2	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
ba	täglich fällig	22 477	28 980	22 449	28 193
bb	mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	12 779	29 770	12 779	29 770

Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind in folgenden Bilanzposten enthalten:

Pos. 1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a	täglich fällig	36 324	58 870	36 324	58 870
b	mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	87 803	573 487	549 534	953 898
Pos. 2	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
ba	täglich fällig	15 495	7 096	15 495	7 096
bb	mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	10 708	13 981	10 708	13 981
Pos. 3	Verbriefte Verbindlichkeiten				
a	begebene Schuldverschreibungen	71 257	60 890	161 895	151 523

Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Für aufgenommene Darlehen waren zum Stichtag Forderungen in Höhe von T€ 287 589 (Vorjahr T€ 315 550) abgetreten. In Höhe von T€ 89 346 wurden Sicherheiten hinterlegt, die zur Teilnahme an Börsen- und Clearingeinrichtungen dienen; weitere Sicherheiten in Höhe von T€ 42 997 waren	im Rahmen von Collateral-Vereinbarungen an Kontrahenten übertragen. Bei der EZB bestand zum Stichtag ein Pfanddepot in Höhe von T€ 4 999 283, das zum 31.12.2002 nicht belegt war.			
Treuhandverbindlichkeiten	Die Treuhandverbindlichkeiten verteilen sich wie folgt:				
		T€ 2002	Bank T€ 2001	T€ 2002	Konzern T€ 2001
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	991	991	13 417	15 256
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	278 217	256 469	307 880	281 691
Sonstige Verbindlichkeiten	In diesem Posten sind enthalten:				
	Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten und die vorzunehmende Ausschüttung für Genußscheine	82 718	89 822	82 718	89 822
	Swapabgrenzungen	1 123 809	1 156 885	1 117 796	1 153 144
	Verpflichtungen aus Optionen, Swaptions und anderen derivativen Instrumenten	60 038	61 259	60 038	61 259
	Sicherheitsleistungen	961 416	681 783	961 416	681 783
	Reservefonds der Freien und Hansestadt Hamburg	—	—	64 985	89 257
Rechnungsabgrenzungsposten	Im Ausweis sind enthalten:				
	Disagioabgrenzungen aus Forderungen	86 085	99 088	86 216	99 123
	Agioabgrenzungen von Verbindlichkeiten und begebenen Schuldverschreibungen	4 576	5 331	3 729	5 353
Latente Steuern	Für latente Steuern besteht eine Rückstellung von T€ 8 552 (Vorjahr T€ 6 494).	Die aktivischen latenten Steuern werden nicht mit den passivischen latenten Steuern verrechnet.			

Sonderposten mit Rücklageanteil	Aufgrund des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 hat die Bank 1999 gemäß § 280 Abs. 1 HGB Zuschreibungen auf Bilanzaktiva vorgenommen. Diese wurden gemäß § 273 HGB in Verbindung mit § 52	Abs. 16 EStG zum Teil in den Sonderposten mit Rücklageanteil eingestellt, der in den Jahren 2000 – 2002 ergebniswirksam aufgelöst wurde.			
Nachrangige Verbindlichkeiten	Die nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 1 468 044 (Vorjahr T€ 1 518 762) haben Ursprungslaufzeiten von acht bis vierzig Jahren. Die Verzinsung liegt zwischen 2,4 % und 12,9 %. Es wurden nachrangige Mittel in Höhe von Yen 24,1 Mrd aufgenommen, alle anderen Mittel lauten auf Deutsche Mark und Euro.	Die Bedingungen dieser und der übrigen nachrangigen Mittel entsprechen § 10 Abs. 5a Kreditwesengesetz. Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten sind in Höhe von T€ 52 368 (Vorjahr T€ 71 469) angefallen.			
Begebene Schuldverschreibungen	Von den ausgewiesenen begebenen Schuldverschreibungen werden im Jahre 2003	T€ 2 565 565 (Konzern T€ 3 852 310) fällig.			
Eventualverbindlichkeiten		T€ 2002	Bank T€ 2001	T€ 2002	Konzern T€ 2001
	Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	13 638 833	9 337 385	4 769 174	4 100 725
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	Im Beteiligungsbereich bestehen Haftungen für ausstehende und bisher nicht eingeforderte Einzahlungen auf das gezeichnete Nominalkapital in Höhe von € 237,9 Mio. Bei den in den Konzernabschluß einbezogenen Auslandstöchtern wird die Bank dafür Sorge tragen, daß sie ihre finanziellen	Verpflichtungen erfüllen. Es bestehen langfristige Mietverträge mit konzernfremden Unternehmen. Weitere finanzielle Verpflichtungen im Konzern bestehen aus zugesagten Zuschüssen der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt in Höhe von € 2,4 Mrd.			

Restlaufzeiten

Die nachstehend aufgeführten Bilanzposten gliedern sich nach ihren Restlaufzeiten wie folgt:

		Bank		Konzern	
		T€	T€	T€	T€
		2002	2001	2002	2001
Pos. 1b	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
	– bis 3 Monate	7 798 148	12 867 401	7 820 409	13 338 196
	– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3 197 726	3 929 344	3 045 744	4 097 894
	– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	11 432 727	9 440 232	6 613 974	6 589 471
	– mehr als 5 Jahre	6 573 821	6 435 701	5 511 557	6 121 839
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
Pos. 2ab	Spareinlagen				
	– bis 3 Monate	390	530	390	530
	– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	373	393	373	393
	– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1 678	1 968	1 678	1 968
	– mehr als 5 Jahre	97	69	97	69
Pos. 2bb	andere Verbindlichkeiten				
	– bis 3 Monate	12 284 582	11 853 921	12 777 121	12 134 378
	– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	987 330	541 749	1 034 750	567 141
	– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3 762 917	3 948 793	3 998 478	4 209 531
	– mehr als 5 Jahre	8 386 037	8 650 203	8 476 360	8 780 053
Pos. 3b	Andere verbriefte Verbindlichkeiten				
	– bis 3 Monate	3 926 877	3 065 427	3 926 877	3 065 427
	– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	480 990	247 678	480 990	247 678

Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Aufgliederung von Ertragsposten nach geographischen Märkten

Nachstehend werden Posten der Gewinn- und Verlustrechnung der Bank und des

Konzerns nach geographischen Märkten gegliedert aufgeführt:

Bank						
in T€	Deutschland	Übriges Europa	2002 Asien	Deutschland	Übriges Europa	2001 Asien
Zinserträge	3 023 049	274 885	261 817	3 567 612	288 733	372 148
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	159 345	—	—	100 588	—	—
Provisionserträge	105 827	7 205	5 408	105 265	6 317	4 679
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	17 462	3 575	486	14 936	3 338	-52
Sonstige betriebliche Erträge	71 127	1 222	2 309	79 213	1 247	124
Konzern						
in T€	Deutschland	Übriges Europa	2002 Asien	Deutschland	Übriges Europa	2001 Asien
Zinserträge	3 337 640	316 342	261 818	3 881 132	343 944	372 148
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	150 227	—	—	91 438	—	—
Provisionserträge	134 594	8 144	5 408	113 488	7 229	4 679
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	17 462	3 567	487	14 936	3 414	-52
Sonstige betriebliche Erträge	67 795	1 304	2 309	82 788	1 221	123

Sonstige betriebliche Erträge	In diesem Posten sind im wesentlichen erfaßt:	
	Kostenerstattungen	T€ 18 041
	Erstattungen durch das Finanzamt	T€ 31 512
	Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf von Sachanlagen und sonstigen Vermögensgegenständen	T€ 9 933
	Laufende Erträge aus EDV-Dienstleistungen	T€ 4 894
Sonstige betriebliche Aufwendungen	In diesem Posten sind im wesentlichen erfaßt:	
	Restrukturierungsaufwendungen im Zusammenhang mit der Fusion	T€ 42 870
	Flutopferhilfe	T€ 2 143
Aperiodische Posten	Der Ertragsteuerausweis wurde beeinflusst durch Steuererstattungen für Vorjahre (T€ 36).	In den sonstigen betrieblichen Erträgen werden Steuererstattungen für Vorjahre in Höhe von T€ 22 055 ausgewiesen.

Sonstige Angaben

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Unter Berücksichtigung der Rücklagendotierung aus dem Bilanzgewinn 2002 beläuft

sich das haftende Eigenkapital auf € 5 521,1 Mio, im Konzern auf € 6 240,3 Mio.

	Mio € 2002	Bank Mio € 2001	Mio € 2002	Konzern Mio € 2001
Gezeichnetes Kapital	2 168,6	1 884,4	2 168,6	1 884,4
Kapitalrücklage	445,6	445,6	445,6	445,6
Gewinnrücklagen				
gesetzliche ¹⁾	–	142,9	–	142,9
andere	423,7	215,0	423,7	215,7
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	–	–	721,1	721,1
Fonds für allgemeine Bankrisiken	110,0	110,0	110,0	110,0
Immaterielle Anlagewerte	–	–	-1,9	-0,3
Kernkapital	3 147,9	2 797,9	3 867,1	3 519,4
Ergänzungskapital	2 376,1	2 319,7	2 376,1	2 319,7
Beteiligungen nach § 10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 4 KWG	2,9	3,1	2,9	3,1
Haftendes Eigenkapital	5 521,1	5 114,5	6 240,3	5 836,0

¹⁾ Gebildet aufgrund des bis 1997 geltenden Gesetzes über die Hamburgische Landesbank – Girozentrale – ; umgegliedert in die anderen Gewinnrücklagen per 1.1.2002.

**Grundsatz I-
Gesamtkennziffer /
BIZ-Eigenmittelquote**

Die aufsichtsrechtliche Grundsatz I-Gesamtkennziffer, die das Verhältnis zwischen den anrechenbaren Eigenmitteln und der Summe der anrechnungspflichtigen Risiko-

aktiva und Marktrisikopositionen in vH ausdrückt, sowie die entsprechende BIZ-Eigenmittelquote haben sich wie folgt entwickelt:

	31.12.2002 in vH	31.12.2001 in vH
Grundsatz I – Gesamtkennziffer ¹⁾ (Bank)	10,8	10,2
Grundsatz I – Gesamtkennziffer ¹⁾ (Gruppe)	11,0	10,8
BIZ-Eigenmittelquote ¹⁾ (Gruppe)	10,7	10,4

¹⁾ Vor Feststellung des Jahresabschlusses und Beschluß über die Gewinnverwendung.

**Anzahl der
Mitarbeiter**

	männlich	Jahresdurchschnitt 2002 weiblich	gesamt	Bank 2001 gesamt	männlich	Jahresdurchschnitt 2002 weiblich	gesamt	Konzern 2001 gesamt
Vollzeitbeschäftigte	1 080	833	1 913	1 910	1 250	995	2 245	2 121
Teilzeitbeschäftigte	39	250	289	253	43	292	335	270
	1 119	1 083	2 202	2 163	1 293	1 287	2 580	2 391
Auszubildende	33	47	80	80	37	50	87	87
Gesamt	1 152	1 130	2 282	2 243	1 330	1 337	2 667	2 478

**Bezüge des
Vorstands und des
Aufsichtsrats**

Die Gesamtbezüge des Vorstands betrugen im Geschäftsjahr 2002 T€ 2 435 (Vorjahr T€ 2 157), die der Aufsichtsratsmitglieder T€ 101 (Vorjahr T€ 94). Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen sind zum 31. 12. 2002 insgesamt T€ 5 961 (Vorjahr T€ 5 959) zurück-

gestellt; die laufenden Bezüge betrugen T€ 649 (Vorjahr T€ 714). Vorschüsse, Kredite und sonstige Haftungsverhältnisse beliefen sich zum 31. 12. 2002 gegenüber Vorstandsmitgliedern auf T€ 4 761 (Vorjahr T€ 4 815) und gegenüber den Aufsichtsratsmitgliedern auf T€ 1 034 (Vorjahr T€ 695).

**Mandate in
Aufsichtsgremien**

Zum Bilanzstichtag bestanden folgende
Mandate in Aufsichtsgremien von großen

Kapitalgesellschaften (§ 340 a Abs. 4 Ziffer 1
HGB in Verbindung mit § 267 Abs. 3 HGB):

Mitglieder des Vorstands

Alexander Stuhlmann

DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

Mitglied des Verwaltungsrats

equitrust AG, Hamburg

Mitglied des Aufsichtsrats

Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt, Hamburg

Mitglied des Verwaltungsrats

HEIN GAS Hamburger Gaswerke GmbH, Hamburg

Mitglied des Aufsichtsrats

HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsverwaltung mbH, Hamburg

Mitglied des Aufsichtsrats

LBS Bausparkasse Hamburg Aktiengesellschaft, Hamburg

Mitglied des Aufsichtsrats

Peter Rieck

AGIV Real Estate Aktiengesellschaft, Hamburg

Mitglied des Aufsichtsrats

B & L Immobilien AG, Hamburg

Mitglied des Aufsichtsrats

DEKA Immobilien Investment GmbH, Frankfurt am Main

Mitglied des Aufsichtsrats

Deutsche Real Estate Aktiengesellschaft, Berlin

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats

GEHAG GmbH, Berlin

Vorsitzender des Aufsichtsrats

HGA Investment GmbH, Hamburg

Vorsitzender des Aufsichtsrats

LEG Schleswig-Holstein Landesentwicklungsgesellschaft mbH, Kiel

Mitglied des Aufsichtsrats

PLUS BANK AG, Hamburg

Vorsitzender des Aufsichtsrats

SpriAG - Sprinkenhof AG, Hamburg

Mitglied des Aufsichtsrats

Ulf Gänger

VON ESSEN KG Bankgesellschaft, Essen

Vorsitzender des Verwaltungsrats

HELM AG, Hamburg

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Uwe Kruschinski

DekaBank Deutsche Girozentrale Luxembourg S.A., Luxembourg

Mitglied des Verwaltungsrats (bis 31.12.2002)

Gudme Raaschou Bankaktieselskab A/S, Kopenhagen

Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31.12.2002)

HGA Investment GmbH, Hamburg

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31.1.2003)

PLUS BANK AG, Hamburg

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 18.12.2002)

Mitarbeiter der Bank**Klaus Boritzka**

HGA Investment GmbH, Hamburg

Mitglied des Aufsichtsrats

PLUS BANK AG, Hamburg

Mitglied des Aufsichtsrats

Ulrich Ellerbeck

Hamburger Aluminium-Werk GmbH, Hamburg

Mitglied des Aufsichtsrats

Gudme Raaschou Bankaktieselskab A/S, Kopenhagen

Mitglied des Aufsichtsrats

KWG-Grundsätze	Die Bank hat die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Vorschriften über das Eigenkapital und die Liquidität der	Kreditinstitute nach dem Kreditwesengesetz (KWG) im Geschäftsjahr jederzeit eingehalten.
Termingeschäfte	Am 31.12.2002 waren folgende Termingeschäfte noch nicht abgewickelt und sind	nach ihrem Charakter wie folgt zu unterscheiden:
	1. Termingeschäfte in fremden Währungen	
	Devisentermingeschäfte/Handelsgeschäfte	
	Devisenswaps/Deckungsgeschäfte	
	Zins-/Währungsswaps/Handelsgeschäfte	
	Zins-/Währungsswaps/Deckungsgeschäfte	
	Stillhalterverpflichtungen aus Devisenoptionsgeschäften/Handelsgeschäfte	
	Devisenoptionsrechte/Handelsgeschäfte	
	Devisenoptionsrechte/Deckungsgeschäfte	
	2. Zinsbezogene Termingeschäfte	
	Termingeschäfte mit festverzinslichen Wertpapieren/Handelsgeschäfte	
	Termingeschäfte mit festverzinslichen Wertpapieren/Deckungsgeschäfte	
	Zinstermingeschäfte/Handelsgeschäfte	

Zinstermingeschäfte/Deckungsgeschäfte
 Forward Rate Agreements/Handelsgeschäfte
 Forward Rate Agreements/Deckungsgeschäfte
 Stillhalterverpflichtungen aus Zinsoptionen/Handelsgeschäfte
 Stillhalterverpflichtungen aus Zinsoptionen/Deckungsgeschäfte
 Zinsoptionsrechte/Handelsgeschäfte
 Zinsoptionsrechte/Deckungsgeschäfte
 Zinsswaps/Handelsgeschäfte
 Zinsswaps/Deckungsgeschäfte

3. Termingeschäfte mit sonstigen Preisrisiken

Indextermingeschäfte/Handelsgeschäfte
 Indextermingeschäfte/Deckungsgeschäfte
 Aktienbezogene Swapgeschäfte/Deckungsgeschäfte
 Stillhalterverpflichtungen aus Aktienoptionen/Deckungsgeschäfte
 Aktienoptionsrechte/Deckungsgeschäfte
 Stillhalterverpflichtungen aus Indexoptionen/Handelsgeschäfte
 Indexoptionsrechte/Handelsgeschäfte
 Indexoptionsrechte/Deckungsgeschäfte
 Indexbezogene Swapgeschäfte/Deckungsgeschäfte

4. Kreditderivate

Credit Default Swaps/Deckungsgeschäfte
 Total Return Swaps/Deckungsgeschäfte
 Stillhalterverpflichtungen aus Credit-Spread-Options/Handelsgeschäfte

Derivative Geschäfte

Nachfolgend stellen wir das derivative Geschäft des Konzerns dar. Auf eine entsprechende Darstellung für die Bank wurde wegen nur geringfügiger Unterschiede im Vergleich zum Konzern verzichtet.

Das derivative Geschäft erhöhte sich stichtagsbezogen um rd. 12 vH. Der Zugang ist im wesentlichen auf erhöhte Bestände bei den Zinsswaps zurückzuführen.

Zur effizienten Risikoabsicherung, zur Ausnutzung von Marktchancen, aber auch zur Abdeckung der speziellen Finanzierungsbedürfnisse der Kundschaft werden in erheblichem Umfang derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Die Nominalvolumina der bilanzunwirksamen Geschäfte

betragen zum Jahresende € 128 814 Mio und entsprechen rd. 139 vH der Bilanzsumme. Von diesem Volumen entfallen rd. 24 vH auf Handelsgeschäfte. Rund 94 vH der Geschäfte bestehen mit Banken in der OECD. Die Ermittlung der Kreditrisikoprämiäquivalente der Geschäfte erfolgt nach der Marktbewertungsmethode.

Zur erweiterten Risikodarstellung sind auch die Wiederbeschaffungskosten abgebildet. Die Wiederbeschaffungskosten stellen den potentiellen Aufwand dar, der bei einem Ausfall des Vertragspartners durch den zur Wiederherstellung der Position notwendigen Abschluß eines Ersatzgeschäftes entstehen würde. Die Wiederbeschaffungskosten betreffen die Kontrakte

mit positiven Werten; eine Verrechnung mit Kontrakten mit einem negativen Marktwert wurde nicht vorgenommen. In der Kontrahentenaufgliederung erfolgen entsprechende Verrechnungen, sofern eine Nettingvereinbarung vorliegt.

Die nachstehenden Tabellen zeigen neben den Nominalbeträgen der Kontrakte, aufgliedert in Zinsrisiken, Währungsrisiken und sonstige Preisrisiken, auch die Laufzeitstruktur, die Kontrahentengliederung sowie Angaben über Handelsgeschäfte mit derivativen Finanzinstrumenten.

Neben den in den Tabellen dargestellten derivativen Geschäften werden auch

Kreditderivate zur Absicherung von Kreditrisiken abgeschlossen. Diese sind ausschließlich dem Anlagebestand zugeordnet. Das Volumen, bei denen der Konzern als Sicherheitennehmer (Käufer) aus Credit Default Swaps und Total Return Swaps auftritt, betrug zum 31.12.2002 € 1 245 Mio (Vorjahr € 315 Mio). Kreditderivate, bei denen der Konzern als Sicherheitengeber bzw. Garantiengeber (Verkäufer) aus Total Return Swaps und Credit Spread Options fungiert, bestanden zum Jahresende in Höhe von € 1 152 Mio (Vorjahr € 2 939 Mio). Darüber hinaus sind in den Eventualverbindlichkeiten Credit Default Swaps in einer Höhe von € 1 396 Mio (Vorjahr € 1 490 Mio) enthalten.

Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumina –

in Mio €	Nominalwerte		Kreditrisiko- äquivalente		Wiederbeschaffungs- kosten	
	2002	2001	2002	2001	2002	2001
Derivative Geschäfte mit Zinsrisiken						
Zinsswaps	89 725	68 513	694	490	2 712	1 787
FRAs	205	710	–	–	1	1
Zinsoptionen						
– Käufe	89	50	4	–	21	1
– Verkäufe	120	–	–	–	–	–
Caps, Floors	581	597	3	2	13	5
Börsenkontrakte	553	1 206	–	–	–	–
Sonstige Zinstermingeschäfte	2 276	3 093	1	–	1	–
Zinsrisiken –insgesamt–	93 549	74 169	702	492	2 748	1 794

in Mio €	Nominalwerte		Kreditrisiko- äquivalente		Wiederbeschaffungs- kosten	
	2002	2001	2002	2001	2002	2001
Derivative Geschäfte mit Währungsrisiken						
Devisentermingeschäfte	23 653	26 929	226	176	809	395
Währungsswaps/ Zinsswaps	5 539	8 681	98	189	143	436
Devisenoptionen						
– Käufe	1 653	1 142	23	16	67	31
– Verkäufe	1 541	812	–	–	–	–
Börsenkontrakte	–	–	–	–	–	–
Sonstige Währungstermingeschäfte	–	–	–	–	–	–
Währungsrisiken –insgesamt–	32 386	37 564	347	381	1 019	862

in Mio €	Nominalwerte		Kreditrisiko- äquivalente		Wiederbeschaffungs- kosten	
	2002	2001	2002	2001	2002	2001
Derivative Geschäfte mit Aktien- und sonstigen Preisrisiken						
Aktientermingeschäfte	–	3	–	–	–	–
Aktienoptionen						
– Käufe	105	50	6	2	4	2
– Verkäufe	92	–	–	–	–	–
Börsenkontrakte	2	7	–	–	–	–
Sonstige Termingeschäfte	2 680	3 273	52	93	27	159
Aktien- und sonstige Preisrisiken –insgesamt–	2 879	3 333	58	95	31	161

Derivative Geschäfte – Fristengliederung –

Nominalwerte in Mio €	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
	2002	2001	2002	2001	2002	2001
Restlaufzeit						
– bis 3 Monate	19 218	8 207	21 415	22 463	203	259
– bis 1 Jahr	21 879	14 718	5 771	7 339	477	305
– bis 5 Jahre	23 177	23 414	3 162	4 667	1 995	2 211
– über 5 Jahre	29 275	27 830	2 038	3 095	204	558
Fristengliederung –insgesamt–	93 549	74 169	32 386	37 564	2 879	3 333

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung –

in Mio €	Nominalwerte		Kreditrisiko- äquivalente		Wiederbeschaffungs- kosten	
	2002	2001	2002	2001	2002	2001
Banken in der OECD	120 589	108 652	956	794	1 263	709
Banken außerhalb der OECD	756	1 179	7	13	9	26
Öffentliche Stellen in der OECD	26	25	–	–	–	–
Sonstige Kontrahenten ¹⁾	7 443	8 464	144	165	81	89
Kontrahentengliederung –insgesamt–	128 814	118 320	1 107	972	1 353	824

¹⁾ inklusive Börsenkontrakte**Derivative Geschäfte – Handelsgeschäfte –**

in Mio €	Nominalwerte		Kreditrisiko- äquivalente		Wiederbeschaffungs- kosten	
	2002	2001	2002	2001	2002	2001
Zinskontrakte	23 304	15 471	153	52	583	167
Währungskontrakte	7 711	17 859	84	118	235	190
Aktienkontrakte	6	17	–	–	–	–
Handelsgeschäfte –insgesamt–	31 021	33 347	237	170	818	357

Deckungsrechnung

	T€ 2002	Bank T€ 2001	T€ 2002	Konzern T€ 2001
Pfandbriefdeckung				
Inhaberpfandbriefe	2 197 061	1 797 510	2 197 061	1 797 510
Namenspfandbriefe	2 176 056	1 816 133	2 176 056	1 816 133
Zur Sicherheit ausgehändigte Namenspfandbriefe	48 358	56 340	48 358	56 340
	4 421 475	3 669 983	4 421 475	3 669 983
Deckungswerte				
Forderungen an Kreditinstitute	—	—	—	—
Forderungen an Kunden	5 439 565	5 371 299	5 439 565	5 328 059
	5 439 565	5 371 299	5 439 565	5 328 059
Deckungsüberhang	1 018 090	1 701 316	1 018 090	1 658 076
Kommunaldeckung				
Inhaberkommunalschuldverschreibungen	3 385 881	3 829 388	3 385 881	3 829 388
Namenskommunalschuldverschreibungen	3 634 062	3 973 221	3 634 062	3 973 221
Zur Sicherheit ausgehändigte Namenskommunalschuldverschreibungen	38 121	58 509	38 121	58 509
	7 058 064	7 861 118	7 058 064	7 861 118
Deckungswerte				
Forderungen an Kreditinstitute	5 148 728	6 084 401	5 123 163	6 034 401
Forderungen an Kunden	2 309 233	2 453 242	2 309 233	2 453 242
	7 457 961	8 537 643	7 432 396	8 487 643
Deckungsüberhang	399 897	676 525	374 332	626 525

Organe der Bank

Anteilseigner- versammlung

Hans Berger

Vorstandsvorsitzender der Landesbank Schleswig-Holstein
Girozentrale (ab 1.1.2003)
Vorsitzender
(ab 1.1.2003)

Dr. Dietrich Rümker

Vorstandsvorsitzender der Landesbank Schleswig-Holstein
Girozentrale (bis 31.12.2002)
Vorsitzender
(bis 31.12.2002)

Dr. Wolfgang Peiner

Senator, Präses der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt
Hamburg
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Robert Heller

Staatsrat, Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Dr. Rainer Klemmt-Nissen

Senatsdirektor, Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Claus Möller

Minister des Landes Schleswig-Holstein

Dieter Pfisterer

Mitglied des Vorstands der Landesbank Schleswig-Holstein
Girozentrale
(ab 1.1.2003)

Dr. Wolf-Albrecht Prautzsch

Stellvertretender Vorstandsvorsitzender i.R. der Westdeutschen
Landesbank Girozentrale

Dr. Andreas Reuß

Geschäftsführer der HGV Hamburger Gesellschaft für
Vermögens- und Beteiligungsverwaltung mbH

Gast:

Olaf Cord Dielewicz

Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein

Aufsichtsrat

Dr. Wolfgang Peiner

Senator, Präses der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt
Hamburg
Vorsitzender

Hans Berger

Vorstandsvorsitzender der Landesbank Schleswig-Holstein
Girozentrale (ab 1.1.2003)
Stellvertretender Vorsitzender
(ab 1.1.2003)

Dr. Dietrich Rümker

Vorstandsvorsitzender der Landesbank Schleswig-Holstein
Girozentrale (bis 31.12.2002)
Stellvertretender Vorsitzender
(bis 31.12.2002)

Horst Baecker

Bevollmächtigter, Hamburgische Landesbank
(ab 1.7.2002)

Olaf Behm

Prokurist, Hamburgische Landesbank

Dr. Werner Bohl

Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwalt

Margitta Dauck

Sparkassenfachwirtin, Hamburgische Landesbank

Olaf Cord Dielewicz

Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein

Heinrich Haasis

Präsident Sparkassenverband Baden-Württemberg

Jens Heiser

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Baugenossenschaft
Dennerstraße-Selbsthilfe eG

Dr. Robert Heller

Staatsrat, Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Dr. Thomas Kabisch

Vorsitzender der Geschäftsführung der MEAG MUNICH ERGO
AssetManagement Gesellschaft mbH

Jutta Langmack

Prokuristin, Hamburgische Landesbank

Sven Mahnke

Abteilungsleiter, Hamburgische Landesbank
(bis 30.6.2002)

Dr. Werner Marnette

Vorsitzender des Vorstands der Norddeutsche Affinerie AG

Mario Mettbach

Senator, Präses der Behörde für Bau und Verkehr der Freien und Hansestadt Hamburg
(bis 10.4.2002)

Claus Möller

Minister des Landes Schleswig-Holstein

Alexander Otto

Vorsitzender der Geschäftsführung der ECE Projektmanagement
G.m.b.H. & Co. KG

Dieter Pfisterer

Mitglied des Vorstands der Landesbank Schleswig-Holstein
Girozentrale
(ab 1.1.2003)

Dr. Wolf-Albrecht Prautzsch

Stellvertretender Vorstandsvorsitzender i.R. der Westdeutschen
Landesbank Girozentrale

Susanne Rüschmann

Prokuristin, Hamburgische Landesbank

Dr. Klaus Schmid-Burgk

Syndikus, Hamburgische Landesbank

Dr. Stefan Schulz

Staatsrat, Behörde für Bau und Verkehr der Freien und Hansestadt
Hamburg
(ab 28.5.2002)

Hans-Joachim Schwandt

Anwendungsprogrammierer, Hamburgische Landesbank

Bernd Steingraeber

Abteilungsleiter, Hamburgische Landesbank

Gunnar Uldall

Senator, Präses der Behörde für Wirtschaft und Arbeit
der Freien und Hansestadt Hamburg

Carola Zehle

Geschäftsführerin der Carl Tiedemann (GmbH & Co.)

Vorstand

Alexander Stuhlmann

Vorsitzender

Peter Rieck

Stellvertretender Vorsitzender

Ulf Gänger

Uwe Kruschinski

(bis 31.12.2002)

Hartmut Strauß

Staatsaufsicht

Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, 15. Februar 2003

VORSTAND

Stuhlmann

Rieck

Gänger

Strauß

Kapitalflußrechnung

Die Kapitalflußrechnung zeigt die Veränderung des Finanzmittelfonds sowie die Zahlungsströme des Konzerns. Der Zahlungsmittelfluß wird gegliedert nach operativer Tätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Die Darstellung erfolgt in enger Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 2-10 zur Kapitalflußrechnung von Kreditinstituten. Die Abgrenzung des Finanzmittelfonds orientiert sich an der Bilanzposition Barreserve.

in Mio €		2002	2001
1.	Periodenergebnis	113,2	97,9
	<i>Überleitung</i>		
2.	Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen	612,9	347,9
	Abschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen, Zuführungen zu Wertberichtigungen	679,3	435,3
	Zuschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen, Auflösungen von Wertberichtigungen	-66,4	-87,4
3.	Veränderung Rückstellungen	105,5	-116,6
4.	Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-26,7	-33,7
5.	Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	-298,0	-7,5
	Verluste	34,1	27,2
	Gewinne	-332,1	-34,7
6.	Sonstige Anpassungen	-759,5	-636,4
7.	Zwischensumme	-252,6	-348,4
8.	Veränderung der Forderungen	-4 292,6	-3 136,6
	a) an Kreditinstitute	-2 853,0	64,5
	b) an Kunden	-1 439,6	-3 201,1
9.	Veränderung der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlage)	418,5	-1 443,8
10.	Veränderung anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	81,3	-42,1
11.	Veränderung der Verbindlichkeiten	-6 672,9	6 682,0
	a) gegenüber Kreditinstituten	-7 297,4	-289,3
	b) gegenüber Kunden	624,5	6 971,3
12.	Veränderung der verbrieften Verbindlichkeiten	6 006,9	202,4
13.	Veränderung anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	278,9	105,7
14.	Erhaltene Zinsen und Dividenden	4 066,0	4 688,7
15.	Gezahlte Zinsen	-3 112,4	-3 871,0
16.	Ertragsteuerzahlungen	-60,4	-49,2
17.	Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	-3 539,3	2 787,7

in Mio €		2002	2001
18. Einzahlungen aus Abgängen		11 425,2	4 443,5
a) des Finanzanlagevermögens	11 318,0		4 443,1
b) des Sachanlagevermögens	107,2		0,4
19. Auszahlungen für Investitionen		-7 738,4	-7 118,8
a) in das Finanzanlagevermögen	-7 709,0		-7 086,4
b) in das Sachanlagevermögen	-29,4		-32,4
20. Cash-Flow aus Investitionstätigkeit		3 686,8	-2 675,3
21. Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen		250,0	30,0
22. Ausschüttung auf das Eigenkapital		-174,2	-154,5
a) Dividendenzahlungen	-37,8		-32,4
b) Teilgewinnabführung	-136,4		-122,1
23. Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital		-43,3	27,7
24. Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit		32,5	-96,8
25. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode		80,4	64,8
26. Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit		-3 539,3	2 787,7
27. Cash-Flow aus Investitionstätigkeit		3 686,8	-2 675,3
28. Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit		32,5	-96,8
29. Finanzmittelfonds am Ende der Periode		260,4	80,4

Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung, deren Darstellung in enger Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 3-10 zur Segmentberichterstattung von Kreditinstituten erfolgt, liefert zusätzliche Informationen über die einzelnen Unternehmensbereiche des Konzerns.

Für das primäre Berichtsformat (Segmentierung nach Geschäftsfeldern) wurden folgende Segmente gebildet:

- **Firmenkunden.** Das Firmenkundengeschäft beinhaltet das Kredit- und Einlagengeschäft, Hypothekenkredite und das kommerzielle Auslandsgeschäft der Firmenkundschaft sowie Leasing-, Schiffs- und Flugzeugfinanzierung.
- **Investment Banking.** Zusammengefaßt werden hier Asset Investments, Corporate Finance & Global Equities, das heißt im wesentlichen Ergebnisse aus strukturierten Finanzierungen und aus dem Eigenhandel in Aktien, Renten und derivativen Produkten sowie der Geld- und Devisenhandel.
- **Privatkunden.** Das Segment Privatkunden umfaßt konzernweit das Kredit-, Einlagen- und Dienstleistungsgeschäft der privaten Kundschaft.
- **WK.** Dieses Segment stellt unsere Konzerntochter Wohnungsbaukreditanstalt dar.

Dargestellt werden hier Elemente des Betriebsergebnisses, wobei die Ermittlung des Zinsüberschusses der einzelnen Segmente nach der Marktzinsmethode erfolgt. Das Segmentvermögen beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments (netto). Die Darstellung der Risikopositionen erfolgt auf der Grundlage aufsichtsrechtlicher Bestimmungen. Das gebundene Kernkapital basiert auf dem bilanziellen Eigenkapital abzüglich des Konzerngewinns, des Gewinnanteils des atypischen stillen Gesellschafters und des Ausgleichspostens für Anteile anderer Gesellschafter zuzüglich des Fonds für allgemeine Bankrisiken. Im Vergleich zum Vorjahr wird in der Spalte „Landesbank gesamt“ –analog zur Spalte „Landesbank Konzern“– das bilanzielle Eigenkapital ausgewiesen. Der Vorjahreswert wurde angepaßt. Die Berechnung des gebundenen Kernkapitals für die einzelnen Segmente erfolgt weiterhin mittels einer kalkulatorischen Eigenkapitalunterlegung. Die Eigenkapitalrentabilität setzt das Betriebsergebnis nach Risikovorsorge/Bewertung ins Verhältnis zum gebundenen Kernkapital. Zusätzlich erfolgt die Angabe der Cost-Income-Ratio, ermittelt als Quotient aus den Verwaltungsaufwendungen und dem laufenden Ertragsüberschuß (Summe aus Zins- und Provisionsüberschuß, Handelsüberschuß und Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen).

Segmentierung nach Geschäftsfeldern (primäres Berichtsformat)

in Mio €

		Landesbank gesamt	davon: Firmen- kunden	Investment Banking	Privat- kunden	WK	Sonstige/ Konsoli- dierung	Landesbank Konzern
Zinsüberschuß	Vorjahr	815,5 671,2	393,1 326,8	198,9 199,3	24,1 24,6	142,9 146,4	202,0 115,5	961,0 812,6
Provisionsüberschuß	Vorjahr	86,8 93,2	66,4 46,0	10,9 19,9	6,8 5,9	7,8 8,2	19,4 22,6	111,3 102,6
Ergebnis aus Finanzgeschäften	Vorjahr	21,5 18,2	0,0 0,0	21,5 18,2	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,1	21,5 18,3
Saldo sonstige betriebliche Erträge/ Aufwendungen	Vorjahr	19,4 65,6	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	-133,1 -141,1	15,5 68,6	-117,6 -72,5
Verwaltungsaufwand	Vorjahr	333,6 296,3	52,3 43,5	64,3 50,1	21,5 18,5	17,7 17,4	209,0 182,8	364,8 312,3
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung	Vorjahr	609,6 551,9	407,2 329,3	167,0 187,3	9,4 12,0	-0,1 -3,9	27,9 24,0	611,4 548,7
Risikovorsorge/Bewertung	Vorjahr	295,3 260,2	183,1 117,6	241,6 83,0	48,7 2,4	0,0 -3,9	-176,3 58,2	297,1 257,3
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge/Bewertung	Vorjahr	314,3 291,7	224,1 211,7	-74,6 104,3	-39,3 9,6	-0,1 0,0	204,2 -34,2	314,3 291,4
Vermögen	Vorjahr	87 236,8 87 503,4	37 384,0 35 325,9	42 716,0 46 684,5	1 496,3 1 468,2	4 839,3 4 794,9	6 223,2 4 393,2	92 658,8 92 666,7
Risikopositionen	Vorjahr	48 815,2 47 713,7	33 292,2 31 672,6	12 982,3 14 064,1	1 110,5 1 085,8	3 618,0 3 599,0	1 192,0 665,5	52 195,0 51 087,0
Gebundenes Kernkapital	Vorjahr	3 077,9 ¹⁾ 2 791,9 ¹⁾	1 498,1 1 425,3	584,3 632,9	50,0 48,9	162,8 162,0	1 504,4 1 244,1	3 799,6 ¹⁾ 3 513,2 ¹⁾
Eigenkapitalrentabilität	Vorjahr	10,2 vH ¹⁾ 10,4 vH ¹⁾	15,0 vH 14,9 vH	-12,8 vH 16,5 vH	-78,6 vH 19,6 vH	— —	— —	8,3 vH ¹⁾ 8,3 vH ¹⁾
Cost-Income-Ratio	Vorjahr	35,4 vH 34,9 vH	13,9 vH 11,7 vH	27,8 vH 21,1 vH	69,6 vH 60,7 vH	— —	— —	37,4 vH 36,3 vH

¹⁾ Inklusive des derzeit nicht mit Geschäften unterlegten Eigenkapitals, darunter auch nicht rentierliche Kapitalbestandteile, die durch Sacheinlagen zugeflossen sind.

Für das sekundäre Berichtsformat (Segmentierung nach geographischen Märkten) wurden die Segmente Deutschland, übriges Europa sowie Asien gebildet. Die Zurechnung der Werte orientiert sich

am Sitzland des Konzernunternehmens bzw. der Niederlassung, wobei die Definitionen der Berichtsgrößen denen des primären Berichtsformats entsprechen.

Segmentierung nach geographischen Merkmalen (sekundäres Berichtsformat)

in Mio €

		Deutschland	Übriges Europa	Asien	Sonstige/ Konsolidierung	Landesbank Konzern
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung	Vorjahr	535,7 476,6	52,4 57,7	32,4 23,5	-9,1 -9,1	611,4 548,7
Risikovorsorge/Bewertung	Vorjahr	280,4 240,0	15,2 17,3	1,5 0,0	0,0 0,0	297,1 257,3
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge/Bewertung	Vorjahr	255,3 236,6	37,2 40,4	30,9 23,5	-9,1 -9,1	314,3 291,4
Risikopositionen	Vorjahr	43 896,0 42 651,0	6 741,0 5 804,0	6 975,0 7 559,0	-5 417,0 -4 927,0	52 195,0 51 087,0
Gebundenes Kernkapital	Vorjahr	1 975,3 1 919,3	303,3 261,2	313,9 340,2	1 207,1 992,6	3 799,6 3 513,2
Cost-Income-Ratio	Vorjahr	38,5 vH 37,4 vH	24,2 vH 19,4 vH	29,6 vH 37,1 vH	— —	37,4 vH 36,3 vH

Konzerneigenkapitalspiegel

Der Konzerneigenkapitalspiegel gibt einen Überblick über die Entwicklung des Konzerneigenkapitals und des Konzerngesamtergebnisses gemäß des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 7. Der dargestellte Posten „Kumuliertes übriges

Konzernergebnis“ resultiert aus der Kapitalkonsolidierung im Konzern.

Entsprechend dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands sind € 40,6 Mio zur Ausschüttung an die Eigentümer vorgesehen.

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Erwirtschaftetes Konzern-eigenkapital	Mutterunternehmen Kumuliertes übriges Konzern-ergebnis	Eigenkapital	Minderheitsgesellschafter Minderheitenkapital	Eigenkapital	Konzern-eigenkapital
in Mio €								
Stand am 31.12.2000	1 884,4	445,6	330,1	721,1	3 381,2	292,5	292,5	3 673,7
Ausgabe von Anteilen	30,0	—	—	—	30,0	—	—	30,0
Gezahlte Dividenden	—	—	-32,4	—	-32,4	—	—	-32,4
Übrige Veränderungen	—	—	0,8	—	0,8	—	—	0,8
Konzern-Jahresüberschuß	—	—	97,9	—	—	—	—	—
Konzerngesamtergebnis	—	—	—	—	97,9	—	—	97,9
Stand am 31.12.2001	1 914,4	445,6	396,4	721,1	3 477,5	292,5	292,5	3 770,0
Ausgabe von Anteilen	250,0	—	—	—	250,0	—	—	250,0
Gezahlte Dividenden	—	—	-37,8	—	-37,8	—	—	-37,8
Übrige Veränderungen	4,1	—	-2,8	—	1,3	—	—	1,3
Konzern-Jahresüberschuß	—	—	113,2	—	—	—	—	—
Konzerngesamtergebnis	—	—	—	—	113,2	—	—	113,2
Stand am 31.12.2002	2 168,5	445,6	469,0	721,1	3 804,2	292,5	292,5	4 096,7

Lagebericht und Konzernlagebericht der Hamburgischen Landesbank

Zum Geschäftsverlauf

Zufriedenstellendes Ergebnis in unwirt- lichem Umfeld

Das Geschäftsjahr 2002 brachte für die Hamburgische Landesbank bedeutende Veränderungen und große Herausforderungen mit sich. So hielt die schwierige Lage auf dem deutschen Bankenmarkt an – sowohl im Kreditgeschäft als auch bei den Finanzmarktaktivitäten. Die Wettbewerber versuchten, darauf mit z. T. drastischen Umsteuerungen in ihrer Geschäftspolitik zu reagieren, ein Vorgehen, das spürbare Folgen für die Präsenz an den Märkten hatte, aber auch negative Konsequenzen für die Beschäftigung im Bankgewerbe mit sich brachte. In diesem unwirtlichen Umfeld hat die Hamburgische Landesbank an ihrem stetigen Kurs festgehalten und nicht zuletzt durch wichtige Weichenstellungen ihre längerfristige Strategie weiterverfolgt. Meilensteine auf diesem Weg waren im Geschäftsjahr die Verselbständigung der Wertpapierabwicklung in die PLUS BANK AG sowie vor allem der Beschluß der Anteilseigner, die Hamburgische Landesbank im Jahr 2003 mit der Landesbank Schleswig-Holstein (LB Kiel) zu fusionieren. Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen sind wir mit dem erzielten Ergebnis zufrieden. Auf dieser Grundlage und gestärkt durch die Fusion mit der LB Kiel sehen wir uns für die kommenden Anforderungen gut gerüstet.

In den Konzernabschluß der Hamburgischen Landesbank einbezogen wurden die Hamburgische LB Finance (Guernsey) Ltd., die Hamburgische Landesbank (Guernsey) Ltd., die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt, Hamburg (WK), die METONO GmbH, Hamburg, sowie die PLUS BANK AG, Hamburg. Die METONO GmbH ist eine hundertprozentige Holding der Bank. Sie hält an der PLUS BANK AG 50 vH. Wegen ihrer im Konzernabschluß nun untergeordneten Bedeutung wird die KG Altstadt Grundstücksgesellschaft, Hamburg (vormals: Kommanditgesellschaft Altstadt Verwaltungsgesellschaft & Co., Grundstücksgesellschaft, Hamburg), nicht mehr konsolidiert. Bei den in den Konzernabschluß einbezogenen Auslandstöchtern wird die Bank jederzeit dafür Sorge tragen, daß sie ihre finanziellen Verpflichtungen erfüllen.

Im nachfolgenden werden – soweit nicht anders genannt – Ausführungen zur Entwicklung der Bank vorgetragen, da der Jahresabschluß des Konzerns im weit überwiegenden Maße durch den der Bank bestimmt wird.

Stagnierendes Bilanzwachstum

In der Bilanzentwicklung kam das verhaltene Konjunkturgeschehen zum Ausdruck. So blieb die Bilanzsumme mit 87,2 Mrd € nahezu unverändert (-0,3 vH). In diesem Wert wird das tatsächliche Wachstum allerdings unterzeichnet. Da wir einen großen Anteil unserer Bilanzsumme in Fremdwährung herauslegen, führte in diesem Jahr die Schwäche des US-Dollars zu einer merklichen Belastung. Aufgrund des starken Anstiegs von Avalen und Akkreditiven, die im Geschäfts- und Kreditvolumen zusätzlich enthalten sind, expandier-

te das Geschäftsvolumen um 4,7 vH auf 108,5 Mrd €, das Kreditvolumen um 5,1 vH auf 103,7 Mrd €.

Der Konzern wies zum Stichtag eine gegenüber dem Vorjahr unveränderte Bilanzsumme von 92,7 Mrd € aus. Das Geschäftsvolumen expandierte leicht um 1,5 vH auf 106,3 Mrd €. Beim Kreditvolumen wurde ein Zuwachs von 1,9 vH auf 101,4 Mrd € erreicht.

**Veränderungen
gegenüber 2001
in Mio €**

<i>Aktivseite</i>	<i>Bank</i>	<i>Konzern</i>
Barreserve	180,0	180,0
Forderungen an Kreditinstitute	2 700,6	2 853,0
Forderungen an Kunden	1 194,0	1 439,6
Wertpapiere	-4 899,8	-4 856,6
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	565,4	528,4
Andere Posten	-6,8	-152,3
Bilanzsumme	-266,6	-7,9

<i>Passivseite</i>		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-3 828,0	-7 297,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	472,6	624,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	2 412,6	6 006,9
Genußrechtskapital und nachrangige Verbindlichkeiten	-50,8	-50,8
Eigenmittel	286,0	286,4
Andere Posten	441,0	422,5
Bilanzsumme	-266,6	-7,9

nachrichtlich:

Geschäftsvolumen	4 878,8	1 565,8
Kreditvolumen	5 146,4	1 897,2

**Kreditvergabe von
kurz- bis mittel-
fristigen Laufzeiten
dominiert**

Das Kreditvolumen wuchs im Berichtsjahr moderat. Das unsichere Marktumfeld zeigte sich allgemein in einer eher vorsichtigen Disposition der Akteure; daher war die Dynamik in den kürzeren Fristen deutlich ausgeprägter als im langfristigen Geschäft. Insgesamt stiegen die Forderungen an Banken spürbar stärker als Ausleihungen an Unternehmen. Bei letzteren nahmen Forderungen mit einer Laufzeit von drei Monaten bis zu einem Jahr sehr kräftig zu, solche mit Laufzeiten von einem bis zu fünf Jahren nur leicht. Lediglich die kurz laufenden Kredite bis zu drei Monaten wurden von Unternehmen weniger nachgefragt als im Vorjahr. Das langfristige Geschäft blieb fast unverändert. Das Interbankengeschäft zeichnete sich durch eine rege Kreditvergabe bei kurzen Laufzeiten bis zu drei Monaten sowie zwischen drei Monaten und einem Jahr aus. Im mittel- bis langfristigen Laufzeitbereich wurden die Aktivbestände

zum Teil recht deutlich zurückgefahren. Im Geschäft mit öffentlich-rechtlichen Kreditnehmern verzeichneten wir eine gestiegene Nachfrage bei Krediten mit Laufzeiten unter drei Monaten sowie über fünf Jahren. Forderungen im mittleren Laufzeitband wurden hingegen abgebaut. Die verbriefte Kreditvergabe wurde im Zuge der verschlechterten Marktbedingungen spürbar um 14 vH auf 22,5 Mrd € zurückgefahren. Die Kreditäquivalenzbeträge für Derivate schrumpften ebenfalls. Ursächlich hierfür waren weniger ein rückläufiges Geschäft, sondern zurückgehende Marktpreise für diese Produkte.

Im Konzern hatte die Vergabe langfristiger Neukredite – aufgrund der Dominanz langfristiger Darlehen im Fördergeschäft der WK – erneut ein stärkeres Gewicht.

*Im Firmenkunden-
geschäft mit Pro-
jektfinanzierungen
auf dem Vormarsch*

Die Ausleihungen im Firmenkundengeschäft blieben aufgrund der angespannten Risikolage in etwa konstant bei 6,6 Mrd €. Durch unseren guten Marktzugang konnten die Margen leicht verbessert werden. Darüber hinaus bauten wir konsequent den Mehrproduktansatz aus; unser Angebot an sonstigen Dienstleistungen im Rahmen des Kreditgeschäfts wurde von den Kunden gut angenommen. Im Handel verzeichneten wir trotz der anhaltend schwierigen Lage eine rege Anfrage nach neuen Geschäftsverbindungen, auf die wir aber aufgrund der verschärften Risikolage in diesem Segment nur selektiv eingingen. Unser Standing als Finanzierer für mittelständische Unternehmen des Außenhandels ist ungebrochen gut. Im Geschäft mit Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe profitierten wir deutlich von langjährigen Geschäftsverbindungen, die wir weiter intensivierten. Sowohl in diesem Segment als auch im Bereich Hafenwirtschaft sowie bei Mineralölhandel und -produktion beteiligten wir uns zunehmend an internationalen Projektfinanzierungen. Die Finanzierungen zum Kauf nicht-börsennotierter Unternehmen, sogenannte Akquisitionsfinanzierungen, verzeichneten – wenngleich auf niedrigem Niveau – eine deutliche Volumenausweitung. Im deutschen M & A-Markt nahm die Zahl der Transaktionen zwar spürbar ab. Im Teilmarkt für Leveraged Buy Out-Finanzierungen – also fremdfinanzierte Unternehmensübernahmen durch Finanzinvestoren – konnten wir gleichwohl unsere gute Marktposition bei Finanzierungen für Unternehmen im deutschen Mittelstand ausbauen. Ein überaus positives Echo findet generell unser Commitment zum Mittelstand in der norddeutschen Region. Das Kreditgeschäft mit Banken zeichnete sich im Berichtsjahr durch ein lebhaftes Neugeschäft aus. Die herausgelegten Mittel erhöhten sich um 32 vH auf 3,1 Mrd €. Dabei konzentrierten wir uns vorwiegend auf europäische Institute. Unter Risikogesichtspunkten gingen wir in den übrigen Regionen nur mit ausgewählten Adressen Neuengagements ein.

*Leasingbestand
gegen Markttrend
ausgeweitet*

Das Neugeschäft der deutschen Leasingunternehmen blieb 2002 leicht hinter dem des Vorjahres zurück. Wegen der spürbar zurückgegangenen Investitionsausgaben der Wirtschaft bedeutete das freilich eine Erhöhung der Leasingquote. Die Hamburgische Landesbank gehört mit ihren langjährigen Erfahrungen in diesem Geschäft und mit ihrem breiten Produktspektrum seit Jahren zu den führenden Refinanzierern von Leasinggesellschaften in Deutschland. Im vergangenen Jahr konnten wir gegen den Markttrend unser Neugeschäft auf einem Niveau von 1,1 Mrd € stabilisieren; und der Finanzierungsbestand wuchs geringfügig um 1,6 vH auf 3,9 Mrd €. Unsere Aktivitäten konzentrierten wir im Berichtsjahr auf die Refinanzierung zahlreicher Mobilien-Leasinggesellschaften. Daneben begleiteten wir interessante Immobilien- und Großmobilienvorhaben sowie einige US-Lease-Transaktionen.

Die AGV Anlagen- und Grundstücksvermietungs GmbH & Co. KG, Wiesbaden, an der wir zu 45 vH beteiligt sind, entwickelte sich mit einem Neugeschäft von knapp 0,9 Mrd € erfreulich.

*Immobilien-
finanzierungen in
schwierigen Zeiten
behauptet*

Einmal mehr waren die Immobilienfinanzierungen eine wichtige Stütze für die Entwicklung der Bank. Nach schleppendem Jahresbeginn weiteten wir in einem schwierigen Marktumfeld unser valutiertes Neugeschäft um 2,7 Mrd € aus, ohne von unserer umsichtigen Beleihungspolitik abzugehen. Im Ergebnis betrugen die Ausleihungen nunmehr 13,1 Mrd €, ein Plus von 9,1 vH. Wir hatten größere Tilgungsvolumina zu ersetzen sowie währungsbedingte

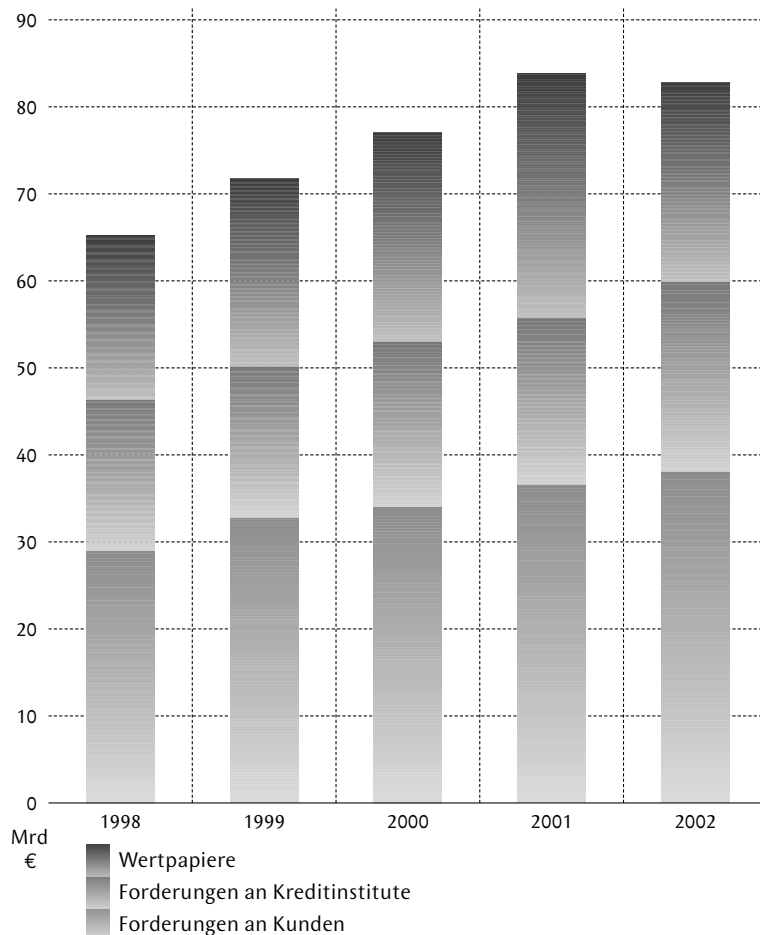
Rückgänge zu verkraften, da wir bei unseren internationalen Aktivitäten einen größeren Kreditbestand in US-Dollar herausgelegt haben. Die Strategie, das immobiliennahe Provisionsgeschäft auszubauen, trieben wir erfolgreich voran. In unserer norddeutschen Kernregion und im Großraum Berlin schlossen wir etwa 70 vH des inländischen Neugeschäfts ab. Darunter befanden sich Hamburger Stadtentwicklungsprojekte, beispielsweise im Holzhafen oder die im November 2002 eröffnete Color Line Arena. Das Geschäft mit Immobilien-AGs verlief abermals recht dynamisch, obwohl die Marktentwicklung u. a. aufgrund des zunehmenden Angebots an Büro- und Wohnflächen sowie längerer Vermarktungszeiten gegenläufig war. Projektfinanzierungen erwiesen sich erneut als verlässliches Standbein; gemeinsam mit erfahrenen Partnern gingen wir hier vielversprechende Maßnahmen an. Aufgrund unserer langjährigen Zusammenarbeit mit gut eingeführten Bauträgern war das Geschäft in diesem Sektor gegen den allgemeinen Markttrend zufriedenstellend.

Internationale Immobilienfinanzierungen weiteten wir im Berichtsjahr erneut aus, die Ausleihungen beliefen sich zum Jahresultimo auf 2,9 Mrd €. Fast 60 vH des ausländischen Neuengagements entfielen auf die USA. Dabei kooperierten wir mit leistungsfähigen Partnern und investierten vornehmlich in Metropolen, wie beispielsweise New York und Washington. In Europa lagen unsere Schwerpunktmärkte in Großbritannien, Spanien, Frankreich und den Niederlanden. Zum weit überwiegenden Maße finanzierten wir im Ausland gewerbliche Vorhaben, also Büros, Einkaufszentren und Hotels.

*Schiffsgeschäft in
unruhigem Fahr-
wasser erfolgreich*

Der Jahreswechsel 2001/2002 markierte in den Hauptschiffahrtsmärkten einen historischen Tiefpunkt. So verlangsamte sich das Wachstum des über See abgewickelten Handelsvolumens gegenüber dem Vorjahr merklich, und die Charraten lagen sowohl in der Massengut- und Containerschiffahrt als auch auf dem Tankermarkt teilweise stark unter dem Vorjahresniveau. Allerdings haben sich die Raten in der zweiten Jahreshälfte wieder erholt, vor allem im Container- und Bulkermarkt. Zum Jahreswechsel besserte sich auch der Tankermarkt wieder. Mit einem Anstieg des Kreditvolumens um 4,1 vH auf nunmehr 11,5 Mrd € konnte die Bank ihren Aufwärtstrend fortsetzen. In dieser Zahl ist das tatsächliche Wachstum allerdings unterzeichnet. Da wir unsere Kredite zu etwa drei Vierteln in US-Dollar herauslegen, hatten wir im Berichtsjahr aufgrund der Abschwächung des US-Dollars einen Wechselkursbedingten Bestandsrückgang von rund 1,8 Mrd € zu verkraften; währungsbereinigt hätte sich ein Zuwachs um 20 vH ergeben. Das Geschäft mit inländischen Reedern verlief weitgehend normal. Das Fondsgeschäft zog schlagartig zum Jahresende an, nachdem Klarheit über

**Entwicklung des
Aktivgeschäfts
(Bank)**



das Weiterbestehen der Tonnagesteuer bestand. Im Auslandsgeschäft bekamen wir rege Anfragen von nordamerikanischen sowie west- und mitteleuropäischen Kunden. Das Geschäft mit asiatischen und skandinavischen Reedern belebte sich erst zum Jahresende hin wieder. Die schlechten Marktbedingungen führten zu deutlich mehr Stundungen und Rückständen von Tilgungsleistungen, auf ein freilich immer noch verhältnismäßig niedriges Niveau von rund 1,4 vH des Kreditvolumens. Da wir in der Regel langjährige Geschäftsbeziehungen zu unseren Partnern pflegen, halten wir diese Situation für vertretbar.

**Expansive Flugzeugfinanzierungen
durch Portfolio-
ankauf**

Das Geschäft mit Flugzeugfinanzierungen verlief in einem turbulenten Umfeld besser als erwartet, trotz der Nachwirkungen des 11. September 2001, sinkender Auslieferungszahlen der Flugzeughersteller und nicht zuletzt der drohenden Irak-Krise. Die in diesem Segment herausgelegten Kredite stiegen um 15,4 vH auf rund 2,8 Mrd €. Währungsbereinigt – auch dieses Geschäftsfeld ist aufgrund eines hohen Anteils an Fremdwährungskrediten stark wech-

selkursabhängig – betrug der Anstieg sogar 28 vH. Im Berichtsjahr lag der Schwerpunkt unserer Aktivitäten aus Risikogesichtspunkten in Europa, darüber hinaus bauten wir Finanzierungen in Asien leicht aus. Demgegenüber hielten wir uns angesichts der Schwierigkeiten der großen US-Airlines in diesem Segment zurück, finanzierten allerdings in den USA verstärkt die erfolgreichen Regional- und low cost-Carrier. Entscheidend für das Wachstum des Flugzeugkreditbestands war der Erwerb eines ausgewählten Portfolios mit einem Volumen von 470 Mio € von einem Mitbewerber, der sich aus dem internationalen Finanzierungsgeschäft zurückgezogen hat. Damit führten wir zum Jahresultimo rund 300 Flugzeuge in unseren Büchern.

*Vermögens-
verwaltung für
Privatkunden
ausgebaut*

Auch im Privatkundengeschäft schlugen sich die desolate Lage an den Kapitalmärkten und der schleppende Konjunkturverlauf nieder. Im Wertpapiergeschäft stand einem deutlichen Rückgang der Geschäftsfälle eine Erhöhung der durchschnittlichen Ordergröße gegenüber. Im Ergebnis haben wir damit den Umsatz steigern können. Das betreute Depotvolumen betrug nunmehr 5,6 Mrd € (+6,4 vH). Der Ausbau weiterer Mandate in der Vermögensverwaltung, der Vertrieb von geschlossenen Fonds sowie die Betreuung von Stiftungen verliefen erfolgreich. Das Passivvolumen (inklusive eigener Emissionen) konnte ebenfalls auf nunmehr 1,7 Mrd € ausgeweitet werden. Aufgrund der Turbulenzen an den Börsen wurden Sicht- und Festgeldeinlagen von unseren Kunden bevorzugt. Im Kreditgeschäft haben sich die Ausleihungen bei 1,5 Mrd € stabilisiert. Vor dem Hintergrund des nach wie vor sehr verhaltenen Wohnimmobiliengeschäfts (bei Krediten an unsere Privatkunden handelt es sich überwiegend um Immobilienfinanzierungen) sehen wir dieses Ergebnis durchaus als Erfolg an.

*Credit Investments
im Gegenwind*

Unser Kerngeschäftsfeld Credit Investments stand im Zeichen der weltweit schwierigen Lage. Zwar unterstreicht das nach wie vor hohe Volumen an Neuemissionen, daß die Verbriefung von Forderungen weiterhin ein etabliertes Finanzierungsinstrument ist; auch weisen weite Teile des Marktes für verbrieft Forderungen eine bemerkenswerte Stabilität auf. Gleichwohl haben eine hohe Zahl an Unternehmenszusammenbrüchen – insbesondere in den USA – und zahlreiche Bonitätsverschlechterungen von Emittenten den Markt im Jahr 2002 geprägt. Fällige Positionen konnten nicht zu ausreichenden Margen ersetzt werden. Von diesen Entwicklungen blieb auch das Portfolio der Hamburgischen Landesbank nicht unberührt, und wir haben daher das Nominalvolumen an Wertpapier- und Kreditforderungen in diesem Bereich zurückgeführt. So kam der Gesamtbestand an Credit Investments zum Jahresende auf 20,7 Mrd €, ein Minus von 13,7 vH. Das Portfolio bestand nach wie vor überwiegend aus Papieren von staatlichen oder quasi-staat-

lichen Schuldern und Banken in EU- bzw. OECD-Ländern mit einem ausgezeichneten Rating. Mit einem Volumen von 5,8 Mrd € haben Asset Backed Securities einen bedeutenden Anteil am Geschäft. Die nur leichte Veränderung gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus hohen Tilgungen, die wir nur behutsam ersetzen. Das Volumen an Kreditderivaten reduzierte sich um 55 vH auf 2,4 Mrd €. Der Schwerpunkt im Neugeschäft bei Corporate Bonds lag weiterhin im Sektor der etablierten Telekommunikationsunternehmen sowie in geringerem Umfang im Automobilbereich.

Im abgelaufenen Jahr hat die Hamburgische Landesbank erstmals eine eigene synthetische Verbriefung zur Portfolio-Optimierung durchgeführt. Im Rahmen dieser Transaktion wurden Mezzanine-Tranchen von Asset Backed Securities im Volumen von 1,08 Mrd € abgesichert.

*Netz unserer
internationalen
Stützpunkte
erweitert*

Unsere internationalen Aktivitäten bauten wir mit Umsicht und langfristiger Orientierung weiter aus. Verstärkt haben wir unser Engagement in den Ländern der Europäischen Union, allen voran in Großbritannien, Spanien und den Niederlanden. In Mittel- und Osteuropa bewegten wir uns auf ausgewählten Märkten, so beispielsweise in den baltischen Staaten. In Nordamerika wie auch in Südostasien hielten wir uns im Berichtsjahr vergleichsweise zurück. Gleichwohl sehen wir uns nach wie vor in unserer Strategie bestätigt, in diesen Regionen auf lange Sicht noch aktiver zu werden. So eröffneten wir im Sommer 2002 eine Repräsentanz in New York. Von hier aus wollen wir die bereits bestehenden Kundenbeziehungen in den USA weiter ausbauen und neue Geschäfte in der Immobilien- und Flugzeugfinanzierung sowie im Firmenkundengeschäft vermitteln, außerdem den US-amerikanischen Kapitalmarkt für die Erweiterung unseres Credit Investment Portfolios nutzen und neue Refinanzierungsquellen erschließen.

Unsere Niederlassung in Singapur hat ihren vielversprechenden Kurs bestätigt. Die Aktivitäten im Bereich Commodity Trade Finance konnten spürbar ausgeweitet werden. Der im Berichtsjahr neu eingerichtete Ship Finance Desk – von Singapur aus wollen wir zentral unsere asiatische Reederkundschaft betreuen – wurde von unseren Geschäftspartnern gut angenommen. Darüber hinaus haben wir im letzten Jahr unsere Funding-Aktivitäten im südost-asiatischen Raum in der Singapur Branch zusammengefaßt. Im Rahmen unserer Asienstrategie führten wir in der Hongkong Branch das Geschäft mit Privatkunden sowie Immobilienfinanzierungen zurück und konzentrierten uns auf die dortigen Kernkompetenzen. So entwickelten sich in der Niederlassung die Handelsfinanzierungen, in diesem Segment konnten neue Kunden gewonnen werden,

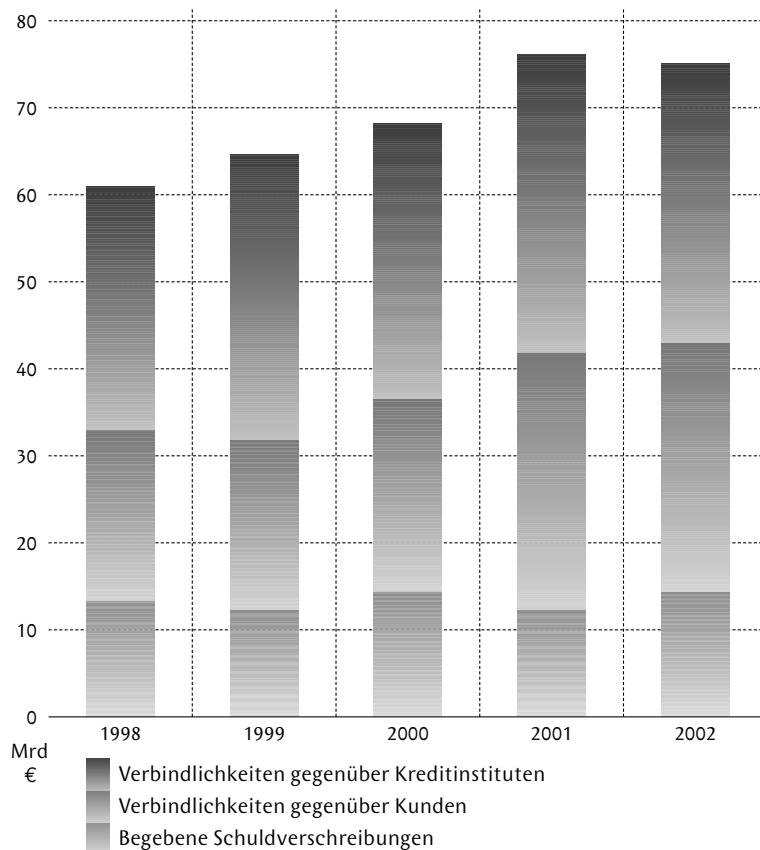
ebenso zufriedenstellend wie das Firmenkundengeschäft, bei dem wir einen konsequenten Mehrproduktansatz betrieben. Unsere Repräsentanzen in Hanoi und Shanghai haben durch die Vermittlung neuer Geschäftskontakte, insbesondere bei Handelsfinanzierungen, die Aktivitäten der Branches in Hongkong und Singapur sowie in unserem Haupthaus gewinnbringend unterstützt.

Das Ergebnis der London Branch war zufriedenstellend. Die Niederlassung begleitete vorwiegend britische Unternehmen mit engen Verbindungen zu deutschen Partnern der Bank. Dabei bauten wir das Firmenkundengeschäft sowie Immobilienfinanzierungen in ähnlichem Umfang aus. Erste Erfolge verbuchten wir im nun auch in London neu aufgenommenen Commodity Trade Finance-Geschäft. Erfreulich wurde das provisionstragende Geschäft ausgeweitet. Das im Sommer 2002 von der Branch erstmals aufgelegte US-Dollar Commercial Paper-Programm, das wir mit dem Ziel der Ausweitung unserer Refinanzierungsbasis zur Aufnahme kurzfristiger Gelder in US-Dollar nutzen, wurde von US-amerikanischen Investoren durchweg positiv aufgenommen. Neben der Refinanzierung in US-Dollar versorgt die Londoner Niederlassung die Bank mit Mitteln in Schweizer Franken sowie Britischen Pfund. Unsere Banktochter auf Guernsey verzeichnete ein weiteres erfolgreiches Jahr. Mit der in 2001 eröffneten Repräsentanz in Warschau wollen wir uns einen unmittelbaren Zugang zum polnischen Markt schaffen, der durch die wachsende Anbindung Polens an Europa, insbesondere den geplanten EU-Beitritt, gute Geschäftschancen verspricht. Von der polnischen Hauptstadt aus begleiteten wir deutsche Kunden in Polen, aber auch bereits bestehende Geschäftsbeziehungen vor Ort bauten wir weiter aus. Schwerpunkte sind die Immobilienfinanzierung sowie das Interbankengeschäft.

*Steigende
Bedeutung von
Fremdwährungs-
refinanzierung*

Im Berichtsjahr sind wir bei der Vorbereitung auf die Zeit nach dem Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung im Jahr 2005 weiter vorangekommen. Zum Jahresende 2002 betrug der Gesamtbestand an Refinanzierungsmitteln 76,0 Mrd € (ohne Eigenmittel und Sonstige Passiva). Im Geldmarktbereich refinanzierten wir uns vorwiegend über Tages- und Termingelder; kurzfristige Gelder beliefen sich auf 26,8 Mrd €. Unsere London Branch nahm spürbar mehr Fremdwährungsmittel auf, insbesondere über das erwähnte US-Dollar Commercial Paper-Programm. Ein stärkeres Gewicht legten wir wie auch schon im Vorjahr mit einem Volumen von 49,2 Mrd € auf die langfristige Refinanzierung. Bei den Kapitalmarktmitteln dominierten unverändert auf Euro lautende Schuldenscheindarlehen mit 42 vH. Mit einem Anteil von einem Viertel haben wir gedeckte Papiere begeben, davon mehr als die Hälfte in der Kommunaldeckung. Wenngleich auf niedrigem Niveau, haben

**Entwicklung der
Fremdmittel
(Bank)**



sich Fremdwährungsanleihen mit einem Zuwachs von über 80 vH auf 5,4 Mrd € sehr dynamisch entwickelt.

Papiere mit Laufzeiten über 2015 hinaus emittierten wir wegen der Brüsseler Verständigung vom 17. Juli 2001 auch im Jahr 2002 nur zurückhaltend. Schuldscheine wurden vereinzelt auf Anfrage begeben. Im Bereich langfristiger Refinanzierungsprodukte trotzten wir auf der Grundlage unseres guten Standings bei den Investoren einem schwierigen Umfeld. Das Neugeschäft an strukturierten Passiva konnten wir gegenüber dem Vorjahr steigern und unseren Marktanteil in diesem Segment weiter ausbauen. Entscheidend hierbei ist für unsere Hedge-Partner und Arrangeure unsere Fähigkeit, komplexe Produkte dokumentieren und bewerten zu können. Erheblich zugenommen haben darüber hinaus die im Rahmen unseres EMTN-Programms aufgenommenen Mittel. Auf Emissionen unter dem EMTN-Programm entfällt mittlerweile rund ein Viertel aller mittel- bis langfristigen Refinanzierungsmittel.

Über die Finanztochter auf Guernsey, die Hamburgische LB Finance (Guernsey) Ltd., nehmen wir langfristige Mittel am internationalen

Kapitalmarkt auf. Die Ratings für unsere langfristigen Verbindlichkeiten – AAA – von Fitch, Aa1 von Moody's sowie AA- von Standard & Poor's – sind für die weiterhin erfolgreiche Emissionstätigkeit der Bank eine gute Unterstützung.

*Vermehrte
Kundeneinlagen
im Geldhandel*

Erhebliche Marktzinsschwankungen im Zuge stark wechselnder Zinserwartungen verschlechterten die Rahmenbedingungen im Geldhandel. Um so erfreulicher ist das in diesem Geschäft erreichte zufriedenstellende Ergebnis. In Vorbereitung auf den Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung im Jahr 2005 haben wir unsere Einlagenbasis verbreitert und vermehrt Kundeneinlagen eingeworben. Der Kundenhandel war im übrigen geprägt von einer hohen Liquiditätshaltung der institutionellen Investoren. Gründe hierfür lagen sowohl in der Schwäche des Kapitalmarktes als auch in neuen aufsichtsrechtlichen Vorschriften für die Versicherungswirtschaft. Beides führte zu einer merklichen Zurückhaltung dieser Kunden am Kapitalmarkt zugunsten kurzfristiger Geldanlagen. Im Wertpapierleihegeschäft steigerten wir unsere Umsätze und bauten so die Marktposition aus.

*Devisenhandel
begünstigt von
Dollarabschwächung*

Das Jahr 2002 war von einer anhaltenden Schwäche des US-Dollars gekennzeichnet. Trotz der zum Jahresende üblicherweise stark nachlassenden Liquidität konnten wir die Umsätze im Devisenhandel erfreulich steigern. Dabei profitierten wir nicht nur von der Volatilität des US-Dollars, auch unsere verstärkte Präsenz als Market Maker im Yen-Bereich zahlte sich hier aus. Der Kundenhandel schloß

das Berichtsjahr erfolgreich ab; aufgrund des fallenden US-Dollars fragten besonders Importeure Kurssicherungen nach. Daher verbuchten wir im Devisenoptionshandel mit innovativen Produkten ebenfalls ein deutliches Umsatzplus.

***Marktposition im
Handel mit Festver-
zinslichen gefestigt***

Die Aktien- und Rentenmärkte bewegten sich 2002 im Spannungsfeld zwischen Wachstumsschwäche, Bilanzskandalen, Irak-Krise und mangelnder Risikotragfähigkeit der Investoren. Während die Rentenmärkte deutlich zulegen konnten, brachen die Aktienmärkte – insbesondere in Deutschland – ein. Damit einhergehend verharnte das Handelsvolumen mit Aktien auf niedrigem Niveau; im Eigenhandel mit Aktien wurden die Umsätze aus dem Vorjahr abermals deutlich verfehlt. Wesentlich positiver verlief der Handel mit festverzinslichen Wertpapieren. Die Bank konnte ihre gute Marktposition bei Pfandbriefen und Namenstiteln behaupten und auch die Zahl der Handelspartner im Geschäft mit Jumbo-Pfandbriefen und Unternehmensanleihen steigern. Die Umsätze im Swap- und Derivatehandel konnten wir trotz Zurückhaltung der Investoren ausweiten. Diese Produkte nutzen wir vor allem zur Absicherung unserer Refinanzierung in Euro und ausländischen Währungen. Vielversprechend lief der Aufbau unseres Optionsbuches in Euro an. Das Dienstleistungsgeschäft entwickelte sich verhalten. Zunehmende Fusionen bei Sparkassen und begrenztes Risikokapital bei institutionellen Investoren ließen die Umsätze deutlich zurückgehen. Gleichwohl erfreute sich unser technisches Vermögensmanagement großer Nachfrage, so daß sich die hier verwalteten Bestände merklich erhöhten.

Zum 1. September 2002 haben wir unsere Beratungsaktivitäten im Bereich Corporate Finance in eine gemeinsame Tochtergesellschaft mit der LB Kiel eingebracht. Die LB Kiel Hamburg Corporate Finance GmbH ist auf die Beratung des Mittelstands, insbesondere aus Norddeutschland, spezialisiert. In den Branchen Ver- und Entsorgung, Krankenhäuser und Gesundheit, Transport und Logistik, Immobilien sowie Nahrungs- und Genußmittel werden aber auch überregionale Kunden betreut. Das Aufgabenspektrum reicht von der M & A- bis zur Kapitalmarktberatung.

***Derivate zur
Minimierung von
Risiken***

Erneut bauten wir das Geschäft mit sonstigen derivativen Finanzinstrumenten zur Erfüllung spezieller Finanzierungswünsche der Kunden, zur Risikominderung und zur Ausnutzung von Marktchancen aus. Das Swap-Volumen, d.h. die Summe aus Zins-, Währungs-, Zinswährungs- und Equityswaps, belief sich zum Bilanzstichtag auf 97,8 Mrd € und wuchs damit um knapp 22 vH. Die Umsätze mit Forward Rate Agreements erhöhten sich um 17,6 vH auf 1,3 Mrd €; davon wurden knapp drei Viertel zu Hedgezwecken abgeschlossen.

*Breitgefächertes
Beteiligungs-
portfolio*

Das Volumen unseres Beteiligungsportfolios wuchs im abgelaufenen Geschäftsjahr mit fast 60 vH deutlich. Der Buchwert der direkt gehaltenen Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen belief sich per Ultimo auf 1 511,5 Mio € (2001: 946,1 Mio €, jeweils inkl. WK). Das Portfolio setzt sich zusammen aus den strategischen, den kunden- und geschäftsfeldunterstützenden und den invest-mentororientierten Beteiligungen.

Die Bank verfolgt mit den strategischen Beteiligungen das Ziel, Spezialgeschäftsfelder abzudecken und neue aufzubauen sowie die Wirtschaftsregion zu fördern. Zu den wesentlichen Spezialgeschäftsfeldern zählen das Immobilienfondsgeschäft der HGA-Gruppe sowie die Dienstleistungen in der Wertpapierabwicklung, die zum 1. Juli 2002 in die PLUS BANK ausgegliedert worden sind. Mit einer Spezialbanklizenz bietet diese ihren Kunden umfassende Dienstleistungen des Kommissions- und Depotgeschäfts an. Da die PLUS BANK an allen deutschen Börsenplätzen zugelassen ist, können darüber hinaus direkte Order routings ausgeführt werden. Die Grundlage für die Abwicklung des Wertpapiergeschäfts bildet das System EWS PLUS, das voll mandantenfähig ist. Die Kunden der PLUS BANK stammen aus dem gesamten Bundesgebiet; unter ihnen befinden sich sowohl Institute aus dem Sparkassensektor als auch Privatbanken und Finanzdienstleister. Ihnen bietet die PLUS BANK mit ihren rund 350 Mitarbeitern jeweils bedarfsgerecht umfassende Dienstleistungen im Wholesale- und Retail-Geschäft an. Das Geschäftsjahr verlief trotz der anhaltend niedrigen Umsätze an den Börsen, von der alle Transaktionsbanken gleichermaßen betroffen waren, zufriedenstellend.

Zum 1. Januar 2002 hat die Hamburgische Landesbank ihre Immobilienfondsaktivitäten unter dem Dach einer neuen Tochtergesellschaft, der HGA Hamburgische Grundbesitz Beteiligungs AG (HGA AG), gebündelt. Zu diesem Zweck wurden sämtliche Gesellschaftsanteile an der HGA Capital Grundbesitz und Anlage GmbH, der „Katharinen“ Verwaltungsgesellschaft mbH und der HGA Investment GmbH – seit dem 9. Januar 2003 als LB Immo Investment GmbH umfirmiert – in die Holding HGA AG eingebracht. Anfang 2003 sind zwei strategische Partner aus dem Landesbankensektor der LB Immo Investment GmbH mit dem Ziel beigetreten, die Objektakquisition zu optimieren und die Vertriebsbasis auszubauen. Die Gesellschaft wird offene Immobilienfonds für institutionelle Investoren auflegen. Ein erstes Sondervermögen wurde bereits im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgelegt.

Das Volumen aus geschlossenen Publikumsfonds der HGA Capital konnte im Berichtsjahr mit drei neuen Fonds weiter erhöht werden. Besonders erfreulich verliefen die Aktivitäten in den USA. Nachdem

bereits 2001 zwei Fonds mit Objekten in New York und Florida platziert werden konnten, wurde 2002 der HGA USA III Fonds (Seagrams Building in Manhattan) aufgelegt. In Deutschland ist der HGA Hamburg-Hafencity Fonds mit einem Schulungsgebäude der SAP erfolgreich abgesetzt worden. In der Plazierungsphase befindet sich noch der HGA Campus-Kronberg Fonds mit einem hochwertigen, voll vermieteten Bürogebäude nahe Frankfurt. Gemeinsam mit dem Projektentwickler ECE wird im laufenden Geschäftsjahr ein Einkaufszentrum in Ungarn aufgelegt. Weitere Projekte in New York, Wien und Deutschland befinden sich in der fortgeschrittenen Planung.

Geschäftsfeldunterstützende Beteiligungen nutzt die Bank, um vorhandene Kundenverbindungen zu intensivieren und zusätzliche Erträge zu generieren. So haben wir zum 1. Januar 2002 alle Projektentwicklungsaktivitäten im Immobiliengeschäft in der HLB Immobilien Holding GmbH zusammengefaßt. In diesem Rahmen positioniert die Bank die ICE Immobilien Conception und Entwicklung GmbH, eine Tochtergesellschaft der Holding, als eigenständigen Dienstleister im Bereich Projektentwicklung und Projektmanagement. Dabei wird die aktive Zusammenarbeit als Partner mit anderen Projektentwicklern angestrebt. Das Hauptbetätigungsfeld liegt in räumlicher Hinsicht in den Regionen Hamburg und Berlin.

Im März 2002 wurde die vormalige GEHAG AG im Zuge von Umstrukturierungsmaßnahmen in eine GmbH umgewandelt; an der GEHAG GmbH hielt die Bank zum Jahresultimo unmittelbar etwa 60 vH und über die KALAIS GmbH nochmals mittelbar rund 25 vH. Durchgerechnet ergibt sich für die Landesbank ein Anteil von 85 vH an der GEHAG GmbH. Das Unternehmen ist eine ehemals gemeinnützige Wohnungsgesellschaft, die sich auf den Standort Berlin konzentriert. Zusammen mit ihren Tochtergesellschaften bietet die GEHAG GmbH Dienstleistungen rund um die Vermarktung und Verwaltung von Wohneigentum sowie von Miet- und Gewerbeimmobilien an. In ihrem Bestand befinden sich mehr als 20 000 Wohneinheiten im Großraum Berlin.

Mit investmentorientierten Beteiligungen schließlich wollen wir risikoadäquate Renditen auf das eingesetzte Kapital erzielen. Bis Ende 2002 wurde hier in Form von Private Equity ein Volumen von rund 310,7 Mio € zugesagt, von dem 77,8 Mio € ausgezahlt worden sind. Die bisherige Entwicklung des Portfolios, mit dessen Aufbau in günstigen Investitionsphasen begonnen wurde, ist nach wie vor zufriedenstellend.

Eigenkapitalbasis

Das gezeichnete Kapital der Bank belief sich zum 31.12.2002 auf 2 168,6 Mio €. Aus dem Bilanzgewinn werden 70 Mio € in die

Gewinnrücklagen eingestellt. Insgesamt verfügt die Bank damit über ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 3 037,9 Mio €. An der Bank sind seit 1997 die LB Kiel mit 49,5 vH und die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) mit 50,5 vH beteiligt. Von den Anteilen der FHH werden 1 vH von der HLB-Beteiligungsgesellschaft mbH, einer Gesellschaft der FHH, als atypisch stille Gesellschafterin gehalten. Der Konzern weist nach Dotierung der Gewinnrücklagen ein bilanzielles Eigenkapital von 4 052,1 Mio € aus, davon entfallen 292,5 Mio € auf konzernfremde Gesellschafter.

Das gemäß KWG definierte haftende Eigenkapital – inklusive Ergänzungskapital – stieg bei der Bank um 406,6 Mio € auf 5 521,1 Mio €, davon sind 3 147,9 Mio € Kernkapital. Das haftende Eigenkapital des Konzerns nahm mit 404,3 Mio € fast im selben Umfang zu wie bei der Bank und beträgt 6 240,3 Mio €; davon entfallen 3 867,1 Mio € auf Kernkapital.

Risikovorsorge

Auch im Jahr 2002 haben wir an unseren bewährten strengen Risikomaßstäben festgehalten. Wie im Vorjahr konzentrierte sich unsere Risikovorsorge vor allem auf inländische Kreditnehmer. Die Vorsorge für ausländische Kreditengagements belastete die Bank vergleichsweise wenig. Dagegen erhöhten sich die Aufwendungen für die Wertpapierbestände bei unveränderten Bewertungsmethoden gegenüber dem Vorjahr deutlich. Wir haben – wie bisher – für alle erkennbaren und künftigen Risiken ausreichend Vorsorge getroffen.

Betriebsergebnis erneut gesteigert

Die Ertragslage hat sich mit der Geschäftsausweitung weiter verbessert. Hauptertragsquelle war wiederum der Zinsüberschuß, dessen Anstieg von knapp 22 vH vor allem durch das Wachstum des zinstragenden Geschäfts sowie durch steigende Margen in unseren Kerngeschäftsfeldern gespeist wurde; zusätzlich profitierten wir von deutlich höheren Beteiligungserträgen. Belastet wurde das Zinsergebnis durch den gesunkenen US-Dollarkurs. Im Provisionsgeschäft fielen die Erträge aus der Wertpapierabwicklung seit dem 1. Juli 2002 bei unserer Wertpapiertransaktionsbank-Tochter, der PLUS BANK AG, an. Trotz dieser Ertragseinbußen und trotz des allgemein schlechten Börsenumfelds konnte der Provisionsüberschuß dank der erneut erfreulichen Entwicklung im sonstigen Dienstleistungsgeschäft fast auf dem hohen Vorjahresniveau gehalten werden. Der Nettoertrag aus Finanzgeschäften wurde – auf freilich weiterhin niedrigem Niveau – gegenüber dem Vorjahr um 18 vH gesteigert. Die sonstigen Erträge und Aufwendungen waren durch Steuererstattungen für Vorjahre sowie durch Restrukturierungsaufwendungen im Rahmen der Fusion mit der LB Kiel geprägt. Um den nach wie vor hohen Anforderungen an das Bankgeschäft seitens der

Märkte aber auch seitens des Regulierungsrahmens zu entsprechen, waren erneut Investitionen sowohl für technische Ressourcen als auch für den weiteren Personalaufbau erforderlich. Trotz des damit einhergehenden Anstiegs der Verwaltungsaufwendungen um fast 13 vH konnte die Cost-Income-Ratio mit 35 vH auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres gehalten werden. Insgesamt wurde mit 610 Mio € das befriedigende Ergebnis des Vorjahres vor Risikovorsorge und Bewertung noch einmal um gut 10 vH übertroffen. Die Nettorisikovorsorge hat sich um 6 vH erhöht und spiegelt das schwierige wirtschaftliche Umfeld wider. Hier haben wir einerseits gestiegene Aufwendungen aus der Bewertung der Kredite und Wertpapiere zu verzeichnen; dem stehen andererseits im Vergleich zum Vorjahr deutlich höhere Erträge aus der Veräußerung von Beteiligungen gegenüber. Erneut haben wir Ergänzungskapital gebildet. Die Ertragssteuern fielen um gut 23 vH höher als im Vorjahr aus. Nach gegenüber dem Vorjahr erhöhten Teilgewinnabführungen von 136 Mio € übertrifft der Jahresüberschuß – unter Einbeziehung des Anteils des atypisch stillen Gesellschafters – mit 115 Mio € den des Vorjahres um 15 vH.

Die Ertragslage der Bank prägt weiterhin das Konzernergebnis. Betriebsergebnis vor und nach Risikovorsorge und Bewertung, Steueraufwand und Jahresüberschuß sind nahezu identisch. Abweichungen einzelner Ertrags- und Aufwandszahlen resultieren vor allem aus dem Fördergeschäft der WK, das per saldo nicht zu einer Änderung der Ertragslage führt. Die Hamburgische Landes-

bank (Guernsey) Ltd. hat ihren Beitrag zum Konzernergebnis weiter gesteigert; für die Zukunft erwarten wir eine kontinuierlich positive Entwicklung. Die PLUS BANK wurde erstmalig in den Konzernabschluß einbezogen. Trotz des schwierigen Börsenumfelds und trotz Anlaufkosten endete das erste Geschäftsjahr 2002 dieser Tochtergesellschaft mit einem nahezu ausgeglichenen Ergebnis.

*Umfangreiche
Zukunftsvorsorge*

Für die Vorbereitung auf zukünftige Anforderungen im Bankgeschäft waren auch im Jahr 2002 bedeutende Aufwendungen für die technische und organisatorische Ausstattung notwendig. Wie bereits in der Vergangenheit setzten wir erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen ein, um die Voraussetzungen für die Einführung der Bilanzierung nach den International Accounting Standards (IAS) und die Umsetzung der neuen Eigenkapitalvorschriften gemäß der Baseler Eigenmittelübereinkunft (Basel II) zu schaffen. Zahlreiche Projektteams arbeiten derzeit an der Vorbereitung der Umsetzung der Basel II-Regelungen, die im Jahr 2006 in Kraft treten und mit einer Übergangsphase bis Anfang 2007 umgesetzt werden müssen. Auch die Vorbereitungen zur Umstellung unseres Konzernabschlusses auf IAS laufen auf Hochtouren, um für die sich abzeichnenden gesetzlichen Anforderungen gerüstet zu sein. Sowohl bei den Vorbereitungen auf Basel II als auch für die Bilanzierung nach IAS arbeiten die Hamburgische Landesbank und die LB Kiel eng zusammen.

Der Aufbau eines zentralen Marktdatenpools war ebenfalls eine Investition in die Zukunft. Mit der Zusammenführung aller benötigten Marktdaten in einer Datenbank wurde die Voraussetzung geschaffen, daß allen internen DV-Systemen die notwendigen Daten durchgängig und qualitätsgesichert zur Verfügung stehen. Darüber hinaus wurden die DV-Systeme der Hamburgischen Landesbank – häufig in Kooperation mit der LB Kiel – an die zeitgemäßen Anforderungen fortlaufend angepaßt. Das Rechenzentrum der Hamburgischen Landesbank stand vor einer zusätzlichen Herausforderung. Mit der Ausgliederung der Wertpapierabwicklungsdienstleistungen in die PLUS BANK mußten die Voraussetzungen geschaffen werden, damit der Produktions-, Test- und Entwicklungsbetrieb für die Tochtergesellschaft der Bank übernommen werden konnte. Nicht zuletzt die Ereignisse vom 11. September 2001 haben uns veranlaßt, die Notfallvorsorge für das Rechenzentrum der Bank noch weiter zu verbessern. Zu diesem Zweck wurde am 9. Dezember 2002 ein zweiter vollwertiger Produktionsstandort in Hamburg in Betrieb genommen.

Die Europäische Kommission hat im November 2002 gegen die Hamburgische Landesbank und weitere Landesbanken ein Verfahren wegen unerlaubter Beihilfen eröffnet. Es geht um die Frage, ob die

Einbringung von Eigenkapital in Form von Anteilen an der Wohnungsbaukreditanstalt marktgerecht verzinst worden ist. Wir gehen davon aus, daß das Verfahren keine negativen Auswirkungen haben wird, da das Eigenkapital angemessen verzinst worden ist.

Die Ausgliederung unserer Dienstleistungen der Wertpapierabwicklung in die PLUS BANK hat dazu geführt, daß der Personalbestand der Bank im Jahr 2002 zum ersten Mal seit vielen Jahren gesunken ist. Insgesamt sind rund 270 Mitarbeiter in die PLUS BANK gewechselt. So waren zum Berichtsjahresende 2 187 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (-131 oder -5,7 vH) für die Bank tätig; konzernweit waren es 2 747 (+8,2 vH). Es ist nach wie vor vorrangiges Anliegen, unsere Mitarbeiter in einem umfangreichen Personalentwicklungsprogramm laufend zu qualifizieren, um sicherzustellen, daß sie die künftigen Anforderungen des Marktes erfolgreich erfüllen.

Ausblick

Für die Geschäftsentwicklung im Jahr 2003 gehen wir von einem insgesamt moderaten Expansionstempo aus. Dabei werden wir unsere Aktivitäten in den als Kerngeschäftsfelder identifizierten Bereichen forcieren. So werden wir im Firmenkundengeschäft vor dem Hintergrund allseits erwarteter verhaltener Kreditnachfrage die Linie der qualitätsbewußten selektiven Akquisition fortführen und dabei einen breiter ausgerichteten Vertrieb unserer Produkte praktizieren. Bei den Immobilienfinanzierungen sehen wir im Inland vor allem wegen veränderter steuerlicher Rahmenbedingungen kaum Steigerungsmöglichkeiten; Potentiale liegen nur in vereinzelten Segmenten, so etwa bei strukturierten Finanzierungen für Immobilien-AGs. Im Auslandsgeschäft wollen wir Wachstumsmärkte in Süd- und Westeuropa gezielt angehen. Eine nachlassende Dynamik erwarten wir im Schiffskreditgeschäft. Hier werden Expansionschancen eher bei Neubauten von Tankern und Massengutfrachtern liegen und damit in erster Linie bei ausländischen Kunden. Allerdings hat sich trotz eines Kapazitätsüberhangs in einigen Bereichen jüngst die Nachfrage nach größeren Containerschiffneubauten deutlich erhöht. Am Markt für Flugzeugfinanzierungen rechnen wir ebenfalls mit einem nur verhaltenen Wachstum; in diesem Umfeld wollen wir unsere Präsenz gezielt verstärken. Auch bei Leasingfinanzierungen sind wir zuversichtlich, unsere gute Marktposition weiter ausbauen zu können. Die Engagements im Bereich der Credit Investments werden wir mit geschärftem Risikobewußtsein ausweiten.

Das Geschehen an den Finanzmärkten dürfte vorerst von politisch begründeten Unsicherheiten bestimmt bleiben. Möglichkeiten der Expansion unserer Geld- und Kapitalmarktgeschäfte werden sich daher nur durch das Angebot innovativer Produkte sowie durch

neue Kundenbeziehungen ergeben. Die Refinanzierung unserer Aktivitäten wird sich im laufenden Jahr aufgrund veränderter Rahmenbedingungen (vor allem durch den Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung ab 2005) weiter verteuern. Zur Sicherung der Refinanzierungsbasis setzen wir daher noch mehr als bisher auf den Absatz strukturierter Produkte sowie eine verstärkte Präsenz an den internationalen Märkten, beispielsweise in der Form von Benchmark-Emissionen.

*Fusion mit LB Kiel
auf gutem Weg*

Die Eigentümer der Hamburgischen Landesbank und der LB Kiel haben im Frühjahr 2002 die Vorstände beider Häuser beauftragt, eine Fusion zu prüfen. Am 9. September 2002 wurde das Zusammengehen beschlossen. Die Anteilsverhältnisse an dem fusionierten Institut wurden dabei wie folgt festgelegt: Freie und Hansestadt Hamburg (32,69 vH), WestLB AG (26,86 vH), Land Schleswig-Holstein (16,86 vH), Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein (16,86 vH) und Landesbank Baden-Württemberg (6,73 vH). Die Landesbank Baden-Württemberg wird bereits vor der Fusion ihre Anteile an der LB Kiel an das Land Schleswig-Holstein (über eine hundertprozentige Tochtergesellschaft), die FHH und den Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein veräußern. Die Käufer sind berechtigt, die Anteile an einen Dritten zu verkaufen. Hierüber werden Gespräche mit strategischen Investoren geführt. Die fusionierte Bank wird als HSH Nordbank AG im Sommer 2003 in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft ihre Arbeit aufnehmen. Steuerlich und bilanziell ist der Startzeitpunkt der 1. Januar 2003. Damit entsteht eine Bank mit einer Bilanzsumme von rund 200 Mrd € und mit etwa 4 500 Mitarbeitern. Die HSH Nordbank AG wird einen Sitz in Hamburg und Kiel haben.

Während die Vorbereitungsphase von März bis September 2002 überwiegend im Zeichen von Machbarkeitsprüfungen und Bewertungsfragen stand, war die Phase nach der Fusionsentscheidung von einer Vielzahl wichtiger Weichenstellungen gekennzeichnet. Im Rahmen von 36 Integrationsprojekten mit über 100 Teilprojekten wurde die Zusammenführung beider Häuser vorangetrieben und die künftige Organisationsstruktur des fusionierten Instituts entschieden. Wichtige Meilensteine im Fusionsprozeß wurden bereits in personeller, organisatorischer und geschäftspolitischer Hinsicht erreicht. Als international tätiges Haus wird die HSH Nordbank AG über einen Corporate Governance Kodex verfügen, denn sie fühlt sich einer verantwortungsvollen Unternehmensführung verpflichtet. Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages zwischen der FHH und dem Land Schleswig-Holstein am 4. Februar 2003 ist seitens der politischen Anteilseigner die entscheidende Weichenstellung für die Fusion erfolgt.

Die Anteilseigner haben bereits wichtige Grundsatzentscheidungen getroffen. Die WK, die derzeit noch zum Konsolidierungskreis der Hamburgischen Landesbank gehört, soll noch vor der Fusion durch einen Vertrag zwischen der Bank und der FHH gegen Zahlung des Gegenwertes herausgelöst werden. Die Investitionsbank Schleswig-Holstein, die zum Konzern der LB Kiel gehört, wird ebenfalls vor der Fusion aus der LB Kiel herausgelöst. Darüber hinaus werden in der LB Kiel Vorkehrungen getroffen, die Landesbausparkasse vor der Fusion als eine Tochter abzuspalten und in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Unmittelbar nach der Fusion ist der Verkauf an den Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein vorgesehen. Der Pfandbriefbestand wird in der HSH Nordbank AG fortgeführt. Neue Pfandbriefe hingegen dürfen nicht über die HSH Nordbank AG emittiert werden, sondern über eine Hypothekenbanktochter, deren Gründung geplant ist.

Durch die Fusion werden zwei starke Partner vereint, die fest in der Region Hamburg / Schleswig-Holstein verankert sind. Die LB Kiel und die Hamburgische Landesbank ergänzen sich hinsichtlich ihrer Geschäftsstrategie und ihrer Standorte sehr gut. Wir sind daher zuversichtlich, daß die Synergieeffekte auf der Ertrags- und Kosten-seite die Marktposition des fusionierten Unternehmens stärken werden, und wir sehen die HSH Nordbank AG gut aufgestellt für die künftigen Herausforderungen des Marktes, auch nach dem Wegfall von Gewährträgerhaftung und Anstaltslast im Jahr 2005.

Aus den bisherigen Strategien beider Banken ist das Selbstverständnis der HSH Nordbank AG entwickelt worden. Als große nord-europäische Geschäftsbank wird sie in ihrer Kernregion Hamburg / Schleswig-Holstein gemeinsam mit den Sparkassen marktführend sein und als international ausgerichteter Branchenspezialist in ausgewählten Geschäftsfeldern agieren. Dazu gehören in erster Linie das Schiffs-, Immobilien- und Firmenkundengeschäft sowie der Bereich Credit Investments. Darüber hinaus wird sie in anderen Branchen gute Geschäftsmöglichkeiten wahrnehmen, wie beispielsweise bei Transport- oder Leasingrefinanzierungen. Außerdem tritt sie mit dem Anspruch auf, an den Finanzmärkten weltweit als anerkannter Partner vertreten zu sein. Die HSH Nordbank AG wird aufgrund der Präsenz ihrer Vorgängerinstitute über ein breites Netz von Repräsentanzen und Niederlassungen im In- und Ausland verfügen; seitens der Hamburgischen Landesbank liegen diese traditionell eher im asiatischen und seitens der LB Kiel im Ostseeraum.

Die HSH Nordbank AG entsteht als Aktiengesellschaft rechtswirksam mit der Eintragung in die Handelsregister in Hamburg und Kiel. Sie wird alle Geschäfte der Hamburgischen Landesbank und der LB Kiel

unter der neuen Firma fortführen. Alle Forderungen, sonstige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gehen somit kraft Gesetz über. Die in der Verständigung mit der EU-Kommission vom 17. Juli 2001 gefundene Übergangsregelung anlässlich des Wegfalls der Gewährträgerhaftung gilt auch für die HSH Nordbank AG. Der Wechsel der Rechtsform in eine Aktiengesellschaft hat hierauf keinen Einfluß. Die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg haben in dem Staatsvertrag verankert, daß die Gewährträgerhaftung in identischem Umfang auch für das fusionierte Institut gilt. Daher ergibt sich hinsichtlich der Gewährträgerhaftung keine Änderung zur derzeitigen Situation beider Banken als Anstalten des öffentlichen Rechts.

Zum Risikomanagement

Das aktive Risikomanagement nimmt in der Hamburgischen Landesbank unverändert einen hohen Stellenwert ein. Alle Verfahren und Methoden zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung entwickeln wir kontinuierlich weiter. Großen Wert legen wir darüber hinaus auf die laufende Aus- und Weiterbildung aller Mitarbeiter und Führungskräfte, die für die unterschiedlichen Bereiche des Risikomanagements verantwortlich sind.

Die Anteilseigner geben durch die „Richtlinien für das Bankgeschäft“ den Rahmen für die Risikopolitik der Bank und ihrer Tochtergesellschaften vor. Diese Richtlinien regeln unter anderem die Berichts- und Zustimmungspflichten gegenüber dem Aufsichtsrat. Die Bank ist in den Aufsichtsgremien der in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen vertreten. Ferner sind die Konzerntöchter in das laufende Beteiligungscontrolling der Bank integriert.

Auf Basis der „Richtlinien für das Bankgeschäft“ beschließt der Vorstand die Risikopolitik einschließlich der anzuwendenden Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung. Die Umsetzung der Risikopolitik und die Koordination der Risiko- steuerung werden durch abteilungsübergreifende Ausschüsse – „Internationales Geschäft“, „Liquiditätssteuerung“ und „Disposi- onsausschuß Strategie“ – unterstützt. Unser Risikomanagement- system, das nach betriebswirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Kriterien laufend weiterentwickelt wird, ist in die Gesamtbank- steuerung integriert. Dabei gewinnt die Steuerung der Geschäfts- aktivitäten unter Berücksichtigung ihrer spezifischen Rendite- und Risikoprofile weiter an Bedeutung.

Risikomanagement- system

Unter Risiko verstehen wir ungünstige zukünftige Entwicklungen, die sich sofort oder verzögert nachteilig auf die Vermögens- oder Ertragslage der Bank auswirken können. Wir unterscheiden das Ausfall-, das Liquiditäts- und das Marktrisiko sowie das Operationelle und das Sonstige Risiko. Jede Übernahme von Markt- oder Ausfall- risiken unterliegt dem übergeordneten Prinzip der Risikotragfähig- keit, das eine strikte Risikolimitierung beinhaltet. Diese Limitierung erfolgt anhand quantitativer Risikomeßzahlen sowie eingehender qualitativer Analysen der risikobehafteten Prozesse und Marktent- wicklungen. Zur Unterlegung von Ausfall- und Marktrisiken wird regelmäßig ein Gesamtdeckungspotential bestimmt. Die Festlegung übergeordneter Verlustobergrenzen und damit die Limitierung der Risikopositionen erfolgt durch den Vorstand.

Der Risikomanagementprozeß umfaßt die Identifikation, Analyse, Messung, Überwachung, Steuerung, Dokumentation und Kom- munikation von Risiken. Hierbei sind die Informations- und Ent-

scheidungswege innerhalb der Gesamtbank klar geregelt. Für die Genehmigung und den Abschluß von Geschäften gelten eindeutige Kompetenzregelungen und Berichtspflichten. Vor Einführung neuer und abgewandelter Produkte müssen diese formalisierte Prüfprozesse zwingend durchlaufen. Geschäfte in Produkten mit wesentlich neuen Eigenschaften können nur abgeschlossen werden, wenn der Vorstand zustimmt und ihre Abbildung im Rahmen des Risikomanagementsystems sowie in der Rechnungslegung gewährleistet ist. Die Entwicklung von Methoden zur Messung, Überwachung und Steuerung der Risiken erfolgt durch das zentrale Risikocontrolling.

Die Hamburgische Landesbank steuert ihre Geschäftsfelder nach dem Global Head-Prinzip. Dies schließt die Risikosteuerung mit ein. Hierzu weist der Vorstand den Geschäftsbereichen Globallimite, Einzel- limite oder qualitative Kompetenzregelungen zu. Die unabhängige Prüfung des Risikomanagementsystems erfolgt durch die Revision.

Ausfallrisiko

Das Ausfallrisiko wird unterteilt in Adressenausfall-, Länder- und Beteiligungsrisiko. Die Steuerung dieser Risiken erfolgt durch vom Vorstand festgelegte Limite und Kompetenzstufen. Der Kreditaus- schuß der Bank wird regelmäßig über bestehende Kreditrisiken unterrichtet, darüber hinaus werden ihm größere Neukredite zur Zustimmung vorgelegt.

Das Adressenausfallrisiko besteht in potentiellen Wertverlusten, die durch Bonitätsveränderungen oder den Ausfall von Geschäftspart-

nern entstehen können. Zum Adressenausfallrisiko zählen wir, je nach Zeitpunkt der Geschäftsbetrachtung, das Kredit- und das Settlementrisiko. Während Settlementrisiken nur während der Abwicklungsperiode entstehen, umfassen Kreditrisiken die Gesamtlaufzeit der Geschäfte.

Settlementrisiken bestehen zwischen dem Zeitpunkt der Anweisung einer Vorleistung und dem Eingang der Gegenleistung. Das Risiko wird in Höhe der geschuldeten Gegenleistung auf das Limit angerechnet. Zudem entstehen Settlementrisiken als Abwicklungsrisiken, wenn der Kontrahent seine Verpflichtungen nicht termingerecht erfüllt, und die Bank durch Marktpreisveränderungen einen Nachteil erleidet. Das limitrelevante Risiko wird dann in Höhe der positiven Wertentwicklung des Geschäfts bis zum Eingang der Gegenleistung angerechnet.

Das Kreditrisiko umfaßt das Ausfallrisiko aus klassischen Kreditgeschäften, das Emittentenrisiko sowie das Kontrahentenrisiko aus Handelsgeschäften. Das Kontrahentenrisiko (Wiedereindeckungsrisiko i.S.d. Mindestanforderungen an Handelsgeschäfte) bezeichnet mögliche Wertverluste, die durch Bonitätsveränderungen oder den Ausfall eines Geschäftspartners entstehen, mit dem vor allem bilanzunwirksame Geschäfte, z.B. mit derivativen Finanzinstrumenten, abgeschlossen wurden. Das Kontrahentenrisiko besteht nur bei Geschäften mit positivem Marktwert aus Sicht der Bank, bei denen im Fall der Nichterfüllung der Verpflichtung durch den Kontrahenten ein daraus resultierender Neuabschluß am Markt nur zu ungünstigeren Konditionen möglich wäre. Die Kontrahentenrisiken werden bei der Anrechnung auf die Kontrahentenlimite mark-to-market bewertet.

Zum Jahresende 2002 betrug das Nominalvolumen der derivativen Geschäfte im Konzern 128,8 Mrd € (Vorjahr 115,1 Mrd €). Zur Absicherung der Risiken aus den Derivategeschäften hat die Bank mit einer Reihe bedeutender Kontrahenten Collateral- und Nettingvereinbarungen abgeschlossen. Die für derivative Geschäfte per Jahresende ermittelten Wiederbeschaffungskosten betrugen unter Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen 1 353 Mio € (Vorjahr 806 Mio €).

Das Länderrisiko umfaßt das Risiko von Devisentransferbeschränkungen eines Landes, die zum Ausfall von Zahlungsverpflichtungen aus diesem Land führen können. Ein ratingbasiertes Länderlimit-system begrenzt Länderrisiken auf Gesamtbankebene. Im Rahmen der Steuerung der Kreditportfoliostruktur ist das Auslandsengagement im Verhältnis zum gesamten Kreditvolumen limitiert.

Der Ausschuß „Internationales Geschäft“ beobachtet laufend das Auslandsengagement, darüber hinaus analysiert er die Risikolage und macht dem Vorstand Vorschläge zur Strukturierung des Portfolios. Das zentrale Risikocontrolling ist im Ausschuß vertreten. Einen Überblick über die Aufteilung des Länderrisikoexposures gibt folgende Tabelle. Als Auslandsobligo wird der Blankoanteil des Kredit- und Kontrahentenexposures, d.h. die Summe der jeweiligen Linien unter Abzug von länderrisikofreien Sicherheiten, bezeichnet. Im Rahmen des Risikomanagements wird das Auslandsobligo für jedes Land risikogewichtet limitiert.

**Auslandsobligo
nach Regionen
per 31.12.2002**

Region	Anteil in vH vom Auslandsobligo	
	2002	2001
Afrikanische Länder	0,1	0,2
Asien-Pazifik-Raum	6,2	6,1
Internationale Organisationen	0,3	0,4
Lateinamerika	0,4	0,6
Mittel- und Osteuropa	1,5	1,3
Mittlerer Osten	0,1	0,1
Nordamerika	11,8	13,8
Westeuropa	79,6	77,5
Summe	100	100

Das Beteiligungsrisiko stellt auf das Risiko möglicher Verluste aus der Bereitstellung von Eigenkapital durch die Bank an Dritte – namentlich an Beteiligungsgesellschaften – ab. Zur Steuerung dieses Risikos baut die Bank das Beteiligungscontrolling kontinuierlich aus. Ein umfangreicher Prüfungsprozeß vor dem Eingehen einer Beteiligung, die sog. Due Diligence, wird zentral und systematisch durchgeführt. Dazu wurde ein Reportingsystem entwickelt, in dem über Einzelgesellschaften, aber auch über das Gesamtportfolio berichtet wird. Im Berichtsjahr führten wir einen regelmäßigen Kennzahlenreport an den Vorstand ein, der über die Deckungsbeiträge aus wesentlichen Beteiligungen und deren Renditeentwicklung informiert. Im laufenden Geschäftsjahr werden die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erlassenen Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft der Kreditinstitute (MaK) auch für die unter den Kreditbegriff fallenden Beteiligungen umgesetzt. Die Bank sorgt zudem über die Ausgestaltung von Gesellschaftsverträgen und Geschäftsordnungen sowie entsprechende Organbestellungen in den Gesellschaften für ausreichende Steuerungsmöglichkeiten. Über bestandsgefährdende oder die zukünftige Entwicklung einer Gesellschaft nachhaltig beeinflussende Vorkommnisse wird die Bank somit umgehend informiert.

Im Rahmen des Risikomanagements richtet die Bank größte Aufmerksamkeit auf Adressenausfallrisiken. Die umsichtige Geschäftspolitik der Bank kommt in der weiterhin niedrigen Verlustquote von 0,06 vH (Vorjahr 0,05 vH) bzw. von 0,08 vH (Vorjahr 0,08 vH) im Durchschnitt der letzten 5 Jahre zum Ausdruck. Die Risikovorsorge in Form von Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen betrug per 31.12.2002 im Gesamtinstitut 922 Mio € (Vorjahr 743 Mio €), entsprechend einer Quote von 0,89 vH bezogen auf das Kreditvolumen (Vorjahr 0,75 vH). Die Pauschalwertberichtigungen erreichten 88 Mio € (Vorjahr 87 Mio €).

In Vorbereitung auf Basel II richteten wir zahlreiche Projekte zur Kreditrisikosteuerung ein. Die künftigen Ratingmodule der kreditvergebenden Abteilungen verbinden regulatorische und ökonomische Gesichtspunkte und ermöglichen eine differenzierte Risikoklassifizierung als Grundlage für eine umfassende Kreditportfoliosteuerung. Die Ratingverfahren sind in Kooperation mit anderen Landesbanken und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband entwickelt worden und basieren auf Scorecard- und Simulationsverfahren. Sie werden ausnahmslos dem von Basel II gesetzten Standard entsprechen. Im Rahmen des Gemeinschaftsprojektes der Landesbanken hat die Bank die Federführung für die Entwicklung eines simulationsbasierten Ratingsystems für Schiffsfinanzierungen sowie eines scorecardbasierten Ratingmoduls für den Bereich der Leasingfinanzierungen übernommen. Das Modul im Bereich Schiffsfinanzierung wird seit Juli 2002 erfolgreich eingesetzt.

Um die Abbildung der unterschiedlichen Portfoliosegmente auf einer Ratingskala zu gewährleisten, verwendet die Bank im gesamten Haus eine einheitliche Rating-Master-Skala, die auch den Vergleich mit externen Ratings ermöglicht. Für einzelne Portfoliosegmente wurde bereits ein LGD/EAD-Fachkonzept (loss given default bzw. exposure at default) erstellt, entsprechende Schätzungen nach Basel II-Standard wurden vorgenommen. Die interne LGD-Schätzung findet Eingang in das Pricing der Adressrisikopositionen. Durch diese Vorbereitungen und weitere organisatorische Maßnahmen erfüllt die Bank für einzelne Geschäftsfelder schon heute wesentliche Anforderungskriterien des fortgeschrittenen internen Rating-Ansatzes (advanced internal rating based approach) nach Basel II.

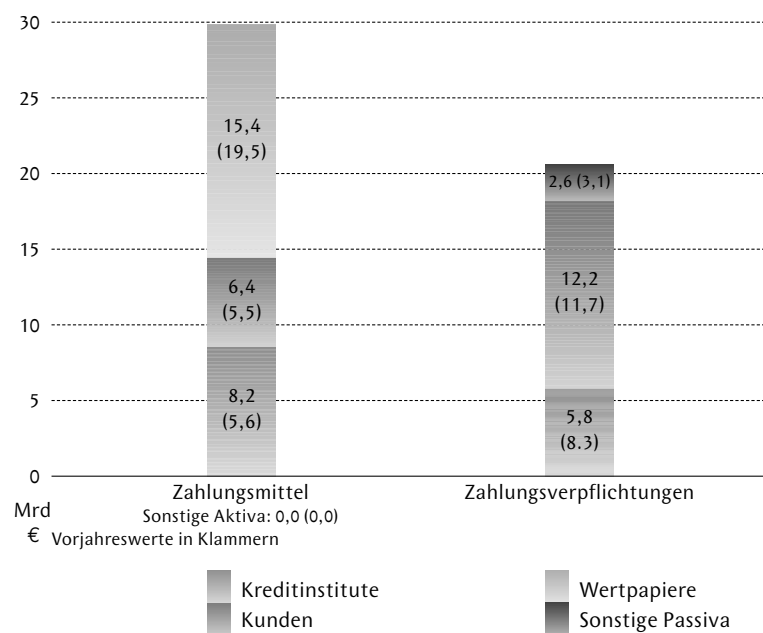
Die Weiterentwicklung der bestehenden Sicherheitendatenbank führte zu einer verbesserten Steuerung des Kreditrisikos. Die Datenbank stellt außerdem einen wichtigen Baustein zur regulatorischen Eigenkapitalberechnung nach Basel II dar. Darüber hinaus wurde ein konsolidiertes und aktives Datenhaltungssystem aufgebaut, das die Anforderungen aus Basel II hinsichtlich der Bereitstellung von Daten, Informationen und Querschnittsfunktionen für das Meldewesen, das Reporting, für IAS-Zwecke, für die Validierung und / oder Kalibrierung von Ratingmodellen bzw. von LGD-Modellen erfüllt.

Liquiditätsrisiko

Der Vorstand legt die Rahmenbedingungen für die Steuerung des Liquiditätsrisikos fest, die vom zentralen Ausschuß „Liquiditätssteuerung“ in Steuerungsstrategien umgesetzt werden. Die Federführung innerhalb dieses Ausschusses hat das Aktiv-Passiv-Management, das auch für die strukturelle Liquiditätssteuerung im unter- und überjährigen Bereich verantwortlich ist. Die operative Liquiditätssteuerung nimmt der Geld- und Devisenhandel wahr. Die Bank unterscheidet das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Refinanzierungs- und das Marktliquiditätsrisiko.

Der Geld- und Devisenhandel stellt sicher, daß die Bank ihre Zahlungsverpflichtungen jederzeit erfüllen kann. Für die Steuerung dieses Liquiditätsrisikos im engeren Sinne werden Liquiditätsablaufbilanzen auf Tagesbasis sowie Cashflow-Übersichten verwendet, die je nach Refinanzierungswährung im Geld- und Devisenhandel in der Zentrale oder in der jeweiligen Niederlassung erstellt werden. Die Geschäftsbereiche informieren den Geld- und Devisenhandel laufend über wesentliche liquiditätswirksame Vorhaben. Das Aktiv-Passiv-Management überwacht die Einhaltung des Liquiditätsgrundsatz II gem. KWG. Im Geschäftsjahr 2002 bewegte sich die Liquiditätskennzahl zwischen 1,2 und 1,6 (Vorjahr zwischen 1,2 und 1,5) und lag somit jederzeit über der aufsichtsrechtlich geforderten Mindesthöhe von 1,0. Per 31.12.2002 betrug sie 1,5 (Vorjahr 1,3).

Anrechnungsbeträge des Liquiditätsgrundsatzes II zum Jahresende 2002



Das Aktiv-Passiv-Management erstellt monatlich einen detaillierten Liquiditätsstatus, der alle Fälligkeiten bzw. Valutierungen von Aktiv- und Passivgeschäften in den nächsten zwölf Monaten aufzeigt. Darüber hinaus werden quartalsweise die Aktiv-/Passiv-Fälligkeiten über alle Laufzeiten hinweg in Jahresbändern dargestellt und zu einer Liquiditätsablaufbilanz zusammengefaßt. Separat werden stochastische Einflußgrößen modelliert. So können detailliert Auswirkungen untersucht werden, die zukünftige Bestandsfälligkeiten auf die Liquidität, die Liquiditätsstruktur und die Liquiditätskennzahl der Bank haben. Sofern intern definierte Kennzahlen die vorgegebenen Rahmen überschreiten, treten entsprechende Eskalationsstufen in Kraft. Die tägliche Zahlungsbereitschaft und den Zugang zu kurzfristiger Liquidität sichern wir durch eine breite Refinanzierungsbasis. Zusätzliche Reserven schaffen wir durch unseren umfangreichen Bestand an liquiden Wertpapieren in der Liquiditätsreserve sowie an sicherheitenpoolfähigen Papieren, die jederzeit bei der Europäischen Zentralbank beliehen werden können.

Das Refinanzierungsrisiko bezeichnet Situationen, in denen nicht ausreichend Liquidität zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann. Zur Steuerung des Refinanzierungsrisikos beschließt der Ausschuß „Liquiditätssteuerung“ langfristige Strategien, die als Grundlage konkreter Refinanzierungspläne dienen. Eine mögliche Ratingveränderung durch den Wegfall von Gewährträgerhaftung und Modifizierung der Anstaltslast wird dabei bereits berücksich-

tigt. Über einen angestrebten Liquiditätskorridor und kalkulatorische Liquiditätskosten steuert der Ausschuß die Ausgewogenheit der Refinanzierungsstruktur.

Das Marktliquiditätsrisiko besteht darin, aufgrund von Marktunvollkommenheiten wie fehlender Markttiefe, -breite und -erneuerungskraft Positionen nicht oder nur mit Verlusten auflösen bzw. glättstellen zu können. Die Übernahme von Marktliquiditätsrisiken wird durch die bestehenden Produkt- und Länderlimite sowie durch Vorschriften über den Handel mit neuen Produkten und in neuen Märkten begrenzt. Entsprechend den internen Regelungen agiert die Bank vorwiegend in liquiden Märkten. Potentielle Verluste, die aus einer Störung der Marktliquidität erwachsen können, werden im Rahmen des Marktrisikococontrollings berücksichtigt und durch Value-at-Risk-Limite (VaR-Limite) beschränkt.

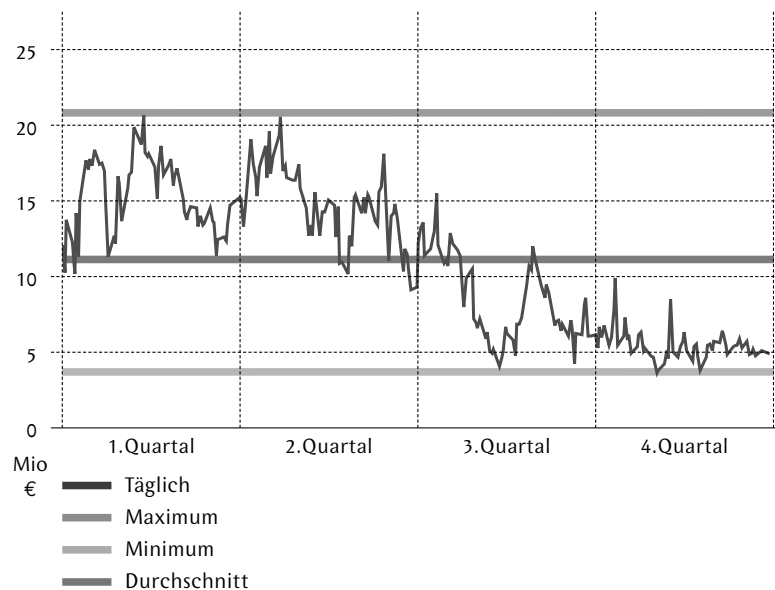
Marktrisiko

Marktrisiken bezeichnen potentielle Verluste, die aus nachteiligen Marktwertveränderungen unserer Positionen aufgrund von Änderungen der Zinsstruktur (Zinsrisiken), der Wechselkurse (Währungsrisiken), der Aktienkurse (Aktienkursrisiken) sowie der Preise für Edelmetalle, Rohwaren, Fonds und sonstige Handelsobjekte (sonstige Preisrisiken) entstehen können. Bei Positionen mit Optionsbestandteilen bestehen zusätzliche Risiken aus den Schwankungen der preisbestimmenden Volatilität (Volatilitätsrisiken). Der Vorstand legt die Methoden und Prozesse zur Risikomessung, -limitierung und -steuerung fest und budgetiert auf Vorschlag des zentralen Risikocontrollings ein übergeordnetes VaR-Limit für Marktrisiken. Im Rahmen dieser Verlustobergrenze werden die Risiken der Handelsgeschäfte und der Strategischen Geschäfte durch ein dynamisches System ergebnisorientierter VaR-Limite begrenzt. Tägliche Berichte informieren den Vorstand und die Geschäftsabteilungen laufend über die Höhe der bestehenden Marktrisiken und der Limitauslastungen. Die Steuerung der Marktrisiken aus Handelspositionen erfolgt in den Abteilungen Capital Markets sowie Geld- und Devisenhandel; das Aktiv-Passiv-Management disponiert und steuert die Zinsrisiken des Gesamtbankzahlungsstroms aus dem Kreditgeschäft in Euro und den umsatzstärksten Fremdwährungen. Die Strategischen Positionen mit Marktrisiken werden vom „Dispositions Ausschuß Strategie“ beobachtet, der dem Vorstand auf der Basis aktueller Markteinschätzungen und unter Berücksichtigung der aktuellen Risikolage der Bank Geschäfte zum Aufbau oder zur Auflösung Strategischer Positionen vorschlägt. Eine organisatorische Trennung von Risikoüberwachung und -steuerung ist entsprechend den Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften auf allen Ebenen gewährleistet.

Grundlage unseres Systems zur Messung und Steuerung von Marktrisiken ist der VaR-Ansatz. Die Risikoermittlung erfolgt über Parameter, die nach den Standards des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht aus historischen Marktschwankungen berechnet werden. Dabei werden ein Konfidenzniveau von 99 vH, eine Halte-dauer von 10 Tagen (für Handelspositionen) bzw. von 20 Tagen (für Strategische Positionen) und ein historischer Beobachtungszeit-raum von 250 Handelstagen zugrundegelegt. Ein auf Basis dieser Parameter berechneter VaR-Wert stellt den potentiellen Verlust dar, der beim Halten einer Position über einen Zeitraum von 10 bzw. 20 Tagen mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 vH nicht überschritten wird. Entsprechend der unterschiedlichen Einflußfaktoren werden für die Risikoarten Zins-, Aktienkurs- und Währungsrisiko separate Parameter ermittelt, die quartalsweise oder bei bedeutenden Marktbewegungen aktualisiert und durch ein Backtesting fort-laufend überprüft werden. Zur weiteren Verfeinerung der Risiko-messung wurde im Berichtsjahr mit der Umstellung auf ein neues Meßsystem begonnen.

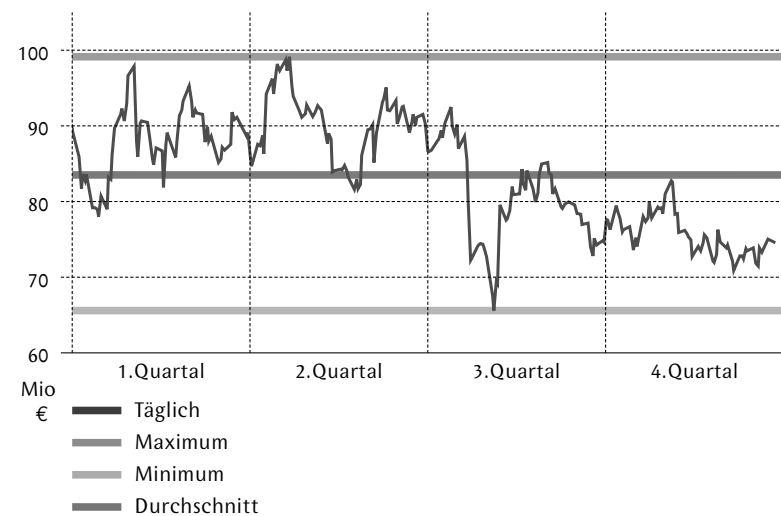
Zur Bestimmung der Auslastungsgrade der VaR-Limite werden die ermittelten VaR-Werte den aktuellen – um das jeweilige schwebende und realisierte Ergebnis korrigierten – VaR-Limiten gegenübergestellt.

**Value-at-Risk der
Handelspositionen
2002**



Die vorstehende Graphik beschreibt den Verlauf des VaR für Handelsgeschäfte im Berichtsjahr. Der VaR der Handelsgeschäfte verlief in einer Bandbreite von 4 Mio € bis 21 Mio € (Vorjahr 6 Mio € bis 23 Mio €). Am letzten Handelstag 2002 betrug der VaR

**Value-at-Risk
der Strategischen
Positionen 2002**



der Handelsgeschäfte 5 Mio € (Vorjahr 6 Mio €). Die folgende Abbildung zeigt den VaR für Strategische Positionen, er verlief in einer Spanne von 65 Mio € bis 99 Mio € (Vorjahr 78 Mio € bis 118 Mio €), per Jahresresultimo 2002 erreichte er 73 Mio € (Vorjahr 94 Mio €).

Das VaR-Limit für Marktrisiken aus Handelsgeschäften und Strategischen Geschäften (inkl. Ergebnisanrechnung) per Jahresresultimo 2002 betrug 199 Mio € (Vorjahr 265 Mio €), das Risiko der Geschäfte 78 Mio € (Vorjahr 100 Mio €). Dies entspricht einer Aus-

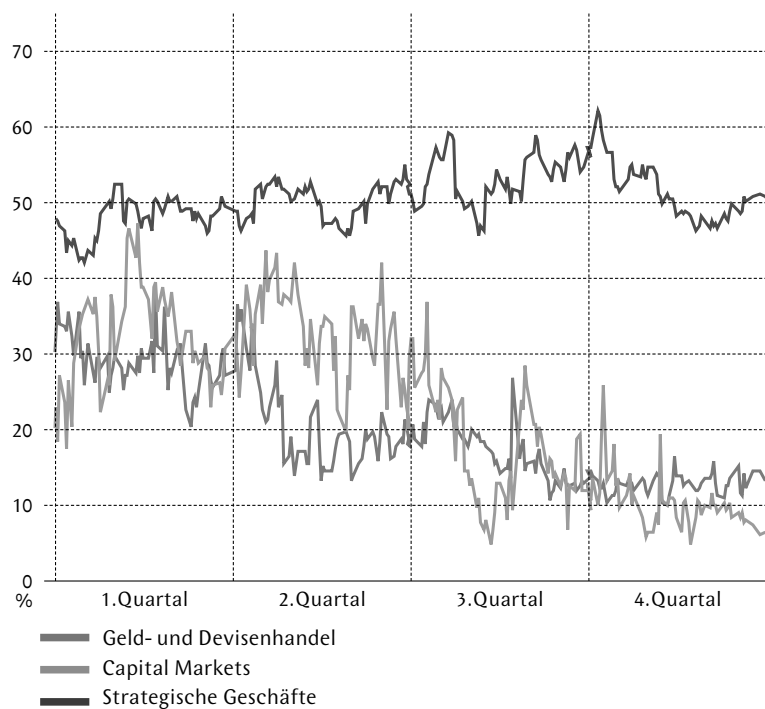
lastung des VaR-Limits auf Gesamtbankebene von 39 vH (Vorjahr 38 vH). Die nachfolgende Tabelle zeigt den VaR nach Risikoarten.

**Value-at-Risk
Jahresultimowerte
2002 und 2001**

	2002 (in Mio €)			2001 (in Mio €)		
	Handels- geschäfte	Strategische Geschäfte	Summe	Handels- geschäfte	Strategische Geschäfte	Summe
Zinsrisiken	1,1	17,1	18,2	2,3	37,2	39,5
Währungsrisiken	2,4	7,0	9,4	2,1	8,4	10,5
Aktienkurs- und sonst. Preisrisiken	1,1	49,3	50,4	1,4	48,8	50,2
Summe	4,6	73,4	78,0	5,8	94,4	100,2

Die Auslastungsgrade der VaR-Limite für die Handelsgeschäfte in den Abteilungen Capital Markets und Geld- und Devisenhandel sowie für alle Strategischen Geschäfte im Jahresverlauf 2002 zeigt die folgende Abbildung.

**Value-at-Risk
Limitauslastung
2002**



Die folgende Tabelle zeigt getrennt nach Marktrisikarten die Durchschnittswerte von Tagesperformance und VaR sowie die minimalen und maximalen VaR-Werte für die Handelsgeschäfte.

**Durchschnittliche
Tagesperformance
und Value-at-Risk
der Handels-
geschäfte**

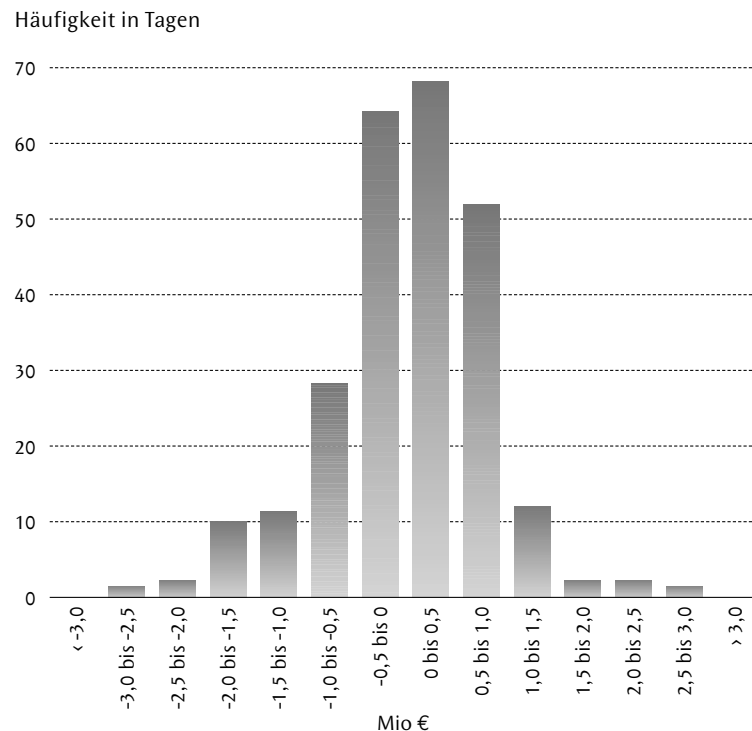
	\emptyset Tagesper- formance ¹⁾	\emptyset VaR ²⁾	Minimaler VaR	2002 (in T€) Maximaler VaR	\emptyset Tagesper- formance ¹⁾	2001 (in T€) \emptyset VaR ²⁾
Zinsrisiken	12	7 048	1 061	15 486	62	7 530
Währungsrisiken	46	2 114	1 569	3 977	39	1 697
Aktienkurs- und sonst. Preisrisiken	-17	1 853	0	4 930	-41	2 708
Gesamt	41	11 015	3 700	20 627	61	11 935

¹⁾ Betriebswirtschaftlicher Erfolgsbeitrag der Handelsgeschäfte

²⁾ Durchschnittsberechnung auf Basis von 253 Handelstagen

Ergebnisse und Marktrisiken aus Derivategeschäften sind in den ausgewiesenen Werten enthalten, insbesondere die aus Optionspositionen resultierenden Volatilitätsrisiken. Die folgende Abbildung zeigt die Häufigkeitsverteilung der täglichen Handelserträge. An keinem der Handelstage kam es zu Verlusten über 3 Mio € (Vorjahr 3 Mio €). Dabei wurde das VaR-Limit für Handelsgeschäfte kein einziges Mal überschritten.

**Verteilung
der täglichen
Performance der
Handelsgeschäfte
2002**



Den Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften entsprechend führt die Bank ergänzend zur täglichen Risikomessung mindestens quartalsweise Streßtests durch, die die Auswirkungen außergewöhnlicher Marktschwankungen auf alle Marktrisikarten

untersuchen. Der Vorstand wird im Rahmen des monatlichen Reportings schriftlich über die Ergebnisse dieser Streßtests unterrichtet. Im Berichtsjahr wurde das VaR-Limit für Marktrisiken auch unter den besonders ungünstigen Marktbewegungen durchgehend eingehalten. Ergänzend zu diesen Tests werden vierteljährlich gesonderte Zinsstreßtests durchgeführt, bei denen für alle Zinsrisikopositionen ein einheitlicher Zinsshift („Zinsschock“) zugrundegelegt wird. Gemäß den Anforderungen des KWG ermittelt die Bank außerdem monatlich die Höhe der erforderlichen Eigenkapitalunterlegung für Marktrisiken auf Basis der im Grundsatz I vorgegebenen bzw. wählbaren Standardverfahren. Alle in diesem Zusammenhang geltenden Grenzen wurden im Berichtsjahr jederzeit eingehalten.

Operationelles Risiko

Das Operationelle Risiko beschreibt das Risiko direkter oder indirekter Verluste, die durch das Versagen oder die Unangemessenheit von Technologie, Organisation und Personal oder durch externe Einflüsse verursacht werden. Die Bank hat das Verfahren zur Kontrolle und Steuerung ihrer Operationellen Risiken weiter verbessert. Das zentrale Risikocontrolling mißt und analysiert die Operationellen Risiken im Konzern. Darüber hinaus entwickelt es Meßmethoden, zeichnet verantwortlich für die Durchführung der Risikomessung und -überwachung und berichtet hierzu regelmäßig an den Vorstand. Die operative Risikosteuerung ist grundsätzlich dezentral in den Unternehmensbereichen organisiert. Diese entscheiden innerhalb des vom Vorstand gesetzten Handlungsrahmens über die Art und das Ausmaß der eingegangenen Risiken sowie über Maßnahmen zur Risikovorsorge und -minderung.

Die Bewertung und Analyse Operationeller Risiken stützt sich auf drei Instrumente. Anhand eines sogenannten Self-Assessments werden mittels eines standardisierten Fragenkatalogs regelmäßig qualitative Risikoeinschätzungen in allen Unternehmensbereichen durchgeführt. Daneben soll die im Aufbau befindliche Schadenfalldatenbank der standardisierten Erfassung und Sammlung von Schadenfällen über alle Unternehmensbereiche dienen. Die hierdurch zu schaffende Transparenz wird eine detaillierte Analyse der Operationellen Risiken ermöglichen. Als drittes Instrument werden Risikoindikatoren entwickelt, die eine frühzeitige Erkennung von Operationellen Risiken unterstützen sollen. Das dezentrale Risikomanagement stellt sich wie folgt dar:

Im Bereich der technischen Risiken ist vor allem die Funktionsfähigkeit der Systeme und die Sicherung der Daten zu gewährleisten. Zu diesem Zweck werden alle Daten täglich kopiert und die Back-up-Datenträger an sicheren, räumlich getrennten Orten verwahrt. Durch die räumliche Trennung von Back-up-Lösungen – insbeson-

dere für Großrechner und Handelssysteme – werden darüber hinaus Risiken aufgrund externer Einflußfaktoren, wie beispielsweise Feuer oder Katastrophen, verringert.

Der Aufbau und die Entwicklung von Mitarbeiterkompetenzen sowie die Anpassung an sich wandelnde Prozesse und neue Techniken werden systematisch durch gezielte Maßnahmen gefördert. Im Personalbereich konzentriert sich eine spezielle Organisationseinheit auf die strategische Personalarbeit. Ein Schwerpunkt liegt unter anderem in der Entwicklung eines Personalcontrollingsystems.

Die regelmäßige Überwachung der gesetzlichen Regelungen zu Compliance und Geldwäsche wird durch eigene Organisationseinheiten und unter Einbindung der internen Revision sichergestellt. Betrugs- und prozessuale Risiken (Risiken durch Fehler oder Ineffizienzen bei der Geschäftsbearbeitung) werden durch interne, auf die individuellen Arbeitsabläufe abgestimmten Kontrollsysteme begegnet. Der Aufbau der Kontrollsysteme wird bei Einführung neuer und abgewandelter Produkte durch die Revision begleitet. Bestehende Systeme werden von ihr regelmäßig beurteilt, die Umsetzung möglicher Verbesserungen überwacht. Dies schließt die Überprüfung von Zugangskonzepten sowie deren tatsächliche Anwendung auf der DV-Ebene vor dem Hintergrund der Datensicherheit und -konsistenz ein.

Die Innenrevision untersteht organisatorisch unmittelbar dem Vorstand der Bank und hat diesem zu berichten. Die Tätigkeit der Revisionsabteilung wird durch gesetzliche oder gesetzesähnliche externe Anforderungen, durch interne Richtlinien sowie durch regelmäßige jährliche Beschlußfassung des Vorstandes bestimmt.

Die sich aus diesen Vorschriften ergebenden Tätigkeiten werden in einer selbstentwickelten Aktivitätendatenbank vorgehalten. Entsprechend den Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision der Kreditinstitute werden alle Betriebsabläufe mindestens alle drei Jahre kontrolliert. Mittels eines Risikorasters prüft die Revision alle Aktivitäten in der Datenbank hinsichtlich zeitlicher Ressourcenbindung sowie besonders risikoträchtiger Kriterien. Hieraus ergibt sich eine entsprechende Prüfungsplanung und -durchführung. Alle Tätigkeiten der Revision werden in elektronischer Form dokumentiert und sind Gegenstand der jährlichen Abschlußprüfung.

Auch Projekte unterliegen in der Bank einem durchgängigen Risikomanagement. Eine Kommission entscheidet über die Projektdurchführung anhand von Anträgen, in denen neben dem Ziel auch

die Organisation, die Nutzeinschätzung, die Kosten- und Terminplanung sowie ein Risikofaktor enthalten sind. Dieser ergibt sich aus Abhängigkeiten zu anderen Projekten, möglichen Vertragsstrafen und den Erfahrungen aus vergleichbaren Vorhaben. Die Projektleiter erstellen monatliche Statusberichte, die in regelmäßigen Abständen den Projektausschüssen zur Entscheidung und Steuerung präsentiert werden. Die Ergebnisqualität wird durch das eingesetzte Reviewteam gesichert, außerdem sind die Projektleiter während der gesamten Laufzeit für die Identifizierung und Bewertung der Risiken verantwortlich. Die Ergebnisse und ergriffenen Maßnahmen sind den Projektausschüssen vorzulegen und bei Projektabschluss in Form eines Berichts zu dokumentieren.

Das Management der rechtlichen Risiken ist über institutionalisierte Prozesse geregelt. Für alle Geschäftsbereiche verfügt die Rechtsabteilung der Bank über entsprechende Spezialisten. Zur Begrenzung von Rechtsrisiken unterliegen alle von der Bank eingesetzten Verträge einer eingehenden juristischen Prüfung und Überwachung. Daneben erbringt die Rechtsabteilung bereits bei der Anbahnung von Geschäften umfangreiche Beratungsleistungen.

Für alle derivativen Geschäfte verwendet die Bank national und international anerkannte standardisierte Vertragsdokumentationen. Dabei handelt es sich beispielsweise um die Rahmenverträge der International Securities Market Association (ISMA) und der International Swaps and Derivatives Association (ISDA), die eine

effiziente Abwicklung dieser Geschäfte gewährleisten. Dies führt zu einer effektiven Reduzierung der rechtlichen Risiken. Der größte Teil des Derivatgeschäfts der Bank wird mit professionellen Partnern im Interbankenmarkt getätigt. Ferner werden Gesetzesänderungen laufend beobachtet, auf ihre Relevanz für die Bank geprüft und ggf. zeitnah umgesetzt.

Sonstiges Risiko

Unter Sonstigen Risiken verstehen wir potentielle Verluste, die auf eingeleiteten, geplanten oder unterlassenen strategischen Maßnahmen beruhen. Sonstige Risiken werden im Rahmen des strategischen Planungsprozesses analysiert und durch spezielle Projektteams gesteuert. Im Rahmen eines Reviewprozesses zur strategischen und organisatorischen Ausrichtung der Bank konnten unsere Geschäftsaktivitäten weiter verbessert werden.

*Insgesamt
erfolgreiche
Risikosteuerung*

Weitere in der Umsetzung befindliche gesamtbankübergreifende Projekte gewährleisten, daß negative Entwicklungen der Risikostruktur der Bank frühzeitig erkannt und im Risikomanagement berücksichtigt werden. Bei gleichbleibend strengen Beurteilungsmaßstäben haben wir ausreichend Vorsorge für alle erkennbaren Risiken getroffen. Die Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen) für Adressenausfallrisiken betrug zum Jahresultimo 922 Mio € (Vorjahr 743 Mio €). Die Liquiditätskennzahl der Bank (Grundsatz II gemäß § 11 KWG) belief sich am Jahresende auf 1,5 und übertraf damit die Mindestanforderungen deutlich. Unser Engagement in illiquiden Märkten war wie bisher sehr begrenzt. Das gemäß KWG definierte haftende Eigenkapital – inkl. Ergänzungskapital – nach Gewinnverwendung betrug 5 521,1 Mio €. Die Gesamtkennziffer gemäß Grundsatz I lag bei 10,8 vH (Verhältnis der gewichteten Risikoaktiva inkl. der Marktrisikopositionen zu den haftenden Eigenmitteln).

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluß unter Einbeziehung der Buchführung der Hamburgischen Landesbank –Girozentrale–, Hamburg, sowie den von ihr aufgestellten Konzernabschluß und ihren Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1.1.2002 bis zum 31.12.2002 geprüft. Die Aufstellung dieser Unterlagen nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluß unter Einbeziehung der Buchführung sowie den von ihr aufgestellten Konzernabschluß und ihren Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns abzugeben.

Wir haben unsere Jahres- und Konzernabschlußprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in Deutschland festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlußprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, daß Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluß und Konzernabschluß unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft und des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, in Jahres- und Konzernabschluß und in dem Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfaßt die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahres- und Konzernabschlusses sowie des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns. Wir sind der Auffassung, daß unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluß und der Konzernabschluß unter Beachtung der Grundsätze ordnungs-

mäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft und des Konzerns. Der Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und des Konzerns und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 13. März 2003

BDO Deutsche Warentreuhand
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Rohardt
Wirtschaftsprüfer

Erlemann
Wirtschaftsprüfer

JÜNGSTER GESCHÄFTSGANG UND AUSSICHTEN

Vor dem Hintergrund des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds und auf Grundlage ihrer traditionell vorsichtigen Geschäftspolitik ist die LB Kiel mit moderatem Wachstumstempo in das Geschäftsjahr 2003 gestartet. Das Geschäftsvolumen hat sich im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert. Dies gilt ebenso für die Bilanzsumme und das Kreditvolumen. Im Hinblick auf die Ertragsentwicklung vermochte die LB Kiel an die Entwicklung im Vorjahr anzuschließen. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Corporates und Transport sowie die Handelsaktivitäten.

Die moderaten Veränderungen der genannten Bestandsgrößen beruhen nicht zuletzt auf der Fortsetzung der bereits in der Vergangenheit eingeleiteten verstärkten Renditeorientierung der Geschäftspolitik der LB Kiel. Hinzu kommt, dass in einem schwachen wirtschaftlichen Umfeld – wie gegenwärtig – die risikoorientierte Preispolitik der LB Kiel kein erhebliches Mengenwachstum zulässt.

Für das gesamte Geschäftsjahr 2003 erwartet die LB Kiel aufgrund der Prognosen zur Entwicklung des wirtschaftlichen Umfelds in Deutschland und weltweit ein schwieriges Bankenjahr. Entscheidend für eine positive Ergebnisentwicklung der LB Kiel, bzw. nach der Verschmelzung der HSH Nordbank, wird letztendlich sein, dass der Integrationsprozess der LB Kiel und der Hamburg LB unter in der HSH Nordbank gelingt und dass die Risikovorsorge – etwa infolge unvorhersehbarer Kreditausfälle – nicht erhöht werden muss.

Kiel, im Mai 2003
Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale

St. Helier, Jersey, Kanalinseln, im Mai 2003
RESPARCS Funding II Limited Partnership

Aufgrund des vorstehenden Verkaufsprospekts/Börsenzulassungsprospekts sind die

€ 500.000.000 RESPARC Securities

der

RESPARCS Funding II Limited Partnership

St. Helier, Jersey, Kanalinseln

eingeteilt in 500.000 Teilschuldverschreibungen

mit fester Verzinsung und ohne feste Laufzeit

mit bedingter Verpflichtung zur Zahlung von Zinsen und Rückzahlung abhängig vom Erhalt von Gewinnbeteiligungen und Rückzahlung einer stillen Beteiligung am Handelsgewerbe der

Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale

Kiel

– WKN 984 254 –

zum Börsenhandel im amtlichen Markt der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen worden.

Frankfurt am Main, 30. Mai 2003

BNP PARIBAS

Niederlassung Frankfurt am Main

LEHMAN BROTHERS

INTERNATIONAL (EUROPE)

Zweigniederlassung Frankfurt am Main

UBS WARBURG AG

DEUTSCHE BANK

AKTIENGESELLSCHAFT